

HELMUT ROEWER

Nur für den Dienstgebrauch



Helmut Roewer

Nur für den Dienstgebrauch

Als **Verfassungs-
schutz-Chef**
im **Osten**
Deutschlands

ARES VERLAG

Umschlaggestaltung: Digitalstudio Rypka GmbH, Dobl, Thomas Hofer,
www.rypka.at

Bildnachweis: Umschlagabb. Vorderseite: Archiv des Autors
Bildnachweis Innenteil: Sofern nicht anders vermerkt: Archiv des Autors. Aus diesem stammen auch die abgedruckten Karikaturen von „Nel“, die in den Jahren ab 1995 zum Zwecke der Weiterverwendung erworben wurden.

Wir haben uns bemüht, bei den hier verwendeten Bildern die Rechteinhaber ausfindig zu machen. Falls es dessen ungeachtet Bildrechte geben sollte, die wir nicht recherchieren konnten, bitten wir um Nachricht an den Verlag. Berechtigte Ansprüche werden im Rahmen der üblichen Vereinbarungen abgegolten.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Hinweis

Dieses Buch wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Die zum Schutz vor Verschmutzung verwendete Einschweißfolie ist aus Polyethylen chlor- und schwefelfrei hergestellt. Diese umweltfreundliche Folie verhält sich grundwasserneutral, ist voll recyclingfähig und verbrennt in Müllverbrennungsanlagen völlig ungiftig.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne kostenlos unser Verlagsverzeichnis zu:

Ares Verlag GmbH
Hofgasse 5/Postfach 438
A-8011 Graz
Tel.: +43 (0)316/82 16 36
Fax: +43 (0)316/83 56 12
E-Mail: ares-verlag@ares-verlag.com
www.ares-verlag.com

ISBN 978-3-902732-09-5

Alle Rechte der Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Tonträger jeder Art, auszugsweisen Nachdruck oder Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen aller Art, sind vorbehalten.

© Copyright by Ares Verlag, Graz 2012

Layout: Ecotext-Verlag, Mag. G. Schneeweiß-Arnoldstein, 1010 Wien
Gesamtherstellung: Druckerei Theiss GmbH, A-9431 St. Stefan
Printed in Austria

Inhalt

Vorwort	9
9. Juli 2012	15
Vernehmungsmethoden und böse Erinnerungen	
5. April 1994	18
Wie ich in Erfurt begrüßt werde	
Eine kleine Kommandobrücke	21
Wie man Chef einer Verfassungsschutzbehörde wird	
Anfangsschwierigkeiten, Anfängerschwierigkeiten	26
Warum ich zu reich bin, um eine Wohnung zu bekommen, und nicht alt genug, um ins Schwimmbad zu gehen	
Zweifach tierisch	33
Ich werde museumsreif und bringe meine linke Hand zum Sprechen	
Agenten	37
Warum ich kein Geheimdienstprofi werden will	
Ein Titel erst muss sie vertraulich machen	41
Wie ich meine Ernennungsurkunde finde	
Kinderschuhe der Facharbeit	46
Wie man die PDS beobachtet, ohne hinzuschauen, und warum der Verfassungsschutz sich in der christlichen Jugendarbeit engagiert	
Wahl 1994	51
Warum ich doch in Thüringen bleibe	
Neue Besen	56
Wie man einen Geheimdienst ruinieren kann und davor dann doch zurückschreckt	
Die ersten Toten	62
Ein überlebender Selbstmörder als Sicherheitsrisiko und warum Oberst Redl nicht erpresst wurde	

Buchenwald	66
Warum das Lager mich beschäftigt	
Buchenwald als „Traumata“	73
Wie es im Lager weitergeht	
Wohnungssuche und nackter Mann	78
Wie das Gerücht entsteht, ich sei unpassend gekleidet	
Zuhören	85
Was ich mit fünfzehn Jahren Verspätung über die NATO-Hochrüstung in Erfahrung bringe	
Der Mann auf dem Berg	93
Wie ich Anthony Perkins treffe und mich zwei Stunden über nichts blendend unterhalte	
Die Schatten der Vergangenheit	98
Wie man eine Fahne wendet und die CDU in die herumstehenden Stiefel der SED steigt	
Heiden und Christen	107
Wie mich mein Tun in Bonn in Thüringen einholt	
Christen und Heiden	115
Wie ich in den Müllbergen der Diktatur nach der Gegenwart suche	
Die Spitze des Eisbergs	125
Wer den Kopf aus der Brühe steckt, kann leichter rasiert werden – der Fall M.	
Kolonialland	132
Wie die DDR durch die sowjetischen Freunde wieder unter verschärfte Kontrolle genommen wird und über das Verschwinden der Kontrolleure	
Nachspiel in der Glinkastraße	144
Wie ich an der Nase herumgeführt werde	
Spaziergänger in Archiven	149
Wie ich mich erinnere, dass ein Nachrichtendienst ein Nachrichtendienst ist	
Nachspiel in der Regierungsstraße	155
Wie Ermittlungen amtlich unterlaufen werden können	

.....	7
Morgenstern	160
Warum im Osten die Polizei zusammengeklappt ist	
Volksfront	165
Warum bemerkbare Teile der SPD davon nichts wissen wollen	
Kometen und Fixsterne	171
Wie das Polizeidesaster zur Politintrige wird	
Dementi	180
Wie ich meinen Pressesprecher reden lasse	
Thomas D.	185
Wie wird man Quelle des Verfassungsschutzes?	
Hohe Burgen und Hochburgen	189
Warum es Thüringen gibt und Saalfeld sein rechtsextrems Zentrum wird	
Hochhäuser und Fluchtburgen	196
Wie Jena in meinen Blick gerät	
Hassliebe	201
Warum mich bewährte Antifaschisten zum Faschisten stempeln	
Die Drei (I)	211
Wie eine erfolgreiche Routine in einen Misserfolg umschlägt	
Die Drei (II)	218
Wie der Misserfolg in eine Jagd mündet	
„Parallektion“	225
Darf sich der Verfassungsschutz für Kultur interessieren?	
Ludendorff, Rathenau und Co.	231
Wie man in die Zeitung kommt und warum Wikipedia gern in den Spiegel sieht	
Wahlen 1999	236
Warum die CDU trotzdem gewählt wird	
Ende der Fahnenstange	246
Wie sich eine Alleinregierung etabliert	

Schild und Schwert der Partei	254
Wie ich zum Chef eines Parteigeheimdienstes umfunktioniert werden soll	
Der letzte Akt	259
Wie ich meiner Entlassung entgegen sehe	
Notwendiges Nachwort	264
Warum die Aufklärung gescheitert ist	
Auswahlbibliografie	271
der benutzen Literatur und sonstiger Quellen	
Abkürzungen und Anmerkung zur Transliteration	275
Namenverzeichnis	277

Vorwort

Etliche Jahre meines Berufslebens habe ich mich mit dem demokratischen Verfassungsstaat und seinen Feinden beschäftigt. Meine Tätigkeit im Bundesinnenministerium und schließlich als Chef einer Verfassungsschutzbehörde haben mir tiefe Einblicke in unser Gemeinwesen verschafft, die auf der gezielten heimlichen Datensammlung von Nachrichtendiensten beruhen. Diese Nachrichtendienste, die den Namen Verfassungsschutz tragen, wurden in Westdeutschland auf Weisung der westlichen Siegermächte im Jahre 1949 in das entstehende Grundgesetz institutionell eingefügt und bald darauf errichtet. Sie bestehen jetzt über sechs Jahrzehnte. Ihre Arbeit fand stets dann Beachtung, wenn sie an Ereignissen beteiligt waren, die in der veröffentlichten Meinung als „Skandal“ bezeichnet wurden.

Während meiner Dienstzeit als Beamter hat es zahlreiche Ereignisse gegeben, die ich selbst als skandalös empfunden habe – solche, die das Licht der Öffentlichkeit erblickten, aber auch andere, die sich im Verborgenen abspielten und schließlich dem Vergessen anheimgefallen sind. Hierüber habe ich – in Kalendernotizen und Tagebucheinträgen – Aufzeichnungen angefertigt. Heute, in der Rückschau, bin ich verblüfft, was ich seinerzeit für notierenswert gehalten habe und was nicht ...

Im November 2011 ging eine Empörungswelle durch die Medien, ausgelöst durch eine Mordserie, die auf der Opferseite etwa zehn ausländische Gewerbetreibende betraf und auf der mutmaßlichen Täterseite drei jüngere Nazis aus Jena. Zusammen mit den ungeheuerlichsten Behauptungen wurden deren Namen mit dem meinen verknüpft, weil ich zu Beginn der Aktivitäten dieser drei damals sehr jungen Leute Verfassungsschutzchef in Thüringen gewesen war. Ich gebe zu, dass ich zunächst verblüfft und dann verärgert war, weil ich mit gutem Grund annahm, dass hier im Hintergrund Leute zündelten, die von ihrem jahrelangen Nichtstun ablenken wollten. Ich hatte die Ereignisse ganz anders in Erinnerung; auch stand für mich unverrückbar fest, dass die Jagd nach diesem Trio für mich selbst im Juni 2000 durch meine aus parteipolitischen Gründen veranlasste Versetzung in den einstweiligen Ruhestand unwiderruflich beendet worden war, und zwar deutlich, bevor die Mordserie begann.

Meine Erinnerungen haben mich keineswegs getrogen, wie ich bei meiner Zeugenvernehmung durch den Generalbundesanwalt im März 2012 feststellen konnte. Das Verfahren gegen die mutmaßlichen Gangster beruht, so wurde mir erläutert, im Wesentlichen auf dem Fundus, der

während meiner damaligen Tätigkeit als Behördenchef in der von mir geleiteten Behörde entstanden war. Nach meinem Rauswurf hörte diese Jagd auf. Warum das so ist, vermag ich nicht zu sagen.

Allerdings habe ich mir bohrende Fragen gestellt, ob ich damals etwas falsch gemacht habe. Ich las zu diesem Zweck meine Tagebuchnotizen aus der Zeit von Ende 1996 bis zum Juni 2000. Da ich ein tiefsitzendes Misstrauen gegen die selbsternannten und die amtlichen Skandalauflärer habe, hielt ich es für sinnvoll, meine Notate abzuschreiben und einige davon der Öffentlichkeit zur Einsichtnahme vorzulegen, damit jeder, der dies möchte, sich selbst ein Bild machen kann.

Manchem von dem, was dort aufgeschrieben ist, stehe ich heute eher befremdet gegenüber. Es zeigt deutlich, dass ich kein Hellseher war – ein Zustand, der unvermindert andauert. Dennoch habe ich das Aufgeschriebene nicht verändert, sondern lediglich an einigen wenigen Stellen unsachliche, ja beleidigende Formulierungen weggelassen, was ich mir nachzusehen bitte, denn ich hatte im Traum nie daran gedacht, meine Tagebuchnotizen zu veröffentlichen.

Der Verlag und ich waren nach der Lektüre meiner Notate der übereinstimmenden Meinung, dass die schlichte Chronologie von Tagebuchblättern nicht besonders erhellend ist, zumal es, wie gesagt, beim Schreiben völlig außerhalb meiner Vorstellung lag, dass ich diese Niederschriften einmal Dritten zugänglich machen könnte. Ich habe daher in den vergangenen Wochen einen durchgängigen und, wie ich hoffe, lesbaren Text verfasst, in dem nun die Tagebuchstellen, auf die es mir ankam, integriert sind.

Für den Leser sei zum besseren Verständnis zudem hinzugefügt, dass meine Dienstzeit in Thüringen durch immense Schwierigkeiten geprägt war, die man sich heute – im Jahre 22 der Deutschen Einheit – kaum noch vorzustellen vermag. Nicht zum Wenigsten war es eine labile Polizeistruktur, die einen Gutteil meiner Arbeitskraft in Anspruch nahm: Altlasten und unfähige Westimporte lieferten sich erbitterte Auseinandersetzungen, anstatt ihren gesetzlichen Aufgaben nachzukommen. Sehr Ähnliches spielte sich in den politischen Parteien ab. Als Drittes kam zügellose Gewalt unter „anpolitisierten“ Jugendlichen hinzu. Aus diesem brisanten Gemisch entwickelten sich jene Taten, denen wir heute empört gegenüberstehen.

Helmut Roewer

Venedig, im Mai 2012

PS.: Nach Abschluss des Manuskripts hat der Lektor dieses Buchs zu Recht angemerkt, dass ich das Wortkürzel „NSU“ nicht erwähnt habe. Das stimmt, weil ich es für entbehrlich hielt, phantasievolle Anmerkun-

gen zu dieser Bezeichnung zu erdenken. Das kuriose Kürzel „NSU“ und seine bizarre Langform „Nationalsozialistischer Untergrund“ sind mir zum ersten Mal im November 2011 als Pressemeldung begegnet. „NSU“ war mir ebenso wie allen anderen, die heute wohltonend darüber sprechen und schreiben, vollkommen unbekannt. Man kann nur so viel sagen, nämlich dass es sich nicht um einen Gruppennamen im landläufigen Sinne handelt, denn ein Name ist in der Lebenswirklichkeit nur dann existent, wenn jemand ihn kennt und benutzt. Das war bis zu der ominösen Öffentlichmachung nicht der Fall. Die mutmaßlichen Gangster aus Jena handelten auch in anderer Weise gänzlich atypisch, wenn man sie mit den Terrorgruppen der letzten 150 Jahre vergleicht. Jenen kam es darauf an, mit ihren Terrortaten Signale zu setzen – der Schrecken war die Botschaft, sie wurde öffentlich gemacht. Die Leute aus Jena hingegen taten das Gegenteil. Sie hielten Zielrichtung und Zusammenhänge ihres Tuns vielmehr strikt geheim. Den Taten fehlte also das Plakative, das den Kern des politischen Terrors ausmacht.

Damit ist nichts verharmlost oder gar beschönigt; vor allem ist dies alles kein Entschuldigungsgrund für das aus heutiger Sicht schwer nachzuvollziehende Verhalten von Sicherheitsbehörden. Eines aber sei aus der Sicht eines Behördenleiters, der sich ernsthaft Jahr und Tag mit dem Trio aus Jena befasst hat, hinzugefügt: Die heutzutage zelebrierte Rückschau zeugt nicht von Realitätssinn, um das Verhalten einer Polizeibehörde, eines Nachrichtendienstes oder einer Staatsanwaltschaft zu beurteilen. Sie mag Journalisten und Einfältigen vorbehalten bleiben, die dem Glauben anhängen, dass der Tatortkommissar aus dem Fernsehen die Wirklichkeit des Polizeialltags widerspiegelt. Der graue Alltag der Sicherheitsbehörden besteht indes in aller Regel aus einer Woge Tausender von Einzelinformationen und nicht aus Fällen wie im Krimi. Die drei aus Jena waren in der Tat drei aus Tausenden, die zu beurteilen waren.

Ich möchte mit all den Leuten, die in amtlicher Funktion oder als Publizisten sicher Wichtiges und Einmaliges zu sagen wissen, nicht konkurrieren und will auch keine Kritiken zu den Seifenoperen über Angehörige, Badegäste und Zeltmitbewohner verfassen, die jetzt munter die Ladentische und Fernsehsendungen dominieren. Sie werden mit Sicherheit ein dankbares Publikum finden. Es sei ihnen gegönnt. Ich möchte hier lediglich schildern, wie ich die Dinge aus der Nähe gesehen und dann notiert habe.

In den letzten Wochen habe ich Dutzende von Journalisten erlebt, die auf Teufel komm raus mit meiner Beihilfe ihre vorfabrizierte Wahrheit an den Mann bringen wollten. Es hat mich schon immer erheblich gestört, wenn dieselben Leute, die gehaltvolle Ausführungen über das Unmoralische und Fragwürdige der Quellenführung durch staatliche Nachrichtendienste zum Besten gegeben haben, dieselben Quellen als

Leumundszeugen gegen den Staat und seine Behörden benutzen. Was für eine Unverfrorenheit ...

Nur für den Dienstgebrauch

Dienstgebrauch

9. Juli 2012

Vernehmungsmethoden und böse Erinnerungen

In Deutschland tagen ab dem Frühjahr 2012 diverse Untersuchungsgremien, Ausschüsse, Kommissionen und was auch immer, die sich mit dem Mordgeschehen der mutmaßlichen Gangster von Jena beschäftigen. Drei dieser Gremien sind parlamentarische Untersuchungsausschüsse. Einer davon waltet in Thüringen.

In meinem beruflichen Dasein waren solche Institutionen keine Mangelware. 1985/1986 erlebte ich auf der Bundesebene einen Untersuchungsausschuss aus kurzer Distanz. Es ging um Hansjoachim Tiedge, den in die DDR entsprungenen Gruppenleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz. Meine bescheidene Rolle hier war die eines Referenten in dem für Verfassungsschutz zuständigen Referat des Bundesinnenministeriums. Ich lernte, dass Wahrheitsfindung und parteipolitisches Aufklärungsinteresse oft nicht zur Deckung zu bringen sind.

Weitere Untersuchungsausschüsse des Bundes berührten meinen Berufsalltag. 2002 lernte ich zudem ein solches Gremium in Thüringen kennen. Nunmehr hatte sich meine Rolle verändert. Ich war der zwei Jahre zuvor aus dem Amt entlassene ehemalige Verfassungsschutzchef und als solcher ein Zeuge für die ungesetzliche Einflussnahme der Politik auf das Landesamt für Verfassungsschutz. Ich lernte: Die den Innenminister stellende CDU-Mehrheit korrigierte durch Mehrheitsbeschlüsse die Ergebnisse, die sich nach meiner Auffassung bei Fortgeltung der Gesetze der Logik aufdrängten. Ich spottete seinerzeit: Mehrheit statt Wahrheit. Doch ich hatte noch immer nicht ausgelernt ...

Als mich das thüringische Parlamentsgremium des Jahres 2012 als Zeugen zu den Vorgängen im Zusammenhang mit der terroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) vorlädt, ruft mich mein früherer Rechtsanwalt Uwe Zeigerer aus Erfurt an. Er sagt, er habe soeben den „Schäfer-Bericht“ gelesen, und fragt mich, was ich davon halte. Als ich erwidere, dass ich den „Bericht“ nicht kenne, bietet er mir an, die dortigen „Feststellungen“ mit mir zu erörtern. Wir verbringen einen arbeitsreichen Vormittag miteinander.

Beim „Schäfer-Bericht“ handelt es sich um ein Papier, das der ehemalige Bundesrichter Schäfer im Auftrag des Innenministeriums erstellt hat. Es soll Auskunft zum Behördenverhalten im Zusammenhang mit dem in der Öffentlichkeit diskutierten Mordgeschehen der Terrorzelle NSU geben. Was ich nunmehr zur Kenntnis nehmen muss, ruft meine Verblüffung hervor, denn ich weiß genau, dass Schäfer an mich selbst nicht eine einzige Frage zum operativen Verhalten der von mir geleiteten Behörde gerichtet hat. Was ich zu dem Komplex hätte mitteilen können, findet sich im „Bericht“ demzufolge nicht wieder. Auch was ich ihm

über das politisch verursachte Ende der geordneten Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz schriftlich mitzuteilen hatte, ignoriert der Bericht vornehm. Ebenfalls (versehentlich) weggelassen wurde mein Angebot, mit Schäfer zusammen die von mir geführten Akten meiner Amtszeit durchzusehen, um auch deren Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen. Das wurde „aus Geheimhaltungsgründen“ strikt abgelehnt. Soviel Aufklärung tut nicht not.

Stattdessen kommt Schäfer zu dem Ergebnis, dass zwei angeblich im Amt zurückgehaltene Detailinformationen des Verfassungsschutzes die Polizei gehindert hätten, das Trio nach dem Abtauchen zu ergreifen. Schäfer vertritt nämlich die Meinung, dass die unterbliebene Informationsweitergabe über einen behaupteten Pistolenkauf und der Hinweis, dass das Trio zu diesem Zeitpunkt kein Geld aus Sammlungen mehr benötigte, weil die Betroffenen ab einem bestimmten Zeitpunkt arbeiteten, die Polizei am Zugriff gehindert hätten. Ich stutze, denn der Satz bedeutet im Umkehrschluss, dass die Kenntnis über einen behaupteten Pistolenkauf und die Annahme einer Arbeitsstelle der Polizei die Möglichkeit eröffnet hätten, die Gesuchten festzunehmen. Ich bin sicher, Schäfers Behauptung ist falsch. Die Gefährlichkeit des Trios war allen geläufig. Es ging zudem nicht um eine veränderte Lageeinschätzung, sondern um die polizeiliche Vollstreckung mehrerer existierender Haftbefehle. Mit der unzutreffenden Annahme, dass das Trio einer Arbeit nachgehe, hatte dies nichts, aber auch gar nichts zu tun. Für die Festnahme gab es nur ein Kriterium: Wo sind die Betroffenen?

Hierauf also bereite ich mich vor und versuche auch, die letzten gemeinsamen Lagebesprechungen zwischen dem Verfassungsschutz und dem LKA vom Mai 2000 zu rekonstruieren. Bei mindestens einer davon war ich dabei, danach hätte man mich fragen können. Doch die Mühe ist umsonst. Die Vorsitzende des Gremiums ersucht mich, einen allgemeinen Überblick über meine gesamte Dienstzeit in Thüringen zu geben. Das lehne ich ab, weil ich hierauf nicht vorbereitet bin. Bei der anschließenden mehrstündigen Befragung versuche ich, mir mehrfach Gehör zu verschaffen, was denn das Amt in Bezug auf das mutmaßliche Mord-Trio unternommen hat, und zwar bevor dieses Trio eines wurde. Mein Text ist denkbar simpel: Die Information über den Verdacht, dass dort drei junge Leute Bomben basteln, wurde durch den Verfassungsschutz beschafft und an die Polizei weitergegeben. Diese Information erwies sich alsbald als zutreffend. Ich gebe nach einigen Anläufen auf, denn die Abgeordneten sind hieran offenbar nicht interessiert. Sie unterhalten sich miteinander, während ich spreche.

Worum also geht es? Es geht um mich. Vor mir ist der ehemalige Mitarbeiter S. als Zeuge vernommen worden. Ich kann mir vorstellen, wie die Abgeordneten und das Großaufgebot der Presse den Sexualphantasien dieses Mannes gelauscht haben. Er will mich nachts bei Kerzenschein

mit sechs oder sieben Frauen nebst Käse und Rotwein angetroffen haben, im Übrigen barfuß und Fahrrad fahrend. Keiner fragt sich offenbar, ob dieser Mann bei Trost ist. Weinerlich beklagte er, ich hätte ihn zum Amtsarzt geschickt, der angeblich seinen Geisteszustand untersuchen sollte. War ich wirklich so vorausschauend? Und natürlich unterlassen es die Abgeordneten, mich nach den Details dieser Aussage zu befragen, von der ich noch nichts weiß, als ich selbst vernommen werde. Ihnen genügt offensichtlich die ins Vorurteil passende Denunziation eines Mannes, der durch ungezählte Prozesse gegen den Dienstherrn ein gefürchteter „Wanderpokal“ in der Polizei Thüringens war; eines Tages hatte *ich* ihn, sprich: S. landete in meinem Beritt. Falschaussagen vor einem Untersuchungsausschuss sind strafbar – sagt das Strafgesetzbuch. Wer weiß, ob es in diesem Fall zur Anwendung kommt.

Statt sich zum Tatgeschehen und Behördenhandeln zu informieren, wollen Mitglieder des Ausschusses von mir wissen, warum ich der ungeeignete Amtschef sei, der ich nach ihrer Meinung war, und wie ich eigentlich nach Thüringen geraten sei. Die Grundsätze der beamtenrechtlichen Abordnung und Versetzung sind diesen Leuten entweder unbekannt oder gleichgültig. Sie unterstellen in Frageform finstere Machenschaften, die verraten, dass sie das eigene Land für eine Art Bananenrepublik halten, und sie mühen sich, dem begierig lauschenden Publikum klarzumachen, dass ich, der ich in den Augen zahlreicher Vorgesetzter ein Leistungsträger aus der Beamtschaft des Bundesinnenministeriums war, eine Art selbsterfundener Harlekin gewesen sein soll. Ich blicke in überhebliche, ja hasserfüllte Gesichter. Nur zwei der Abgeordneten fallen mir dadurch auf, dass sie in ruhigem Ton sachliche Fragen stellen. Das sind keine guten Voraussetzungen für die Wahrheitsfindung in einem Gremium, das nach dem Mehrheitsprinzip entscheidet.¹

Ich gebe zu, dass ich in dieser feindseligen Atmosphäre erhebliche Konzentrationsschwierigkeiten habe. Ganze Textpassagen aus meinen Büchern „Skrupellos“ und „Im Visier“ stehen mir ungewollt vor Augen und behindern meine Bemühungen, mich auf das Geschehen zu konzentrieren. Ununterbrochen stellt mein Kopf Vergleiche zu den Schauprozessen des 20. Jahrhunderts an: diese mutwillige öffentliche Zurschaustellung von Personen, die dazu dient, einen komplexen Sachverhalt, der nach Aufklärung schreit, durch primitive Schuldzuweisungen zu verne-

1 Zwei der Abgeordneten werden als Hauptinformanten in dem im Juni 2012 erschienenen Buch „Die Zelle“ von Christian Fuchs und John Goetz genannt, das für sich reklamiert, „eine beklemmende Nahaufnahme“ zu sein. Beklemmend erscheinen mir vor allem die ungezählten Falschinformationen, die von diesem Buch transportiert werden. Ich habe das Buch bei www.amazon.de besprochen. Dort sind die Einzelheiten nachzulesen.

beln. Und auch dies gilt es festzuhalten: Eine hämische Presse applaudiert devot zu dieser Vorführung.

Manches, ja vieles aus der Anfangszeit in Thüringen habe ich als Zeuge aus dem Kopf nicht mehr gewusst. Hierfür bin ich von den gewählten Vertretern des Volkes und den selbsternannten Meinungsträgern der Presse mit Häme und Verdächtigungen überzogen worden. Mehr war nicht zu erwarten. Zumindest habe ich sodann versucht, einiges zu rekonstruieren. Diese Bemühungen sind in den Text dieses Buches eingegangen. Er ist dadurch, so hoffe ich, etwas präziser geworden.

Der Leser mag sich nunmehr selbst ein Urteil bilden. Ich bitte ihn um Beharrlichkeit und Geduld.

5. April 1994

Wie ich in Erfurt begrüßt werde

Im Rumpf der zweimotorigen Fokker muss man den Kopf einziehen. Die Einzelsitze sind rechts und links an der Bordwand festgeschraubt. In Reichweite unterhalten sich die beiden Piloten. Einer von ihnen schwankt nach dem Start gebückt durch den Mittelgang und drückt jedem der neun Passagiere ein belegtes Brötchen in die Hand. Das ist der Bordservice von „Saxonia Airlines“.

Schräg rechts vor mir sitzt ein Mitreisender mit einem Stapel Zeitungen auf den Knien. Er beschäftigt sich in der folgenden Flugstunde zwischen Köln/Bonn und Erfurt damit, die Zeitungen aufzuschlagen und in der Mitte auseinanderzureißen. Einen Teil der so gewonnenen Einzelblätter steckt er in die linke Außentasche des blauen Blazers, der überwiegende Rest wandert auf den Fußboden des Mittelganges und bleibt dort als Müll liegen. Ich denke mir bei dem Anblick nichts Besonderes, in den vier, fünf Jahren zuvor habe ich bereits etliche Lichtgestalten vom Westen aus in den Osten vordringen sehen. Als ich diesen Mann aus dem Flugzeug später in Erfurt wiedertreffe, ist er der Pressesprecher des dortigen Innenministeriums.

Auf dem Flugplatz in Erfurt kriechen wir aus dem Flieger hinaus. Die Reisetasche wird von dem Piloten aus der Nase des Flugzeugs dem Passagier direkt in die Hand gedrückt. Mit Nachdruck werden wir um Geduld gebeten. Nicht umsonst, denn kurz darauf ertönt ungedämpfter Dieseldraus und ein überbreiter Ikarus-Bus nähert sich der kleinen Reisegruppe. Mit zwei Mann Bus-Besatzung werden wir zum fünfzig Meter entfernten Terminal gefahren und dürfen dann, streng beäugt von zwei dicklichen Grenzschutzpolizisten, das Abfertigungsgebäude verlassen.

Draußen spricht mich einer im breitesten Thüringisch an: Ob ich der „Dogdooor R.“ sei. Bin ich. Die Reisetasche lasse ich mir trotzdem nicht

entreißen. Das Dienstauto ist ein blaues Schlachtschiff der Marke Opel Senator. Du liebe Güte, wie unauffällig. Ob's da mehr von gibt? Nein, nur noch einen zweiten; der sei allerdings rot. Sogar der Ministerpräsident fährt so einen. Soso. Erfurt liegt noch im Morgendunst. Im Zockeltrab reisen wir in die Stadt hinunter. Bis in die Schillerstraße.

Schillerstraße. Welch ein erhabener Name. Das Gebäude, in dem das Innenministerium residiert, besteht aus drei an- und ineinandergebauten Teilen unterschiedlicher Bauepochen. Vom Hof aus überklettern wir eine Kokshalde und steigen von hinten unten in das Gebäude ein. Eine Wolke aus altem Fett, Urin und Desinfektionsmitteln schlägt dem Eindringling wie ein feuchtwarmer Waschlappen ins Gesicht. Treppe hoch und dann nach rechts und links – es folgen ewige Gänge, die Fenster sind fast blind, dann eine offene Klotür, der Geruch verstärkt sich. Hier ist die Kantine, sagt mein Begleiter.

Auf dem Flur hält uns einer auf, stellt sich vor, es ist der Verwaltungsabteilungsleiter des Amtes, Rolf-Rüdiger Bermen. Nein, in mein Büro könne ich nicht hinein, da säße der Amtsleiter drin, erklärt er. „Das bin ich“, werfe ich ein. Da sei er sich nicht so sicher. Ich solle in einer halben Stunde zum Staatssekretär kommen, ich könne ja so lange spazieren gehen. Den Vorschlag ignoriere ich, setze mich in sein Büro und frage nach den Tageszeitungen. Der Wunsch löst offenbar Besorgnis aus. Zu Recht, denn das, was mir mit spitzen Fingern gebracht wird, sind Zeitungs skelette, die irgendein Tunichtgut nach Gutdünken zerschnitten hat. „Erscheinen alle Thüringer Zeitungen in diesem originellen Format?“, frage ich. Nein, das sei wegen „dem Pressespiegel“. „Gut, dann hätte ich ihn gern mal, den Pressespiegel“, erwidere ich. Nein, der sei erst nachmittags fertig. „Nachmittags?“ – „Nachmittags!“

Der Staatssekretär Dr. Michael Lippert² ist ein in jeder Hinsicht mächtiger Mann. Rosig glänzend thront er hinter einem mit Aktentürmen beladenen Schreibtisch. Überaus charmant werde ich im bayerischen Plauderton willkommen geheißen. Vor ihm stehen zwei tiefe Teller, in denen sich rechts geschälte Nüsse, links ausgewickelte Schokoladentafeln befinden. Während der Ansprache, meine Person betreffend, bedient er sich bald rechts, bald links. Dass mir nichts angeboten wird, begreife ich, denn von den Schokoladentafeln wird abgebissen. Die Rede geht alsbald ins Allgemeinpolitische. Alles sei hier sehr politisch, werde ich belehrt. Wie auch anders. Ich sehe das genauso, nutze aber dennoch eine Sprechpause, um auf den Missstand der nicht freien Amtsleiterstelle hinzuweisen. „Ja, das ist mir auch schon gemeldet worden“, bemerkt

2 Dr. Michael Lippert, Verwaltungsjurist. Mitte der 1980er Jahre aus der bayerischen Staatsverwaltung ins Bundesinnenministerium, von dort ins Bundespresseamt. 1990–1994 Staatssekretär im Thüringer Innenministerium.

er. Wieso gemeldet?, denke ich. Das muss er doch aus eigenem Zutun wissen. Und dann kommt die Überraschung. „Ich denke, wir belassen es erst mal dabei und Sie werden Vizepräsident, bis wir die Sache gelöst haben.“ Dann Aufstehen zur Verabschiedung. Schon im Stehen teile ich mit, dass ich mich um den Flieger kümmern will, der meines Wissens Erfurt gegen 16 Uhr in Richtung Köln/Bonn verlässt. Stutzen, Zornesröte, Lachfalten. Bis um zwölf sei die Sache geregelt, sagt er. Dann wieder der gute Rat, bis dahin spazieren zu gehen. Ja, bin ich denn hier im Thüringer Waldwanderverein gelandet?

Gegen 13 Uhr betrete ich mein Büro. Ein runder Raum, knapp vier Meter hoch. Schreibtisch und Besprechungstisch sind in T-Form aneinandergeschoben, das „DDR-T“³. Die Länge des Besprechungstisches weist darauf hin, dass dies das Zimmer eines hohen Tieres ist. Ein Panzerschrank aus den frühen 1940er Jahren rundet die Einrichtung ab. Im Türrahmen dieses Monsters ist eine handtellergroße Stelle blank gekratzt. Deren Form weist aus: Hier prangte einmal ein Hoheitsadler. Ach richtig, sechs Stahlrohrstühle der Marke VEB Sitzwohl, Mittelweida, mit unterschiedlich verschossenem rotem Chemiefasergespinnst stehen auch etwas wahllos im Zimmer; einer davon soll der Schreibtischstuhl sein. Alle wackeln.

Doch ich bin nicht allein im Büro in diesen ersten Minuten. Ein Mann von Mitte vierzig erhebt sich bei meinem Eintreten, stellt sich mit Namen vor und sagt, er könne mich nur warnen. Wovor warnen? Na, weil hier jedem Versprechungen gemacht werden, die hinterher keiner einhalten will. Diese Erkenntnis finde ich nicht sehr neu; ich frage ihn aber sicherheitshalber, was man *ihm* denn versprochen habe. Und dann höre ich zu, und zwar einem Lebenslauf, den ich so zum ersten, aber keineswegs zum letzten Mal erzählt bekomme. Und der geht so: „Also, ich bin 1992 von Hessen nach Thüringen gekommen und habe hier ganz alleine das Amt aufgebaut. Ich bin immer noch Oberinspektor, König ist schon Amtmann, obwohl er nach mir gekommen ist, aber er kommt vom Bund, genau wie Ihr Vorgänger. Da weiß man doch gleich, wie das geht. Das muss beendet werden, sonst nehme ich mir einen Anwalt. Wann werde ich Amtmann?“

„Ich muss mich erst erkundigen, wo hier die Urkunden gelagert werden“, sage ich, was ich im nächsten Augenblick bereits bereue, denn der Mann schreitet sichtlich euphorisch aus meinem Büro.

3 DDR-T: Jargon-Ausdruck, der die merkwürdige, im Westen völlig unbekannt gewöhnliche im gesamten Ostblock beschreibt, in Zimmern von Vorgesetzten den Besprechungstisch an den Schreibtisch heranzuschieben, sodass beide Tische ein „T“ bildeten. Der Inhaber eines solchen „DDR-T“ blieb bei Besprechungen, die in der DDR „Beratung“ hießen, am Schreibtisch sitzen. Bereits diese Sitzordnung zeigte, wer hier das Sagen hatte.

Mein Erfurter Diensttagebuch beginnt mit diesem Auftritt. Als ich die Notiz anfertigte, ahnte ich nicht, dass mich dieser Fall bis über mein Dienstende hinaus beschäftigen würde. Der Mann aus meinem Dienstzimmer war nur einer von gut zwei Dutzend Menschen, die mit mir zu tun bekamen, weil sie die Position nicht auszuüben vermochten, die sie dank der unbegreiflichen Aufhebung des öffentlichen Dienstrechts innehatten. Doch dieser Fall hier endete in gewissem Sinne tragisch: Mein erster Besucher wurde kurze Zeit später von einem Hirnschlag heimgesucht, der ihn komplett bewegungs- und folglich dauerhaft dienstuntauglich machte. Zurück blieb die Lebensgefährtin, die von diesem Zeitpunkt an verzweifelt eine weitere Beförderung durchzusetzen versuchte, weil sie und der Kranke sich rettungslos verschuldet hatten. Grund war der Kauf einer Eigentumswohnung, mit der „Steuern gespart“ werden sollten.

Ich griff mir an den Kopf, als ich die Finanzierungsunterlagen sah, in die künftige virtuelle Beförderungen als notwendige Rechengröße bereits fest eingeplant waren. Stattdessen stand nun die gesetzlich vorgeschriebene Zwangspensionierung auf der Agenda. Der Prozess, der dies verhindern sollte, ging über die Jahre und mein Dienstende hinweg, da die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Thüringen eher eine theoretische Größe denn ein Gerichtszweig ist. Was daraus letztlich wurde, vermag ich nicht zu sagen.

Eine kleine Kommandobrücke

Wie man Chef einer Verfassungsschutzbehörde wird

Wie wird man Chef einer Verfassungsschutzbehörde? Je öfter ich diese Frage gestellt bekommen habe, desto entnervender habe ich sie empfunden. „Wie wird man Chefredakteur eines Lokal-Blatts?“, habe ich einem Journalisten rückfragend geantwortet. Es gibt keinen Normweg, um das eine oder das andere zu werden. Man kann bestenfalls erklären, wie man selbst es geworden ist. Und auch diese Erklärung kann kaum mehr als ein Versuch sein.

Bei meinem Versuch muss ich in meiner Biografie etwas zurückblättern; genau genommen bis in das Jahr 1983. Im Herbst dieses Jahres wurde ich im Bundesinnenministerium der Abteilung Innere Sicherheit zugewiesen. Diese leitete damals Ministerialdirektor Gerhard Heuer⁴. Ihm

⁴ Dr. Gerhard Heuer (1926–1996), Verwaltungsjurist, zuletzt Ministerialdirektor. Seit den 1960er Jahren bis zur Pensionierung im Bundesinnenministerium, zuletzt 1982–1991 Leiter der Abteilung Innere Sicherheit. Sodann Aufbauhelfer in Thüringen als

war ich die folgenden sechseinhalb Jahre unterstellt. 1990 trennten sich unsere beruflichen Wege. Ich wurde erst Schreibtischtäter und später dann Fernreisender in Sachen Deutsche Einheit. Heuer wurde 1991 im Beisein einer großen Zahl ehemaliger Untergebener an seinem 65. Geburtstag in den Ruhestand verabschiedet. Diese Feier erscheint mir, auch und gerade im Rückblick, deshalb eindrucksvoll, weil nicht nur die Zahl der Gratulanten das Normalmaß erheblich überstieg, sondern weil die Riege der ehemaligen Untergebenen eine Vielzahl von Namen (und mit ihnen verknüpften Positionen) enthielt, die als „Schüler“ Heuers gelten konnten. Eine derartige Vielzahl von „Schülern“ dürften wohl nur wenige leitende Beamte vorweisen können.

Dabei war Heuer bei seinen Mitarbeitern durchaus umstritten. Einige fürchteten ihn, weil er keine unpräzisen Formulierungen duldete, andere weideten sich an seinen trockenen Bemerkungen, die auch vor Fürstenthronen nicht haltmachten. Ein Beispiel: Kaum war Wolfgang Schäuble⁵ im Amt des Bundesinnenministers installiert, musste er den Verfassungsschutzbericht des Bundes für 1988 öffentlich vorstellen. Unmittelbar vor der Pressekonferenz fragte Schäuble den Sicherheitsabteilungsleiter Heuer, wie es eigentlich zu diesem Erstarken der Republikaner komme. Darauf gebe es, so entgegnete Heuer, zwei Antworten, nämlich eine offizielle und eine richtige. Die offizielle Antwort stünde im Bericht, die richtige laute: Blüm, Süßmuth, Geißler und so weiter. Schäuble verzog das Gesicht, die Hofschranzen erstarrten. Mir wurde klar: Humor ist dessen starke Seite nicht.

Im Jahre 1993 treffe ich Heuer zufällig mitten auf einer stark befahrenen Straße. Der Ort der Handlung ist die Schillerstraße in Erfurt. Ich war soeben aus dem Dienstauto gestiegen, um das dort gelegene Gewerkschaftshaus aufzusuchen, denn ich leite zu der Zeit das FDGB-Referat der Kommission mit diesem unwiedergebaren Namen⁶, deren Aufgabe es ist, das Vermögen der DDR-Parteien und Massenorganisationen zusammenzukratzen. Mitten auf der Straße stehend fragen wir einander nach dem Woher und Wohin. Dabei erfahre ich, dass Heuer als pensionierter Beamter „Aufbauhelfer“ und als solcher ein Abteilungsleiter im Thüringer Innenministerium ist. Im Auseinandergehen fragt er, ob

Abteilungsleiter im Innenministerium und ab 1994 bis zu seinem Tod Abteilungsleiter für Spionageabwehr im Landesamt für Verfassungsschutz (und somit mein Untergebener).

⁵ Dr. Wolfgang Schäuble (* 18. 9. 1942 Freiburg/Breisgau), Jurist, CDU-Politiker. Seit 1972 Mitglied des Bundestages. 1984–1989 Kanzleramtsminister. 1989–1991 und 2005–2009 Bundesinnenminister. Seit 2009 Bundesfinanzminister.

⁶ Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKPV).

ich Verfassungsschutzchef in Thüringen werden will. „Auf keinen Fall“, rufe ich zurück, „ich bin doch nicht irre.“

Man ahnt, dass jetzt etwas kommen muss, das begründet, warum ich in den nächsten Wochen meine vernünftige Einschätzung aufgegeben habe. Als im frühen April 1993 ein zweiter Aufenthalt in Erfurt notwendig wird, rufe ich Heuer spätabends in seiner Dienststelle an. Ich weiß, dass er ein fanatischer Nachtarbeiter ist; er geht sogleich ans Telefon. Ja, natürlich freue er sich morgen auf meinen Besuch. Und ein gemeinsames Abendessen sei durchaus nach seinem Geschmack. Tags darauf, nach einer völlig sinnlosen Debatte in einem Bürogebäude in der Haarbergstraße, das Teile des Wirtschaftsministeriums beherbergt, breche ich gegen Abend etwas entnervt auf. Als ich vor der Tür über die Pfützen des ungepflasterten, völlig verschlammten Platzes zu meinem Auto springe, ahne ich nicht, dass das Gebäude hinter mir einmal für Jahre mein Arbeitsplatz sein wird. Irgendwie finde ich trotz mehrerer Umleitungen die Schillerstraße mit dem Innenministerium wieder; Heuer erscheint nach meinem Anruf kurz darauf an der Pforte, wir steigen in mein Auto. Er lotst mich zu einem nahegelegenen „Chinesen“, wo uns wie üblich an Orten dieser Art Drachen und Geruch von Sojasauce empfangen.

Wie erwartet kommt Heuer nach dem Hauptgang, einer Art Feuertopf, und nach meinem achten grünen Tee und seinem vierten Bier auf die Sache mit der Verfassungsschutzbehörde zurück. „Gewiss“, sagt er, „es ist nur eine kleine Kommandobrücke, aber immerhin: es ist eine.“ – „Ich denke, nein“, entgegne ich. Ich habe deutlich in Erinnerung, dass ich bei meinem Besuch im Februar durch die Stadt geschlendert bin.



In Erfurt auf der Schillerstraße getroffen: Mein früherer Bonner Vorgesetzter Gerhard Heuer, der 1994 die Rollen tauscht und Abteilungsleiter in meiner Behörde wird

Was rede ich? Ich bin gerast, durch das dunstig graue, eiskalte Erfurt, durch die trübsinnige Marktstraße, an Abbruchhäusern vorbei und an Menschen, die ebenso unfroh sind wie ich.

Während eine spindeldürre Asiatin unsere Essgerätschaften entfernt, bemerke ich zu Heuer, dass drei Jahre Leben im Osten, speziell in Ost-Berlin, eigentlich genug seien. Da sitzt er wieder vor mir, mein deutlich gealterter ehemaliger Vorgesetzter, die „Reval“ im Mundwinkel, langsam und ironisch formulierend, alles druckreif, nichts ohne Hintertürchen. Dann trinkt er sein Bierglas leer, drückt die Zigarette aus und mustert mich unverhohlen mit seinen blassblauen Augen. Er zögert. Was kommt da noch? Dann wieder das Umschalten auf das Pokerface: „Wir

werden nicht ewig leben“, sagt er. „Wenn Sie so weiterrauchen, sicher nicht“, erwidere ich vorschnell und würde es am liebsten gleich wieder ungeschehen machen, denn es zuckt jetzt doch etwas in seinem Gesicht. „Sie haben recht“, sagt er und zündet sich eine neue Zigarette an. Wir scheiden ohne Groll voneinander.

Doch dann kam es anders, als ich kalkuliert hatte, denn es folgte eine Art Erpressung: Der Wunsch, mich nach Thüringen zu holen, wurde in Bonn aktenkundig gemacht. Das führte zu einer Vorladung in die Personalabteilung des Bundesinnenministeriums, wo man mir erst in gesalbten Worten, dann ziemlich drastisch deutlich machte, dass dieser Auftrag für mich eine Ehre sei. Vom Heldentod habe ich nie viel gehalten, doch ich hatte als Beamter das Eins-plus-Eins-Zusammenzählen gelernt. Und das hatte mich gelehrt, dass einer ohne Rückenwind durch das Parteibuch zumindest genau zuhören sollte, wenn Personalvorschläge gemacht wurden. In meinem Fall wurde ich daran erinnert, dass ich als „Leistungsträger“ in sehr kurzer Frist mehrfach befördert worden war und es im Bereich des Möglichen läge, meine Laufbahn nach oben für beendet zu erklären. Das war deutlich genug, und da mir diese Kröte zusammen mit der Zuckerstange einer Rückkehrzusage ins Hohe Haus – sprich: ins Bundesinnenministerium – zum Schlucken verabreicht wurde, schluckte ich sie runter. Ich gebe zu, dass auch ein Hauch von Abenteuerlust dabei war.

Ein Vorstellungsgespräch wird nun unumgänglich. Meine Güte, wie lang liegt mein letztes Gespräch dieser Art schon zurück. Ich reise also erneut nach Erfurt. Der Name des Innenministers sagt mir nichts. Franz Schuster, so kann jeder heißen. Beim Namen des Staatssekretärs ist das anders: Lippert. Ich halte den Mann für einen mir entfernt bekannten Beamten aus der freistaatlich bayerischen Verwaltung. Aber weit gefehlt. Bei Betreten des Dienstzimmers sieht mich ein nur zu bekanntes Gesicht an: Dr. Michael Lippert. Ja, den kenne ich, geht es mir durch den Kopf ...

Im August 1985 hatte sich der Gruppenleiter in der Spionageabteilung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hansjoachim Tiedge⁷, in die DDR abgesetzt. Da gab es dann den üblichen öffentlichen Klamauk. Der

⁷ Dr. Hansjoachim Tiedge (* 24. 6. 1937 Berlin – 6. 4. 2011 bei Moskau), Verwaltungsjurist, zuletzt Regierungsdirektor. Seit 1966 im Bundesamt für Verfassungsschutz, zuletzt als Gruppenleiter für die Spionageabwehr der DDR-Dienste. Im August 1985 in die DDR übergelaufen, 1990 nach Moskau geflohen.

damalige Innenminister Friedrich Zimmermann⁸ erklärte bei Eröffnung der Bundestagsdebatte⁹ vollmundig, er denke gar nicht daran zurückzutreten. Diesen epochalen Satz hatte ich ihm aufgeschrieben, denn ich machte mir oft einen Spaß daraus, Politiker, die meine Beamtenergüsse vom Blatt ablesen, Erstaunliches oder erstaunlich Schlichtes sagen zu lassen. Bei „Frizze“ Zimmermann, der dies ohne Bedenken tat, hatte das zudem den Charme, die eigenen Sentenzen auf Bayrisch hören zu können.

Genug der Umwege: Der Lippert, der jetzt vor mir saß, hatte 1985 mit mir im selben Referat gearbeitet. Er war uns von hoher Hand extra zugewiesen worden, um den Tiedge-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages¹⁰, wie es so schön hieß, „zu betreuen“. Das nahm bekanntlich kein gutes Ende. Der CSU-Abgeordnete Fellner¹¹ stellte dem damaligen Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Stefan Pelny¹² recht provozierende Fragen: Er, Pelny, wollte doch nicht behaupten, die Bundesregierung habe politisch Einfluss auf das Amt genommen. Dessen zutreffend gegenteilige Antworten bewirkten sehr zum Ärger der Bundesregierung, dass sich der Ausschuss zum Zimmermann-Spranger-Ausschuss¹³ umgestaltete.¹⁴ Spiritus rector der unerwünschten Fragerei soll, so wurde damals bei uns gemunkelt, der Ausschussbetreuer Lippert gewesen sein, der alsbald das Innenministerium verließ, um ins Presseamt der Bundesregierung verschoben zu werden.

Jetzt also war dieser Herr ein großer Herr hier in der Ostprovinz und hatte richtig was zu sagen. Als Lippert Heuer einmal anfuhr, er habe eine Kabinettvorlage verlangt, dieses Papier hier aber sei keine Kabinettvorlage, reichte dieser ihm einen Rotstift und erwiderte: „Schreiben Sie

8 Dr. Friedrich Zimmermann (* 18. 7. 1925 München), Jurist, CSU-Politiker. 1957–1990 Mitglied des Bundestages. 1982–1989 Bundesinnenminister, 1989–1991 Bundesverkehrsminister.

9 Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll vom 3. 9. 1985, S. 11286–11316.

10 Deutscher Bundestag: Antrag der SPD-Fraktion auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vom 26. 9. 1985, BT-Drs. 10/3906 (neu); Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses vom 27. 11. 1986, BT-Drs. 10/6584.

11 Hermann Fellner (* 20. 12. 1950, Träglhof), Rechtsanwalt, CSU-Politiker. 1980–1990 Mitglied des Bundestages.

12 Dr. Stefan Pelny (* 1938) Verwaltungsjurist, Rechtsanwalt. 1970–1983 im Bundeskanzleramt. 1983–Herbst 1985 Vizepräsident des Bundeamtes für Verfassungsschutz; im Gefolge des Tiedge-Untersuchungsausschusses in den einstweiligen Ruhestand versetzt. 1988–1996 als Staatssekretär in der Landesregierung von Schleswig-Holstein. Zwischenzeitlich und sodann Rechtsanwalt.

13 Friedrich Zimmermann war der Innenminister, Karl-Dieter Spranger der Parlamentarische Staatssekretär, beide CSU. Der Ausschuss untersuchte nunmehr die behauptete gesetzwidrige Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Beobachtung der Partei Die Grünen.

14 Antrag der SPD-Bundestagsfraktion vom 15. 1. 1986, BT-Drs. 10/4661.

Kabinettvorlage drüber, dann haben Sie eine.“ Heuer verstarb im April 1996. Wir werden von ihm im Weiteren noch lesen.

Anfangsschwierigkeiten, Anfängerschwierigkeiten Warum ich zu reich bin, um eine Wohnung zu bekommen, und nicht alt genug, um ins Schwimmbad zu gehen

Der Start in Erfurt war keine Freude. Zu den beruflichen Schwierigkeiten gesellten sich persönliche. Doch wo beginnen? Wo zum Beispiel sollte man übernachten? Von wohnen erst gar nicht zu reden. Der auf dem sogenannten freien Wohnungsmarkt verfügbare Wohnraum überstieg mit Quadratmeterpreisen von deutlich über 30 D-Mark meine Vorstellungen und meine Verhältnisse.

In den überreichlich vorhandenen, unbelegten städtischen Wohnraum kam ich nicht hinein. Der Grund hierfür: Eine schwer zu begreifende Thüringer Verwaltungsvorschrift zwang mich nachzuweisen, dass ich mich bei der städtischen Wohnungsvergabe angemeldet hatte, da man mir sonst kein Trennungsgeld zahlte. Um mich anzumelden, musste ich ein Formular ausfüllen, in dem meine Vermögens- und Gehaltsverhältnisse penibel abgefragt wurden. Die Gehaltsangabe machte ich zutreffend, man kann dergleichen schließlich kinderleicht in der Gehaltstabelle nachlesen. Das allerdings hatte zur Folge, dass ich für eine öffentliche Wohnungsvergabe nicht in Betracht kam, weil ich „zu reich“ war, was genau mit diesen Worten in Krakelschrift auf meinem Formular amtlich vermerkt wurde. Das wiederum löste bei irgendwelchen „lieben Kollegen“ in der öffentlichen Verwaltung die Schlussfolgerung aus, dass, wenn ich für die Wohnungsvergabe nicht in Betracht käme, mir auch kein Trennungsgeld zustünde ...

Etliche Monate später saß ich mit dem Erfurter Oberbürgermeister Manfred Ruge¹⁵ beim Mittagessen im Hotel „Zum Norde“ an einem Tisch. Nur um etwas zu sagen, erzählte ich die Trennungsgeldanedkote. „Ja“, erwiderte er ohne Zögern, „wir mussten Tausende von Wohnungen abreißen, um die Mietpreise zu halten.“ Für den Rest des Essens blieb ich schweigsam. Nur mein Tagebuch musste sich abends meine giftigen Bemerkungen gefallen lassen ...

15 Manfred Ruge (* 7. 10. 1945 Erfurt), Dipl.-Ing., CDU-Politiker. In den 1980er Jahren im Büromaschinenwerk Optima („Optima beliebt in den Büros der Welt.“). Mai 1990–2006 Oberbürgermeister von Erfurt. Sodann mit dem Posten eines von ihm zuvor selbst geschaffenen zusätzlichen Geschäftsführers der Stadtwerke beehrt.

... Wo also übernachtet man unter diesen Umständen? Antwort: In der seit kurzer Zeit ehemaligen SED-Bezirksparteischule. Die liegt in der Werner-Seelenbinder-Straße und wird in den nächsten Monaten mein Nachtasyl sein. Das Zimmer ist knapp zehn Quadratmeter groß und kostet 330 Mark im Monat; also auch hier ein ordentlicher Preis. Als Erstes entferne ich mit spitzen Fingern den grün und blau verschimmelten Duschvorhang, werfe ihn aus dem Fenster des 8. Stockwerks, laufe nach unten und befördere ihn in den Müll. Tags darauf finde ich abends auf meinem Bett eine maschinenschriftliche Mitteilung auf hochholzhaltigem Papier vor, in der ich in strengem Ton nach dem Verbleib des Vorhangs befragt und angewiesen werde, mich während der Vormittagsdienststunden bei der Verwaltung des Etablissements einzufinden, um eine Kautions von 300 D-Mark zu hinterlegen. Die zu zahlen weigere ich mich allerdings die nächsten zwölf Monate trotz regelmäßiger Mahnungen beharrlich und erfolgreich.

Bei vielen Leuten beginnt der Tag unter der Dusche. Bei mir auch. Der fehlende Duschvorhang spielt keine Rolle, da das Wasser nur aus spärlichen Löchlein herauströpfelt. Nach Abnahme des Duschkopfs bessert sich die Lage insofern, als man jetzt besser zielen kann. Es folgt das Frühstück in einer Art Mensa, die sicher reichlich 200 Personen Platz bietet. Nach dem Betreten des Raums fährt einem als Erstes ein betäubender Fettgeruch in die Nase, was wohl nicht nur an unterbliebener Lüftung liegt, sondern auch daran, dass hier schon frühmorgens auf den Genuss von Bratwürsten nicht verzichtet wird. Eine Scheibe Brot kostet sieben Pfennig und an der Kasse wird alles addiert. Das geht natürlich nicht ab, ohne dass die Hand der Kassiererin die Beladung des Tablettts genauestens untersucht und auch jede Brotscheibe anhebt, könnte doch eine Scheibe Schmelzkäse darunter verborgen sein. Mein Frühstück wird in der Folgezeit zwischen 2,42 und 3,86 D-Mark kosten; man sieht, dass ich die Abwechslung liebe.

Hier nun an der Kasse höre ich ihn zum ersten Mal: den Thüringer Urlaut. Dabei fängt alles ganz harmlos an. Ich frage die Kassiererin, als sie mir 3,67 D-Mark in Rechnung stellt und ich ihr einen Zehnmarkschein gebe, ob sie sieben Pfennig haben will. Darauf sagt sie „Noo“. Das ist kein rundes „o“, wie in Not oder Boot, sondern eine Art Rachenlaut, als würde einer „och“ schreien. Ich übersetze diese Kundgabe mit Nein und stecke die sieben Pfennige wieder weg. Doch wer beschreibt meine Verwunderung, als die Kassiererin den Urlaut jetzt gleich zweimal ausstößt und die Hand nach mir ausstreckt. Ich denke: Sie wird dich doch nicht schlagen wollen? Also gut: Doppelte Verneinung ist Bejahung, und ich krame die Pfennige wieder vor, was offensichtlich erwartet wird. Später begegne ich dieser Lautform ständig und allerwegen, die unter den Eingeborenen tatsächlich Bejahung (einmal „No“), nachdrückliche

Bejahung (zweimal „No“) und hundertprozentige Zustimmung (dreimal „No“) bedeutet.

Der erste Tag im Amt beginnt mit der schriftlichen Aufforderung, meine Begrüßungsrede, die der Minister halten will, zu formulieren. Ich frage beim anfragenden Staatssekretär nach, wann, wo und in welchem Rahmen das geschehen soll, was er augenscheinlich noch nicht bedacht hat. Als er dann anruft und fragt, warum immer noch (!) nichts da sei, frage ich zurück, ob ich die Ansprache dann nicht lieber gleich selbst halten soll. Nein, so die Auskunft, der M. soll den Entwurf liefern.

Der M. ist der „Auswerteleiter Extremismus“, so werde ich belehrt. Den lerne ich jetzt kennen. Ein dunkelblondkurzgelockter Herr mit einem prallen Thüringer Mundwerk. Er schüttelt mir längere Zeit die Hand und spricht ohne entsprechendes Stichwort über meinen Amtsvorgänger, einen älteren Ministerialrat aus dem Bundesverteidigungsministerium, den ich bis jetzt noch nicht zu Gesicht bekommen habe, Harm Winkler heißt der Mann.¹⁶ Ich sage Herrn M., er möge doch alsbald eine feuchtwarme Begrüßungsrede für den Minister entwerfen, was er sichtlich erschüttert zu Kenntnis nimmt. „Falls Sie auf mich zu sprechen kommen müssen“, sage ich heiter, „sollten Sie vielleicht erwähnen, dass ich meine letzten zwölf Berufsjahre im Bundesinnenministerium froh verlebt habe, 44 Jahre alt bin und eigentlich Jurist gelernt hatte, bevor ich das in der öffentlichen Verwaltung vergessen habe. Sonst gibt es aus meinem eintönigen Leben bisher nichts zu berichten.“ Ich sehe hoch und zügle mich sogleich, als ich merke, dass hier mitgeschrieben wird.

Was soll ich sonst noch sagen von diesen ersten Eindrücken? Mein Dienstzimmer liegt in der Schillerstraße, Ecke Arnstädter Straße oder, wenn man so will, in der Bundesstraße 7, Ecke Bundesstraße 4 und das ist wörtlich zu verstehen. Das heißt, man kann nur schwer etwas verstehen, denn das Zimmer ist ebenerdig unmittelbar an den Verkehrslärm der am stärksten befahrenen Kreuzung Erfurts angeschlossen. Es ist ein runder, völlig verwahrloster Raum, der den Charme hat, dass er aufgrund der kreisrunden Konstruktion irritierende Echos erzeugt, wenn man genau in der Mitte steht und von dort aus spricht. Als ich das raus habe, leite ich im Laufe der nächsten Zeit gern unangenehme Besucher dorthin.

Die nächsten Tage vergehen damit, dass ich versuche, mich vor Ort zurechtzufinden. Ein Teil der Behörde ist nicht in der Schillerstraße untergebracht, sondern in der Jägerkaserne, in Steinwurfweite von meinem

16 Harm Winkler (* 22. 3. 1934 Fulda), Verwaltungsjurist, Rechtsanwalt. Dezember 1965 Eintritt in die Bundeswehrverwaltung, ab 1971 im Bundesverteidigungsministerium, zuletzt als Leiter des Sicherheitsreferats. 1991–1994 Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Thüringen, sodann bis zur Pensionierung 1999 Referatsleiter im Thüringer Innenministerium. Anschließend Rechtsanwalt.

Nachtasyl. In diesem Kasernengebäude aus königlich preußischen Tagen haust die „Beschaffung“ und die „Spionageabwehr“. Was hier was ist, werde ich in den nächsten Tagen schmerzlich kennen lernen. Es ist eine kleine Ansammlung von Mitarbeitern, bei denen man spätestens auf den zweiten Blick mitkriegt, wer aus dem Westen stammt und wer aus dem Lande stammt – und das nicht nur aufgrund des Alters. Nun gut, das ist nichts grundlegend Neues für mich: Führungspersonal West und Assistenzpersonal Ost. Die einzige Ausnahme ist der „Auswerteleiter“; er ist ein ehemaliger Pfarrer.

Niemand wird annehmen, dass man als neuer Amtsleiter in den ersten paar Tagen Bedeutendes zu Wege bringt. Gewiss, ich habe auch deutlich im Hinterkopf, warum man mich geholt hat. Da war viel von verfehltem Aufbau und ungeeignetem Personal die Rede gewesen; aber die Wirklichkeit übertrifft wie so häufig die Erwartungen. Das wird dann auch ein Kapitel für sich werden ...

Doch schnell noch ein Wort zu den Abenden. In meinen Berliner Legionärsjahren habe ich es mir angewöhnt, bis in die späten Abende hinein zu arbeiten. Das war heilsame Medizin gegen das Deprimierende der Ost-Berliner Umgebung. Auch das Erfurt des Jahres 1994 ist nicht viel besser. Dennoch muss man irgendwann am Tag etwas essen und trinken und auch vom Dienst Abstand gewinnen. Aber wie?

Von der Gastlichkeit meines Asyls habe ich schon berichtet. Hier hielt ich mich ausschließlich zum Schlafen und zum Duschen auf. Sport treiben, zum Beispiel Schwimmen, schien ein probates Mittel zur Entspannung zu sein: Nicht weit entfernt lag die Süd-Schwimmhalle, von der Eingeborene zu berichten wussten, sie habe „Weltniveau“. Warum also nicht schwimmen gehen, morgens, mittags oder abends.

Es sind dann einige Anläufe nötig; nicht, weil ich mir keinen Ruck gebe, sondern weil ich in die „Weltniveau“-schwimmhalle schlicht nicht hineinkomme. Alles dort ist nämlich zugeschlossen. Ganz vergeblich suche ich am Gebäude ein Schild mit den Eintrittszeiten; es gibt keines. Als ich später einmal nach dem Grund frage, erhalte ich den Bescheid: Wer zu uns kommen wolle, wisse auch wann! Beim zweiten Anlauf, es ist ein Abend, sehe ich deutlich Licht in der Halle. Sollte es nicht zufällig aus der Zeit vor der Wende angeblieben sein, müsste jetzt jemand im Gebäude sein. Doch der Eingangsbereich ist völlig ausgestorben; verschlossen selbstverständlich auch. Ein dritter Anlauf, nunmehr tagsüber, bringt Klarheit: Es gelingt mir, eine stark angejahrte, bekittelte Frau durch Faustschläge an die Tür in meine Nähe zu locken. Sie zeigt sich an den Kopf und dann auf ihre Armbanduhr. Abgerundet wird ihr Auftritt

durch beigefarbene Sandalen. Der Hinweis auf die Uhrzeit kann nur bedeuten, dass ich jetzt, mittags um halb zwölf, zur „Unzeit“ am Bad bin.

Wann bitte aber ist die „richtige Zeit“? Ich bitte Frau F., meine Sekretärin, mir zu sagen, wie ich in das Schwimmbad komme, und korrigiere mich dann sogleich: Ich bitte sie herauszufinden, wer jemanden kenne, der mir sagen könne, wann ich in das Schwimmbad käme. Der Auftrag wird prompt erledigt. Bei mir meldet sich ein Bediensteter des Innenministeriums, der früher Trainer war und zudem ein hauptamtlicher Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Der weiß Bescheid: „Immer nur zur vollen Stunde.“ Eine Diskussion über diese wenig einleuchtende Regelung, das habe ich längst begriffen, ist völlig sinnlos, weil sie mich nicht dem Ziel meiner Wünsche näherbringt: dem Schwimmbadbesuch nämlich.

Also richte ich meinen nächsten Anlauf entsprechend ein. Pünktlich zur vollen Stunde bin ich da. Doch was sehe ich! Vor mir steht eine Schlange von gut 60 bis 70 Leuten, die meisten von ihnen nicht mehr ganz jung. Natürlich denke ich in dem Moment so etwas Ähnliches wie: Können diese verdammten Rentner nicht kommen, wenn hier weniger los ist? Ich weiß, kein sonderlich sozialverträglicher Gedanke. Ich stehe also an, und zwar deutlich länger als eine Viertelstunde. Dann habe ich das Gefühl, dass es gar nicht mehr weitergeht, was auch zutrifft. Die Abfertigung an der Kasse ist nämlich eingestellt worden. Ich erkundige mich bei meinen Vorderleuten, die mir meinen Verdacht zwar bestätigen, aber meine Unruhe nicht teilen wollen. Und so erfahre ich dann die volle Wahrheit, obwohl ich eigentlich noch ein „wenig jung“ für so etwas bin: Einlass ist nur „um Um“; „um Um“ bedeutet im Thüringischen die volle Stunde. Um Viertel wird wieder geschlossen, weil um Dreiviertel das Becken geräumt wird. „Ja, kann man denn hier nur für eine knappe Dreiviertelstunde hinein?“ – „Nein, aber trotzdem wird um Dreiviertel das Becken geräumt.“ – „Warum, um Himmelswillen?“ – „Weil die Bademeister dann Frühstück machen.“ – „Jede Stunde?“ – „Ja.“

Ich bin dann nicht ins Südschwimmbad gegangen. Als ich viel später einen neuen Anlauf wagte, wurde es gerade mehrere Jahre lang umgebaut („rekonstruiert“). Es ist dann sehr schön geworden.

Niemand muss abends schwimmen gehen. Aber essen und trinken darf schon sein. Nun kann man denken, dass das in einer Stadt mit rund 200 000 Einwohnern eigentlich kein Problem sein dürfte. Ist es auch nicht, wenn man einige „Eigenheiten des Landes“ in Kauf nimmt. Dazu gehört selbstverständlich, dass der Gastwirt bestimmt, wann der Gast Hunger zu haben hat. Grundregel zwei: Der Gast freut sich über das Dargebotene und nimmt in Kauf, dass alles noch viel schlimmer hätte kommen können. Grundregel drei: Fleisch muss auf den Tisch. Hier-

für gibt es zwei Möglichkeiten („Wir haben da Varianten.“): Bratwurst oder „Brätel“.

Die Bratwurst wird, wenn man sie bestellt, Bratwurst genannt. Dies verdient Erwähnung, weil es sich bei dieser Bratwurst um die Spezies der berühmten Thüringer Bratwurst handelt; völlig verfehlt wäre es allerdings, eine „Thüringer“ zu bestellen; daran erkennt man in Thüringen nämlich untrüglich den auswärtigen Ignoranten. Variante zwei ist das „Brätel“, ein Begriff, den selbst das neueste Word-Schreibprogramm nicht kennt. Ein „Brätel“ ist ein Fleischlappen vom Schwein, der nach geheimsten Rezepturen in Bier und Senf eingelegt und sodann mit Hilfe eines Grills in den Zustand einer Schuhsohle verwandelt wird. Dazu wird gern ein Berg glasiger Zwiebeln gereicht. Das mag zum Einstimmen und zum Appetitanregen genügen.

Die abendliche Stadt bietet dem Gast nun alle diese Köstlichkeiten. Da gibt es „das Angermeier“ gleich neben der Post, „den Augustiner“ in der Johannesstraße und „den Hopfenberg“ – anfangs alles fest in deutscher Hand. Später sollten diese Gaumentempel dann mehr und mehr Konkurrenz durch Chinesen und Italiener bekommen.

In diesen Etablissements trifft man dann allabendlich das gleiche Publikum: die geballte Zukunft des Ostens, deutlich geteilt in zwei Klassen. Ost und West? Falsch geraten. Es sind die Beamten und die Millionäre. Die Beamten müssen kaum näher erklärt und beschrieben werden: Man erkennt sie an schlecht sitzenden Anzügen und am unerträglichen Geschwätz über Nichtigkeiten des Dienstilltags; immer im gleichen Tenor, wie sie es gerade wieder einem Vorgesetzten „gegeben haben“ oder einen dieser „begriffsstutzigen Ostler“ aufklären mussten.

Da lobe ich mir die Millionäre. Schreiende Sakkos zur Bügelfalten-Jeans. Kein Vorurteil ist schrill genug, um diese Typen zu beschreiben. 1994 ist noch die Zeit der C-Netz-Telefone, die wie Kofferradios mit oben aufliegendem Hörer neben den Kneipentischen stehen. Was wird an diesen Tischen nicht alles verhandelt. Man sage nicht, ich könne das nicht wissen oder müsse unanständig gelauscht haben. Nein, die verbale Wirklichkeit unserer Millionäre spielt sich in einer Lautstärke ab, die jedermann zum Mithören zwingt. So werde ich Ohrenzeuge gigantischer Geschäftsabschlüsse, höre von traumhaften Grundstücken und von märchenhaften Gewinnen. Jeden Abend.

Ich hätte mir nie träumen lassen, *was* da so alles im sogenannten Osten herumvagabundiert: ambulante Anwälte, Wirtschaftsprüfer und Notare, Grundstücksmakler, Aufkäufer der Handelsketten, Bankfilialisten, Automarkenvertreter, Firmenplünderer; als Einsprengsel auch Umwelt- und Weltverbesserer. Ein wirres Panoptikum schwadronierender Gestalten, Schwindler und Zahlenfälscher zuhauf, darunter finstere Be-

träger und Einfaltspinsel; Deutsche, sehr viele Deutsche, aber auch viele Russen, einige Italiener, wenige Türken.

Wo sind eigentlich die Einheimischen in diesem Zirkus der abendlichen Eitelkeiten? Antwort: Zu Hause! Dieses Zuhause hört auf die Namen Ulan-Bator-Straße, Moskauer Platz, Roter Berg. Straßenbahnen fahren von der Stadtmitte dorthin, zu diesen eintönigen Plattenbausiedlungen. Die Dunkelheit gibt Auskunft über den Verbleib der Einwohner: Alle sind daheim, in allen Wohnungen ist der Fernseher eingeschaltet. Das ist unübersehbar, denn nirgends gibt es die im Westen so beliebten Rollläden. Oft ist es dasselbe Programm, das in diesen „Wohnscheiben“ läuft; die Lichtreflexe lassen kaum einen Zweifel zu und dann hat man den Eindruck, man stehe vor einem überdimensionierten Kaufhausregal.

Gut, das gibt's anderswo auch, höre ich den Leser und die Leserin einwenden. Wenn da nicht eine Besonderheit gewesen wäre, die man sonst nirgendwo in der Welt antraf, nämlich die violetten Leuchtstoffröhren in den Fenstern, die man natürlich nur bei Dunkelheit wahrnehmen konnte. Dann allerdings waren sie unübersehbar. „Ist gut für die Pflanzen auf den Fensterbänken“, höre ich noch dazwischenrufen. Was mögen das für Pflanzen gewesen sein? In meinen Berliner Wanderjahren besichtigte ich 1990 einmal das Volkseigene Glühlampenwerk Narwa. Einen der leitenden Leute fragte ich nach dem Sinn der auch in Berlin nur zu auffälligen violetten Lampen. Dieser verwies tatsächlich auf den Pflanzenwuchs. Ich muss nach dieser Auskunft wohl derart konsterniert ausgesehen haben, dass ich umgehend gefragt wurde, ob ich Biologe sei.

Ich ließ das offen und wurde am Arm beiseite genommen. „Wir hatten da eine Havarie“, hörte ich sagen, „und als wir die ganzen violetten Röhren plötzlich da hatten, haben wir über die ‚Junge Welt‘ verbreitet, dass die Lampen für den Pflanzenwuchs gut sind.“ Diese wurden dann ein Renner. Später rekonstruierte ich das Gehörte und reimte mir zusammen, dass „Havarie“ hier wohl mit „Produktionsfehler“ zu übersetzen wäre. Die ganze Geschichte klang so witzig in meinen Ohren, dass ich sie den volkseigenen Bürokraten gar nicht zutrauen wollte. Oder wurde ich hier womöglich gleich zweifach verladen? Ich habe das bisher nicht herausfinden können und werde die Ungewissheit wohl mit ins Grab nehmen müssen ...

Zweifach tierisch

Ich werde museumsreif und bringe meine linke Hand zum Sprechen

„Einfach tierisch“, sagte Karl der Kühne; so jedenfalls kann man es in Erich Kästners „Drei Männer im Schnee“ nachlesen. Was meinen Start in Erfurt anbelangt, gilt jedenfalls die Zahl zwei. Das hängt mit dem zweigeteilten Standort der Behörde zusammen: der Schillerstraße und der Jägerkaserne.

Zu den Unterbringungsstandards eines Nachrichtendienstes gehört dessen Abschottung gegen unbefugte Neugierde. Die Mitarbeiter innerhalb der Behörde, die sich um dergleichen kümmern, gehören einer



*In preußischen
Tagen und
noch ohne
Schäferhund
– die Jäger-
kaserne*

eigenen Spezies an. Man nennt sie unbegreiflicherweise „Geheimsschützer“. Das ist jedenfalls dann nicht auf Anhieb einzusehen, wenn man die Wortschöpfung beispielsweise mit den Ohren vergleicht: Ohrenschtützer, das ist eindeutig, schützen die Ohren. Aber Geheimsschützer? Vielleicht stellt man sich am besten so eine Art überdimensionierte Tarnkappler darunter vor.

Der Schutz der Jägerkaserne ist einem Kasernenzaun anvertraut; auch er stammt noch aus königlich preußischen Tagen, ist infolgedessen noch weitgehend unversehrt. Doch da das Gebäude oft unbesetzt ist, wird es von einem Wachmann und einem Hund bewacht. Der Hund trägt den Namen Monty. Dass er auf diesen Namen hört, wäre allerdings übertrieben. Monty ist ein Deutscher Schäferhund; aber er hat, außer dem Umstand, dass er viel zu groß für einen solchen ist, den Makel tschechischer Nationalität. Mich stört das nicht, aber einige Kollegen, die Hunde züchten, empfinden das als Fehler, der sich letztlich in man-

gelhaften „Papieren“ niederschlägt. Wie dieser Hund unter diesen Umständen durch die Sicherheitsüberprüfung gekommen ist, bleibt mir ein Rätsel. Als ich ihn das erste Mal wahrnehme, randaliert er wie gestört in seinem Verschlag.

Ich bin nicht der einzige, den er angiftet. Kaum einer der Kollegen, die dort oben arbeiten, war bis zu diesem Zeitpunkt ohne ernsthaften Zusammenstoß mit ihm geblieben. Er ist nicht bereit, Freund und Feind zu unterscheiden. Gleiches gilt für die Wachleute. Das ist zwar misslich, hält aber unzweifelhaft allerlei Gelichter vom Übersteigen des Zauns ab.

Die Kollegen, welche die Jägerkaserne betreten wollen, gewöhnen sich eine besondere, vor Hundebiss schützende Verfahrensweise an: Sie kommen bevorzugt mit dem PKW. Je nach Taktik wird das Eingangstor geräuschvoll oder leise geöffnet. In jedem Fall wird das Maschendrahtgitter des Tors mit dem PKW angeschubst, sodass es aufschwingt und man durchfahren kann, auf dass es hinter dem Durchfahrenden aufgrund seines Eigengewichtes wieder zuschwingt. Jetzt steuert man im sicheren PKW-Käfig um die Kaserne herum bis auf die Seite, wo Montys Verschlag steht. Sieht und hört man ihn dort krakeelen, besteht keine Gefahr. Ist er nicht dort, hupt man am besten, bis er kommt. Kommt er allein, wartet man weiter im Auto ab, denn nach einer Weile wird auch der Wachmann erscheinen. Kommt er sogleich mit Wachmann und an der Kette, genügt es, den Dienstausweis vorzuzeigen.

Monty versieht nach meinem Eintreffen noch die folgenden zwanzig Monate Dienst in der Jägerkaserne. Dann zieht die Behörde auf den Haarberg, wo er nicht mehr gebraucht wird. Er dient mir noch einmal als „virtueller Gesprächspartner“, als ausgerechnet ich eine öffentliche Laudatio auf Innenminister Richard Dewes halten soll. Damit greife ich allerdings den Geschehnissen vor.

Weiteren Einfluss hat Monty auf mein Leben nicht mehr. Einer der Kollegen kauft Monty und nimmt ihn mit in den Thüringer Wald. Er wird allerdings seines Lebens als Thüringer Wald-Wache nicht recht froh und bringt sich eines nicht zu fernem Tages um, als er versucht, mit dem Kopf voran die geschlossene Haustür zu durchschreiten – gemeint ist der Hund, nicht der Kollege.

Ein anderer Kollege heißt Heiner Klein. Er ist das, was man in „Neufünfland“ einen „Aufbauhelfer“ nennt. In Wirklichkeit ist er ein pensionierter Bundeswehroffizier, was bereits bei der ersten Begegnung nicht verborgen bleibt. Er gibt sich auch gar keine Mühe, dies zu tun. Er ist ein fröhlicher, hilfsbereiter Organisator; einen fest umrissenen Aufgabenkreis hat er augenscheinlich nicht. Dass er zu meiner Behörde gehört, versichert er mir, als ich ihn einmal danach frage. Wenn wir ab und an abends zusammenhocken, reden wir über das Militär; worüber sonst?

Die Militärgeschichten führen dazu, dass ich Heiner Klein bei einem Hobby auf die Spur komme. Er sammelt Uniformen. Nichts Besonderes, wird man sagen. Doch ihm geht es um eine bestimmte Bundeswehr-Epoche, über die er nichts aufstöbern kann. Die Funde sollen in ein Militärmuseum in Sonthofen, wenn es denn stimmt, was er so sagt. Wie auch immer: Ich steuere einen Wintermantel („Pferdedecke“), eine Uniformjacke und allerlei weiteren Trödel bei, der aus meinen eigenen Wehrdiensttagen stammt und bei mir wertvollen Lagerraum blockiert. Ich muss lachen, als ich mich von den Klamotten trenne, denn diese 25 Jahre alten Stücke zeigen mir in drastischer Weise, dass ich bereits eine eigene museumsreife Vergangenheit habe.

Eine andere Episode drängt sich auf: Viele der hier im „Osten“ um mich herum Lebenden heben irgendwelche Alltagsdinge aus ihrer DDR-Vergangenheit auf. Mehrfach bekomme ich zu festlichen Anlässen ganze Devotionaliensammlungen geschenkt: vom Knäckebrot bis zur Präservativ-Packung, vor deren Verwendung die Schenkerinnen allerdings vernünftig warnen.

Eines Abends ist Heiner Klein sichtlich aus dem Gleichgewicht. Er tritt an meinen Tisch im Angermeier und sagt: „Herr Präsident, meine Wirtin ist soeben gestorben.“ Ich denke zunächst, er macht einen seiner Witze, doch dazu will das im wahrsten Sinne des Wortes unmilitärisch zu Berge stehende Haar und die von mir



Achtung Sicherheitsrisiko! Ein Geschenk meiner Mitarbeiterinnen zu einer der feuchtfröhlichen Weihnachtsfeiern

strikt verbotene Anredeform nicht passen. Mir ist klar, dass ich vor allem Militärpersonen einen Tort antue mit diesem Verbot; aber ich finde derartige Anredeweisen nun einmal entsetzlich unrepublikanisch. (Hinweis für Kritiker: Das hat nichts mit der gleichnamigen Partei zu tun, sondern mit der deutschen Staatsform, die sich auch im Staatsnamen widerspiegelt.) Normalerweise lässt sich dieses Verbot rasch durchsetzen, denn wie der „Herr Präsident“ sehe ich zum Glück nicht aus. Im Fall des Heiner Klein muss also ein schwerwiegendes Ereignis eingetreten sein, das ihn in der Kneipe zu der ebenso lauten wie unpassenden Anrede veranlasst. Da uns bereits die ungeteilte Aufmerksamkeit der umliegenden Tische zuteil geworden ist, zerre ich ihn am Ärmel und bugsiere ihn auf den Stuhl neben mir.

Doch der traurige Tatbestand ändert sich damit nicht. Klein erzählt mir, er wohne bei einer älteren Witwe mit in deren Wohnung. Mir ist das

bis zu dieser Stunde nicht bekannt, denn hiervon war nie die Rede. Klein erzählt mir dann Folgendes: „Frau Weise begrüßt mich in der Küche. Sie sagt: ‚Herr Klein, Herr Klein, ich glaube, ich muss sterben.‘ ‚Liebe Frau Weise‘, erwidere ich, ‚das müssen wir alle.‘ ‚Nein, Herr Klein, ich muss jetzt sterben.‘ ‚Aber Frau Weise‘, so entgegne ich, ‚damit können Sie sich noch etwas Zeit lassen.‘ ‚Nein, nein‘, sagt sie, steht auf vom Küchenstuhl, legt sich auf ihr Bett und ist tot. Ich habe den Notarzt geholt, aber tot ist tot. Das hat der Arzt dann auch gesagt.“

„Und wo ist sie jetzt?“, frage ich. „Na, in ihrem Bett – wo sollte sie denn hin?“ Gute Frage. An diesem Abend übernachtet Heiner Klein bei einem Kollegen. Am nächsten Morgen erzählt er mir die Geschichte noch einmal; jetzt allerdings lacht er schon wieder und sagt: „Das müssen Sie sich mal vorstellen; da wartet die abends auf mich, nur um mir zu sagen, dass sie stirbt, und dann tut sie’s auch noch.“

Klein fällt im nächsten Jahr, 1995, dem großen Verwaltungshelfer-aufräumen zum Opfer, das der neue Innenminister Richard Dewes veranstaltet. Mancher andere, der später schmerzlich vermisst wird, auch.

Zurück zur Tierwelt dieses Kapitels. Hierher gehört noch eine zweite Geschichte. Zu einem meiner Geburtstage, insgesamt sind es sieben, die ich in Erfurt verbringen muss, bekomme ich „das Pferd“ geschenkt. Das Pferd ist eine Handspielpuppe aus braunem Plüsch und ich muss sagen, es ist das schönste Geschenk, das ich seit meinen Kindertagen erhielt. Es erwacht sogleich zum Leben, als ich es erheitert und neugierig über meine linke Hand ziehe. Ich bin selbst überrascht, was es sogleich an Unverschämtheiten von sich gibt, und unsere Zuhörer sind es ganz gewiss auch.

Es war Liebe auf den ersten Blick und nur der humorlose Besserwisser, der staubtrockene Ewigkorrekte und der einspurige Zielerreicher mögen sich fragen, wie das zusammengeht, dass ein Mann, den sie für ihresgleichen halten, also einen humorlosen, staubtrockenen, einspurigen Karrieristen, sich für so etwas Abwegiges wie ein Kinderspielzeug begeistern kann. Ich weiß hierauf nur eine einzige Antwort: Ich bin nicht verantwortlich für mangelndes Vorstellungsvermögen, fehlende Phantasie und die Abwesenheit von Poesie. Menschen, die jenseits des Berufsalltags mein Interesse geweckt haben, sind anders gestrickt, und ich versichere gern, dass man einander erkennt. Da ist zum Beispiel Mykita, der Oboenspieler aus Kiew. Er lässt, anstatt die Gäste mit seiner zauberhaften Musik zu unterhalten, die Oboe Oboe sein und sitzt verträumt in meinem Wohnzimmer, spielt bis in den frühen Morgen mit dem Pferd und ist für niemanden sonst zu sprechen.

Natürlich kann ich Dienst und Schnaps trennen und selbstverständlich halte ich das Pferd aus allen dienstlichen Obliegenheiten heraus. Es hat in jener Welt nichts verloren und ist dort auch nie aufgetaucht, denn

ich weiß sehr wohl: Es gibt eine magische Grenze zwischen Sich-lustig-machen und Sich-lächerlich-machen.

Ab und zu nehme ich das Pferd mit in die Kneipe. Kurioserweise fühlen sich fremde Leute bemüßigt, das Pferd anzusprechen. Mich dagegen sehen sie gar nicht, egal mit wem ich da zusammensitzen mag. Zu mir würde nie einer sagen „Wie heißt du denn?“. Wenn aber das Pferd durch mich antwortet „Pferd“, sind sie verblüfft und widersprechen mit dem Hinweis, das sei doch kein Name. Wenn ich dann durch das Pferd prompt „Doch!“ sage, schlagen sie sogleich unaufgefordert Namen vor: Halla, Elsa oder Rebecca. Immer sind es Mädchennamen. Die dabeisitzenden Frauen reagieren pikiert.

Es sind immer die Männer, die auf das Pferd abfahren, sagt meine Erinnerung, doch wie so häufig straft mich mein Tagebuch Lügen:

Montag, 8. März 1998: Abends am häuslichen Schreibtisch. Wo ist die Zeit wieder hingeraut? Es ist nicht möglich, auch nur annähernd Einzelheiten zu beschreiben. Es ist ein Ereignisbrei in meinem Kopf zurückgeblieben. Anstrengende Arbeit, seltsame Kunstpausen. Als ich abends nach Hause komme, dachte ich, ich kippe aus den Latschen.

Mal etwas Schönes zwischendurch: Freitagabend kuriose Fotoausstellung am Markt irgendwo in Weimar. Es spielten zwei Mann einer Band mit dem schönen Namen „Willkommen zu Hause Laika¹⁷“. Sehr witzig, Platte gekauft. Dann ins SC auf einen Imbiss. Bedienung II [zum Pferd gewandt]: Sie hätte auch gern einen so netten Mann, jetzt allerdings hätte sie gar keinen. Auf dem Rückweg bei starkem Regen verreckt fast das Auto.

Nur ein einziges Mal tritt das Pferd mit mir zusammen öffentlich auf, und zwar als preußisches Militärpferd. Davon wird noch zu hören sein.

Agenten

Warum ich kein Geheimdienstprofi werden will

In meinem Leben wäre ich nie auf die Idee gekommen, das Personal der Verfassungsschutzbehörden als Agenten zu bezeichnen. Man spricht beschönigend von Mitarbeitern. Die Amerikaner tun sich da weniger Zwang an; ihnen kommt das „agent“ leicht über die Lippen; es darf

¹⁷ Laika, recte: Lajka (Лайка), Russin. Arbeiterkind. In den 1950er Jahren Mitglied des Komsomol, Mitglied des Allunions-Sowjet, Verdienter Hund des Volkes.

auch schon mal „special agent“ sein. Sogar die Briten sprechen ungerührt und mit kühler Ironie von „intelligence“, wenn sie das Gewerbe der Geheimdienste meinen. Gut, sie haben einen ganz eigenwilligen Humor. Dazu will ich mich lieber nicht versteigen.

Das Personal der Behörde, das ich in den ersten Wochen kennen lerne, ist identisch mit dem Personal, das ich vorgefunden habe. Wer behauptet, dass dies ein sinnloser Satz sei, hat recht. Dennoch geht mir dieses Personal-das-ich-vorgefunden-habe in den folgenden Monaten immer wieder dann schmerzlich durch den Kopf, wenn ich für dessen Eseleien zur Verantwortung gezogen werde. Keine Angst, jetzt kommt kein Rechtfertigungsversuch, denn selbstverständlich trägt der Leiter der Behörde die Verantwortung für das, was geschieht, und erst recht für das, was nicht geschieht, wie wir gleich sehen werden.

Das, was ich vorfinde, ist zum Haareraufen. Gerhard Heuer hat mich nicht im Zweifel gelassen, als er mich für die Leitung der Behörde anwirbt. Schicken Sie so viele wie möglich wieder nach Hause, ist seine Devise. Als eine der ersten Maßnahmen lasse ich mir von Frau F. eine Liste erstellen, aus der sich das gesamte Personal ergibt. Das wird niemanden überraschen; doch ich lege besonderen Wert auf das Personal, das es nicht mehr gibt, also jene, die bereits ein mehr oder weniger kurzes Gastspiel gegeben haben. Unter denen finde ich dann auch einige, die ich kenne und denen ich vertraue, eins und eins zusammenzählen zu können. Das löst einige intensive Befragungen an Wochenenden aus. Dann ergibt sich ein grobes Bild.

Der Start der Behörde hat in der Tat unter einem Unstern gestanden. Viele kamen, um die wenigen Stellen unter sich aufzuteilen. Wie so eine Behörde zum Funktionieren gebracht wird, wusste keiner so richtig. Wichtiger erschienen zunächst die Pfründe, die Vergabe von schmückenden Titulaturen. Daran krankt das Amt bei meinem Eintreffen und noch etliche Zeit später. Es ist die hemmungslose Beschäftigung von ungeeignetem Personal. (Der Leser kann hier ein Kopfschütteln nicht unterdrücken und mutmaßt einen Rechtfertigungsversuch der Marke Nur-ich-weiß-Bescheid-alle-anderen-sind-Idioten. Doch hier irrt der Leser.)

Neuaufgebaute Behörden im „Osten“ leiden unter dem „Westaufsteigersyndrom“. Die Damen und Herren, die dieses Syndrom bevölkern, sind brave deutsche Beamte, die hier soeben mit Dreckkübeln beschüttet werden. Dabei fehlt ihnen nur eins: die laufbahngerechte Ausbildung. Braucht man die? Im Prinzip nein, aber auch ohne Prinzip geht vieles besser, wenn man gelernt hat, was man tun soll. Hiervon kann allerdings von den Westzuwanderern in der Regel nicht ausgegangen werden. Das Zauberwort heißt „prüfungsfreier Aufstieg“ und es bewirkt, dass ehemalige Büroboten jetzt den Stuhl des Sachbearbeiters wärmen und ehemalige grundsolide Sachbearbeiter Führungsentscheidungen treffen sol-

len. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum das funktionieren sollte; schon gar nicht dann, wenn die ehemaligen grundsoliden Sachbearbeiter nicht grundsolide waren. Weist man Leuten dieses Schlages den Aufbau einer Behörde zu, werden sie alles unterlassen, um weiteres geeignetes Personal zu gewinnen, da sie mit sicherem Gespür wissen, dass geeignetes Personal überlegenes Personal ist.

Ich benötige, wie gesagt, einige Wochenendbefragungen, dann liegt offen, was ich bis dahin nur erahnt habe. Auf die Übernahme geeigneten Personals wurde weitgehend verzichtet. Schön ist der Glanz der Titel, aber wie mag es hinter den Fassaden aussehen? Hierzu führe ich zunächst Gespräche mit dem Führungspersonal. Was macht ein Justizvollzugsbeamter in der Spionageabwehr, was die Sekretärin einer Landvolkzeitschrift in der Methodik? Die Gespräche sind nicht sonderlich aufschlussreich. Ich habe nach; zu meiner Verblüffung wird mir beschieden, dass die bearbeiteten Angelegenheiten geheim seien. Ich erwähne beiläufig, dass ich entsprechend ermächtigt sei, Geheimnisse entgegenzunehmen, und lasse auch keinen Zweifel daran, dass ich Antworten erwarte. Bei einer dieser zähen und fruchtlosen Diskussionen kommt mir der treffliche Gedanke, einzelnen Mitarbeitern eine schriftliche Beschreibung ihrer bisherigen Aufgabenerledigung abzuverlangen.

Das ist natürlich der Gipfel von Vorgesetzten-Impertinenz. Denn kein Geheimdienstprofi legt sich gern fest, es widerstrebt ihm geradezu körperlich. Geheimdienstprofi – immer wenn ich den Begriff höre, werde ich an ein Juristen-Schimpfwort erinnert, und das geht so: Wenn einem zu einem solchen Juristen-Menschen absolut nichts einfällt, sagt man: Aber er ist ein guter Jurist. So ähnlich muss man sich die Sache mit den Geheimdienstprofis vorstellen. Die Kurzbeschreibung heißt: risikoscheu und bestenfalls intrigant; im schlimmsten Fall garniert mit einem unübersehbaren Hang zum Verfolgungswahn. Bescheinigt dieser Personenkreis einem anderen Menschen, er sei kein Geheimdienstprofi, so sollte das beim Zuhörer Erleichterung auslösen.

Nichts wäre falscher als der Eindruck, dass hier alle Mitarbeiter des Amtes in diesen Topf gesteckt werden sollen. Zur Ehrenrettung der meisten muss ich sagen, dass diese alsbald merkten, wie der Wind wehte und dass er sich zu verschärfen begann. Das erschien mir unumgänglich, denn die mir zugegangene Aufsatzsammlung, die ich nicht ohne zu grinsen lesen konnte, zeigte deutlich, dass das Amt bis dahin keinerlei nachrichtendienstliche Substanz besaß. Einer der Aufsätze beschäftigte sich mit nachrichtendienstlicher Methodik. Der Text kam mir seltsam bekannt vor. Ich wusste zunächst nicht warum, stellte nach einigem Wühlen in alten Unterlagen aber schließlich fest, dass ich hier die nahezu wörtliche Abschrift eines Schulungspapiers vor mir sah, an dessen Entstehung in

der Schule für Verfassungsschutz ich vor Jahren einmal beteiligt gewesen war. Ähnlich ging es mir mit anderem, was ich aus der Redaktion alter Verfassungsschutzberichte nur allzu gut in meinem Kopf gespeichert hatte. Alles war noch da, es musste nur erst reaktiviert werden.

Nun lehrt die Erfahrung, dass derjenige, der einer Aufgabe mit Biss nachkommt, auch weiß, was er tut. Tut er dies nicht, weiß er nichts. Das ist eine einfache Maxime, doch leider traf die schlechtere der beiden Möglichkeiten zu. Ich rief zunächst Zustimmung hervor, als ich die These vertrat, ein Nachrichtendienst sei bestenfalls so gut wie die Nachrichten, die er selbst beschafft habe. Aus der Zustimmung wurde ungläubiges Staunen, als ich hinzufügte, dieser Grundsatz gelte vor allem für das eigene Amt und ich gewillt sei, ihn durchzusetzen. (Da lacht der Geheimdienstprofi ...)

Wie verhindert man solch revolutionäres Gedankengut? Indem man eine Dienstvorschrift erlässt, die dergleichen Aktivitäten im Keim erstickt. Wie verhindert man den Erlass einer solchen Dienstvorschrift? Indem man die Arbeiten an ihr durch andere Aufträge behindert. Und? Läuft es jetzt? Nein, jetzt nämlich treten die Geheimdienstprofis auf den Plan und sagen: „Wir haben keine eigene Beschaffungs-Dienstvorschrift. Aber das Land Hessen hat eine solche; selbst aber, wenn wir die anwenden, können wir noch nichts machen,

- weil der Aufbau der Behörde noch nicht weit genug fortgeschritten ist,
- weil noch keine Vorschrift über die Führung der Beschaffungskasse erlassen worden ist,
- weil die „Auswertung“ noch keine eigenen Erkenntnisse hat, auf die man eine Werbung aufbauen könnte,
- weil man an den Wochenenden wegen der notwendigen Familienheimfahrten nicht in Thüringen sein kann,
- weil fraglich ist, ob man hier im ‚Osten‘ überhaupt geheimdienstlich arbeiten sollte,
- weil die Ausbildung der Observationskräfte noch Jahre dauern wird, weil das Wetter schlecht ist,
- weil man sowieso nie vorschnell handeln sollte,
- weil noch gar nicht raus ist, ob sich überhaupt jemand für die Erkenntnisse des Amtes interessieren wird,
- weil ...“

Nein, es waren nicht alle so im Amt. Aber es brauchte Monate, um herauszufinden, wer hier wer war. Jeder Zweite versicherte mir, dass er das Amt aufgebaut hatte; ich wollte es gern glauben. Aber je tiefer ich bohrte, desto fragwürdiger waren die Funde. Es waren etliche „aus

dem Osten“ ins Amt eingestellt worden. Sie waren in der Mehrzahl jung, hatten schwer durchschaubare Berufsausbildungen genossen und sie versahen zu diesem Zeitpunkt in der Masse Assistenzdienste in der Behörde. Für ihren Vorlauf konnten sie meist nichts, ihre Bewerbungen waren der Not der Arbeitslosigkeit geschuldet, ihre Einstellung ins Amt hatten sie nicht zu verantworten, ebenso wenig ihre Startpositionen. Deren Bedingungen würde auch der klügste Rätselrater nicht herausfinden, denn die Wirklichkeit überstieg auch hier jede Phantasie: Die Lösung hieß Rechtschreibtest.



Profibild einer Einsatzbesprechung im Landesamt. Es handelt sich, wie man deutlich sieht, um mein Dienstzimmer.

Die Zauberworte heißen Schmetterlingsblütler und Fettwurst. Wissen Sie, was eine Fettwurst ist? Ich auch nicht und ich kann mir auch nicht vorstellen, was dergleichen mit der Arbeit in einem Nachrichtendienst zu tun hat. Ja, richtig – auch ich bin kein Geheimdienstprofi ...

Ein Titel erst muss sie vertraulich machen Wie ich meine Ernennungsurkunde finde

Amtsbezeichnung heißt das schöne deutsche Beamtenwort: Die Amtsbezeichnung für den Leiter des hiesigen Amtes lautet Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz. Das ist eine riesige Bezeichnung für eine winzige Behörde. Vielleicht ist das der Grund, dass ein lebhaftes Kommen und Gehen im Innenministerium an der Schillerstraße herrscht, um diesen wohlklingenden Monstertitel zu ergattern. Der erste Inhaber dieses Amtes, sagt eine Fußnote in der Besoldungsordnung, erhält eine Sondervergütung. Dieser erste Amtsinhaber, das bin ich.

Ich begegne im meinen ersten Wochen in Erfurt nicht wenigen, die mir hinter vorgehaltener Hand mitteilen, ich säße jetzt auf ihrer Stelle. Auf jemandes Stelle zu sitzen, hat für mich immer einen etwas frivolen Beiklang; etwa so, als säße ich unbefugt auf dem Schoß eines darüber empörten Mitmenschen. Die Wirklichkeit aber sieht anders aus. Ich sitze auf niemandes Stelle, außer auf meiner eigenen, und das ist die eines Ministerialrats im Innenministerium in Bonn. Und es haben auch nur

ein paar Minuten gefehlt, dann hätte sich auf etliche Jahre hinaus daran nichts geändert. Hiervon soll im Folgenden die Rede sein.

Ich habe bereits berichtet, dass ich im Bundesinnenministerium angefordert wurde, um, wie man mir dort nahelegte, für eine gewisse Zeit im Osten meine Pflicht zu tun. Was dann folgte, war in der Technik des Beamtenrechts eine „Abordnung mit dem Ziele der Versetzung unter gleichzeitiger Abgabe einer Rückkehrzusage“. So weit, so gut. Das dieser an und für sich einfache Verwaltungsvorgang auch bis zur Absurdität kompliziert werden kann, will ich dem Leser nicht vorenthalten: Im Februar 1994 erreicht das Innenministerium in Bonn ein merkwürdiges Schreiben aus Thüringen. Hierin schreibt der Staatssekretär den denkwürdigen Satz, dass „ein Herr R. sich für eine Tätigkeit beim Thüringer Verfassungsschutz interessiert“; er, der Staatssekretär, bitte deshalb um Abordnung des Beamten nach Erfurt. Es leuchtet jedem, der die Gepflogenheiten zwischen öffentlichen Dienstherrn ein wenig kennt, ein, dass dies ein ungewöhnlicher Wunsch ist. So fordert der Personalabteilungsleiter des Bundesinnenministeriums den Beamten R. zu einer schriftlichen Stellungnahme auf, in der er es sich nicht verkneifen kann, ironisch anzufragen, ob der Herr Kollege beabsichtige, Hausmeister oder Bürobote „oder dergl.“ zu werden.

Ich gebe zu, dass diese hausinterne Anfrage anmaßend klingt, aber sie soll wohl auf das Absurde des Abordnungswunsches hinweisen und dem Umworbenen signalisieren, dass der Bund keine vagen Abordnungswünsche aus Thüringen mehr akzeptieren wird. Denn die Liste der einschlägigen Vorläufe sieht nicht besonders günstig aus. So gut wie nie wurden die verabredeten Abordnungszeiten eingehalten, um dann ordnungsgemäß zur Versetzung in den Landesdienst zu schreiten, und so gut wie nie wurden die mündlich zugesagten Stellen einschlägig besetzt. Das Ergebnis ist ein unübersehbares Chaos falsch oder gar nicht besetzter Stellen in der Innenverwaltung des Landes – ein Phänomen, das noch auf viele Jahre hinaus für Durcheinander sorgen wird.¹⁸

Ich beschließe, mich auf gar keinen Fall linken zu lassen. Drei Monate Abordnung, dann Versetzung auf die richtige Stelle, so ist mein Plan; aber es ist eben nur ein Plan. Phase eins: Das Anforderungsgesuch wird wunschgemäß korrigiert, worüber erneut zwei Monate ins Land gehen. Herr R. interessiert sich nicht mehr für irgendwas, sondern soll Präsident des Amtes werden. Ich reise also nach Erfurt, der Leser wird sich vage an den Vorgang erinnern. Die ersten bekannten Gesichter aus Bonn, die ich antreffe sind Frank Ebert, der gerade als Polizeiabteilungs-

¹⁸ Im Jahre 2012 werden z. B. im Landesverwaltungsamt etwa zwei Dutzend Referatsleiterstellen besetzt, das war zwei Jahrzehnte lang „vergessen“ worden.

leiter in Erfurt ausscheidet, und Wolfgang-Christian Fuchs¹⁹, der seine Stelle als Ministerbüroleiter räumt. Andere folgen, sie sind die mutwillige Konfusion leid.

Zwei weitere Monate vergehen, wir haben Anfang Juni 1994. Anlass genug, dass ich nachfrage, was denn jetzt mit meiner Versetzung ist. Ich weise darauf hin, dass ich Ende des Monats in Urlaub gehe, erlaube mir auch den zusätzlichen Hinweis, dass am 4. Juli meine Abordnungszeit unwiderruflich endet. Es kommt, wie es muss. Ich entswinde zum Surfer-Urlaub nach Österreich. Eine himmlische Woche bricht an mit Sonne, Wind, netten Leuten und einem wohlgefüllten Weinkeller, in den ich abends ungefragt eindringen darf. Doch das Idyll endet schlagartig am späten Nachmittag eines Mittwochs, als ich sonnenverbrannt, körperlich verausgabt und heiter im Hof des Weingutes vom Rad steige. Ein wenig vorsichtig, denn ich bin einmal sehr unsanft auf dem Brett von den Beinen geholt worden. Was für eine Szene. Kein Fotograf weit und breit, aber genug Publikum, dass sich totlachte. Jetzt also steuert meine Wirtin auf mich zu. Sie nennt mich plötzlich „Herr Doktor“ und sagt, es habe „ein Ministerium aus Erfurt mehrfach sehr dringend angerufen“. Sie habe die Anrufer auf den Abend vertröstet. Mir schwant nichts Gutes. Aber das, was kommt, übersteigt dann doch meine Vorstellungskraft.

Die Rede ist von der „Fax-Affäre“. Sie ist schnell erzählt, nicht weil sie wichtig wäre, sondern weil sie geradezu exemplarisch für misslungenes Krisen-Management ist. Ein Mitarbeiter schreibt aus unerfindlichen Gründen einen Vermerk über Abgeordnete der PDS. Das ist nicht nur überflüssig, denn im Handbuch des Landtages steht es besser. Es ist auch wenig sinnvoll, dieses Produkt an die CDU-Fraktion zu versenden. Erschwerend kommt hinzu, dass als Übermittlungsweg das Fax gewählt wird; und bleischwer schließlich, dass das Fax beim Empfänger nie aufläuft, sondern bei der Grün-Alternativen-Fraktion, die zu dieser Zeit noch den Landtag bereichert. Von dort wandert es an die Presse.

Mehr ist nicht zu beklagen. Den Sachverhalt destilliere ich aus einem längeren Gespräch mit Minister Franz Schuster, das sich abends am Telefon nicht vermeiden lässt. Ich mache spontan den Vorschlag, dem Parlament und der Presse mitzuteilen, dass, nach Rücksprache mit mir, Folgendes zu sagen sei: Die PDS werde vom Landesamt nicht beobachtet, der faxende Mitarbeiter sei belehrt worden und die Sache damit aus der Welt. Weit gefehlt. Ich werde nunmehr belehrt, dass man bereits

19 Dr. Wolfgang-Christian Fuchs (* 23. 6. 1948 Berneck/Fichtelgebirge), Verwaltungsjurist. 1977 Eintritt in das Bundesamt für Verfassungsschutz. 1986 Wechsel ins Bundesinnenministerium, zwischenzeitlich 1993/94 Leiter des Ministerbüros im Thüringer Innenministerium. Seit August 2010 Studienleiter in der Bundessicherheitsakademie.

juristisch argumentiert habe. Mir schwant Unheil. Zwei Stunden später erhalte ich die Order, nach Erfurt zurückzukommen. Am kommenden Nachmittag holen mich zwei Mitarbeiter mit dem PKW ab. Ich lasse ihnen vier Stunden Verschnaufpause, dann fahren wir die Nacht durch nach Erfurt zurück. Völlig gerädert erscheine ich am Morgen im Ministerium. Minister Schuster will den Sachverhalt, den ich schon kenne, noch einmal mit mir besprechen. Der „Aufbauhelfer“ und frühere Vorgesetzte Gerhard Heuer wird beigezogen; er verdreht die Augen, als ich mich über Eck des Tisches mit ihm verständige, und sagt, diesmal allerdings leise: „Die Sache hat sich dem intelligenten Zugriff bereits entzogen.“ Zu Schuster gewandt, der ihn nach einem der abgemalten PDS-Abgeordneten fragt, sagt er, nun deutlich hörbar: „Bitte geben Sie mir doch mal Ihr Verbrecheralbum.“ Schuster zuckt. Heuer: „Vulgo Landtagshandbuch.“

Bei der anschließenden Ausschuss- und Parlamentssitzung bin ich lediglich Staffage.²⁰ Abends reise ich mit dem Flugzeug über München und Wien zum Urlaubsort zurück. Die Erholung hat einen schweren Dämpfer erlitten, selbst wenn mir klar ist, dass die Zeit in Thüringen durch Überschreiten der Abordnungsgrenze vorbei ist. Nun also wieder Bonn. Am ersten Tag nach dem Urlaub melde ich mich im Bundesinnenministerium in der guten alten Graurheindorfer Straße zurück. Das löst Verwirrung aus – wer sollte hier noch mit mir rechnen? Ich werde gebeten, nach Hause zu gehen, man müsse erst einmal meine weitere Verwendung planen. Nachmittags werde ich einbestellt. Ich höre mir an, man habe mich von Erfurt aus mit höchster Dringlichkeit erneut angefordert. Für was? Für eine weitere Abordnung von drei Monaten. „Nein“, sage ich. Und: Warum ernennt man mich nicht? Es folgen offenbar erneute Telefonate. Dann kommt eine Neuigkeit: Man wolle mich ja in Erfurt so schrecklich gern ernennen, nur läge mittlerweile eine Konkurrentenklage meines kommissarischen Amtsvorgängers vor, der freilich nie ernannt worden war.

Die Personalverwaltung meines Ministeriums hat sich doch noch einen Rest von Anstand bewahrt; auch mögen die wenig beglückenden Erfahrungen mit der Thüringer Verwaltungshilfe nunmehr nachdrücklich zu Buche schlagen, jedenfalls bewegt man mich nur noch, einen weiteren Monat und dies unwiderruflich zuzulegen. Endpunkt ist also der 15. August.

Der 15. August 1994 ist ein strahlend schöner Sommertag. Und ein Montag ist es zudem. Ich treffe morgens in Erfurt ein, erkundige mich, ob über meine Ernennung etwas bekannt ist, was allseits verneint wird. Den Rest des Tages nutze ich für einen Rundgang durch die beiden Lie-

20 Thüringer Landtag, Protokoll vom 7. 7. 1994.

enschaften. Der Letzte, von dem ich mich verabschiede, ist Gerhard Heuer. Wie üblich ist er in seinem Dienstzimmer selbst nicht gleich zu erkennen, da es bereits Nachmittag ist – die vierzig bis fünfzig Zigaretten dieses Tages haben einen dichten Rauchvorhang aufgebaut. Er lädt mich ein, im Biergarten des Hopfenberges einen „Absegler“ mit ihm zu trinken. Das ist mir recht. Wir verabreden uns für 18:00 Uhr. Ein letzter Blick in mein leengeräumtes Büro – das war’s.

Dieser 15. August 1994 ist ein warmer Abend – und er wird ein langer Abend. Unerwartet, jedenfalls durch mich, sind eine Reihe von Kollegen im Biergarten erschienen. Gerhard Heuer erläutert, er habe Order gegeben, mich „in Schutzhaft“ zu nehmen; daher die Verstärkung. Mir ist nicht ganz wohl bei diesen lokalweiten Ausführungen, ihn stört das weniger. Es wird auch sonst laut. Das liegt am Gesprächsthema. Natürlich dreht sich alles um die letzten Monate. Einer macht eine der Hauptfiguren nach. Am Nebentisch sitzt einer, der den Blick kaum von uns lösen kann, ab und zu schreibt er was auf, vielleicht tut er auch nur so. Egal. Am Hinterkopf hat er rötlichen Flaum, sonst ist von der Frisur nichts mehr da. Er kommt mir vage bekannt vor, doch das interessiert mich in diesem Augenblick nicht mehr.

Gegen 22:00 Uhr kommt einer an unseren Tisch, der dem Verwaltungsabteilungsleiter des Amtes etwas ins Ohr sagt. Der steht auf und sagt, er komme gleich wieder. Gleich dauert in diesem Fall etwas länger, als bis aufs Klo und zurück. Dann beugt er sich bei mir über die Schulter und fragt etwas mühsam, ob ich wirklich morgen fahren würde. „Klar“, sage ich. Er meint, dass ich unter diesen Umständen „jetzt sofort mal“ ins Ministerium kommen solle. Heuer begleitet mich die 300 Meter durch die Nacht. Er sagt, man müsse vermeiden, dass ich unterwegs verloren ginge.

Zum ersten Mal muss ich bei Staatssekretär Michael Lippert nicht warten; er kommt in sein Vorzimmer gestürzt, in seinem Gefolge der Zentralabteilungsleiter Stefan Sippel. Er gibt mir einen braungelben DIN-A-4-Umschlag in die Hand. „Da“, sagt er, „die Formalien können die Herren unter sich ausmachen.“ Dann wedelt er mit den Händen; ich bin also entlassen. Auf dem Flur begegnet mir der Mann mit den rötlichen Haaren am Hinterkopf. Er wird in den kommenden vier Monaten meine fachliche Beaufsichtigung vornehmen, bis er sich selbst aus dem Ministerium katapultiert.

Die Runde im Hopfenberg sitzt erwartungsgemäß noch beisammen. Man ist neugierig. Ich gebe den Umschlag aus der Hand. Irgendeiner öffnet ihn und zieht etwas raus. Es ist meine Ernennungsurkunde. Sie geht von einem zum anderen. Irgendwann, so gegen 23:00 Uhr, bekomme ich sie auch einmal zu fassen; damit muss die Ernennung wohl wirksam

geworden sein. Den Rest des Abends habe ich nur noch schemenhaft in Erinnerung.

Am nächsten Vormittag hole ich vor dem Hopfenberg mein Auto ab. Auf dem Rücksitz, von der Sonne beschienen, liegt meine Ernennungsurkunde. Sie ist bereits mehrere Wochen alt, muss also „außerordentlich versehentlich“ irgendwo im Büro des Staatssekretärs liegen geblieben sein. In ihr wird mitgeteilt, dass R. „zum Präsident“ ernannt wird. Au weia, rettet dem Dativ ...

Kinderschuhe der Facharbeit

Wie man die PDS beobachtet, ohne hinzuschauen, und warum der Verfassungsschutz sich in der christlichen Jugendarbeit engagiert

Meine Fragerei im Amt diene nicht nur dem „Who is Who“, sondern ich wollte wissen, auf welcher Art „Weltniveau“, dem man hierzulande sonst überall begegnet, sich der eigene Geheimdienst-Laden bewegte. Die Antwort fällt nicht so furchtbar schwer: Er befindet sich im Zustand gemäßiger Bewegungslosigkeit.

Als ich nach dem Jahresbericht für 1993 frage, bekomme ich ein Schulterzucken und den Hinweis, alles sei „irgendwie“ in Arbeit. Ich lasse mir Entwürfe vorlegen. Es stimmt; der Ton liegt eher auf „irgendwie“. Also gut, das Ding wird dann von mir irgendwie nebenbei geschrieben; abends ist ja Zeit. Für die Zukunft, das steht für mich felsenfest, verlässt der Verfassungsschutzbericht im Januar meinen Schreibtisch und dann mag ihn bebrüten, wer will. Jetzt allerdings ist es Hochsommer und ich finde durchaus, dass dies die höchste Zeit ist, sich der Ereignisse des Vorjahrs zu erinnern. Die Erinnerungsarbeit ist bald beendet und der Berichtsentwurf wird ins Innenministerium geschaufelt.

In diesem Hohen Hause sind mittlerweile ein paar organisatorische Änderungen eingetreten. Meine Behörde hat eine Art Fachaufsichtsreferenten erhalten. An dessen Auswahl habe ich als stummer Statist teilgenommen. Und das ging so: Es gibt einen kleinen Stapel mäßig geeigneter auswärtiger Bewerber, doch die Wahl fällt auf einen anderen, in dessen Unterlagen nichts darauf hindeutet, dass er das, was er tun soll, auch kann. Die Unterlagen irren sich nicht, wie sich später zeigen soll, doch den Ausschlag gibt eine unschuldige Zeile im tabellarischen Lebenslauf: „... habe ich mich in der christlichen Jugendarbeit engagiert.“ Ich bin irritiert, denn ich will mir nicht vorstellen, dass der Verfassungsschutz plötzlich fromm werden soll. Soll er, doch ich brauche ein wenig, um die Chiffre „christliche Jugendarbeit“ zu deuten. Es ist unter kundigen Thebanern der unverhohlene Hinweis auf die Mitgliedschaft in der CDU.

Sie gibt den Ausschlag, wo das Grundgesetz von Eignung und Leistung spricht.

Dies war der erste Fall dieser Art, der mir begegnete, viele andere sollten folgen. Meine Güte, was war ich in diesem Sumpf von Parteiprotektionsismus für ein Exot, ... was für ein naiver Exot. Unter diesem Blickwinkel hatte ich mein Umfeld und auch die eigene Behörde nämlich noch gar nicht betrachtet. Ich holte das in diesem Moment nach – mit Grausen.

Der neue Aufsichtsreferent des Ministeriums ist sinnigerweise für den Verfassungsschutzbericht nicht zuständig. Dies Kapitel der Facharbeit hat man auf ein neugegründetes Referat übertragen, dessen Leitung der bis dahin amtierende Pressesprecher des Ministeriums übernimmt; es trägt den hübschen Namen „Geistig-politische Auseinandersetzung“. Zur Vergrößerung des Unheils wird dem Referat ein besonders schneidiger Jurist zugewiesen. Besonders schneidig muss nicht besonders klug sein.

Was nun dort mit dem Verfassungsschutzbericht geschieht, darf als bemerkenswert beschrieben werden. Der Bericht wird zunächst einmal redaktionell so umgestaltet, dass er seine einigermaßen klare Gliederung einbüßt. Sodann erhält er ein besonderes, sprich ganz neues Kapitel über die PDS.²¹ Ich erfahre das nicht ohne Staunen, denn ich bin dahingehend unterrichtet worden, dass es eine PDS-Beobachtung in Thüringen nicht gebe. Sollte ich hier etwas übersehen haben oder berichtet man über etwas, was mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt? Nun gehen wir also daran, die Wirklichkeit mit dem Wunsch in Übereinstimmung zu bringen. Das tut man am besten so, indem man einmal herumfragt, wie es die anderen denn so halten.

Dabei ist es mir durchaus klar, dass man die Frage der Beobachtung der PDS halten kann wie ein Dachdecker, nur entscheiden sollte man sich. Und so habe ich das Vergnügen, an Nichtentscheidungen auf den unterschiedlichsten Ebenen teilzunehmen. Es tagen Arbeitsgruppen der Neuen Länder, es tagen die Amtsleiter der Verfassungsschutzbehörden, es tagen bi- und multilaterale Kränzchen, es tagt die Arbeitsgruppe IV der Innenministerkonferenz und es tagt eine Art bayerisch-thüringische Solidargemeinschaft. Von letzterer will ich erzählen; die anderen Organe und Orgänchen werden ohnedies noch zu Wort kommen.

21 PDS = Partei des demokratischen Sozialismus, hervorgegangen aus der DDR-Staatspartei SED, die zur Jahreswende 1989/90 vorübergehend in SED/PDS umbenannt wird, heute vergrößert um einige linke westdeutsche Splittergruppen zur Partei Die Linke.

Anfang September 1994 reist eine üppige Delegation aus Thüringen nach München. Sie soll Hilfestellung für die PDS-Frage einholen. Warum nicht München, der Himmel ist föhnigblau und das Essen fabelhaft. In der Sache selbst ist Skepsis allerdings nicht fehl am Platze. Die bayerische PDS – gibt es die überhaupt? Doch, doch, wird uns versichert, das seien die ganzen „Fuzzis“ aus den K-Gruppen, die jetzt unter das Dach des real existiert habenden Sozialismus geflüchtet sind. Viele? Ja, ziemlich viele, mindestens fast zweihundert Leute. Wirklich zweihundert? Na ja, so ungefähr.

In Thüringen schwankte die Zahl der PDS-Mitglieder in dieser Zeit um die 13 000 Personen; es gab eine Landtagsfraktion und praktisch kein Gemeindeparlament, in der die Partei nicht vertreten war. Derartige Verhältnisse wurden für die vor der Haustür stehenden bayerischen Wahlen nicht erwartet. Ein abendlicher Rundgang durch die bayerische Metropole ließ erst gar keinen Zweifel aufkommen. Doch Bayern war wild entschlossen, dieser Form des Kommunismus am folgenden Tag den öffentlichen Kampf anzusagen; Kollege Gerhard Forster²² vom Bayern-Amt ließ ebenso keinen Zweifel aufkommen. Und da sollten wir nun mitziehen. Es blieb aber die seltsame Diskrepanz, dass Thüringen die Beobachtung der PDS nicht wollte.

Oft ist es so, dass die Dinge aufgrund von Geschmacksfragen entschieden werden, selbst wenn es sich um Angelegenheiten des Rechts handelt. Sich hierüber Illusionen zu machen, sollte auf Studenten der Jurisprudenz begrenzt bleiben. Geschmacksfragen sollten indessen zurücktreten, wenn man Gefahr läuft, sich öffentlich lächerlich zu machen. Dies wurde mir an diesem freundlichen bayerischen Abend klar, der so gar nicht dazu angetan war, in einem verräucherten Sitzungszimmer veran zu werden.

Ich gerate unter schweren Beschuss des Verstocktseins, weil ich die offenbar seltsame Logik vertrete, dass es ein Unding sei, die PDS öffentlich der Verfassungsfeindlichkeit zu zeihen und gleichzeitig vollmundig auf den Verzicht der Beobachtung hinzuweisen, weil man das „den Menschen im Osten nicht zumuten“ könne. Das nun wiederum empfinde *ich* als eine Zumutung. Erschwerend kommt hinzu, dass ich dazu auserkoren werde, einer erstaunten Öffentlichkeit diesen Verzicht nahezu bringen. Gerhard Forster, der konziliante, springt mir mit wohlgesetzten Worten bei und sagt, hier sehe er auch eine gewisse Schwierigkeit. Müde

22 Gerhard Forster (* 1934), Verwaltungsjurist. 1994–2001 Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

und leicht genervt gehen wir auseinander. Die Minister sollen es selbst entscheiden.

Anderntags um elf ist Pressekonferenz, und sie ist gut besucht. Es ist nicht viel Zeit geblieben, vorher die unvereinbaren Standpunkte zur Deckung zu bringen. Da sitzen sie nebeneinander die beiden Minister: Franz Schuster, Thüringen, und Günther Beckstein²³, Bayern. Wenige Minuten zuvor, als Schuster mich mit Beckstein bekannt machen will, sagt der: „Ach, der R.“ Er schiebt mich am Arm aus seinem Büro und sagt leise über die Schulter zu mir:

„Raushalten.“ Gut gelaunt und angriffslustig geht er ins Rennen; er wirkt ein wenig wie ein verschmitzter erfolgreicher Pferdehändler; seinem Nachbarn aus Thüringen transpiert die Stirn. Amüsiert betrachte ich das Duo von der Seite; ich selbst sitze so weit entfernt, dass ein Eingreifen durch mich schon aus optischen Gründen nicht in Frage kommt, denn zwischen dem Minister und mir haben wichtigere Leute Platz genommen: der Staatssekretär, der



Abteilungsleiter 2 des Ministeriums, der Referatsleiter für Geistigpolitische Auseinandersetzung, der Pressesprecher, der Ministerbüroleiter. Und zwischendrin mit allerwichtigster Miene ein Experte mit dem Namen Patrick Moreau.²⁴ Er soll mit dem Gewicht eines Ausländers den Deutschen die Gefährlichkeit des Kommunismus erläutern. Ich sehe diesen Franzosen bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal. Dass er mir noch einmal viel Ärger machen würde, ahne ich zu diesem Zeitpunkt nicht. Ich weiß nur eines: Dies ist nicht meine Veranstaltung und ich bewege mich ganz folgerichtig außerhalb des Blickwinkels jeglicher Kameras.

Es kommt, wie es kommen muss: Die weiß-blaue Regierung nimmt den Kampf gegen die neue Schurkerei des Kommunismus auf. Der nördliche Nachbar aus Neufünfland belässt es bei einem nachdrücklichen Sowohl-als-auch. Das zieht sich noch einen weiteren Monat, auch in

Wer beobachtet hier eigentlich wen? Linken-Vormann Bodo Ramelow schreibt mir einen flotten Spruch in das Buch von Stefan Wogawa, das sich mit der Beobachtung des Abgeordneten durch den Verfassungsschutz befasst („Die Akte Ramelow“). Das Bild entsteht Jahre nach meiner Entlassung im Deutschen Bundestag.

23 Dr. Günther Beckstein (* 23. 11. 1943 Hersbruck), Jurist, CSU-Politiker. Seit 1971 Rechtsanwalt. Seit 1974 Mitglied des Bayerische Landtags. 1993–2007 bayerischer Innenminister, sodann bis 2008 Ministerpräsident.

24 Dr. Patrick Moreau (* 1951 Wetzlar), französisch-deutscher Politologe, Extremismusforscher (Pseudonym u. a.: Peter Christian Segall).

Thüringen stehen im Herbst die Landtagswahlen vor der Tür. Also heraus mit dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1993; es sind ja erst neun Monate ins Land gegangen. An der Vorstellung nehme ich nicht teil. Sie findet rein zufällig und ganz kurzfristig an einem Tag statt, an dem ich Urlaub genommen habe. Und das ist auch gut so.

Die Endfassung für die Presse hat eine Form erhalten, die mir unbekannt geblieben ist. So haben dann die geistig-politischen Auseinandersetzungen durch geschickte Eingriffe in Zahlen und Definitionen ein Opus geschaffen, das selbst simplen Summen-Rechnungen nicht standhält. Um

14. Oktober 1994 * BILD * Seite 3

6 Fragen an Staatssekretär Lippert Kann Ihr Geheimdienst denn nicht zählen?

Erfurt – Knatsch um den Verfassungsschutz! **BILD** fragte Staatssekretär Michael Lippert (51): 165 Neonazis oder 200 mehr – kann Ihr Geheimdienst nicht zählen? **Lippert**: Die Zahl 165 kam vom Verfassungsschutz. 200 sind eine ungesicherte Hochrechnung seines Präsidenten. **BILD**: Dann die wundersame Vermehrung der linken Gewalttaten von null auf 29... **Lippert**: Im Bericht stehen 10, und 12 wurden nachgemeldet. **BILD**: 10 Monate, bis das Amt merkte, daß es nicht mal die Hälfte der Fälle erfaßt hätte?

Lippert: Es war die Pflicht seines Präsidenten, dem Minister diese Situation zu ersparen. **BILD**: Oder waren's 29, wie das Bundesamt für Verfassungsschutz erfahren haben will? **Lippert**: Dort wurden Fälle anscheinend doppelgezählt. **BILD**: Betrug, sagt die SPD. **Lippert**: Ihr „Schattenminister“ hat im Saarland noch keinen einzigen Verfassungsschutz-Bericht vorgelegt. Obwohl es dort doppelt so viele fremdfeindliche Anschläge gab. **BILD**: „Wer sündigt, sündigt nicht“, hat CDU-Fraktionschef Schwäblein gespottet. Aber er fordert auch, Präsident Roever sollte das Ministerium künftig zuerst informieren. **Lippert**: Diese Anweisung kommt in Kürze. Damit das Amt nicht nochmal zum Spielball im Wahlkampf wird. **AM**



Rückt ab vom Verfassungsschutz-Chef: Staatssekretär Lippert. Foto: FISCHER

das herauszufinden, benötigt die einheimische Presse ungefähr zwei Tage, dann reißen im Innenministerium die allseits geschätzten Krisensitzungen nicht mehr ab. Ruhender Pol ist wieder einmal Gerhard Heuer. Er erklärt, leicht süffisant und gewohnt leise, dass falsche Zahlen seien, er aber empfehle, beim einmal vorgegebenen Trainingsprogramm zu bleiben, irgendwann werde sich die Sache beruhigen.

Und so kommt es dann auch. Sieht man einmal davon ab, dass die „Blöd-Zeitung“, offenbar angestiftet durch das CDU-Ministerium, Fragen nach meiner Intelligenz aufwirft, da ich offenbar zu blöd zum Rechnen sei. Ich lasse diesen Herrn Lokalchef oder so ähnlich geifern, denn ich weiß nunmehr ganz sicher, dass ich aus Erfurt verschwinden werde, wenn sich die Dinge nach der Wahl nicht grundlegend ändern.

Freie Interpretation von Zahlen und Sachverhalten: Staatssekretär Michael Lippert versucht, kurz vor seinem Rauswurf dem deutschen Volk mithilfe der „Blöd-Zeitung“ klarzumachen, dass ich unter einer Leserechtschreibschwäche leide. In Wirklichkeit stellten er und seine Spezies den Entwurf des Verfassungsschutzberichts so lange um, bis nichts mehr zusammenpasste. Die Zeitung ist wie stets zur Stelle – ein williges Werkzeug.

Ich lasse diesen Herrn Lokalchef oder so ähnlich geifern, denn ich weiß nunmehr ganz sicher, dass ich aus Erfurt verschwinden werde, wenn sich die Dinge nach der Wahl nicht grundlegend ändern.

Wahl 1994

Warum ich doch in Thüringen bleibe

Das Jahr 1994 bringt für Thüringen alle nur denkbaren Wahlen: Europa-, Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen. Plötzlich sind Landtagswahlen für mich von brennendem Interesse, was mit meiner Dienststellung als „politischer Beamter“ zusammenhängt. Ein solcher kann, wie das Gesetz es befiehlt, ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Das wiederum erscheint mir nach sechs Monaten in Thüringen durchaus im Bereich des Möglichen. Ein anderer Gedanke allerdings ist noch weit weniger lustig, nämlich dass alles so bleibt wie bisher.

Nun gut, die dienstliche Inanspruchnahme war kein Zuckerschlecken, konnte es auch nicht sein. Doch ich denke mir, wozu um alles in der Welt sollst du dich zusätzlich noch diesen irrationalen persönlichen Anfeindungen aussetzen. Gewiss, es trifft auch andere; über Frank Ebert, den Polizeiabteilungsleiter, und Wolfgang-Christian Fuchs, den Ministerbüroleiter, habe ich schon berichtet. Beide geben resigniert im Frühjahr 1994 auf. Jetzt, im Sommer dieses Jahres, knüppelt man auf Uwe Kranz²⁵ und mich ein. Es ist keine Freude.

Uwe Kranz ist der Chef des Landeskriminalamtes, ein lebenslustiger, etwas sprunghafter Herr, für den ich mir die Devise ausgedacht habe: Halte dich an keine Vereinbarung, dann kann nichts schiefgehen. Für die Feinarbeit gibt es den Vertreter Wolfgang Göbel²⁶, einen tatkräftigen soliden Polizisten. Früher als in meinem Amt bricht im LKA ein massiver Ost-West-Konflikt aus. Auf beiden Seiten der Auseinandersetzungen sind die Kontrahenten nicht über alle Zweifel erhaben. Wenig qualifizierte Aufstiegskandidaten stehen Leuten mit Aggressionen wegen ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Zurücksetzung gegenüber; auf beiden Seiten gibt es Exponenten mit sehr zweifelhafter Vergangenheit.

Hier erlebte ich es das erste Mal aus der Nähe, wie der Versuch unternommen wurde, einen Behördenleiter mit Hilfe der Presse fertigzumachen. Das Sprachrohr der Kampagne war die „Blöd-Zeitung“. Die unsinnigsten Dinge wurden Kranz in die Schuhe geschoben: Bedienstete, die sich beklauden ließen, andere, die die Nummernschilder bei einem

25 Uwe Kranz (* 1946), Polizeibeamter. In den 1970/80er Jahren in der Kripo in Rheinland-Pfalz. 1991–1997 Präsident des Thüringer LKA. Sodann bis zur Pensionierung bei Europol.

26 Wolfgang Göbel, Polizeibeamter, zuletzt Leitender Kriminaldirektor. In den 1980er Jahren bei der Kripo in Niedersachsen. 1991–1997 stellvertretender Leiter des LKA, sodann Leiter des Einsatzreferats im Thüringer Innenministerium, ab 2000 Leiter des Polizeiverwaltungsamts.

Autobahn-Autorennen abschraubten, eine Schäuble-Karikatur und ... und ... und. Dies alles mochte ja noch hingehen, wenn sich nicht der begründete Verdacht ergeben hätte, dass an diesem Schüren möglicherweise auch die vorgesetzte Behörde beteiligt gewesen sein könnte. Auch davon kann ein Lied gesungen werden, denn ich erhielt alsbald einen ersten persönlichen Eindruck von dieser Art Pressearbeit.

Wenige Tage nach meinem Dienstantritt werde ich abends in das Büro des Staatssekretärs gerufen; wie üblich hektisch, eilig, wichtig. Am Besprechungstisch sitzt ein Mann, dem ich nicht vorgestellt werde. Muss ja auch nicht sein. Ich werde einiges gefragt und gebe Antwort, bis mir Bedenken kommen, dass diese Antworten für Dritte ungeeignet sein könnten. Ich frage also, wer der Zuhörer sei. Größtes und aufrichtigstes Erstaunen, dass ich diesen Menschen nicht kenne. Das sei doch nicht möglich. Natürlich stelle man ihn mir vor; das sei ja schon längst überfällig. Es handle sich um den wichtigsten Menschen in der hiesigen Presselfandschaft und um eine Vertrauensperson. (Ich denke, nur bei mir im Amt heißen die Leute so.) Es sei der Hauptmatador der hiesigen „Blöd-Zeitung“.

Seinen Namen habe ich vergessen, nicht aber seine auffällige Physiognomie. Auch nicht die Bewegungen. Er hatte etwas Rattenhaftes an sich und wick jedem geraden Blick aus.

Dies nun soll mein erstes Interview in der neuen Dienststellung werden – ausgerechnet mit dieser Zeitung. Blitzschnell erwäge ich, nein zu sagen. Doch in dieser Überrumpelungsposition wird das, ohne einen ernsthaften Eklat zu provozieren, nicht abgehen. Die Fragen nach Bart, Schlapphut und Sonnenbrille begrinse ich freudlos. Noch ein wenig Blabla. Dann binde ich ihm den Bären auf, Dampflokomotiven zu sammeln. Zum Schluss die Frage nach meinen privaten Telefonnummern, wenn er mich mal „dringend erreichen“ müsse; die verweigere ich ihm glattweg und ohne weitere Begründung. Als es trotz der dritten Wiederholung dabei bleibt, sehe ich in seinem Gesicht, das nichts verbergen kann, dass ich einen Feind dazugewonnen habe.

Mein Eindruck trügt nicht; wann immer es sich in den Folgejahren machen lässt, gibt es Unrat aus dieser Ecke. Im Sommer 1994 begnügt man sich mit einer Kampagne, die mir eine Mitschuld an der Buchenwald-Randale zuweisen soll. Der Sachverhalt ist wie so häufig simpel. Eine Horde junger Nazis will am Wochenende mit einem Reisebus zu einem sogenannten Konzert nach Bayern. Das Konzert wird abgesagt, da die Bayern dergleichen verbieten. Die Reisegruppe irrt durchs Land und macht schließlich in Buchenwald, dem Lagergelände des ehemali-

gen Konzentrationslagers oberhalb Weimars, Station, um dort mit beoffenem Kopf zu randalieren. Die Weltpresse berichtet. Zugegeben, die Polizei war bei der Verfolgung des Busses nicht über jeden Zweifel erhaben, aber hinterher kann man so etwas immer leicht feststellen. Das Innenministerium gerät unter Beschuss. Nur eine Geschichte, eine richtige Geschichte wird erst daraus, als jemand die Behauptung aufstellt, das Amt habe alles vorher gewusst, aber wie üblich nichts gesagt.

Wie nun wehrt man sich, wenn man von höchster Hand die Weisung erhält, sich „da rauszuhalten“, bis die Sache vorüber sei. Antwort: Man marschiert unaufgefordert auf eine ohnedies stattfindende Pressekonferenz und stellt die Dinge richtig. Man sagt, man wusste von dem Konzert und seinem Verbot und hat dies ordnungsgemäß der Polizei mitgeteilt. Man sagt, dass das gezielte Gerücht, ein V-Mann des Amtes habe die Sache angezettelt, Unsinn sei, das durch ständiges Wiederholen nicht richtiger werde. Man kann es machen, aber man ahnt bereits, dass dies allzu oft nicht gutgeht.

Die Vorwahlatmosphäre ist also gespannt bis gereizt. Zum ersten Mal sehe ich das aus dieser Nähe. Schlachtpläne für den Tag X werden entworfen. Überall sind Miniatur-Strategen zu bemerken, die schon genau berechnen, wer was nicht überleben wird und welche Positionen dann wie nachbesetzt werden. Es ist zum Schreien. Weniger komisch ist es allerdings, wenn die Einrichtungen des Amtes in den Wahlkampf illegal einbezogen werden. Gibt es nicht? Gibt es doch.

Der Mann, der an vorderster Front mitkämpft, ist der Glatzenmann mit dem rötlichen Flaum am Hinterkopf. Er ist seit dem 15. August 1994 im Lande. Man erinnert sich, das ist der Tag meiner denkwürdigen Ernennung. Ich habe ihn in der Kneipe gesehen, er kommt mir dann nachts auf dem Flur des Innenministeriums entgegen. Das ist der neue Leiter der Abteilung 2 des Ministeriums, noch ist er im Abordnungswege aus Sachsen-Anhalt ausgeliehen. Er ist Vertreter des dortigen Amtschefs für Verfassungsschutz, Wolfgang Heidelberg.²⁷ Nicht ohne Häme gratuliert mir Heidelberg nach einigen Tagen zu unserer Neuerwerbung und sagt, er könne sein Glück über diesen Verlust noch gar nicht fassen.

In den folgenden Wochen gewinnen diese dunklen Worte an Klarheit. Bereits eines frühen Sommermorgens werde ich beim Frühstück in meinem Nachtasyl mit der Frage konfrontiert, wo ich meine Reifen kaufe. „Welche Reifen?“, frage ich. – „Haben Sie kein Auto?“ – „Doch.“ – „Und wo ist das?“ – „Mein Dienstauto auf dem Behördenparkplatz, mein Privatauto zu Hause.“ – „Sie wohnen noch nicht hier?“ – „Wie

27 Dr. Wolfgang Heidelberg, Verwaltungsjurist. In den 1980er Jahren im Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz. 1991–1999 Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz von Sachsen-Anhalt. Sodann in den Ruhestand.

Sie sehen, nein; ich übernachtete hier.“ – „Und Sie kaufen Ihre Reifen nicht über die Dienststelle?“ – „Ja sicher, wo sonst?“ Er: „Also doch.“ Ich, langsam wach werdend, erwidere: „Wollen Sie sich etwas klarer ausdrücken, warum es Sie interessiert, wo meine Dienststelle ihre Reifen kauft, was ich im Übrigen nicht weiß, weil es die Aufgabe meines Verwaltungsleiters ist.“

Mir schwant nichts Gutes. Und richtig, als ich das Büro des Verwaltungsabteilungsleiters Rolf-Rüdiger Bermen betrete, sehe ich den roten Flaum am Hinterkopf. Ich rufe Bermen heraus, der mir ohne Umschweife den Verdacht bestätigt, dass auch er um illegalen Reifenkauf gegangen worden ist; er habe bereits abgewunken. Ich also wieder rein zusammen mit dem Mitarbeiter und bitte den Besucher, es nicht noch einmal zu versuchen; bei „niemandem im Amt“. Heidelberg erzählt mir später, dass es in Magdeburg ähnliche Probleme gab.

Jetzt also greift dieser Herr in den Wahlkampf ein. Als gelernter Nachrichtendienstprofi tut er dies konspirativ. Er beschafft sich Munition über den Gegner. Der Gegner heißt Richard Dewes.²⁸ Dewes ist Mitglied der SPD-Wahlkampfmannschaft, im Hauptberuf ist er Innenstaatssekretär im Saarland, aber nicht mehr lange. In der Wahlkampfmannschaft des Noch-SPD-Vorsitzenden Gerd Schuchardt beackert Dewes das brache Gebiet der Innenpolitik, und das ziemlich lautstark. Die Genossen sind erstaunt, dass hier einer so viel sagen kann: Dewes kritisiert den verfehlten Polizeiaufbau, das begriffsstutzige Verfassungsschutzamt, das überflüssige Polizeipräsidium und das gänzlich entbehrliche und überbeuerte Landesverwaltungsamt. Vergrätzt nimmt man's in der CDU zur Kenntnis.

Die Abwehrschlacht beginnt. Immer nach dem Motto, dass der persönliche Angriff der wirksamste ist, wird über Dewes Material gesammelt. Woher nehmen? Aus dem Saarland, denn da muss man diesen Menschen schließlich kennen. Ein dortiger christlicher Parteifreund erklärt sich zur Materialbeschaffung bereit. Doch auch er ist Geheimdienstprofi. Er sagt sich, dass an ihm nichts hängen bleiben dürfe, denn es sei ja gar nicht sicher, dass wir den Dewes hier im Saarland auch wirklich loswürden. Also beschafft er eine Rede, die Dewes auf einem Polizei-Gewerkschaftstag gehalten hat. Da steht einiges zu Dewes' An-

28 Dr. Richard Dewes (* 12. 7. 1948 Alsweiler/Saarland), Rechtsanwalt, SPD-Politiker. In den 1980/90er Jahren im Saarland, dort zuletzt als Innenstaatssekretär tätig. 1994–1999 thüringischer Innenminister; in dieser Funktion mein unmittelbarer Dienstvorgesetzter. Während der 2. Legislaturperiode des Landtags auch zum SPD-Landesvorsitzenden gewählt. Wird nach dem schlechten Wahlergebnis seiner Partei bei den Landtagswahlen 1999 hierfür verantwortlich gemacht und tritt von seinen Ämtern zurück. Wird später in der Presse als „enger Freund“ von mir beschrieben, wovon weder er noch ich etwas wissen.

sichten über die Polizei drin, und vertraulich ist es auch nicht. Aber wie transportieren? NADIS rufen die Strategen.

Das Zauberwort NADIS bedeutet „Nachrichtendienstliches Informationssystem“. Das klingt ziemlich geheimnisvoll und soll es auch. Für den Leser genügt der Hinweis, das die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, also 17 insgesamt, über dieses System kommunizieren können, und zwar so, dass achtzehnte und neunzehnte hierbei nicht mitlesen können (soweit man weiß). Nun hätten die Strategen die Dewes-Rede kopieren und mit der Post schicken können. Doch das ist offensichtlich gegen den Geist der Konspiration; vielleicht wollten sie auch nur das Geld für die Briefmarken sparen. Sie lassen also die Rede im saarländischen Amt abschreiben und schicken sie über die NADIS-Leitung nach Thüringen. Dort kann sie allerdings nicht im Innenministerium auflaufen, sondern nur in der NADIS-Station des Amtes. Es gibt also ein Übergabeproblem. Dieses wird so gelöst: Der Herr mit dem roten Flaum wird als Adressat angegeben. Jetzt muss er nur noch dafür sorgen, dass er das konspirative Stück auch erhält. Zu diesem Zweck begibt er sich in die Jägerkaserne, wo er den Mitarbeitern dadurch auffällt, dass er nach dem NADIS-Raum fragt. Das provoziert Rückfragen, die er dahingehend zu beantworten sucht, dass er auf eine dringliche Nachricht wartet, die keinesfalls in die Amtspost gelangen dürfe. Das ist der Heimlichkeit zu viel. Die Mitarbeiter schicken den Besucher weg und fragen bei mir nach. Da ich mir das sonderbare Verhalten nicht erklären kann, verfüge ich entgegen meinen sonstigen Gepflogenheiten, mir sogleich den gesamten NADIS-Posteingang vorzulegen.

In den Ausdrucken befindet sich auch das an den Beamten adressierte Stück; es ist mehrere Seiten lang. Ich überfliege es, kann mir keinen Reim aus dem Inhalt machen und rufe deswegen beim Absender an. Ich werde prompt über den Sachverhalt ins Bild gesetzt, dass es sich hier um Wahlkampfmunition für die CDU handle, die vom Innenministerium angefordert worden sei. Ich sage: „Sind Sie sicher?“, und schreibe auf das Dokument einen Vermerk über das Gespräch mit dem Zusatz, dass ich mir den Missbrauch von Amtseinrichtungen zu Wahlkampfzwecken verbitte. Dann leite ich das Corpus delicti ins Innenministerium weiter. Abends ruft der Minister an und will wissen, ob ich eine Kopie behalten habe. Ich lasse das offen und sage ihm, dass ich mir jederzeit das Dokument erneut ausdrucken lassen kann. Und 16 andere Verfassungsschutzbehörden könnten das auch. Von diesem Augenblick an weiß ich zuversichtlich, dass der Wahlausgang über mein Bleiben entscheiden wird.

Den Wahlsonntag verträdele ich in Erfurt. Abends treffe ich mich mit den LKA-Leuten Kranz und Göbel und einigen anderen Polizeigewaltigen im Landtag. Wir begrinsen die aufgeregten Eitelkeiten. Das Provinzpublikum hat sich fein gemacht. Auch ich trage zur Feier des Tages einen

Schlips. Von den herumrasenden Reportern werden wir zum Glück ignoriert; so können wir uns ungestört über die ungewohnte Hektik lustig machen. Zu den Besonderheiten dieses Wahlabends zählt, dass das Ergebnis Stunden auf sich warten lässt. Das liegt zunächst daran, dass erst die Bundestagsstimmen ausgezählt werden. Doch auch mit den Landtagsstimmen geht es nicht besonders glatt. FDP und Grüne schwanken um die Fünf-Prozent-Hürde in den Hochrechnungen. Mal sind sie drin, mal sind sie draußen. Die CDU hat einmal die absolute Mehrheit, einmal hat sie diese nicht. Ich walze das aus, weil diese heiteren Stunden der Ungewissheit dem Manöverbeobachter ein ungewöhnliches Schauspiel bieten. Die Akteure sind die lokalen Potenzen, die sich einmal in den Armen liegen, ständig in wechselnden Zusammensetzungen, und, wenn sie sich nicht in den Armen liegen, dieselben hängen lassen.

Nun, das Ergebnis ist bekannt. Von den 88 zu vergebenden Sitzen gehen 42 an die CDU, 27 an die SPD und 19 an die PDS. FDP und Grüne bleiben draußen. Der eigentliche Wahlsieger heißt SPD; ihr Noch-Vorsitzender Gerd Schuchardt²⁹ ist gewohnheitswidrig mit einem strahlenden Lächeln zu besichtigen. Seine Aussage ist klar: „Wir werden jetzt mitregieren.“ Vielleicht mit der PDS? „Das habe ich vor der Wahl ausgeschlossen, dabei bleibt es.“ Das ist ein klares Wort, denn rechnerisch würde es auch anders gehen.

Neue Besen

Wie man einen Geheimdienst ruinieren kann und davor dann doch zurückschreckt

Nach der Wahl steht fest, dass nicht alles so bleiben wird, wie es war. Ich bemerke zu meiner Belustigung, dass ich von Leuten, die mich in den letzten Wochen nicht einmal grüßten, plötzlich mit Samthandschuhen angefasst werde. Man lädt mich zu vertraulichen Gesprächen, an denen ich als Zuhörer von Verfolgungs- und Karrierestrategien teilnehme. Beliebiger Tratsch kommt mir unaufgefordert zu Ohren. Wer mit wem, auch unglaubliche Stasi-Episoden. Kurz und gut, es sind die Wochen des Machtwechsels, in denen wie gewöhnlich der Politmob von der Leine ist.

Die Koalitionsverhandlungen des Herbstes 1994 zogen sich in die Länge, zumal die CDU erkennen musste, dass sie es hier mit einem professionell

²⁹ Dr. Gert Schuchardt (* 11. 3. 1942 Erfurt), Dipl.-Ing., SPD-Politiker. 1990–2004 Mitglied des Landtags. 1994–1999 Landesminister und stellvertretender Ministerpräsident.

agierenden Team auf der Gegenseite zu tun bekam. Das war nicht mehr die kleine zerstrittene FDP mit all ihren politischen Newcomern. Jetzt war da der geradlinige Gerd Schuchardt, der erfahrene Otto Kretschmer und der umtriebige Richard Dewes. Zum Schluss blieb ein Streitpunkt offen: Wer sollte das Innenressort bekommen? Die SPD setzte sich durch und Dewes wurde Innenminister. Für viele wurden damit Befürchtungen wahr. Minister Franz Schuster und ein Teil seiner Getreuen retirierten ins Wirtschaftsministerium, Staatssekretär Michael Lippert wurde in den einstweiligen Ruhestand „verabschiedet“ ...

Die Amtseinführung von Dewes findet in der Schillerstraße statt. Ich setze mich ganz nach vorn. Durch den Mittelgang getrennt sitzt rechts neben mir ein Mann im dunklen Anzug, dunklem Hemd und heller Krawatte. Er ist bestenfalls an die fünfzig, aber schon vollständig ergraut. Schuster sagt ein paar Worte und er sieht dabei wie einer aus, der erleichtert ist, das Innenressort hinter sich lassen zu dürfen. Dann spricht Dewes. Sehr sachlich und politisch deutlich in den Zielvorstellungen, von denen einige ja bereits im Wahlkampf eine Rolle gespielt haben. Er spricht Hochdeutsch mit jenem etwas hart klingenden saarländischen Beiklang, der nicht mehr ungewohnt erscheint, hat doch die Saar-SPD eine Reihe von Politikern hervorgebracht, welche die Politik der Republik auf sehr spezielle Weise bereichert haben.

Nach den Ansprachen löst sich die Versammlung auf. Dewes kommt auf mich zu und begrüßt mich mit Namen, geht mit mir auf meinen Sitznachbarn zur Rechten zu, den er mit Peter anredet, und macht mich mit dem neuen Innenstaatssekretär Peter Krämer³⁰ bekannt. Bei diesem Zeremoniell spricht er Dialekt. Er erinnert sich und mich daran, dass er mich vor einigen Jahren in Saarbrücken kennen gelernt habe, als ich dort als Sachverständiger bei einem Hearing zum saarländischen Verfassungsschutzgesetz eingeladen war. Da haben wir miteinander eine Weile gefachsimpelt; weiter reichte unsere Bekanntschaft nicht, was immer man später dort auch hineingeheimnist hat.

Das Duo Dewes und Krämer lerne ich in den nächsten Wochen näher kennen. Mit von der Partie ist anfangs auch Rudolf Dewes, der jüngere Bruder von Richard. Außer der Ähnlichkeit der Stimmen ist nichts zu entdecken, was man an den Brüdern gleichsetzen könnte. Das gilt nicht nur äußerlich. Der eine ist impulsiv, der andere bedächtig; der eine han-

30 Dr. Peter Krämer (?1944–1997), Verwaltungsjurist, zuletzt Staatssekretär. In den 1980/90er Jahren in der Landesverwaltung des Saarlandes, dort zuletzt Leiter der Haushaltsabteilung im Finanzministerium. 1994–1997 Staatssekretär im Thüringer Innenministerium. *Das Fragezeichen vor dem Geburtsjahr bedeutet hier und anderswo, dass ich nicht ganz sicher bin.*

delt in großen Zügen, der andere gewissenhaft bis ins Detail; der eine ist himmelsstürmend, der andere eher bodenständig.

Das alles war mir im Spätherbst des Jahres 1994 noch keineswegs klar. Diese Erkenntnisse sind heutige Reflexionen über die jahrelange Beobachtung von Zeitgenossen, mit denen ich Dinge gemeinsam abgehakt und mit denen ich mich mitunter gefetzt hatte. Letzteres gilt eigentlich nur für Richard Dewes, den Minister. Mit Rudolf Dewes³¹, dem ich häufig begegnete, war ein unsachlicher Streit nicht möglich.

Gleich nach seinem Amtsantritt zieht Richard Dewes die Zügel an. Die Rolle des Staatssekretärs bleibt zunächst noch im Dunkeln. Vielleicht gilt das auch nur für mich, da er eine gesunde Abneigung gegen Nachrichtendienste hat. Wenn er in meiner Gegenwart das Amt meint, spricht er von „Ihr Institut“, wobei ich stets antworte: „Ach, Sie meinen das Amt.“ Das wird zu einem gängigen Wortspiel zwischen uns, zumal wir beide bemerken, dass Dritte hierdurch irritiert werden.

Nach einer weiteren Versammlung der Unterhüuptlinge, zu der ich gezogen werde, geht es in die Terminierung von Einzelgesprächen. Mein erster Gedankenaustausch mit der neuen Führung ist ein Vierer. Neben Dewes und Krämer nimmt auch der Abteilungsleiter mit dem rötlichen Hinterschopf teil. Bei den mir abverlangten Antworten fasse ich mich äußerst kurz, da ich noch nicht einschätzen kann, welche Zielsetzung mit diesem Verhör verbunden ist. Natürlich ist dem Wahlkämpfer Dewes nicht verborgen geblieben, welch komische Figur das Innenministerium bei der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes vor wenigen Wochen abgegeben hat.

Frage: „Waren Sie an der Abfassung des Berichts beteiligt?“ Antwort: „Der Ursprungsentwurf war von mir.“ – „Ist der verändert worden?“ – „Ja.“

An dieser Stelle greift ungefragt der dabeisitzende Abteilungsleiter ein. Er müsse hier, sagt er, einiges klarstellen. Und dann folgt ein viertelstündiger Monolog über den Bericht im Speziellen und das Amt im Allgemeinen. Während dieser Rede blickt Dewes vor sich hin, während Krämer ununterbrochen in seiner Kaffeetasse rührt und dabei aus dem Fenster sieht. Schließlich unterbricht Dewes, indem er mich fragt:

„Wie sehen Sie denn das Verhältnis zu dieser Art Fachaufsicht?“ Ich sage: „Nicht besonders gut.“ – „Und was ist mit dem Referat Geistigpolitische Auseinandersetzung?“ – „Das ist eine Katastrophe“, sage ich.

31 Rudolf Dewes, Verwaltungsjurist. Seit 1994 in Thüringen. Sodann Bürgermeister in der Stadt Weimar. Später Geschäftsführer einer Sozialeinrichtung in Weimar.

Ich habe den Eindruck, dass meinem Nachbarn fast die Brille vom Kopf fällt. Schließlich, im Rausgehen, sage ich zu Dewes und Krämer, ich hätte gern bald eine Auskunft, ob man mich im Amt zu behalten gedenkt. Beide sind sichtlich erstaunt. „Warum?“ Weil ich mein Leben dann neu planen müsse und gern recht bald damit anfangen wolle. „Nein“, sagt der immer noch erstaunt wirkende Dewes, „an so was haben wir nicht gedacht.“

Leicht zweifelnd und halb vergnügt verlasse ich diese Unterredung. Mein Mitbefehlener macht mir Vorhaltungen im Flur. Meine Abschlussfragen seien eine Dreistigkeit gewesen. Ich lasse ihn reden und gehe meiner Wege. Wenige Tage später ist das Referat Geistig-politische Auseinandersetzung aufgelöst, sein Leiter zum Sprengmittelräumdienst umgesetzt (die B-Zeitung berichtet ...). Sein Abteilungsleiter bleibt nur wenige Tage länger. Er wird nach Sachsen-Anhalt zurückgeschickt. Ich kann mir nicht verkneifen, meinen Kompagnon dort, Wolfgang Heidelberg, anzurufen, um ihm die Rückkehr des verlorenen Sohnes anzukündigen. Er sagt etwas Unwiedergebbares, bevor er den Hörer auf das unschuldige Telefon knallt. Den Wiedereinzug seines Vertreters in sein Amt weiß er zu verhindern.

Ich habe den Mann dann noch ein einziges Mal getroffen: Er stieg in Magdeburg in den Zug, kam zu mir ins Abteil, entdeckte mich und machte auf dem Absatz kehrt.

Die neuen Besen machen sich ans Kehren. Ob immer gut, wer kann das schon sagen. Mit leisem Grausen nehmen wir zur Kenntnis, dass Dewes tatsächlich als Verwaltungsreformer in die Geschichte des Ländchens eingehen will. Der Brocken des als überflüssig bezeichneten Landesverwaltungsamtes ist ihm zu groß, von seiner Auflösung nimmt er Abstand. Dafür macht er sich an der Polizei zu schaffen. Das Polizeipräsidium soll weg und mein Amt soll „entdummt“ werden. Da gibt es Reibungsflächen, und zwar mehr, als die Polizei erlaubt. Das Wegreißen des Polizeipräsidioms beginnt mit der Zurruesetzung des Polizeipräsidenten Ehrenberg. Bei dessen Verabschiedung im Ministerium kündigt Dewes große Dinge an. Um ihn steht eine süßlich grinsende Riege der üblichen Lakaien. Ich höre mit einem Ohr zu und sage zu Krämer: „Na, ob das alles gut geht?“ „Haben Sie Zweifel?“, fragt er zurück.

Ich will wissen, wie weit man es mit diesem Mann treiben kann, und sage ihm zu den Auflösungsplänen, dass dies technisch alles machbar, aber politisch ambivalent sei. Als er es genauer wissen will, sage ich ihm: „Sie schießen sich ihr Polster zwischen Minister und der Landespolizei weg.“

Dewes sieht uns dort in der Ecke ernsthaft diskutieren. Jetzt kommt es zu einer dieser halbernstesten Dialektansprachen, nachdem Krämer ihm kolportierte, ich gönnte ihm die Polizeireform nicht. Er entgegnete darauf: Ich solle mich „gefälligst um meinen Laden kümmern“ und ihm „seine Polizei überlassen“.

Es kam dann wirklich hageldicht. Nachdem im August noch von der alten Regierung alle freien Stellen gesperrt worden waren, was hieß, dass diese nicht besetzt werden durften, bekam das Amt bei den Haushaltsverhandlungen der neuen Regierung den totalen Schlag ins Kontor. Der Innenminister verzichtete höchstselbst bei den Chefgesprächen auf die 25 freien Stellen des Amtes. Damit war der Aufbau des Amtes beendet – doppelt ärgerlich für mich, der ich im Frühsommer alles Denkbare unternommen hatte, um die ungeeigneten Leute von ihren Stellen zu holen und sie, wo irgend möglich, nach Hause oder sonstwohin zu schicken. Jetzt hatten wir den Salat – und die erste ruppige Auseinandersetzung.

Ich schreibe Dewes einen Brief, in dem ich ihn daran erinnere, dass er öffentlich die intellektuelle Qualität des Amtes in Zweifel gezogen hat und dass es mir unter diesen Voraussetzungen unbegreiflich sei, wie er den Neuaufbau des Amtes abbrechen konnte. Da muss es Streit geben. Ich



Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Bilder wie dieses hier mögen das Gerücht bekräftigt haben, zwischen Innenminister Dewes (rechts) und mir habe ein besonders enges Verhältnis bestanden. Die Polizeibeamtin (links) weiß davon offensichtlich nichts.

werde unverzüglich ins Ministerium einbestellt; in größerer Runde kriege ich mein Fett weg. Hochdeutsch: „Herr Präsident, ich wünsche keine solchen Briefe mehr.“ Rundum nicken die Beamten; einige sichtlich befriedigt. Es wird auch gern mitgeschrieben. Dann erfolgt eine Änderung der Tonlage: „Herr R., ich hab’ da noch was unter vier Augen zu besprechen.“ Der Raum leert sich.

Nunmehr ist Dialektplaudern angesagt. Was ich von der nordrhein-westfälischen Lösung hielte? „Viel“, entgegnete ich. Dort sei das Amt ins Ministerium integriert und habe einen „wunderbaren Stellenkegel“. Ich bin gespannt. Dewes entwickelt mir seinen Plan eines „intelligenten Amtes“. Dafür brauche ich

Leute. „Die kriegen Sie“, sagt er. – „Wann?“ Wieder ist leichter Ärger in Anzug. „Bald“, sagt er und dann bin ich in Gnaden entlassen.

Es gab noch manchen Krach dieser Art mit Richard Dewes. Immer wurde in großer Runde geklärt, wer Chef war, und dann meist im kleineren Rahmen oder am Telefon zur Sache geschwätzt. Wegen dieser vielleicht etwas seltsam anmutenden Umgangsformen wurde reichlich Unsinn über das Verhältnis zwischen Dewes und mir geredet und geschrieben. Auf meinen Rauswurf wurden etliche Wetten abgeschlossen. Als dieser dann ausblieb, erfand man eine Geschichte, die mir so häufig wiedererzählt worden ist, dass ich sie hier gern erzählen und zugleich dementieren will. Die Geschichte lautet: R. sagt zu Dewes nach einer Auseinandersetzung: „Wenn Sie mich rausschmeißen, gehen Sie mit.“ Ich finde diese Geschichte entnervend und gefährlich. Sie unterstellt mir ein törichtes, illoyales Verhalten. Dewes hätte, wenn ich ihn mit diesem unverschämten Satz konfrontiert hätte, ohne zu Zögern meine Entlassung in die Wege geleitet – darauf halte ich jede Wette.

Es gab allerdings eine andere Geschichte; mein Gegenüber war indes nicht der Innenminister, sondern der Staatssekretär Peter Krämer. Es ging der Sache nach um eine Personalentscheidung, der ich mich hartnäckig verweigerte:

Im Verlauf dieses Gesprächs, das sich im Kreise zu drehen beginnt, flicht Krämer ein, dass er mich wohl nicht erinnern müsse, dass ich „politischer Beamter“ sei. Ich weiß genau, dass er keine Weisung geben will, weil die Maßnahme selbst so hanebüchen ist, dass sie wie eine heiße Kartoffel von einer Hand zur andern gereicht wird. Als er dann die Sache mit dem „politischen Beamten“ erneut in Erinnerung bringt, sage ich ihm: „Das weiß ich selbst, denn ich bin es schon viel länger als Sie.“

Er nimmt das mit Fassung auf – so wie er stets die Dinge gern knapp und emotionslos vom Tisch bringt.

Sein Dienstzimmer ist Ausweis dieser Haltung. Auf dem Schreibtisch ist nie mehr als ein Handspannen hoher Aktenstapel zu sehen. Bei jedem Gespräch achtet er darauf, dass den Beteiligten ein Ergebnis mitgeteilt wird; häufig ist es eine Handlungsanweisung. Viele fürchten das, mir erscheint es angenehm. Über seine offene Missbilligung geheimdienst-



„Legen Sie mit Ihrem Institut den Sumpf bei den Bullen trocken!“: Innenstaatssekretär Peter Krämer erteilt mir den Auftrag, die Verratsfälle in der Thüringer Polizei zu systematisieren und aufzuklären. Der „Vorgang Sonnenlicht“ entsteht. Wenige Wochen später stirbt Krämer.

licher Tätigkeit „meines Instituts“ sehe ich hinweg. Ebenso über seine unmäßige Raucherei. Immer wieder versucht er, mich zum Mitrauchen zu überreden. Ich sage ihm, dass ich schon schlimm genug mitrauche, wenn ich in seiner Nähe sitze. Eines Tages bricht er ein solches Gespräch ab; am nächsten Morgen ist er tot.

Ich schreibe am Montag, dem 30. Juni 1997, in mein Diensttagebuch:

Gestern in Leipzig. Ein irre heißer und schwüler Tag. Die Klee-Ausstellung im Leipzig-Museum (ehemaliges Reichsgericht) ist irgendwie an mir vorbeigezogen. Dann noch Rundgang durch die Stadt, die sehr unorganisch wirkt. Mag sein, dass die Hitze auf das Wahrnehmungsvermögen negativ einwirkte. Zum krönenden Abschluss das Völkerschlachtdenkmal, das protzig und hässlich im Südosten der Stadt steht. Hinauf geht es auf Wendeltreppen mit 364 Stufen, wie man uns gleich am Eingang wissen ließ. Blick über die gesamte Stadt, die in landschaftlich unschöner Lage daliegt. Allerdings auch viel Grün jetzt in der Stadt zu sehen.

Abends nach dem Essen schweres Gewitter mit einigen schönen Blitzen, denen ich vom Küchenbalkon aus zusehen konnte. Später Arbeiten – ungestört.

Heute nichts Besonderes. Ruhiger Vormittag. Einladung zur Trauerfeier von Staatssekretär Krämer, der letzten Donnerstag früh plötzlich im Alter von 52 Jahren gestorben ist. Er hatte sich, als ich am Vortag im Innenministerium war, mittags nach Hause bringen lassen, weil es ihm nicht gut ging. Am frühen Morgen ist er dann an Herzversagen gestorben.

Die ersten Toten

Ein überlebender Selbstmörder als Sicherheitsrisiko und warum Oberst Redl nicht erpresst wurde

In meinem Erzählplan kommen eine Menge Toter vor, ohne die sich das Handeln in den Thüringer Jahren nicht erklären lässt – nicht nur Krämer, mit dem ich das letzte Kapitel abgeschlossen habe. Einige von ihnen lasse ich jetzt gleich vorbeidefilieren. Einigen bin ich schuldig, dass ich sie erwähne, weil von ihnen entscheidende Impulse ausgegangen sind. Manch einem habe ich nahe gestanden, für andere nur Verachtung übrig gehabt. Jetzt, wo ich sie wieder zum Leben erwecke, erscheint mir ihr Handeln bizarr, wie hinter einer Milchglasscheibe. Das Verachtenswerte hat sich verflüchtigt, auch die Zuneigung ist unpersönlich geworden.

Wenn sie mich in meinen raren Träumen aufsuchen, weiß ich selbst im Schlaf, dass alles nur ein Traum ist.

Gerhard Heuer ist der Mann, der eine Portion Mitverantwortung dafür hat, dass mein Leben einen dummen Umweg durch Thüringen genommen hat. Ich habe das bereits erwähnt. Unser Verhältnis zueinander ist distanziert, uns trennen zudem nahezu fünfundzwanzig Lebensjahre. Uns eint die Überzeugung, dass es Kumpelhaftes zwischen Vorgesetztem und Untergebenem nicht gibt. Dies ist zugleich eine starke Brücke. Ihre Stützpfeiler heißen: Ironie, das scharfe Wort, Furchtlosigkeit vor Gegenwind und die Überzeugung, dass der deutsche demokratische Weg durch Sumpfb Blüten führt. Uns verbindet die Erfahrung ungezählter nutzloser Stunden, zugebracht in Parlamentsgremien, vor allem im Innenausschuss des Deutschen Bundestages und auf den Fluren vor den Sitzungsräumen. Uns verbindet die Verachtung für jene Gesalbten, die in der irrigen Meinung leben, sie selbst seien das Volk, während die Wahrheit eher ernüchternd aussieht, verdanken sie ihr Mandat doch häufig dem Zufall, einer Parteitagslaune. Weder bei Heuer noch bei mir weckt diese Erkenntnis revolutionäre Gedanken. Sie hindert uns jedoch, dass wir uns von den Abgeordneten als „Beamtendreck“ verunglimpfen lassen.

Als ich im April 1994 in Erfurt meinen Dienst antrete, ist Heuer auch äußerlich bereits ein schwer gezeichneter Mann. Alle möglichen Therapien sollen seinen Krebs bekämpfen. Mir sagt er, als ich ihn im Erfurter Klinikum aufsuche, dass er auf jeden Fall im Dienst zu sterben gedenke. Das sind ja Aussichten, denke ich, tröste mich aber mit dem stillen Hinweis, dass dies wohl wieder einer seiner üblichen Sarkasmen ist.

Als er nach der Therapie Ende April im Innenministerium wieder seinen Dienst aufnehmen will, hat man seinen Schreibtisch aus seinem Dienstzimmer, das er wegen seiner tanzsaalartigen Größe die „Halle des Volkes“ getauft hat, auf den Flur geräumt. Im wahrsten Sinne des Wortes. Dort finde ich ihn morgens grübelnd vor, als ich beschleunigten Schrittes meinem Rundverschlagn zustrebe. Ich kann es erst gar nicht glauben, wie man mit diesem verdienten Veteranen umspringt, traue es der Selbstbedienungs-Corona allerdings ohne Weiteres zu.

Bei dem nun entstehenden kurzen Gespräch bitte ich Heuer, eine Tätigkeit bei mir im Amt zu übernehmen. Er gibt mir, eine ungewohnte Geste zwischen uns, spontan die Hand und sagt: „Ich bin Ihr Mann.“ Mehr Worte haben wir nicht gewechselt und dann ist der ehemalige Vorgesetzte mein Untergebener. Er bleibt dies fast ein Jahr lang. Wenige Tage fehlen ihm, dann wäre sein Wunsch, nämlich im Dienst zu sterben, wahr geworden. Innenminister Richard Dewes räumt im Frühjahr 1995 mit den Verwaltungshelfern auf. Ende März muss auch Heuer gehen. Am 17. April 1995 ist er tot. Die Nachricht erreicht mich mit einiger Verspätung auf einer Hallig in der Nordsee. So verpasse ich auch die

Beerdigung. Ich bin ein klein wenig erleichtert hierüber, denn mir will nichts einfallen, was ich dort hätte sagen können. So gewinne ich Zeit, um einen Kondolenzbrief zu schreiben und einen Nachruf, den ich in den April-Monatsbericht des Amtes einrücken lasse.

Der nächste Tote erhält keinen Nachruf. Als er sich aus dem Leben verabschiedet, schreibt er seinen Nachruf selbst. Es ist ganz krauses Zeug, Persönliches mit Dienstlichem verwoben. Ich bin, als die Nachricht eintrifft, nicht in Erfurt, sondern auf Dienstreise in Berlin. Frühmorgens ereilt mich die Hiobsbotschaft. Sie veranlasst mich, alles stehen und liegen zu lassen und den Rückweg anzutreten. Ein Selbstmord in meiner Behörde, verbunden mit einem wirren Abschiedsbrief, kann, das schwant mir, im hysterischen Thüringen nichts Gutes bedeuten.

Die Wirklichkeit erweist sich wieder einmal als völlig anders; anders als das Gerücht nämlich, das zunächst Nachricht genannt wurde. In Erfurt zurück teilt Frau F., meine Sekretärin, mir mit, dass der Tote mich zu sprechen wünsche. Ich muss nicht sonderlich geistreich ausgesehen haben in diesem Moment. Dann klärt sich der Sachverhalt. Die Todesbotschaft wurde erst durch mehrere mündliche Weitergaben eine solche. Dessen ungeachtet bleiben der Selbstmordversuch und der Abschiedsbrief. Ich versuche, nachdem ich mich nach dem Befinden des Kollegen erkundigt habe, herauszufinden, wo innerhalb der Nachrichtenkette die ganze Sache gekippt ist. Doch was Wunder, niemand der befragten Mitmenschen will sich irgendwie erinnern, schließlich sind schon mehrere Stunden ins Land gegangen. Alle sind felsenfest davon überzeugt, ich müsse mich verhört haben. Klar ist: G. hatte sich gestern Abend mit Abgasen in seiner Garage vergiftet und seine Frau fand ihn. Das kann nur bedeuten, dass hier ein misslungener Versuch vorliegt. Wie kann der Chef sich so bescheuert anstellen?

Alle haben alles richtig gemacht. Denn dies ist die Stunde des Geheimschutzes. Sofort sind alle Kollegen nach Auffälligkeiten in G.s Leben befragt worden. Seine dienstlichen Unterlagen werden gefilzt, die Fast-Witwe wird heimgesucht und angehört. Ihr werden etliche Einzelheiten aus G.s Sicherheitsakte vorgehalten und auf Richtigkeit abgefragt. Alles ist höchst eilig, höchst vertraulich und höchst wichtig. Sie fragen sich warum? Weil ein Selbstmord ein „W. E.“³² ist. Und weil ein W. E. ein wichtiges Ereignis ist. Das ist allein schon wichtig genug. Doch wenn es ein „W. E. eigener Dienst“ ist, ist die Wichtigkeit in ihrer Superlativform kaum noch in Worte zu fassen; „W. E. eigener Dienst“ ist die Stunde des Geheimschutzes. Wir erinnern uns: Das sind die Kollegen, die das Amt und die ganze übrige zivilisierte Welt vor Geheimnisverrat schützen.

32 Mündlich und schriftlich verwendetes Sicherheitsbehördenkürzel für „Wichtiges Ereignis“.

Und ein Fast-Toter könnte, Achtung, jetzt heißt es aufgepasst, könnte sich in diesen unschönen Zustand versetzt haben, weil er in Wirklichkeit ein böser Feind-Agent ist, der seine Verratslast nicht mehr zu tragen vermochte. Soll es alles schon gegeben haben in der bunten, in der grauen Welt der Geheimdienste.

Wer erinnert sich nicht mit Schauern an jenen k. u. k. Generalstabsobersten Alfred Redl, der im Jahr vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges seinem Leben mit einem Revolverschuss ein verdientes Ende setzte. Redl hatte jahrelang als Nikon Nizetas für den Feind im Osten, das zaristische Russland, Aufmarschpläne verraten. Gegen Geld, gegen viel Geld. Ein wenig Erpressung war angeblich auch dabei, denn Redl war ein Homosexueller, und zwar ein ertappter. Das war schlecht zu Beginn des 20. Jahrhunderts, stand doch diese Form der Fleischeslust unter Strafe – nicht nur unter der Herrschaft Ihrer Apostolischen Majestät, des Kaisers und Königs Franz Joseph, sondern allüberall im zivilisierten Europa. Ein homosexueller Generalstabsoffizier – einfach undenkbar.

So jedenfalls ist es immer wieder geschrieben und abgeschrieben worden. Auch zu meinem Geschichtenschatz gehörte diese Moritat. Erst als ich 2003 die zugehörigen zaristisch-russischen Akten sah, kamen mir Bedenken, denn aus ihnen ergibt sich unzweifelhaft, dass die Mitarbeiter der russischen Militäraufklärung „Raswjedka“ zwar das Redl'sche Verratsmaterial entgegengenommen und bezahlt hatten, aber nicht wussten, wer der Verräter war. Redl war ein Selbstanbieter, und zwar in der verschärftesten Form: Er bot als Anonymus seine Ware an. Von Erpressung also keine Spur. Von wem aber stammt die Erpressungsgeschichte? Von einem der begabtesten Nachrichtenfälscher aller Zeiten, Erwin Egon Kisch, dem rasenden Reporter. Nein, nein, ich wackele nicht an der Ikone, dafür bin ich viel zu unbedeutend.³³

In der Wirklichkeit der k.u.k. Monarchie suchten dann, als Redl aufgefliegen war, mit der allerhöchsten Billigung zwei sogenannte Kameraden den Schwulen mit den drei Obristensternen am Kragen auf, reichten ihm einen geladenen Revolver und sagten, was ihrer Meinung nach zu sagen war. Nach etlicher Bedenkzeit erschoss er sich. In einem Fernsehkrimi von heute hätte er sich seinen Weg freigeschossen. Hat er aber nicht. Sehr schade.

33 Im Einzelnen von mir beschrieben in: Skrupellos, S. 79 ff., mit zahlreichen Belegen.

Buchenwald

Warum das Lager mich beschäftigt

Es gibt keinen Ort in Thüringen, der so nachhaltig wie dieser auf mein dienstliches Handeln eingewirkt hat. Die ersten schlechten Erfahrungen sammelte ich im August 1994, als eine Horde sturztrunkener Nazis dort randaliert. „Dich brenn’ ich eigenhändig an“, schreit einer der Chaoten einer der weiblichen Gedenkstättenangestellten ins Gesicht. „Dich brenn’ ich eigenhändig an“ – das wirkt wie ein Peitschenhieb. Die öffentlichen Reaktionen hierauf sind, wie so häufig, eine Mischung aus Empörung und Heuchelei. Und sie sind mir eine unauslöschliche Lehre.

Zunächst berichtet die Weltpresse. Was wird da nicht alles behauptet. Aus der Randalie wird Vandalismus, aus dem Vandalismus folgt die Zerstörung der Gedenkstätte, aus der Zerstörung der Gedenkstätte die braunen Bataillone, die sich ungehemmt durch Thüringens Straßen wälzen. Die US-Botschaft fragt deswegen an, ob wir Unterstützung durch das FBI benötigen. Der Tagebuchschreiber R. kommentiert das giftig mit drei Worten: „Was für Heuchler!“

Über die treffliche Idee, mein Amt an der Urheberschaft zu beteiligen, habe ich schon berichtet. In meiner Wut, den infamen Angriff abzuwehren, tue ich mich schwer, nicht die ganze erbärmliche Quellenlage des Amtes offenzulegen. Ich lasse das und unterlasse es auch hier. Nur so viel sei verraten: Immer wenn ich das Thema Quellen in meinen Kinder Tagen im Amt berühre, teilen mir die anwesenden Geheimdienstprofis mit, wie unmöglich die Gewinnung von Quellen sei. Das wird sich im Laufe der Jahre ändern, weil ich diese Änderung erzwingen.

Es wird kaum verwundern, dass Buchenwald nach diesem furiosen Auftakt im Zentrum meines Misstrauens bleibt. Hierzu will ich für Außenstehende gern ein paar Erläuterungen geben. Der Ort, unmittelbar oberhalb Weimars gelegen, war zunächst nichts anderes als ein bewaldeter Höhenzug im Weichbild der Stadt. Es blieb den Nationalsozialisten vorbehalten, an diesem Zustand Grundlegendes zu ändern. Hierbei spielte eine Rolle, dass Weimar nach München und Nürnberg einer der Hauptorte der „Bewegung“ war. Der Wiederaufbau der NSDAP erfolgte nach Hitlers Haftentlassung maßgeblich von hier aus. Mit Artur Dinter³⁴ stand als Gauleiter ein Mann zur Verfügung, dessen unübertroffener Juden Hass in seinen Erfolgsromanen und Parlamentsdebatten einer

³⁴ Dr. Artur Dinter (27. 6. 1876 Mühlhausen/Elsaß – 21. 5. 1948 Offenburg), Schriftsteller, NS-Politiker. Studium der Naturwissenschaften. Lehrer. Führt nach 1923 während der Haftzeit Hitlers die Ersatzorganisation der NSDAP. Nach deren Wiederzulassung deren Mitglied Nr. 5. Mitglied des Thüringer Landtags und Erfolgsschriftsteller. NSDAP-Gauleiter von Thüringen, nach Auseinandersetzungen mit Hitler im September 1927 zum Rücktritt gezwungen, 1928 aus der NSDAP ausgeschlossen.

breiten Öffentlichkeit zugänglich wurde. „Wider das Blut“ wurde zu Hundertausenden verkauft; irgendwer, zum Henker, muss doch Käufer und Leser gewesen sein.

Hier in Weimar formierte sich 1925 der Parteitag der NSDAP, hier in Weimar gab es die ersten deutlichen Parlamentsfolge im 1920 gegründeten Freistaat Thüringen. Hier in Weimar fand die Premiere einer Beteiligung der NSDAP an einer demokratisch gewählten Regierung statt. Hier war es, wo die Nationalsozialisten ihre ersten Pfründen etablierten, sich als staatstragend gerierten; sie taten dies, wer hört das heute schon gern, mit Zustimmung etlicher Weimarer Potentaten aus Geist und Kultur.

Der Mann hinter Dinter hieß Fritz Sauckel.³⁵ An ihn erinnert man sich heute schon eher als an den Blut- und Boden-Autor Dinter, den sein Rassenwahn schließlich so weit trieb, dass er sich mit dem ihm zu schlappen Hitler anlegte, was zur Entfernung Dinters aus der NSDAP führte. Seine Nachfolge in der Gauleitung trat Sauckel an. In seine Ägide fallen gewaltige Baumaßnahmen in der Stadt Weimar. Das Gauforum mit seinen Nebenstraßen, die im Volksmund noch heute sogenannte Sauckelvilla in der Windmühlenstraße und das Rundfunkhaus in der Humboldtstraße legen hierfür lebhaft Zeugnis ab. Und er baute das Konzentrationslager



Antisemitischer Schriftsteller der Sonderklasse: Artur Dinter, Nr. 5 der NSDAP (hier als Redner im Thüringer Landtag nach einer Zeichnung von Alfred Abner aus dem Jahre 1924)



Das einzige Überbleibsel im Hauptstaatsarchiv in Weimar: Dinters Unterschrift unter einem Parlamentsantrag

³⁵ Fritz Sauckel (27. 10. 1894 Haßfurt/Unterfranken – 16. 10. 1946 Nürnberg, hingerichtet), NS-Politiker. 1909–1914 Seemann, sodann in der Zeit des Ersten Weltkriegs interniert. Danach Fabrikarbeiter. 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer und ab 1927 Gauleiter der NSDAP in Thüringen. Zahlreiche weitere Funktionen während der NS-Herrschaft, zuletzt auch 1942–1945 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz. Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess angeklagt, zum Tode verurteilt und durch den Strang hingerichtet.

auf dem Ettersberg, das kurz darauf den sinnigen Namen „KL Buchenwald“ erhielt.

Ich will hier nicht die Geschichte des NS-Terrors auf dem Ettersberg nacherzählen; dazu ist unendlich viel Richtiges und auch einiges Zweifelhafte geschrieben worden. Wichtig ist hier und jetzt die Zwitterhaftigkeit, die der Ort Weimar in der NS-Zeit erfahren hat; allem Schiller-



Massenaufmarsch zur Sinnstiftung: Parteitagsgelände in Weimar 1938 und Antreteplatz der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald aus den 1950er Jahren



Gedenken zum Trotz, fast in Steinwurfweite, etablierte der NS-Staat ein monströses Gefängnislager, in dem Schwerekriminelle, politische Systemgegner, Juden und Homosexuelle zur Schwerstarbeit zusammengesperrt wurden. Im Laufe des Zweiten Weltkrieges kamen Gefangene und Zwangsverschleppte aus allen Ländern Europas hinzu. Ungezählte Tausende haben das Grauen des Lagers und seiner Außenkommandos nicht überlebt.

Als die US-Amerikaner im April 1945 das Lager besetzten, bot sich ihnen ein so unbeschreibliches Bild, dass sie beschlossen, vor der Räumung des Geländes die Bevölkerung Weimars zwangsweise zur Besichtigung auf den Platz zu führen. Doch die Anwesenheit der Amerikaner währte nur Wochen; dann zogen sie sich vereinbarungsgemäß bis hinter die thüringisch-hessische Grenze zurück; die Russen rückten nach. Sie nutzten alsbald, wie an anderen Stellen auch, den Lagerplatz wieder zu alten Zwecken. So entstand das Speziallager 2 auf dem Ettersberg; es war die folgen-

den vier Jahre in Betrieb. Zehntausende vegetierten hinter seinen Stacheldrähten; Unzählige kamen zu Tode.

Nach der Auflassung des Lagers wurde die Schleifung der eigentlichen Barackenstadt angeordnet; zurück blieben nur wenige Baulichkeiten, wie das Torhaus, die Effektenkammer, die Genickschussanlage und die Unterkünfte der SS-Wachmannschaften. Auf dem Zuweg zum Lager wurden in den 1950er Jahren der Glockenturm und die eigentliche Gedenkstätte errichtet. Als ich zum ersten Mal dort entlanglaufe, kann ich mich des fatalen Eindrucks nicht erwehren, durch eine Galerie von NS-Kitsch zu marschieren; es ist aber sozialistische Kunst, mit grotesken Leuchterschalen, glatten Sandsteinfriesen. Vielen anderen ist es ebenso gegangen wie mir. Über Kunst soll man halt nicht streiten.

Das Gelände diene fortan für sogenannte Manifestationen, für Aufmärsche also, bei welchen an einige der Opfer und an die Selbstbefreiung des Lagers erinnert wurde. Selbstredend war die Staatsspitze der DDR zu solchen Anlässen versammelt. Zum besseren Verständnis muss man einen Blick auf den Gründungsmythos der DDR werfen. Sie sah sich Zeit ihrer Existenz für das bessere, das moralisch einwandfreiere Deutschland an. Mit der dem kommunistischen System eigenen Pseudowissenschaftlichkeit wurde nachgewiesen, dass nur auf dem Boden der DDR der Nationalsozialismus, der zu diesem Zweck als „Faschismus“ betitelt wurde, überwunden war, während man für den anderen Teil Deutschlands propagandistisch das Gegenteil verkündete. Zu diesem Propaganda-Feuerwerk zählten selbstredend Schulbesuche in der Gedenkstätte; sie waren handfester Bestandteil der sozialistischen Staatsreligion.

Mit dem Ende der DDR bröckelte die Fassade; aber sie wurde nicht eingerissen. Warum nicht? Ja, warum eigentlich nicht! Weil es nicht funktioniert. Der radikale Umbruch, zu der die Bevölkerung der DDR bei der Wende gezwungen wurde, beruhte auf dem ökonomischen Ende des Staates. Später ist dieser Umstand vielfach umgelogen worden, vor allem von solchen Zeitgenossen, welche die Grundlagen der marxistischen Dialektik nicht vergessen mochten. Doch das ist an dieser Stelle nicht das Thema. Hier geht es schlicht und ergreifend um einen simplen Umstand: Man kann einer Generation von Erwachsenen nicht erläutern, dass sie jahrzehntelang unkritisch mit faustdicken Lügen gelebt hat. Dies ist für kaum einen akzeptabel, weil es die eigene Erkenntnisfähigkeit und die eigene Moral fundamental in Frage stellt.

Das Thema Buchenwald hat demzufolge von seiner Symbolkraft für viele nichts eingebüßt; die Leute reagieren gereizt, wenn es angeschnitten wird. Unüberbrückbare Gräben tun sich auf, wenn die Fragwürdigkeit der kommunistischen Lager-Kapos auf den Tisch kommt; offener Streit nach dem Motto „Wir lassen uns nicht auch noch unser Buchenwald

von euch wegnehmen.“ bricht aus, wenn sich Opfer des sowjetischen Speziallagers 2 zu Wort melden.

Der 50. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Amerikaner fiel in das Jahr 1995. Ich sah dem Ereignis mit gemischten Gefühlen entgegen. Bei einer Lagebesprechung mit Innenminister Richard Dewes waren wir uns einig, dass hier nichts danebengehen darf. Ich bemerkte ihm gegenüber, man könne hier wohl kaum in links gleich gut und rechts gleich böse unterscheiden, da die Teilnehmermeldungen aus Westdeutschland nicht nur friedfertiges Volk erwarten ließen. Mit am Start waren kampferprobte Antifas aus den einschlägigen Hochburgen. Daneben natürlich das staatsoffizielle Publikum, ehemalige Häftlinge und ganz normale Leute, die lediglich den Gedenktag des Lagers begehen wollten.

Bereits zur Vorbereitung des 50. Jahrestages der Befreiung des KL Buchenwald entbrennt eine wilde literarische Debatte über Befreiung und Selbstbefreiung, denn natürlich gehört zum Buchenwald-Mythos die bewaffnete Selbstbefreiung der kommunistischen Häftlinge. Diese Frage hat für mich nie eine entscheidende Rolle gespielt. Mir ist nur unangenehm aufgefallen, mit welcher Verbissenheit Debattengegner verunglimpft werden, wenn dieses Thema zur Sprache kommt. Für Furore sorgt das soeben auf dem Markt erschienene Buch „Der gesäuberte Antifaschismus“³⁶ von Lutz Niethammer, das sich mit der zweifelhaften Geschichte der kommunistischen Buchenwald-Kapos und ihrem meist unrühmlichen Ende in der DDR auseinandersetzt. Das Buch gießt Öl ins Feuer, das „Neue Deutschland“ titelt: „Kalter Krieg gegen Buchenwald – Schamlosigkeiten als ‚Wissenschaft‘“.³⁷

Innenminister Dewes will von mir wissen, ob die Sache friedlich abgehen wird. Woher soll ich das wissen? Aber ich bemühe mich, Passendes in Erfahrung zu bringen. Also frage ich einmal direkt bei meiner „Beschaffung“. Ich erhalte die schon gewohnte Antwort, man müsse das „mal abwarten“, was ich jedoch durchaus nicht beabsichtige. Ich hake nach und frage die versammelte Kompetenz, ob denn schon mal einer in den Häusern in der Gerberstraße war. Auf meine Frage sagt ein leitender Beamter zu mir: „Also, Herr R. ...“, dann bricht er ab. Ja, ermuntere ich einen der Beschaffungsspezialisten, waren Sie denn drin? Er murmelt etwas von „fehlender Abdeckung“. Welche Abdeckung?, denke ich und dann fahre ich nach Weimar.

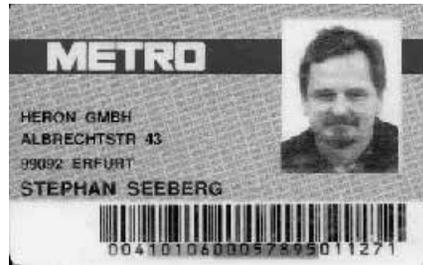
36 Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente von Lutz Niethammer und Karin Hartewig, Berlin 1994.

37 ND vom 12. 12. 1994.

Gerber eins und Gerber drei sind zwei Schmuckstücke in der Weimarer Innenstadt, besetzt erst, dann legalisiert, mit Publikum, das prima vista nicht über allen Zweifel erhaben scheint. Ich suche den Weimarer OB Germer³⁸ auf. Er ist freundlich und unverbindlich. Wie jeder gelernte Ossi räumt er nur das ein, was ohnehin klar ist. Ja, ja, er kenne das Problem. Und sonst? Er zuckt mit den Schultern.

Manche vermuten hier so was wie den Kern der hiesigen autonomen Szene. Ich gehe also hin und gehe hinein. Darin habe ich Übung. Gegenüber von meiner Berliner Wohnung lag über die Jahre „der friseur“ nebst „probebühne im reissverschluss“. Hier in Weimar ist alles eine Nummer kleiner. Ich kann mir bei genauerem Hinsehen ein Grinsen kaum verkneifen. Das Publikum dort erscheint mir nicht sehr überzeugend. Kinder sind es zumeist. Ich studiere das Kinoprogramm, finde das Bier warm und frage, um was zu sagen, einen extrem dünnen Menschen, von dem ich zunächst annehme, es wäre ein Junge, nach „Fred aus Göttingen“. „Kenn ich nich?“, sagt das Kind mit einer Stimme, die mehr auf ein Mädchen hindeutet. „Sieht der denn aus?“ – „So eins fünfunachtzich“, sage ich. Es zuckt mit den Schultern. Das hier sind die verkehrten Leute, also gehe ich wieder.

Zum Glück gibt es da die Anfrage aus Heimerzheim. In diesem unscheinbaren Örtchen in der Nähe Kölns liegt eine große Kaserne des Bundesgrenzschutzes und mittendrin die Schule für Verfassungsschutz. Sie ist eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder. An ihr studieren Zöglinge, die dereinst als Agenten auf die Menschheit losgelassen werden sollen. Zur Ausbildung gehören regelmäßig Praktika. Ich bilde mir ein, dass das praktische Beschaffen von Informationen in einem konkreten Fall unter erheblichem Zeitdruck ein gutes Praktikum sein müsste. Zwei Tage später rollt ein Trupp junger Männer und Frauen an. Sie sehen so jung aus, dass man sie ohne Schwierigkeiten unter beliebige Jugendliche stecken kann.



Der Schein trügt: Altgediente Mitarbeiter sind zuweilen fassungslos, wenn ich die Stätten unserer Aufmerksamkeit besuche. Doch urteilen Sie selbst: Sieht so der Chef eines Nachrichtendienstes aus?

38 Dr. Volkhard Germer (* 9. 5. 1944 Weimar), Schulverwaltungsfunktionär, Politiker. In den 1980er Jahren Stadtschulrat in Weimar. 1988 stellvertretender Oberbürgermeister (SED). 1989/90 amtierender Oberbürgermeister. 1990–1994 ehrenamtlicher Stadtverordneter in Weimar. 1994–Mai 2006 Oberbürgermeister von Weimar (parteilos).

Natürlich sind sie Feuer und Flamme, als sie hören, was sie machen sollen. Da ist nicht ein Hauch von „Abdeckung“ oder wie immer das auch heißen mag. Sie kriegen die Trefforte genannt, die Fragestellung und den abschließenden Hinweis, dass sie sich nicht prügeln sollen. „Schade“, sagt einer der jungen Männer. Staunend höre ich noch, wie die jungen Leute mit Kennwörtern versehen werden. Ich rufe ihnen nach, sie sollen mich anrufen, „wenn was ist“. Dann verschwinden sie sichtlich vergnügt für mehrere Tage nach Weimar.

Ja, ich werde angerufen. Abends bin ich auf die Geburtstagsfeier einer Neubekanntschaft eingeladen. Der Mann ist Anwalt und soeben dabei, sich zu etablieren. Unter solchen Leuten trifft man sich schnell einmal. Dies ist die Zeit, als in den einschlägigen Zahnarztwartezimmer-Zeitschriften das Thema Kindesmissbrauch debattiert wird. Brigitte aus Bremerhaven teilt mir bei Weißwurst und Weizenbier mit, dass hieran unsere Gesellschaft kaputtgehen werde. Ich kaue unverdrossen weiter, was ihr Zeit zu weiteren Ausführungen lässt. „Ob ich auch schon mal ...“, höre ich sie sagen. Doch mittenhinein klingelt das neue Handy.

Es ist wirklich ein Schmuckstück an Kleinheit, dieses neue Gerät. Es löste ein an Batterieschwund gestorbenes Monster ab, das stets den Verdacht erweckte, ich trüge eine Zimmer-Flak in der Innentasche der Jacke. Jetzt also der neueste Schrei. Ich ziehe mir missbilligende Blicke meines Verwaltungsleiters zu, als ich mich für die Aushändigung dieses „Lady-Phones“ bedanke. Ich kann mir nicht verkneifen hinzuzufügen, dass LKA-Chef Kranz ein solches Gerät in „Präsidenten-Grün“ besitzt. Durch die flapsige Bemerkung löse ich ungewollt eine Beschaffungsaktivität aus; mir werden nämlich fünf neue Telefonhüllen zur Auswahl präsentiert. Zum Glück sind sie bislang nur ausgeliehen. Abends werfe ich ein weiteres Fünfmarkstück ins Sparschwein für unpassende Bemerkungen. Es fristet sein Dasein in meinem Panzerschrank und wartet auf sein Ende beim nächsten Betriebsausflug.

Über das neue Handy höre ich bei Weißwurst und Weizenbier die neuesten Nachrichten aus Weimar, wo die Bodentruppen des revolutionären Kampfes sich zu sammeln beginnen. Doch ihr Elan ist gedämpft. Um Ruhe zu halten, dürfte es genügen, Nazi-Provokationen im Keim zu unterbinden. Dafür sorgt die im Raum Weimar reichlich vorhandene Polizei mit grimmiger Härte. Während der Telefonate habe ich mich auf den Balkon zurückgezogen. Dort ist es im zwölften Stock bei schneidendem Wind so kalt, dass ich fürchte, mir fallen die Ohren ab. Brigitte aus Bremerhaven lehnt es ab, mir die Ohren zu wärmen. „Wir kennen uns doch noch gar nicht.“ Als ob es darauf ankäme. Nach Buchenwald will sie mich am kommenden Mittag auch nicht begleiten. Das sei ihr zu kalt.

Der Weg nach Buchenwald ist etwas mühsam, da die Polizei nichts unternimmt, um einen geordneten Verkehrsfluss zuzulassen. Als ich auf

dem Platz des Lagergeländes ankomme, ist die Feierstunde bereits im Gange. Wieder dieser schneidende Wind mit einzelnen Schneeflocken. Scurrile Fahnen knattern, etliche davon in einem schlichten Anarchistenschwarz. Bei den Rednern geht's zweigeteilt zu. Demokratische Politiker erhalten schmalen Beifall, dafür umso mehr Pfiffe; bei Rednern mit untadlig antifaschistischer Gesinnung bleiben die Pfiffe weg. Ich stehe am Rande, den oberen Lagerzaun im Rücken, fest eingemummelt in einen rabenschwarzen Anorak und einen langen schwarzen Schal, was mir viele besorgte Blicke seitens der anwesenden Zivil-Polizei einträgt. Aber wenn man die Kollegen stur zurückmustert und ihnen zunickt, sind sie zufrieden.

Neben mir steht plötzlich einer mit einem Kamelhaar-Wintermantel und einem roten Schal um den Hals. „Tach, Herr R., alles ruhig?“, sagt Richard Dewes. „Hmm“, sage ich. Und dann stehen wir die letzte halbe Stunde wortlos nebeneinander in der Kälte. Als die Sache sich auflöst, kommt eine Frau auf uns zu. Sie begrüßt Dewes mit „Tach, Richard“. „Tach, Irene“, sagt Dewes. „Wir treffen uns nachher im Resi“, sagt sie – und zu mir gewandt: „Du kannst ja auch mitkommen!“ – „Nee“, sage ich zur Sozialministerin Irene Ellenberger³⁹, die ich hier zum ersten Male aus der Nähe sehe: „Da musst du ohne mich hin, ich treff mich nachher mit Brigitte.“ Richard Dewes macht tellergroße Augen.

Buchenwald als „Traumata“ Wie es im Lager weitergeht

Der Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen Antje V. verdanke ich das Traumata. Ja, ja, richtig gelesen. Als sie eines Morgens im „Deutschlandradio“ mit versagender Stimme über irgendein Unheil dieser Welt spricht, fügt sie bebend hinzu, dass dies „ein Traumata“ ausgelöst habe. Ja, genau, das sagt sie, ich schwöre es. Das kann, ich weiß es, nur ein Versprecher sein. Aber was für einer. Endlich kann ich am frühen Morgen jetzt „Wutundtrauer“ richtig benennen: Stör mich nicht; ich arbeite gerade an meinem „Traumata“.

In der „Weintanne“ in Jena probiere ich meine neue Spruchweisheit kurz nacheinander an zwei jüngeren Historikern aus. R. S. merkt nichts, aber Steffi H. sagt: „Tut dir was weh?“ Während ich zur boshaften Erwiderung noch an einem passenden Blondinenwitz laboriere, hält sie mir

39 Irene Ellenberger (20. 4. 1946 Wernigerode), Architektin, SPD-Politikerin. 1990 Mitglied der Volkskammer, sodann im Thüringer Landtag, zudem 1994–1999 Sozialministerin.

einen Bierdeckel hin: „Вер дас лэзен канн ист кеин Весси.“⁴⁰ „Doch“, sage ich, wenn auch nach kurzem Zögern. Wir sind quitt.

Nein, genug von dem Unsinn. Buchenwald ist nicht mein Trauma. Es bleibt aber Zielpunkt steter Aufmerksamkeit und wachen Missbehagens. Von der Nazi-Randale 1994 habe ich schon erzählt und auch von den merkwürdigen Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung des KZ Buchenwald, von den jährlich wiederkehrenden Antifa-Workcamps. Und erst die Thälmann-Manifestationen. Ich will die Leute nicht tadeln, die da auf ihre Weise ihre Totenrituale begehen. Auffällig erscheint mir jedoch dieses Hersagen von Beschwörungsformeln, das Hinhalten von Heiligenbildern. Ein zutiefst religiöser Mummenschanz in dieser angeblich so materialistischen Weltanschauung. Nun mag ja jeder glauben, was er will. Von mir aus ist einer auf dem Wasser gewandelt. Und von mir aus hat „Teddy“ Thälmann⁴¹ eines schönen Weihnachten, wie man in den Lese-Fibeln der DDR nachlesen kann, seinen Weihnachtsbaum zersägt, damit die arme Nachbarsfamilie etwas zum Heizen hatte.

Es kann nicht viel genutzt haben, das weiß ich genau. Als ich noch nicht zur Schule ging, ist uns an einem Weihnachtsabend der Tannenbaum abgebrannt. Bei R.s gab es selbstverständlich keine elektrischen Kerzen, weil die nicht nach Weihnachten riechen. Nun also brannte der Weihnachtsbaum ab. Es ist zwar leider nur einmal passiert, aber es ging rasend schnell. Ich bin mir heute nicht mehr sicher, was mehr Schäden anrichtete: der abbrennende Baum oder die Löschversuche meines Vaters. Einen Wassereimer hatte meine vorsorgende Mutter wie stets parat gestellt. Er stand allerdings in der Zimmerecke hinter dem Baum.

Dieses einprägsame Weihnachtserlebnis geht mir also durch den Kopf, als ich zum ersten Mal die Ruhr-Geschichte von Teddy Thälmanns Weihnachtsbaum zu hören kriege. Mensch, sage ich spontan, entweder hat der Thälmann die Norwegertanne vorm Hamburger Rathaus geklaut oder die Sache ist gelogen. Nein, ich will den Thälmann nicht verunglimpfen. Warum sollte ich?

Ich stelle mir nur Fragen zur Ikonografie des Kommunismus. Ein Revolutionsführer im Glassarg. Die Kreml-Mauer mit ihren Toten. Vor meinem inneren Auge zieht eine unabsehbare Folge von Moskauer Leichenbegängen vorüber. Immer sind diese Menschen in dicke Mützen

40 Es handelt sich um einen deutschen Text in kyrillischen Buchstaben: „Wer das lesen kann, ist kein Wessi.“

41 Ernst Thälmann (16. 4. 1886 Hamburg – 18. August 1944 ? Bautzen, ermordet), KPD-Politiker. Zunächst Transportarbeiter. 1903 Eintritt in die SPD, 1917 Wechsel zur USPD, 1920 mit deren radikalem Flügel zur KPD, in der Folgezeit zahlreiche Spitzenfunktionen, auch Vorsitzender bis zur Festnahme durch die Gestapo im März 1933. Bis zu seiner Ermordung Haft in verschiedenen Haftanstalten.

und Mäntel gehüllt; ist da immer Winter? Und in der DDR: Die ganzen Karle und Friedriche allüberall im Lande verstreut, manche so groß, dass niemand später für den Abriss aufkommen will, als sie ihre staats-offizielle Anbetungsfunktion verloren haben. Die unbegreiflichsten sind mir die beiden hinter dem Palast der Republik in Berlin. Von bedeutenden Kulturschaffenden dort hingestellt, glotzten sie mit öden Trinker-
augen zum Roten Rathaus. Der liebste Marx allerdings ist mir der, den Roland Beier aus Neubrandenburg im Januar 1990 zeichnete. „Tut mir leid Jungs“, sagt er, „war halt nur so 'ne Idee von mir.“

Heiligenkult des Kommunismus. Was soll's. Niemand wird heutzutage zu öffentlichen Bekenntnissen gezwungen. Aber können diese Leute ihre Helden nicht allmählich ganz menschlich sehen und meinetwegen verehren? Wozu diese Lügerei? Natürlich fällt es da schwer ins Gewicht, wenn durch Fakten an den religiösen Überzeugungen gerüttelt wird. Als ich mich bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach deren Autor Roland Sassning erkundigte, dessen Texte ich faktenreich und informativ finde⁴², bekomme ich eine ausweichende Antwort, die mir klar macht, dass man mit Leuten wie mir nicht sprechen will.

Manche reden von Bilderstürmerei; aber das entspricht nicht der Wirklichkeit. Bei den richtigen Bilderstürmen ging es um eine Hysterie, mit der eine andere bekämpft werden sollte. Jetzt geht es um einen Wahn, der das Licht der Wahrheit nicht verträgt. Doch es gibt unterschiedliche Grade der Unerträglichkeit. Als Lutz Niethammer, der in Jena lehrende Historiker, 1994 sein Buch über den „gesäuberten Antifaschismus“ herausbringt, ist die Empörung zwar da, aber sie kann sich an der Person des Autors austoben. Hier schreibt ein Dahergelaufener über die unverbrüchliche Geschichte des heldenhaften Kampfes der kommunistischen Häftlinge von Buchenwald. Der Mann kann hier gar nicht mitreden. In die Verbrechen der Nationalsozialisten sollen diese kommunistischen Helden verstrickt gewesen sein? Eine westliche Propagandalüge – was sonst?

Ähnliches widerfährt dem Leiter der Gedenkstätte, Volkhard Knigge, unter dessen Verantwortung die DDR-Ausstellung in der Effektenkammer auf dem ehemaligen Lagergelände ab- und umgebaut wird. Buchenwald ist auch der Gedenkort für andere Opfer. Das wird von einem wilden Katzenkonzert begleitet. Doch gibt es diesmal gleich Feuer von zwei Seiten, denn auch aufgebrachte Opfer des Stalinismus fühlen sich fehlbehandelt. Es wird eine endlose Geschichte daraus. Buchenwald als

42 So Ronald Sassning: Thälmann, Wehner, Kattner, Mielke. Schwierige Wahrheiten. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Utopie-Kreativ-Heft, Nr. 114, S. 362–375; ders.: Thälmann, Dünow, Wehner, Mewis: Bilder mit Radierungen. Vom Kippenberger-Apparat zum IM-System Mielkes. In: ebd., Heft, Nr. 115–116, S. 558–583.

Speziallager 2 der Sowjets kennt eben nicht nur Opfer, die solche der Nationalsozialisten waren. Das ruft wieder jene auf den Plan, die hierüber erbost Verrat schreien. Einer von ihnen, ein bewährter Antifaschist aus Aachen, sieht sich berechtigt und „im Namen der Geschichte“ verpflichtet – Welch hoher Anspruch –, die Stelen, die an die Opfer der Sowjet-Diktatur erinnern sollen, zu verschandeln. Der Täter ist Mitglied bei VVN/BdA; in Langform bedeutet das Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten. Obwohl er deutlich nach dem Dritten Reich zur Welt kam, ist er ein Opfer des NS-Regimes. Nicht möglich? Doch möglich, denn die Bundesrepublik ist für seinesgleichen die nahtlose Fortsetzung des Faschismus mit etwas anderen Mitteln.

Aber ach, wie anders geht es zu, wenn ein Mann namens Thilo Gabelmann schreibt, dass Thälmann niemals gefallen sei.⁴³ Wenn auch mit einem Fragezeichen am Ende des Titels. Hier schreibt „einer von uns“ im Jahre 1996 und das auch noch im Verlag Das Neue Berlin. Das stört. Eine Legende stirbt, steht fett auf dem Buchdeckel. Der ganze schöne Volksfrontunsinn geht über die Wupper. Rudolf Breitscheid⁴⁴, der gern vereinnahmte Sozialdemokrat, wird plötzlich Opfer des kommunistischen Bemühens, die SPD als Sozialfaschisten zu bekämpfen. Gewiss, die Kommunisten haben ihn nicht umgebracht. Er starb 59-jährig als Häftling in Buchenwald bei einem amerikanischen Bombenangriff am 24. August 1944. Zum Zeugen der Volksfront ist er erst nach dem Kriege geworden. Merke: Ein toter Zeuge ist manchmal ein guter Zeuge. Da galt es, in Weimar eine Straße nach ihm zu benennen und ihm mit einem heuchlerischen Text darauf einen Gedenkstein ins Lagergelände zu setzen; der Stein mit seinem Text steht heute noch. Wie berichtigt man eine steinerne Inschrift? Und was hat das mit der Thälmann-Legende zu tun? Nun dies: Breitscheid ist in ihr ein nützlicher Idiot.

Die Thälmann-Legende, sie ist eine Vorwegnahme der Seifenoper. Der angebliche Todestag des Heroen am 18. August 1944 wurde zum Tag wohlinszenierter Staatstrauer. Und alle, alle kamen. Wir singen gemeinsam: Thälmann ist niemals gefallen, Deutschlands unsterblicher Sohn. Na, wie klingt das? Leicht veränderte Christus-Legende. Armer Thälmann. Nicht einmal der Ort der Ermordung ist sicher. Er könnte in der

43 Vgl. Gabelmann: Thälmann ist niemals gefallen? Eine Legende stirbt, Berlin 1996.

44 Dr. Rudolf Breitscheid (2. 11. 1874 Köln – 24. 8. 1944 Buchenwald bei Weimar, bei einem US-Bombenangriff), Journalist, SPD-Politiker. Nach dem Studium der Nationalökonomie Tätigkeit als Journalist. 1912 Eintritt in die SPD, im Ersten Weltkrieg zur radikaleren USPD, Herausgeber der Zeitschrift „Der Sozialist“. Ende 1918 – 4. 2. 1919 preußischer Innenminister. 1920–1933 für die SPD Mitglied des Reichstags, einer der Vorsitzenden der Reichstagsfraktion. Ende März 1933 Flucht in die Schweiz, später nach Frankreich. Im Dezember 1941 in Marseille von französischer Polizei verhaftet und an die Gestapo überstellt. Ein Hochverratsverfahren wird eingestellt. Anschließend Haft im KZ Sachsenhausen, später Buchenwald.

Nähe des Zuchthauses Bautzen liegen, wo Thälmann bis zuletzt eingesperrt war. Die Nationalsozialisten selbst bedienten sich der alliierten Bombenangriffe auf das KZ Buchenwald, um das Gerücht auszustreuen, Thälmann sei hierbei umgekommen. Das jedoch stimmt mit einiger Sicherheit nicht. Die Wahrheit jedoch wollte in der DDR keiner so genau wissen. Es sollte Buchenwald sein und das wurde aus der NS-Propaganda übernommen. Es war einfach zu schön, um nicht wahr zu sein.

Hat man auch nur halbwegs ein Gespür für Debatten, so kringeln sie sich immer wieder um diesen Ort. Ich meine das ausnahmsweise einmal ernst und meine nicht das Pflichtgeplapper, das heute in jeder in Weimar gehaltenen Rede eingewobene, inhaltsleere Pflichtgeplapper, von der Nähe des Ortes Buchenwald. Selbst bei einem Kinderfest an der Musikschule Ottmar Gerster sagt der für die gesalbten Worte zuständige Redner: „Hier im Schatten von Buchenwald ...“ Wenn ich in mich hineinhorche und dies oft bis zum Überdruß Gehörte in mir Revue passieren lasse, so schwant mir, das ich den Zeitpunkt noch erleben werde, an dem die Leute anfangen werden, sich darüber lustig zu machen; davor graust es mir allerdings.

Nein, Buchenwald ist nicht nur eine Idee; so abgehoben bin ich nun wieder auch nicht. Ich weiß ganz genau, dass der Ort auch Ort der spektakulären Aktion ist. Ist diese links, ist sie möglich, ist sie rechts, gibt's weltweit Zunder. Ich stelle das hier als skeptischer Beobachter über die Jahre hinweg fest und ohne Sympathien in die eine oder andere Richtung.

Diese Gedanken gingen mir in dieser Konsequenz Anfang 1997 erstmals durch den Kopf. Ich will gern zugeben, dass mir Veröffentlichungen wie das Thälmann-Buch von Thilo Gabelmann hierbei sehr halfen. Es kristallisierte sich dann langsam der Wunsch bei mir heraus, mit einem Beitrag in diese Debatte einzugreifen. Ich brachte entsprechende Einschübe in den Verfassungsschutzberichten unter. Daneben entstanden erste unvollkommene Textfragmente, die ich wieder beiseite legte. Zum Glück fanden sich zwei jüngere Kollegen, die ich für das Projekt begeistern konnte. So entstand der Text- und Bildband „... dich brenn' ich eigenhändig an ...“. Das Buch erschien als Band 4 in der Reihe „Demokratie im Diskurs“. Der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, Volkhard Knigge, stellte es im Dezember 1998 in der Städtischen Bibliothek in Weimar öffentlich vor.

Später, nach meiner Entlassung, geriet die Sache dann in Vergessenheit – und auch die Auseinandersetzungen, die ich geführt habe, weil ich der Meinung bin, dass die Geschichte aus Fakten besteht und nicht nur aus vorgekauften Meinungen. Für den Geschichtsunterricht gilt das auch. Denke ich manchmal.

Wohnungssuche und nackter Mann

Wie das Gerücht entsteht, ich sei unpassend gekleidet

Man muss irgendwo wohnen, wenn man wo arbeitet. Das ist banal und doch wichtig, wenn man so arbeitet, dass man abends geradezu tot umfällt. Man muss so wohnen, dass man sich zu Hause fühlt, und zwar so, dass man keine Briefe auf die Bettdecke gelegt bekommt und auch ausgeschlossen ist, dass zwei Russen abends im Zimmer stehen, die den „Chefe von Geheimdienst“ sprechen wollen. Man muss wo wohnen, wo man einen freien Tag im Bett verbringen kann und wo kein VEB-Takraf-Aufzug vorüberjault und knackend mit durchrutschender Bremse zum Stillstand kommt – Tag und Nacht. Man muss wo wohnen, wo man an einem Sommertag auch einmal nichts tut, als die Hände hinter dem Kopf zu verschränken und in die Sonne zu blinzeln. Wenn man dies alles lange genug formuliert hat, nimmt man sich die Zeit, eine Wohnung zu suchen und nicht wieder aufzuhören, bis man eine hat.

Ich bin in Erfurt kein Neuling, was die Wohnungssuche anlangt, habe Erfahrung mit über zwanzig Umzügen aufzuweisen. Ich weiß, der Wohnungssucher muss als Erstes einen Vermieter finden. Das hier ist so einer: Dr. Robert Kupfermann ist Tierarzt und er wohnt in Stotternheim. Das ist ein Kaff an der nördlichen Peripherie der Landeshauptstadt und ich kann nicht behaupten, dass ich dort hinziehen möchte. Aber der Dr. Kupfermann wohnt dort. Was das mit mir zu tun hat? Nun der Doktor hat eine Wohnung zu vermieten, die in Erfurt liegt, und er hat mich zum Antrittsbesuch bestellt. Ich sage ihm dann am Telefon, dass ich erst einmal die Wohnung sehen möchte. Aber da ist er ganz anderer Meinung. „Wir müssen Sie erst einmal kennen lernen“, sagt er. Wieso wir, denke ich, sage aber zur Sicherheit einmal nichts.

Das Haus des Kupfermanns ist etwas schwer zu finden, denn zum Jahreswechsel 1994/1995 ist es des Abends in Stotternheim stockfinster. Zum Glück habe ich eine starke Taschenlampe dabei. Bermen, der Verwaltungsabteilungsleiter, hatte sie mir in die Hand gedrückt, als ich mich bei ihm abmelde. „Viel Glück“, sagt er, „und seien Sie höflich.“ Ich bin's. Als erstes werde ich aufgefordert, meine Schuhe abzulegen, was angesichts des Wintertags keine reine Freude ist, denn Hausschuhe werden mir durchaus keine angeboten. Wir, das sehe ich beim Betreten des Wohnzimmers, sind der Doktor und seine Gemahlin; „meine Gemahlin“, sagt er. Ich grüße; man setzt sich. Das Ehepaar sitzt auf dem Sofa. Das Sofa steht auf einer Art Podest, sodass die Kupfermännerfrauen mit den Schienbeinen an den vor ihnen stehenden Couchtisch stoßen, während in meiner Sitzhöhe die Knie locker darunter verschwinden.

Irgendwas knurrt hörbar. Doch das sind keine Geräusche aus der Kleintierpraxis, es ist mein Magen. Angeboten wird selbstverständlich

nichts. Ich will das Gespräch eröffnen, schon der kalten Füße wegen, doch der Doktor hebt die Hand und fragt bedeutungsschwer nach den „Doggumenden“. „Welche Dokumente?“, will ich wissen. Dienstausweis, Gehaltsbescheinigung, bisheriger Mietvertrag ... „Hör'n Sie mal“, sage ich jetzt doch nicht mehr ganz höflich, „ich suche keine Arbeitsstelle und ich komme auch nicht im amtlichen Auftrag, sondern ich suche eine Wohnung in Erfurt; wir sollten uns hierauf konzentrieren; wenn das jetzt nicht passend ist, sollten wir das Gespräch beenden, und zwar sofort.“ Wir kommen dann tatsächlich zur Sache. Ich bestehe auf der Nennung der notwendigen und üblichen Daten: Wo ist die Wohnung, wie groß ist sie und was soll sie kosten? Ich sage, man solle es mir schnell sagen, denn ich hätte kalte Füße und möchte alsbald wieder gehen. Jetzt werde ich ins Wohnzimmer gebeten. Welch erhebender Augenblick. Was eigentlich war das Zimmer, in dem wir gerade saßen – das Verhörzimmer womöglich? Ich erfahre, dass die Wohnung in der Gustav-Adolf-Straße liegt, 139 Quadratmeter groß ist und pro Quadratmeter 20 D-Mark kosten soll, kalt versteht sich. Ich will nur noch einen Besichtigungstermin wissen; den soll ich, so wird mir beschieden, mit den Vormietern ausmachen. Dann bin ich entlassen.

Ich höre förmlich, wie die Vormieterin am Telefon die Augen verdreht, als ich mich bei ihr melde. Aber als sie mir dann die Tür öffnet, ist sie sehr freundlich. Sie lässt keinen Zweifel aufkommen, dass sie froh ist, hier bald wegzukommen. Sie hebt das Linoleum im Kinderzimmer an; darunter grinst die braune Fäulnis. „Sieht der Fußboden hier überall so aus?“, frage ich. „Ja“, lautet die Antwort. „Und wann bricht man durch die Decke?“ Sicher bald. Also rufe ich Dr. Kupfermann an und weise ihn auf den unmöglichen Zustand der Fußböden hin. Das war nicht nötig, denn den kennt er: „Ja, die müssen gemacht werden.“ – „Wann und wie?“ Das überlasse er ganz mir, erwidert er. Misstrauisch frage ich zurück: „Wieso mir?“ – „Wem sonst?“, lautet seine Antwort. Dass ich hier die Kosten zu tragen habe, versteht sich von selbst.

Nicht alle Wohnungsangebote sind so wie dieses. Manche Gespräche verlaufen kürzer. Doch nie gelingt es mir, die entscheidenden Daten telefonisch zu klären. Immer sind zeitraubende Wege nötig. Selten geht es ohne eine persönliche Belehrung ab; dabei will ich doch bloß eine Wohnung mieten. 1994 und 1995 haben die Leute, die über Wohnraum verfügen, noch den totalen Höhenflug. Ein Unterschied zwischen Ost und West ist nicht zu bemerken. Dann endlich finde ich etwas. Es ist nicht besonders schön, dafür groß und in den Grenzen der Bezahlbarkeit. Wieder muss ich mich persönlich bei den Eigentümern vorstellen. Die armen Leute haben im Rahmen der Restitution ein ganzes Häuserkarree aus der Gründerzeit geerbt, das dereinst der Vater erbaute. Riesige Kästen. Auf meiner Etage sind zwei Wohnungen à 150 qm. Über mir wohnt die

Frau des Erbauers, steinalt und freundlich. Ein wenig schwerhörig ist sie auch; so kriege ich abends wenigstens die Tagesschau mit, ohne dass ich einen Fernseher besitze.

Meine Flurnachbarin beobachtet meinen Einzug. „Was wollen Sie mit den vielen Büchern?“ Das ist eine Frage, auf die ich noch nie eine vernünftige Antwort gewusst habe. Ich antworte sicherheitshalber mit einer Gegenfrage: „Wohnen Sie schon lange hier?“ – „Ja, seit meiner Geburt (also schon länger) und meine Mutti wohnt auch hier. Wir sind Altmietler und der H. (der Vermieter also) kann uns gar nichts.“ – „Was sollte er Ihnen denn können?“ – „Na, rausschmeißen. Früher haben wir noch im Garten geerntet, aber jetzt soll er selber sehen, wie er klar kommt, der H.“ Seltsame Logik das, denke ich. Nach zwei Wochen lade ich die Nachbarn zum Imbiss ein. Ich bin jetzt Mitglied einer Hausgemeinschaft. Und es ist eine nette Hausgemeinschaft. Alles friedliche, verträgliche Leute, die sich im Flur „Guten Tag“ sagen, die Treppe sauber halten und sich im Übrigen nicht auf den Wecker fallen.

Was mir meine Hausgenossen indes sonst so berichten, wenn ich gerade fege, den Müll wegbringe oder das Blumengießen organisiere, ist nicht zum Lachen. Eine Weile lang habe ich das ungute Gefühl, der Einzige in diesem Hause mit all seinen freundlichen, ordentlichen Menschen zu sein, der einer fest bezahlten Arbeit nachgeht. Von geregelt will ich in meinem Fall lieber nicht sprechen. Ich versuche, provozierende Fragereien zu vermeiden, und höre zu, wann immer es sich anbietet. Da ist der Vierzigjährige, der bei einer Tankstelle arbeitet. Das müsste doch gut gehen denke und sage ich. Doch er winkt ab: „Billigere Hilfskräfte, seit Wochen keinen Lohn gesehen, schon zweimal mit Lohnsenkungen gelinkt worden, die später das Arbeitslosengeld gemindert haben; jetzt wieder nur auf Zeit und nur zu ungünstigen Stunden und die willkürlich über den Tag verteilt, ein paar in der Früh und ein paar spätabends, mehr als zehn Stunden pro Tag.“ Wenig später notiere ich über ihn in mein Tagebuch:

Treffe den Nachbarn B[...], der zweihundertzwanzig D-Mark Arbeitslosenhilfe in der Woche bekommt. Findet nichts, sagt er, er sei mit 48 zu alt. Hat Gärtner gelernt, ist dann als Automonteur 30 Jahre tätig gewesen. Fragt, ob ich nichts frei hätte. Einen wie den könnte man sicher gut gebrauchen: Autopflege, Gerätewartung, Botendienste. Stattdessen erdrosselt der öffentliche Dienst die Assistenz-Funktionen mit dem Ergebnis, dass die stark belasteten Leute sich auch noch um diese Sachen kümmern müssen. Man nennt das den schlanken Staat. Es ist nichts als Hilflosigkeit, dass hier keine grundlegende Änderung geschaffen werden kann. Die

von der Arbeitslosigkeit Heimgesuchten empfinden, wie eben wieder einmal festzustellen war, nicht nur die finanzielle Lage bedrückend, sondern vor allem das Gefühl, in dieser Gesellschaft überflüssig zu sein. Manchmal denke ich, man müsste diesen Leuten klarmachen, dass sie sich nur selbst helfen können, und zwar, indem sie sich zusammenrotten und auf die Barrikaden gehen. Was für ein Irrsinn in diesem reichen Land.

Dann ist da der Fünfzigjährige aus der ehemaligen Ziegelei, die gerade schließt. Aufträge wären ja genug da, sagt er mir; aber es fehle das Kapital. Er schimpft aber nicht. „Wir müssen ja dankbar sein“, sagt er. „Wofür?“, entfährt es mir zornig. „Na, das alles so gekommen ist.“ So habe ich das noch nie gehört. Seine Frau, die bislang auf der Treppe neben mir gestanden hat, nimmt ihre Einkaufstasche auf und geht die Treppe hoch. „Ich musste Maurer werden“, sagt er, „weil ich nicht mehr auf die Schule durfte.“ – „Und warum nicht?“ – „Meine Eltern waren christlich und ich bin es auch. Da wurde nicht viel gefragt“, sagt er. Ich rechne nach; das muss Anfang der 1960er Jahre gewesen sein. „Ja“, sagt er, „meine Eltern konnten sich nicht entschließen rüberzugehen. Dann war es plötzlich zu spät. Ich bin froh, dass alles so gekommen ist“, wiederholt er sich. „Unser Leben war so aussichtslos.“ Nach seiner jetzigen Perspektive frage ich nicht. Auch nicht nach der seiner Frau, deren Schönheit hinter einer Fassade von Lebenslast und Sorgen zurückgewichen ist.

Da ist auch die Zwanzigjährige. Sie hat Versicherungskaufmann gelernt. Jetzt ist sie seit Wochen arbeitslos. „Nichts zu finden?“, frage ich. „Doch“, sagt sie. – „Und?“ – „Ich will hier nicht weg von Mutti und Vati.“ Mir fallen fast die Augen aus dem Kopf. Und wo ist die nächste freie Stelle? „In Frankfurt“, sagt sie, „da würde ich nie hingehen.“ – „Was, Frankfurt an der Oder?“ – „Nee“, da muss sie selber lachen. „Und wie soll das weitergehen?“, frage ich. „Wird schon“, sagt sie. Na, da habe ich auch keine Bange.

So sind sie, die Hausgenossen: keiner wie der andere; alle interessant, wenn man nur etwas näher herangeht. Von ihnen lerne ich mehr über Land und Leute als auf hundert langweiligen Empfängen mit unbegabten Wichtigtuern, die ein blindes Schicksal in sogenannte „Positionen“ geschwemmt hat. Jetzt also bin ich Mitglied einer Hausgemeinschaft, was immer dies bedeuten mag. Nun zumindest dies, nämlich dass wir im Sommer 1995 im Hof an einem Samstag einmal Wurst grillen und Bier dazu trinken. Beides nicht mein Fall, aber man stirbt nicht daran.

Dies ist, so glaube ich, der Augenblick, an dem ich nicht umhinkomme, etwas über Bratwürste zu sagen. Die Thüringer Bratwurst ist das

Hauptnahrungsmittel der Thüringer, dessen Verzehr an keine Tageszeit gebunden ist. Die Thüringer Bratwurst ist ein farbloses schwabbeliges Gebilde, das im rohen Zustand einem schlappen Fahrradschlauch zum Verwechseln ähnlich sieht, aber anders schmeckt, wenn sie fertig ist, da der Thüringer zwei Varianten der Thüringer Bratwurst unterscheidet,



Schöner Wohnen oder: Auf den Ausblick kommt es an: Links ein Blick aus meiner Wohnung in Berlin-Mitte, rechts zwei Jahre später aus meiner Wohnung in Erfurt

nämlich mit und ohne Kümmel. Zudem wird die Wurst nie ohne reichliche Beischnierung mit Born-Senf verzehrt, was bei Fahrradschläuchen selbst außerhalb Thüringens völlig ungebräuchlich ist. Der Thüringer erhitzt die Thüringer Bratwurst vor dem Verzehr auf dem Grill. Zur Vorbereitung des Erhitzungsvorgangs werden die Thüringer Bratwürste in einen Eimer mit kaltem Wasser geworfen, was anmutig und appetitanregend wirkt. Pro anwesendem Thüringer (einschließlich der Säuglinge) rechnet man vier Thüringer Bratwürste pro Mahlzeit. Der Thüringer achtet ab dem Wässerungsvorgang bis zum Verzehr der Thüringer Bratwurst strikt darauf, dass die Wurst nicht mit Werkzeugen angefasst wird. Wenn die Thüringer Bratwurst zu heiß wird, taucht man die Hand zuvor in den ohnedies bereitstehenden Wassereimer. Isst der Thüringer die Bratwurst außerhalb der Hauptmahlzeiten, so isst er, was täglich mehrfach vorkommt, die Thüringer Bratwurst zwischendurch. Hierbei ist zu beachten, dass dieser Vorgang im Stehen stattfindet; der Thüringer nimmt hierzu die Thüringer Grundhaltung ein. Diese ist breitbeinig und vorn übergebeugt; sie erinnert zunächst an etwas anderes, ist aber als ganz natürlich anzusehen, wenn man bedenkt, wie unberechenbar Thüringer Bratwurst reagiert, wenn man hineinbeißt. Ich habe mein Lebtag nicht so viele Bratwürste gegessen wie nach wenigen Wochen in Thüringen.

Von noch einem anderen Umzug ist zu berichten. Sein Anlauf ist noch länger als der zu meiner Wohnung. Die Rede ist vom Umzug der Behörde in die Haarbergstraße. Du liebe Güte, wer muss da nicht alles mitschwätzen bei der Frage. In dieser Situation bietet das Finanzministerium einen Teil der Liegenschaft in der Eislebener Straße an. Das hätte einen besonderen Charme, weil wir dann mit der PDS Wand an Wand wohnen würden. In Erwägung gezogen wird auch eine Russenkaserne in Nohra, was bekanntlich zwischen Erfurt und Weimar liegt. Als ich hin komme, sind dort gerade Abrissbagger bei der Arbeit zu besichtigen; da muss wohl ein Koordinierungsproblem vorliegen. Aber der Rest, der zu sehen ist, bleibt schauerlich genug. Wochenlang werde ich durch einen Lieferwagen mit der Aufschrift „Nohra's Grillhähnchen“, der am Juri-Gagarin-Ring seine Gummi-Adler feilbietet, an diese Groteske erinnert. Gut ist auch die Idee von Containern im Hof der Schillerstraße. Übrig bleibt letztlich die Haarbergstraße.

Der Bau wurde 1988 fertiggestellt. Da gab es im Propagandageschrei des „Neuen Deutschland“ noch gigantische Pläne mit dem VEB Mikroelektronik. Eine Art Chip-Stadt, die aber irgendwie nicht fertig wurde, sollte am Haarberg entstehen. Was übrig bleibt, wird die landeseigene Thesys GmbH; ihr gehört das ehemalige Verwaltungsgebäude, in deren oberen Etagen wir jetzt hineinsollen. Was nun folgt, sind wochenlange zähe Vertragsverhandlungen. Zwischen Amt und Firma? Weit gefehlt. Es verhandelt das Finanzministerium des Landes mit sich selbst. Das sind die besten Voraussetzungen für den Stillstand. Auf der einen Seite des Tisches sitzen Beamte, die für den Landeshaushalt zuständig sind, also sparen müssen, auf der andern diejenigen, die für das Landesvermögen verantwortlich zeichnen, also Einnahmen erzielen sollen. Wie es dann trotzdem zu einem Vertrag kommt, den ich für das Land unterzeichne, ist mir bis heute schleierhaft. Kurze Zeit später kriegen wir eine fette Prüfbemerkung des Landesrechnungshofes wegen einer zu hohen, ortsunüblichen Miete. Ich reiche den Brief mit spitzen Fingern weiter.

Mietvertrag unterschreiben und einziehen wäre schön, geht aber nicht, weil wir noch ein wenig umbauen müssen. Denn das Amt soll kein Haus der offenen Tür sein. Da gibt es Datenleitungen und gesicherte Aktenräume, wegschließbare Server und was man sonst noch so unternimmt, um Datenklau möglichst zu minimieren. Einmal, als ich unangemeldet, wie stets, die Baustelle aufsuche, turnen zwei Herren dort herum, die mit Sicherheit keine Bauarbeiter und auch kein Bewachungspersonal sind. Ich frage Sie nach ihrem Begehrt, nicht ohne zu erwähnen, dass ich hier der Hausherr bin. Sie starren mich wortlos an. Ich wiederhole mich, nun schon deutlich unfreundlicher. Als das auch unfruchtbar bleibt, biete ich ihnen eine augenblickliche polizeiliche Personenfeststellung an. Angewidert erhalte ich den Bescheid, dass ich hier mit den Experten des BSI

spreche. BSI, dahinter verbirgt sich das Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik; ich wüsste es ja kaum, wenn ich nicht bei der Gründung der Behörde zufällig Pate gestanden hätte. Jetzt allerdings schwant mir nichts Gutes. Zu Recht, wie sich bald zeigen wird, denn diese Institution macht sich nützliche Gedanken; zum Beispiel, wie Behörden, die über sehr viel Geld verfügen, sich nach außen und innen abschotten können.

Nach intensiver Befragung einiger Mitarbeiter gelingt es mir, einiges an kostspieligem Unfug zu verhindern; in anderen Fällen bin ich völlig machtlos. Als Hohn empfinde ich, dass ausgerechnet mein Dienstzimmer,



Umzug des Amtes in die Haarbergstraße. Die Mitteilung der Anschriftenänderung mag den einen oder anderen erstaunt haben.

Das Männchen aus der Feder des Karikaturisten „Nel“ (Ioan Cozacu) wird bald eine Art heimliches Aushängeschild des Amtes.

Doch sie haben die Rechnung ohne den Verwaltungswirt, will sagen, meinen Verwaltungsabteilungsleiter Bermen gemacht. Binnen Tagesfrist wird eingepackt, aufgeladen, umgezogen, ausgeladen und ausgepackt. Alles ist vorbereitet, vorgeplant und eingeteilt. Nichts kommt weg, nichts kommt hinzu. Die alten Hasen sind unangenehm berührt; lange

immer, als ich es dann endlich fertig und frisch gestrichen ansehe, mit einem Bewegungsmelder ausgestattet ist. Immer nach dem Motto: Wecken Sie mir nicht den Amtsleiter, er könnte Weisungen erteilen. Als ich nach dem Sinn der Maßnahme frage, diese Freiheit nehme ich mir, erhalte ich zur Antwort: das BSI. Das ist zwar keine sinnvolle Antwort; aber warum soll ich unter diesen Bedingungen weiterfragen? Mit Nachdruck allerdings verahre ich mich dagegen, das Flachdach des achtstöckigen Hauses mit S-Draht-Rollen zu schmücken; ich ordne schriftlich an, dass ein Luftangriff nicht zu erwarten ist.

Aber sonst ist das Amt sehr schön geworden. Klo nach Weststandard, alsbald folgen regulierbare Heizungsventile und bereits nach weiteren drei Jahren werden schließende Fenster eingebaut. Nun also Umziehen. Alte Hasen machen sich auf wochenlange freizeitähnliche Zustände gefasst.

noch wird man der Idylle der Jägerkaserne nachtrauern – weit weg vom Schuss und weit weg vom Chef.

Doch kein Ereignis ohne besonderes Vorkommnis, wie man vielleicht beim Militär formulieren würde. Dass ausgerechnet ich Gegenstand dieses Vorkommnisses bin, spricht nicht unbedingt für mich. Was soll das Rumgerede? Als ich in meinem Dienstzimmer Bücherkisten räume, darin habe ich Übung, wie man schon weiß, werde ich, als ich gerade einen der Umzugskartons anhebe, von hinten angesprochen. Blödsinnigerweise drehe ich mich um. Da habe ich das Gefühl, als haue mir einer mit der Axt ins Kreuz. Mir fällt die Kiste aus den Händen, die Beine knicken mir weg und ich besuche den Fußboden. Hexenschuss nennt der Volksmund diese Erscheinung außerordentlich plastisch. Ich liege da, wie ein Käfer, der auf den Rücken gefallen ist. Doch im Gegensatz zum Käfer verspüre ich keinerlei Bewegungsdrang. Bloß liegen bleiben. Die besorgte Frau F., etwas blass um die Nase, holt den Notarzt.

Das Kommando erscheint zu dritt. Wozu zum Henker müssen diese Leute einem erst einmal die Hand schütteln? Dann machen sie sich ans Werk. Das heißt, ich werde erst einmal bis auf die Unterhose entkleidet. Das stört mich nicht besonders, aber für das Amt ist es offenbar eine Sensation. In der nächsten Viertelstunde defiliert das gesamte Personal an meiner offenen Tür vorüber. Ein am Boden liegender Chef in Unterhosen war schon immer einen Umweg wert ...

Zuhören

Was ich mit fünfzehn Jahren Verspätung über die NATO-Hochrüstung in Erfahrung bringe

Das Refektorium des Predigerklosters in Erfurt ist ein würdiger Ort. Der Satz klingt wuchtig. Doch er sagt eigentlich nichts aus. Er klingt gleich anders, wenn ich behaupte, dass Meister Eckhart⁴⁵ hier bereits im 13. Jahrhundert seine mystischen Weisheiten von sich gab. Tat er es wirklich? Ich war nicht dabei, will es aber gern glauben, zumal die Straße vor dem ehemaligen Kloster nach diesem aus Thüringen gebürtigen Dominikaner benannt ist. Das ganze bemerkenswerte Gemäuer gehört heute der evangelischen Kirche. Sehenswert ist auch die gleich dane-

45 Meister Eckhart (ca. 1260 Thüringen – 1326 Avignon, hingerichtet), Mönch. Um 1275 Eintritt in den Dominikanerorden in Erfurt. Als Prediger und Schriftsteller hervorgetreten, sog. Mystiker. Wg. Häresie mehrfach angeklagt, schließlich zum Tode verurteilt und hingerichtet.

ben stehende Predigerkirche. Doch davon will ich jetzt nichts schreiben. Vielmehr soll es um Erich Loest⁴⁶ gehen.

Solange der Schriftsteller dieses Namens in den 1980er Jahren etwa 20 Kilometer von mir entfernt wohnte, habe ich ihn nicht weiter beachtet, außer dass sein Name mir geläufig war und auch der seines Hauptwerkes „Völkerschlachtdenkmal“. Jetzt liest er im Refektorium des Predigerklosters zu Erfurt aus seinem neuen Buch „Nikolaikirche“. Es ist Samstag, der 4. November 1995. Bereits um 19 Uhr, eine halbe Stunde vor Beginn, ist der geräumige Saal brechend voll. Eine große Zahl ausnehmend schöner Rauschebärte ist zu bewundern. Diese Manneszierde in einer solchen Konzentration habe ich noch nirgends zu sehen bekommen. Für Eingeweihte ist es klar. Hier hat sich die Revolution von 1989 ein Stelldichein gegeben. Der revolutionäre Elan als Auswuchs am Kinn. Das ist das Mindeste. Ich will allerdings nicht verschweigen, dass ich mich amüsiere, wenn sich zu diesem Attribut auch noch Sandalen und Schlabber-Parka mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ hinzugesellen. Ich verbeiße es mir jedes Mal zu sagen: „Jungs, lasst gut sein, die Fete ist zu Ende.“ Ich finde nämlich, dass mir diese Form der Arroganz nicht gut zu Gesichte steht. Zu deutlich ist mir aus eben jenen Tagen in Erinnerung, dass zwei Rotznasen, als ich mit den Skatern hinfliege, zu mir sagen: „Opa, versuch es doch mal mit Krücken“.

Erich Loest liest. Erst die Anfangskapitel, später etwas von zwischendurch. Das Buch handelt nicht vom absterbenden Kapitalismus, sondern von der absterbenden DDR. Leute des MfS stellen einige Hauptfiguren, aber auch ganz normale andere Bürger. Erich Loest liest und ich kann es mir nicht verkneifen, die Gesichter um mich herum zu betrachten. Da ist viel Zustimmung, aber auch viel Ablehnung abzulesen, Ablehnung vor allem bei den Revolutionsbärten, soweit man von diesen Gesichtern überhaupt etwas erkennen kann.

Nach dem Lesen kommt es zu den berüchtigten Fragen aus dem Publikum, manchmal sind es auch längere Texte, die nicht erkennen lassen, was der Redner zum Ausdruck bringen möchte. Erich Loest antwortet, seine Stimme gewinnt an Fahrt: Ja, natürlich musste er aus der DDR raus. Nein, es seien keine bestimmten Leute, die er portraitiert habe, außer denen, die und so weiter. Nein, das sei kein Buch über die Bürgerrechtsbewegung. Warum nicht? Weil er ein solches nicht schreiben woll-

46 Erich Loest (24. 2. 1926 Mittweida/Sachsen), Schriftsteller. Als Jugendlicher in den letzten Kriegsmonaten zur Wehrmacht eingezogen, im Mai 1945 in US-Kriegsgefangenschaft. Sodann Nachholen des Abiturs. 1947 Eintritt in die SED und Journalist bei der Leipziger Volkszeitung. 1950 freier Schriftsteller. 1957 in der DDR wg. Gruppenbildung zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt. Erneut erfolgreicher Schriftsteller, u. a. als Krimiautor. In den 1970er Jahren mit einem Dreijahresvisum in die Bundesrepublik, von dort nicht in die DDR zurückgekehrt. 1990 in der Noch-DDR juristisch rehabilitiert.

te. Er hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn ein solches geschrieben werde. Ja, natürlich gingen immer eigene Erlebnisse in seine Texte ein. Ja, auch in diesen. Warum er erst nach der Wende in die DDR zurückgekommen sei? Was er von der Kirche halte? Warum das Buch erst jetzt erscheine? Warum das Buch so stark von der Fernsehfassung der „Nikolaikirche“ abweiche? Warum? Warum? Erich Loest redet. Er redet und wird immer jünger beim Reden. Überhaupt ist auffällig, wie er sich so in Rage redet, dass er viel besser redet, als er liest. Augenfällig besser. Heißt das, frage ich mich, dass er besser spricht als schreibt? Zum Schluss, gegen 22:00 Uhr, hole ich mir artig ein Autogramm für die „Nikolaikirche“. Ein sichtlich angestrenzter Dichter schreibt seinen Namen in mein Buch.

An diesem Wochenende lese ich Erich Loest. Das lange schon herumstehende „Völkerschlachtdenkmal“. „Durch die Erde ein Riss“ folgt in der Woche darauf. Er spricht wirklich besser, als er schreibt. Befremdend bleibt mir, dass er die Geschichte des 17. Juni 1953 ursächlich mit dem Auftreten westlicher Provokateure in Ost-Berlin in Zusammenhang bringt. Hat er das wirklich so erlebt, der damals wohl situierte Jungschriftsteller, oder vermischen sich erlebte Propaganda mit erlebter Wirklichkeit zu einem unentwirrbaren Erinnerungsgeflecht? Ich mag dies nicht tadeln. Auch mir hat die Erinnerung schon zu häufig einen Streich gespielt. Ich sehe sie schon förmlich vor mir: Deutsche Beamte, mit mehreren Farbstiften in der Hand, wie sie diesen meinen Text begafften, um nachzuweisen, dass hier etwas nicht stimmt und dort etwas anders war. Ich wünsche viel Vergnügen beim Anstreichen.

Viele Monate gehen ins Land. In Jenas Buchhandlung am Markt liest Irina Liebmann. Bevor sie das tut, steht ein Mann auf, der aussieht wie ein übrig gebliebener Kulturbundsfunktionär. Er fasst das Werk der



Auf dem Bild sieht man mich etwas erschöpft nach getaner Tat auf der Ladefläche meines „Passat“ sitzen. Nicht nur das Rollschuhlaufen, sondern auch dieses Auto empfanden statusverliebte Kollegen als wenig standesgemäß, zumal es sich im Laufe seines Autolebens immer mehr aus Einzelteilen vom Schrottplatz zusammensetzte. Allerdings verdanke ich dieser immer unansehnlicheren Blechkiste auch ungezählte Polizeikontrollen: „Zeichen sema die Doggumende ...“

Liebmann zusammen, bevor sie auch nur ein einziges Wort gesagt hat. Sie wirkt etwas irritiert, dann liest sie. Sie liest aus dem „Letzten Sommer in Deutschland“. Es sei, so sagt der Untertitel, eine romantische Reise. Es ist eine Reise mit Pfiff. Von Berlin abfahrend, geradeaus nach Osten und dann immer an der deutschen Grenze entlang, über Lebus, Lübben, Frankfurt an der Oder, Hoyerswerda, Bautzen, Dresden, Zschopau, Münchberg, Bayreuth, Nürnberg, Regensburg, Augsburg, Ingolstadt, München und dann zum Rhein. Die Liebmann liest gut mit ihrer jungen Stimme. Die Texte sind nicht so weinerlich, wie man nach dem Vorwort des Kulturfunktionärs befürchten musste. Sie sind bisweilen urkomisch; das Publikum hat Manschetten, einfach drauflos zu lachen; schließlich ist dies eine Dichterlesung. Die Texte wechseln zwischen ruhiger Beschreibung und atemlosem Tempo.

Nach dem Lesen auch hier die obligaten Fragen. In das Zögern des Publikums springt erneut der Kulturbundsfunktionär. Er sagt, er danke Frau Liebmann für diese wertvollen Texte, die noch einmal den Unterschied zwischen Ost und West deutlich werden lassen. Es sei ihr gelungen, das Stille, das Liebenswerte der ehemaligen DDR einzufangen. Da allerdings gerät er an die richtige. Zwar sei sie bis kurz vor Toresschluss Bürgerin der DDR gewesen, doch dies keineswegs freiwillig. „Nicht zum Aushalten war es in diesem Land“, sagt sie. Das war keine Ruhe, das war Friedhofsruhe, die jegliche Aktivität erstickt habe. Es war ein Glück, dass alles zusammengekracht sei. Was hätte denn sonst werden sollen?

Während dieser Rede betrachte ich neugierig das Publikum. Mit diesem Ausbruch hat offenbar niemand gerechnet. Viele ziehen den Kopf ein, einige jüngere lachen irritiert, der Kulturbundsfunktionär verschränkt empört die Arme vor seiner Brust. Man sieht, was er denkt: Da spricht eine Abtrünnige, eine Verräterin, eine, die mal zu uns gehörte. Richtig; die Liebmann macht keinen Hehl daraus, dass sie einmal zu den Privilegierten der Republik gehörte; sie, die Tochter eines Spitzenfunktionärs. Rudolf Herrnstadt⁴⁷ hieß der Vater, einer, der schon früh mit Ulbricht aneinandergeriet und abserviert wurde. Da klingt so etwas wie

47 Rudolf Herrnstadt (Гернштадт Рудольф) (18. 3. 1903 Gleiwitz/Oberschlesien – 28. 8. 1966 Halle/Saale), Journalist, sowjetischer Agent (Deckname: Arbin o. Albin, Албин), kommunistischer Spitzenfunktionär. In den 1920er Jahren im AM-Apparat der KPD, Redakteur beim „Berliner Tageblatt“, 1928 als dessen Korrespondent nach Prag, seit 1929 Agent der GRU, 1932 deren Resident in Warschau. 1933 Rückruf nach Moskau, im selben Jahr nach Prag entsandt, sodann wieder in Warschau. 1939–1945 Emigration in der Sowjetunion, Mitarbeiter der Komintern und der GRU; hierbei 1942/43 Instrukteur für sowjetische Fallschirmagenten, sodann Mitbegründer des NKFD; zugleich Agent in der deutschen kommunistischen Emigration in der Sowjetunion. 1945 Rückkehr nach Deutschland, Spitzenfunktionen in der SED, u. a. Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, bis Juli 1953: Verlust aller Ämter, 1954 wegen fraktioneller Tätigkeit aus der SED ausgeschlossen.

heroischer Widerstand heraus. Ein aufrechter Mann; erst Kampf gegen den Faschismus, dann gegen den uneinsichtigen Ulbricht.⁴⁸ Ich nehme das hin. Bedenken kommen mir erst viel später, als ich in den Akten der sowjetischen Geheimpolizei NKWD nachlese, wie Herrnstadt seine Genossen denunzierte: Der Genosse XY sei ein bürgerlicher Abweichler, er habe einen Weihnachtsbaum. Grotesk, aber mit schrecklichen Folgen. Diese Erkenntnisse kommen mir erst später.⁴⁹ Jetzt, am Schluss dieses Leseabends, frage ich im Weggehen zwei Lesungsteilnehmer nach dem Weg. Ohne Erfolg, denn sie verstehen kein Wort Deutsch.

Zuhören. Es ist ausgeschlossen, all die Situationen zu schildern, die mich zum Zuhören anregten. Aber zwei, drei sollen es schon noch sein, die sich mir besonders plastisch eingeprägt haben aus jenen Jahren, in denen ich auf meiner bescheidenen Kommandobrücke stand und das Schiffelein meiner Behörde durch die Untiefen zu lenken versuchte.

Ich sagte bereits, wie schwer es mir fällt, aus den Einheimischen eine Aussage, geschweige denn einen längeren Erzähltext herauszuholen. Bis ich es dann heraus habe: Ich muss eine Rampe bauen. Sie besteht aus der naiven Wiedergabe meiner Erlebnisse über Gehörtes, wie ich es im Zusammenhang mit dem Besuch von Lesungen der Marke Loest und Liebmann gerade geschildert habe. Das weckt Reaktionen wie diese hier:

Ich sitze mit zwei jungen Frauen, die ein Forschungsprojekt des Amtes zur Jugendgewalt voranbringen sollen, im Sonnenschein auf der Terrasse vor meinem Lieblingscafé in Weimar. Das Gespräch hüpfert hin und her. Ich erwähne die Liebmann-Lesung. Die Reaktion ist verblüffend. Erst lachen sie, dann werden sie ärgerlich. Wieder so eine Privilegierte. Die Wirklichkeit sei ganz anders gewesen in der DDR. „Wie denn?“, frage ich. Und dann höre ich diese Geschichte:

Die beiden jungen Frauen wollten im Frühsommer 1983 von Ost-Berlin, der Hauptstadt der DDR, nach Weimar. Dort wohnten sie. Die Mädchen fuhren per Anhalter, ein West-Auto nahm sie mit. Die aufmerksame Staatsmacht hatte diesen frevelhaften Kontakt mit dem Klassenfeind beobachtet und unterbrach nach vielen Kilometern der Observation die Fahrt. Nach Feststellung der Personalien ging die Reise auf der Autobahn weiter – die Westler nach Westen und die Mädchen zu

48 Walter Ulbricht (30. 6. 1893 Leipzig – 1. 8. 1973 Groß Dölln/Brandenburg), KPD/SED-Spitzenfunktionär. 30. 4. 1945: Rückkehr aus sowjetischer Emigration nach Deutschland, zahlreiche Spitzenfunktionen in der Partei- und Staatsführung der SBZ bzw. DDR. 26. 7. 1953–3. 5. 1971 Erster Sekretär des ZK der SED, sodann entmachtet und durch Erich Honecker abgelöst.

49 Vgl. vor allem auch: Lota: Alta proti Barbarossy, S. 148–151; Müller-Enbergs: Der Fall Rudolf Herrnstadt, S. 43–55.

Fuß. Damit nicht genug. Folgenden Tags ließ der Schuldirektor Ulrich Hennecke seine Schülerinnen die Abiturarbeit unterbrechen, um ihnen mitzuteilen, dass er sie wegen ihres „klassenfeindlichen Verhaltens für die NATO-Hochrüstung persönlich verantwortlich“ mache. Über diesen Schwulst lacht nur, wer die Folgen nicht kennt, denn die Abiturientinnen erhielten ein Studierverbot. Sie mussten sich im antifaschistischen Kampf bewähren, also vertrödelte die eine ihre nächsten Lebensjahre in der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, die andere in einem Heim für Schwererziehbare.

Die Geschichte lehrt, dass der Genosse Rektor des Schillergymnasiums zwar die Lebenspläne der ihm anvertrauten jungen Menschen zerstören konnte, aber nicht die Nato-Nachrüstung. Der Klassenfeind von einst stellte ihm später einen komfortablen Altenheimplatz zur Verfügung; von dort aus zog er dann erhobenen Hauptes durch Weimar – eine wandelnde Mahn- und Gedenkstätte für seine ehemaligen Schüler. Es ist wie ein schlechter Witz. Als ich die Geschichte anhöre, fährt der Mann in einem noblen elektrischen Rollstuhl an uns vorüber.

Mein Beruf hat mich gelehrt, nicht alle Geschichten, die ich zu hören bekomme, für bare Münze zu nehmen. Dass ich mir das soeben Erzählte gemerkt habe, liegt vermutlich an Folgendem: Wenige Tage später unterhalte ich mich mit einer Weimarer Allgemeinärztin. Es geht um alles Mögliche: Polikliniken in der DDR, deren Vorteile, aber auch um das notleidende Gesundheitssystem, um den steten Mangel an irgendetwas, oft am Allernotwendigsten. Ich froztele über den Einzug der Komfort-Rollstühle in den Osten. Sie geht belustigt darauf ein. Und siehe da, wir haben einen gemeinsamen Bekannten, den Genossen Ex-Schulrektor. Ja, sagt sie, und benutzt ein paar schlecht wiederholbare Ausdrücke, der war „ein Hundertfünfzigprozentiger“. Wieso? Sie lacht zu meinem Erstaunen. Immer wenn eine Abiturientin, die der Genosse Direktor in den Lehrerberuf pressen wollte, von dort kam, habe sie der ein Attest geschrieben. Stimmband-Irgendwas, jedenfalls eine schlimme Krankheit. Das hatte Erfolg, denn damit jedenfalls sollte der Aufbau des Sozialismus nicht belastet werden. Es klingt wie eine der Episoden aus „Der brave Soldat Schwejk“.⁵⁰ Es ist Komik mit Bitterkeit. Ich höre das jetzt oft.

Mein Einstieg in das, was der Geheimdienstler eine „Gesprächsabschöpfung“ nennen würde, bleibt bei mir immer ähnlich: Konfrontiere den anderen mit den Ansichten eines Dritten. Was also liegt näher, als einmal etwas vorzulesen. Ich bin eingeladen, sitze in einem Weimarer

50 „Schwejk Josef“, Titelheld aus dem unvollendet gebliebenen Schelmenroman von Jaroslav Hašek (1883–1923): Der brave Soldat Schwejk, dessen Erscheinen in Teilen gleich nach dem Ersten Weltkrieg begann.

Garten. Aus szenischen Gründen behaupte ich jetzt beim Schreiben, dass irgendwo in der Ecke ein Grill vor sich hin qualmt. Das Buch, aus dem ich vorlese, hat ein Engländer geschrieben, Timothy Garton Ash.⁵¹ Dieser Mann, der inspirierte Bücher über den zu Ende gehenden Ostblock verfasst hat⁵², gab nach der Wende ein Buch heraus, in dem er die Strecke seiner Studienzeit in der DDR noch einmal anhand seiner Stasi-Akte abspricht. Derartige Rückblicke erfreuten sich in den 1990er Jahren einer gewissen Beliebtheit. Ash hat in seiner „Akte Romeo“ einem Mann aus Weimar ein literarisches Denkmal gesetzt. Hier eine Passage aus diesem Buch:

Kein Ort in Europa weiß mehr von den Dichtern und Schriftstellern zu erzählen, die dort gelebt haben. ... Die Beredtheit dieser Stätte entsprach der Begleitung von Eberhard Haufe, mit der ich, wie in meinem Tagebuch festgehalten, in den Parks spazieren ging und Schloss Kochberg besuchte. Eberhard Haufe war ein kleiner, gebrechlich wirkender Mann mit einer präzisen und etwas altmodischen Sprechweise. Mit seiner Entlassung aus der Universität Leipzig aus politischen Gründen Ende der fünfziger Jahre hatte er eine Tätigkeit als Lektor und Kritiker ausgeübt, deutsche Klassikeditionen betreut und sich seiner besonderen Leidenschaft, der Beschäftigung mit Johannes Bobrowski, dem Dichter des europäischen Ostens, hingegeben.

Während unseres Spaziergangs führten wir ein intensives Gespräch über Bücher, Ideen und Politik von der Art, wie ich sie häufig mit Intellektuellen und Geistlichen in Europa hinter dem Eisernen Vorhang geführt habe, seltener dagegen mit ihren Entsprechungen im Westen. Hier kam noch der Zauber hinzu, in Weimar zu sein, in Gesellschaft eines hochgebildeten Germanisten, und, während wir durch den Schlosspark von Tiefurt gingen, kam es mir vor, als wäre dieser zierliche, weißhaarige Mann an meiner Seite nicht nur ein Kenner der Intellektuellen des klassischen Weimar, sondern selbst einer von ihnen. ... Im Unterschied zu den ostdeutschen Reiseführern machte sich Dr. Haufe keine Illusionen darüber, dass Humanität in irgendeiner Weise vom Regime der DDR verkörpert werden könnte – obwohl das Bildnis Goethes auf ihren Zwanzigmarkscheinen prangte. Dieses Regime war für

51 Timothy Garton Ash (* 12. 7. 1955 London), britischer Historiker. In den 1980er Jahren Journalist beim „Spectator“. Seit 2000 Hochschullehrer in Oxford.

52 Z. B.: In Europe's Name.

ihn die Negation von Humanität. Er erzählte mir, wie die Stasi Briefe abging und die Telefone abhörte und von seinen langen Auseinandersetzungen mit den Zensoren.⁵³

Diese Passage des Buches, bei Nachbarn des heiligen Mannes aus der Cranachstraße vorgelesen, wurde mehrfach durch Zwischenrufe unterbrochen, doch an dieser Stelle beendete brüllendes Gelächter den Vortrag.

Ja, wie war sie nun, die Gesellschaft, in die ich nach der Wende hineinversetzt worden bin? Ich vermag es nicht zu sagen. Anfangs sind es noch Schwarz-Weiß-Abbildungen, die meine Eindrücke dominieren. Doch

*Bloß kein gestelzter
DIN-A-4-Plunder:
Mein Mitarbeiter
Joachim Werneburg
setzt meine
Weisung genial um,
dass die Leser unserer
periodischen
Meldungen durch
eine Mischung von
Information und
Unterhaltung zum
Lesen angeregt
werden sollen. Hier
eine Seite aus einem
Jahresregister des*



„Nachrichtendienstes“, das neben dem Thüringer Innenminister Richard Dewes (ganz unten) auch ganz andere Leute zu bieten hat – und nur auf die kommt es hier an. Im Innenministerium schlagen einige aufgeregt mit den Flügeln, doch der Minister sieht es genauso heiter wie auf seinem Foto.

die klaren Konturen verschwinden paradoxerweise mit dem näheren Herangehen. Bald überwiegen die Grauschattierungen und irgendwann schleichen sich auch Farbtupfer ein.

Es sind Leute wie mein Mitarbeiter Joachim Werneburg⁵⁴, denen ich haarsträubende Geschichten über das Banale der DDR verdanke. Ich habe das an anderer Stelle bereits beschrieben.⁵⁵ Werneburg verdankt seine Einstellung in das Amt der Intelligenzoffensive, die Innenminister Richard Dewes dem thüringischen Verfassungsschutz verordnet hat. Das Amt verdankt diesem

Umstand wiederum einen schaffensfrohen Verfasser der gesamten Amtsberichtserstattung, die nach außen geht. So wird der monatliche „Nachrichtendienst“ in einem professionellen Outfit zu einem beneideten Aus-

⁵³ Ash: Akte Romeo, S. 93 f.

⁵⁴ Joachim Werneburg (* 1953 Erfurt), Dipl.-Ing., Schriftsteller. 1973–1977 Studium an der TH Ilmenau; sodann bis 1990 Tätigkeit bei einem volkseigenen Elektronikunternehmen in Erfurt. Nach der Wende Fortbildung und mehrere Zeitverträge. Seit 1997 im thüringischen Landesdienst. Zugleich seit 1975 bis heute umfangreiches lyrisches Werk, zum Teil zusammen mit seinem Vater, dem Maler Walter Werneburg (1922–1999).

⁵⁵ Roewer: Im Visier der Geheimdienste, S. 311.

hängeschild dafür, was geheimdienstliche Tätigkeit auch sein kann. Und ich persönlich verdanke diesem Neuerwerb einen Gesprächspartner, der mir in wohlgesetzten Worten die geistesgeschichtlichen Grundlagen des Werkes von Meister Eckhart zu erläutern vermag. Das schätzt nur der gering, der nichts von der „Deutschen Predigt“ weiß.

Der Mann auf dem Berg **Wie ich Anthony Perkins treffe und mich zwei Stunden über nichts blendend unterhalte**

Wenn mich je ein Mensch an den Film „Psycho“ erinnert hat, dann ist es dieser hier. Auch ist der Ort selbst dazu angetan, den Hintergrund für ein Alfred-Hitchcock-Drama abzugeben. Urteilen Sie nicht vorschnell, liebe Leserin. Der Mann, der mich dort zu treffen wünscht, ist ein ganz anderer. Am Telefon hat er sich etwas nebulös ausgedrückt. Ich kenne ihn vom Sehen und vom Hörensagen, habe aber noch nie direkt mit ihm Kontakt aufgenommen. Dann erfolgt dieser überraschende Anruf. Er sagt, er rufe mich über das Handy an, das könne man nicht so leicht abhören. Diese Ansicht ist ziemlich weit verbreitet bis zum Ende der 1990er Jahre. Doch sie ist irrig, die Ansicht. Die Firma, die uns mit den Abhörgeräten beliefert, hat uns bald klar gemacht, dass wir unseren vorhandenen Maschinenpark ins Deutsche Museum überstellen sollten. Danach werden wir modern ausgestattet.

Ich brauchte einige Monate, bis ich „die Technik“ des Amtes in Augenschein genommen hatte. Das lag weniger an meiner Langsamkeit, als vielmehr an dem Umstand, dass die verehrten Geheimdienstkollegen sich sicherheitshalber nicht vorstellen mochten, dass der Chef des Unternehmens sich für den Maschinenpark interessieren könnte. Hier spielte auch das sorgsame Hüten eines imaginären Herrschaftswissens eine Rolle.

Wer beschreibt mein Erstaunen, dass immer wieder seltsame Erklärungen abgegeben werden, warum man mir im Moment gerade irgendetwas nicht vorführen konnte. Ich werde also irgendwann energisch, greife mir den Verwaltungsabteilungsleiter Bermen, lasse mir Inventarverzeichnis zeigen und marschiere los. „Wo sind die Abhöreinrichtungen?“, frage ich einen Mitarbeiter. Helles Entsetzen, dann ein Räuspern: Er meint die Aufschaltleinrichtungen für die Überwachung des Telefonverkehrs nach dem Gesetz zu Artikel 10 des Grundgesetzes. „Gut, gut, so kann man es auch nennen. Also, wo ist das Zeug?“ – „In der Jägerkaserne.“ – „So, so. Und wo da?“ – „Im Raum null-elf.“

Also dann. Der Raum null-elf liegt im Erdgeschoss; er wird aufgeschlossen, da ich bereits in der Schillerstraße die strikte Weisung erteilt habe, den Generalschlüssel mitzunehmen. Es ist ein Kistenlager. Wo sind die Geräte? In den Kisten. Was machen sie dort? Sie lagern.

Später einmal werden sie ausgepackt; sie sind sehr ungebraucht, aber keineswegs neu – und sie sind unter den jetzigen technischen Bedingungen unbrauchbar. Der Unternehmer, der uns technisch betreut, ist ein Porsche-Sammler. Er sammelt diese Fahrzeuge keineswegs als Modellautos, nein, er bevorzugt Originale. Das muss ein einträgliches Geschäft sein, das Abhörgeschäft, denke ich zunächst. Als ich bald darauf die erste Rechnung sehe, weicht diese Vermutung der Überzeugung. Nach diesem Kauf aber sind wir „geupdated“, wie man vielleicht neudeutsch sagen würde.



*Mit der Technik auf Du und Du:
Der Verwaltungsabteilungsleiter des
Amtes, Rolf-Rüdiger Bermen, mit ei-
ner der ersten digitalen Kameras, von
mir mit einem konventionellen Foto-
apparat aufgenommen.*

Nun gut, das muss der Anrufer schließlich nicht wissen, der mir am Handy klar macht, wo er mich zu treffen wünscht. Er sagt, ich solle Richtung Stausee Hohenfelden fahren, aber nicht bis hin, sondern bei der letzten Möglichkeit vorher rechts abbiegen. Dann solle ich bis zum Ort Riechheim fahren, aber auch hier nicht in den Ort hinein, sondern nach rechts auf den Berg hinauf, und dann könnte ich das

Lokal nicht mehr verfehlen. Das sind mir die liebsten Wegbeschreibungen in fremdem Gelände, die mich auf etwas hinweisen, was ich nicht tun soll. Schön finde ich übrigens auch die Variante: „Sie müssen nur der Buslinie 3 folgen ...“

Ich besorge mir ein Messtischblatt der Gegend südöstlich von Erfurt, dann fahre ich los; es ist Mittwoch, der 31. Mai 1995. Der Tag beginnt bereits ungewöhnlich klar und es lässt sich nicht mehr leugnen, dass auch im Ländchen der Frühling endlich Einzug halten will. Gut gelaunt lasse ich mir durch das offene Verdeck den Wind um die Nase wehen. Ich habe reichlich Zeit eingeplant, da ich deutlich zu früh am Ort sein will. Ich fühle mich sicherer, wenn ich mich erst einmal in Ruhe umgesehen habe. Dies ist keine Ängstlichkeit, es ist das Hineinspüren in eine Situation, denn ich habe den Treffpunkt nicht ausgewählt.

Der Weg führt, wenn man dies nur will, auch durch das Dorf Riechheim. Schon der Name gefällt mir so gut („die Sicherheitsüberprüfung der Verdächtigen fand in Riechheim statt“), dass ich trotz anders lauten-

der Anweisung („bis Riechheim, aber nicht bis rein“) erst einmal durchfahren muss. Es sind einige ältere Bauernhäuser, zwei Kneipen, rechterhand auf einem ehemaligen Acker entsteht das unvermeidliche Neudorf; wie überall die zu eng aufeinandergebauten Fertigteile-Einfamilienhäuser mit Keller-Einliegerwohnungen zur Hangseite. Schöne neue Welt.

Der Weg auf den Berg hinauf ist erstaunlich ordentlich geteert. Nach den Feldern kommt ein Stück durch lichten Nadelwald, dann eine Hochfläche. Der Fahrweg ist zu Ende. Ich stelle das Auto ab. Die letzten 200 Meter den Hang hinauf geht man hier zu Fuß, wenn man denn überhaupt mit dem Auto kommt. Zünftiger wäre es, bei einer Wanderung Station zu machen. Na, kann ja noch kommen, verspreche ich mir. Das Lokal macht von außen einen soliden Eindruck. Mehrere prächtige Laubbäume überdachen den Platz vor dem Haus. Tische und Stühle für gut hundert Gäste zeigen an, dass hier Publikum willkommen ist. Allerdings bin ich das einzige menschliche Wesen, das ich hier entdecke. An einem Zaun teilt ein Plakat mit, dass der 2. Thüringer Schäferfest seine Schatten ins Land wirft. Ich setze mich auf einen der Holzstühle.

„Da haben wir ja Glück gehabt“, sagt eine Stimme hinter mir. Ich wende mich um, hinter mir steht Anthony Perkins, der Hauptdarsteller aus dem Thriller „Psycho“. Er hält ein Blöckchen in der Linken, in der rechten Hand einen Bleistift. „Ja, ich bin ein Glückspilz“, fällt mir als Antwort ein. Er lächelt gewinnend: „Das sieht man sogleich; möchten Sie schon jetzt einen Wunsch formulieren?“

„Bringen Sie mir bitte ein Glas Wasser ohne Zitrone.“ Er notiert und bemerkt: „Das ist eine gute Wahl, darf es auch etwas zu essen sein?“ Ich nicke. „Dann wird es tunlich sein, wenn ich Sie mit der Karte versehe.“

Genau das sagt er, ich schwöre es, und entschwindet mit hurtigem Schritt ins Gebäude. Es dauert einen Moment, dann steht er wieder neben mir. „Hier ein klares Wasser“, sagt er, dann gibt er mir die Karte, die unter seinen Arm geklemmt war. „Meine Bemerkung von soeben bezog sich auf die Öffnung unseres Freisitzes“, sagt er und ergänzt: „Wir sind erst seit Himmelfahrt wieder im Freien. Wenn Sie mir zudem den Hinweis erlauben“, er greift an mir vorbei und schlägt die Karte auf, „die Krokotten sind heute leider nicht im Angebot, aber wir würden Sie Ihnen bei Bedarf gern durch Bratkartoffeln ersetzen; aber Sie müssen das nicht; es ist nur ein Vorschlag.“ Ich bedanke mich artig und verweise darauf, dass ich noch einen Mitesser erwarte. „Lassen Sie sich alle Zeit der Welt“, sagt er, steckt den Bleistift hinter das Ohr und geht. Was für ein angenehmer Mensch, der ganze Sätze sprechen kann und offenbar den Himmelfahrtstag nicht „Herrentag“ nennt, so wie das hierzulande gebräuchlich ist.

Das Gartenlokal, pardon: der Freisitz, füllt sich. Mein Gesprächspartner lässt auf sich warten. Als er schließlich erscheint, bin ich erstaunt,

wie klein er ist. Das geht mir öfter so, dass Leute, deren öffentliches Agieren man aus der Sicht des interessierten Zeitungslesers betrachtet, viel kleiner sind, als man sie sich vorgestellt hat, wenn sie plötzlich vor einem stehen.

Hieraus habe ich vor dem Kollegen Jochen P. einmal die völlig unhaltbare Theorie entwickelt, dass der durchschnittliche Politiker unterdurchschnittlich groß sei. Als ich noch redete und mit ihm im Kanzleramt eine Treppe heraufging – auch er ist übrigens ziemlich klein –, verfinsterte sich zwar nicht die Sonne, aber irgendeine Veränderung des Lichteinfalls ließ uns gleichzeitig nach oben blicken. Helmut Kohl kam uns entgegen, riesig und leibhaftig. Ich sah ihn zum ersten Mal aus der Nähe. Wir wichen grüßend zur Seite und ließen die Erscheinung vorbeiziehen. Junge, Junge, was für ein Brocken. Es war klar, dass mein Begleiter sich lustig machte. Etwas verbiestert erklärte ich, dass dies eben die berühmte „Ausnahme zu meiner Regel“ sei.

Mein Gegenüber hier auf dem Riechheimer Berg ist, ich erwähnte es bereits, unterdurchschnittlich groß. Ziemlich massig ist er in der Tat, aber eben nicht groß. Sein Kopf erscheint mir kugelförmig, was durch die wohlgepolsterten Backen noch unterstrichen wird. Sein rötlich-blondes Haar ist zurückgekämmt; der Schnauzbart zeigt bereits einige weiße Einsprengsel. Die Augen unter den buschigen Brauen sind wachsam und spöttisch, die Lachfalten in den Augenwinkeln unübersehbar. „Was für ein schöner Tag“, sagt er bei Eröffnung des Gesprächs, was nach meinem Empfinden ein solches über das Wetter kaum werden kann. Darin irre ich mich zwar nicht, aber so richtig klug werde ich aus der Einladung auch nicht. Erwartungsgemäß bestellt der Mann ein großes Bier. Zum Hirschgulasch bekommt er einen Kloß; die Kroketten sind ja, wie erwähnt, aus. Für mich gibt es ein ordentliches Stück Sülze mit Bratkartoffeln. Herr Perkins hält diese Entscheidung, als er sie ins Blöckchen notiert, erneut für eine gute Wahl. Womit er übrigens Recht hat.

Das Gespräch mit meinem Gegenüber verläuft zäh. Genau betrachtet, findet es zunächst überhaupt nicht statt. Wir essen ziemlich schweigend. Ich lasse mir Zeit, denn der Gesprächswunsch ging nicht von mir aus. „Jetzt sind Sie schon über ein Jahr hier in Thüringen“, sagt er, „wollen Sie noch länger bleiben?“ Von dieser Frage bin ich erheitert und auch ein wenig überrascht. Also antworte ich mit einer Gegenfrage: „Was dachten Sie denn?“ „Na ja“, sagt er, „die meisten sind nicht lange geblieben, die hier ins Land gekommen sind. Reisen Sie noch hin und her?“ „Schon lange nicht mehr“, sage ich, „so eine Behörde kann man nicht aus der Ferne führen. Wer das Gegenteil behauptet, hat das noch nie probiert, oder aber er führt nicht.“ – „Was ist eigentlich aus ihrem Vorgänger geworden? Wie hieß er doch gleich?“, fragt er. „Harm Winkler“, sage ich, „er lebt jetzt in Erfurt.“ So geht es eine ganze Weile weiter, die vor-

sichtige Hin- und Herfragerei, aus der ich nicht ganz klug werde. Das Gespräch nimmt dann die übliche Kurve über die Zeit der Wendejahre und wie man sich gegenseitig empfunden hat: im Westen und im Osten. Solche Gespräche habe ich zu Hunderten hinter mir. Sie nehmen immer einen ähnlichen Verlauf und bieten bei einem normal intelligenten Gesprächspartner Stoff für gut zwei Stunden. Dann, nach diesen zwei Stunden, kommt der eigentlich interessante Punkt: Hat man sich sonst noch etwas zu sagen? Häufig genug ist es mir so ergangen: Man verabschiedet sich erfreut, trägt das lehrreiche Gespräch noch eine Weile mit sich herum und unterlässt dann doch eine neuerliche Kontaktaufnahme.

Dieses Gespräch auf dem Riechheimer Berg detailliert zu schildern, erscheint mir entbehrlich. Es ist eines jener typischen Wende-Repetier-Gespräche. Interessant, eher ein amüsiertes Blick auf die Vergangenheit. Nutzlos für das Hier und Heute. Ein solches Gespräch zu führen, kann kaum Zweck der Übung sein, sage ich mir. Es ist mir durchaus nicht entgangen, dass mein Gegenüber bevorzugt Fragen gestellt hat, auf die ich plaudernd antworten kann. Er wird schon aus der Deckung kommen müssen, denn irgendwann wird mein Vorrat an Histörchen über verbale Missverständnisse zwischen Ost und West erschöpft sein. Auch meine raren Lebenslaufangaben gedenke ich keineswegs zum Roman auszugestalten. Von ihm weiß ich jetzt auch einiges mehr, als ich zuvor im Landtagshandbuch nachgeblättert hatte. Doch es interessiert mich nicht besonders – noch nicht jedenfalls.

Dann kommt die Überraschung. Er winkt, um zu zahlen. Gemeinsam gehen wir den Berg hinunter zu den dort geparkten Autos. „Wollen wir uns wiedertreffen?“, fragt er. „Wollen Sie das Gespräch von heute mit mir fortsetzen?“, frage ich zurück. „Warum nicht“, sagt er, „vielleicht interessiert es Sie ja, wie hier in Thüringen Politik gemacht wird und wer es tut und was man dabei verdient; beim nächsten Mal bringe ich Ihnen auch ein schönes Stück für Ihre Sammlung mit.“ Verblüfft bleibe ich an meiner Autotür stehen. „Welche Sammlung?“ – „Na, die Dampflokomotiven.“ Ich muss lachen, die „Blöd-Zeitung“ lässt grüßen. Ich unterlasse es, diesen Schabernack aufzuklären und sehe ihm nach, wie er im gelben Mercedes im Nadelwäldchen verschwindet. Unüberriechbar ist es ein Diesel ...



Auf der Vorderbühne und im Hintergrund: Der Politiker Willibald Böck, bei dem ich un-aufgefordert Nachhilfestunden in Sachen CDU bekomme.

Ich hätte es fast vergessen: der Mann hat auch einen Namen. Er heißt Willibald Böck⁵⁶, ist Abgeordneter der CDU seit der Wiedergründung des Landes und auch dessen erster Innenminister. Bis kurz vor dieser Niederschrift hätte ich geschworen, dass ich ihn so gut wie nie getroffen, geschweige denn mit ihm palavert habe. Doch meine Tagebuchnotizen strafen die Erinnerung Lügen. Ich traf ihn nicht nur, sondern machte mir auch viele Gedanken seinetwegen, und zwar nicht nur freundliche. Davon wird in den nächsten Kapiteln etwas zu lesen sein.

Ich werde dem Leser einen Gang durch die verwinkelten Gassen meiner Erinnerung aufzwingen müssen, und das wird nicht ohne einige Vor- und Rückblicke abgehen, denn es in der Tat so, dass Erlebtes oder scheinbar Abgehaktes dann an die Oberfläche geholt werden muss, wenn es gilt, weiße Flecken im Bild mit Farbe zu füllen.

Immer wieder sind es die Kleinigkeiten, wie die hier im Kapitel geschilderte Begegnung mit einem Landespolitiker namens Böck, die mich nötigen, nach den Zusammenhängen zu suchen. So wird es im Folgenden weitergehen: Ein Anruf eines Freundes aus Berlin zwingt mich, einen anderen dieser Politiker zu betrachten: Gemeint ist der mittlerweile längst abgestürzte Martin Kirchner aus der Wendezeit, der nunmehr Grundstücksgeschäfte macht.

Ich erinnere mich, wie diese „Wende“ bei mir selbst verlief, und beschreibe meine Eindrücke vom „Wendepersonal“, was dann in eine Chronologie der Machtverhältnisse in Thüringen einmündet. So wird es gehen und ich bitte den Leser, nicht die Nerven zu verlieren. Es ist eine Geschichte von Gewinnsucht, Niedertracht und Missgunst; aber auch eine Geschichte von Bigotterie und christlicher Doppelmoral. Sie beschreibt mein Leben in der politischen Wirklichkeit.

Die Schatten der Vergangenheit Wie man eine Fahne wendet und die CDU in die herumstehenden Stiefel der SED steigt

Als mich Klaus-Dieter Bennewitz⁵⁷ aus Berlin anruft und fragt: „Wer ist denn eigentlich dieser Martin Kirchner?“, stutze ich zuerst einen Mo-

56 Willibald Böck (* 30. 12. 1946 Bernterode/Eichsfeld), Lehrer, CDU-Politiker. 1984–1989 Bürgermeister von Bernterode. 1990 Mitglied der Volkskammer. August 1990–Januar 1993 Vorsitzender der Thüringer CDU. September 1990–September 1992 thüringischer Innenminister, zugleich bis 2004 Mitglied des Landtags. Sodann Galerist in Erfurt.

57 Klaus-Dieter Bennewitz (* 22. 5. 1943), Verwaltungsjurist, zuletzt Ministerialrat. Seit den 1970er Jahren bis zu seiner Pensionierung im Bundesinnenministerium; in dieser Zeit am Anfang der 1990er Jahre zusammen mit mir in der Unabhängigen Kommission Parteivermögen in Berlin.

ment und sage dann: „Du, die CDU beobachten wir hier nicht.“ Wir lachen beide. Natürlich weiß das auch mein alter Freund aus der Unabhängigen Kommission Parteivermögen (UKPV); natürlich weiß er auch, dass meine vollkommen richtige Antwort „jesuitisch“ genannt werden darf, denn die Beobachtungszuständigkeit des von mir geleiteten Amtes ist partiell anders als die anderer Verfassungsschutzbehörden. Sie ist durch einschlägiges Landesrecht auf die fortwirkenden Strukturen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit erweitert worden.

Das ist ein weites Feld. Als ich es zu beackern beginne, führt es mich zwangsläufig in Auseinandersetzungen mit korrupten politischen Strukturen. Sie durchziehen wie Metastasen eines Krebsgeschwürs Politik, Verwaltung, Justiz und den mit öffentlichen Mitteln geförderten halböffentlichen Bereich. Und nicht zu vergessen: die Presse, eng verbandelt mit den politischen Herrschaftsstrukturen. Dieser Krebs findet Nahrung in einer faktischen Einparteienherrschaft in Thüringen. Sie ist, als ich ins Land komme, noch keine vier Jahre alt. Als ich entlassen werde, vollendet diese Herrschaft ihr zehntes Jahr und dauert, als ich diese Zeilen hier schreibe, bereits seit 22 Jahren an. Solche auf Dauer angelegten Herrschaftsverhältnisse ohne echte Kontrolle führen selten zu etwas Gutem. Damit sind wir bei einem Kernproblem, das mich meine gesamte Dienstzeit auf das Unangenehmste begleitet. Und ich gebe es zu, es bringt mich auf die Palme, weil es mich in meinem Selbstverständnis als Beamter empfindlich tangiert, ein Diener des Ganzen ohne Ansehen der Partei zu sein. Die Praxis, die ich vorfinde, stellt alles in den Schatten, was ich bisher an unzulässiger Staatsbeeinflussung erlebt habe. Der Fall Kirchner mag sich dabei als Einstieg eignen, um zu erläutern, worum es eigentlich geht.

Selbstverständlich ist es nicht so, dass ich beim Namen Kirchner, wie aus der Pistole geschossen, Namen, Lebenslauf und jetzige Aktivitäten zum Besten geben kann. Ich bin mir heute nicht einmal sicher, ob die Behörde den Namen überhaupt amtlich zur Kenntnis genommen hat. Doch in Fällen wie diesem hilft meistens meine wohlsortierte Bibliothek weiter. Bemerkenswerte Teile hiervon stehen in meinem Dienstzimmer.

Warum Bücher im Büro? Ich war und bin der Meinung, dass für das meiste, was ein Nachrichtendienst wissen sollte, bereits eine fundierte Recherche existiert. Man muss nur wissen wo. Ich spreche hier nicht vom Internet, was zu meiner Dienstzeit noch nicht dem allgemeinen Zugriff unterliegt. Mir fehlt zudem jegliches Zutrauen in dieses Medium der Halbverrückten und anonymen Denunzianten, doch das ist ein anderes Thema. Ich spreche hier von Büchern.

Natürlich fällt es meinen Mitarbeitern auf, dass der Chef so seltsame Dinge wie lauter Bücher in seinem Büro stehen hat. Sie selbst haben das nicht. Also machen sie Bemerkungen darüber, die deutlich machen, dass

sie den Chef zwar für belesen, aber nicht für sonderlich klug halten, denn offenbar belastet er sich mit all diesem Altpapier („Kein Mann der Praxis“). Mein Tagebuch schildert eine solche Situation:

Sonntag, 26. Januar 1997: Gegen Mittag am häuslichen Schreibtisch (wie das klingt!). Die vergangene Woche ist an mir vorbeigestürzt, wie ich das mittlerweile gewohnt bin. Selbst Höhepunkte werden vom Vorbeirasen der Zeit nivelliert. Manchmal möchte ich anhalten. Aber dann, wenn ich überhaupt auf den Gedanken komme, fasst mich so etwas wie die resignierende Erkenntnis, dass ein Anhalten nur etwas Endgültiges sein kann. Ein Zwischenstopp scheint nicht möglich. ... Vor Tagen stellte ich die Behauptung auf (gegenüber [den Mitarbeitern] 2 + 3), ich besäße 10 000 Bücher, was auf Unglauben stieß. Stimmt, kann ich nur sagen. Aber immerhin weckte es den völlig unsinnigen Ehrgeiz in mir, hier in der Wohnung eine Zählung vorzunehmen; es sind weit über 4000 Bände. Auch viel, aber längst nicht so viele wie geprahlt. Werde das richtigstellen. Warum auch nicht. Was im Keller noch lagert, mag ich nicht zählen. In der Dienststelle werden es auch noch ein knappes Tausend sein, denke ich. Die lassen sich leicht mal durchzählen. Ist das sinnvoll? Nein.

Das Nachzählen übernehmen Mitarbeiter, und das geht so: Nach meiner Entlassung erhalte ich das Verbot, die Behörde noch einmal zu betreten. Zurück bleibt meine Bibliothek im Dienstzimmer; mittlerweile, wie ich später hören darf, über 4000 Bände. Diese lässt Rolf-Rüdiger Bermen, der Verwaltungschef der Behörde, samt den mir gehörenden Regalen einpacken und in zwei Kleintransporterfahren zu mir nach Hause schaffen. Aus Platzmangel wandert der Fundus unausgepackt in den Keller. Bermen sagt mir später, er habe Platz schaffen müssen für den neuen Amtsleiter, und fügt hinzu, dass dieser offenbar nichts von Büchern halte, denn was sonst noch an Büchern in der Chefetage gestanden habe, habe der Neue in den Keller schaffen lassen. Gedrucktes Fachwissen ruht nun in Frieden.

Doch zurück zum Fall Kirchner. Ich sagte, dass die CDU nicht zu den Beobachtungsobjekten des Landesamts gehörte, sagte auch, dass ich in diesem Sinne mit Klaus-Dieter Bennowitz, dem alten Freund aus Berlin, palavert habe. Bennowitz war noch weit über meine Berliner Zeit hinaus der leitende Beamte in der Unabhängigen Kommission Parteivermögen. Er stieg den rechtswidrigen Vermögensverschiebungen der damaligen PDS ins Ausland nach – Geldbatzen aus dem SED-Vermögen, die den

Start in die neuen Verhältnisse vereinfachen sollten und den Grund dafür darstellten, dass die SED im Wendewinter 1989/90 nicht das tat, was etliche Genossen damals wärmstens befürworteten, nämlich die über und über besudelte Partei aufzulösen und dann eine neue zu gründen. Doch da war der Neuvorsitzende Gregor Gysi davor – und das Partei- vermögen.

Bennewitz informiert mich, bei ihm habe sich ein Mann namens Kirchner gemeldet, der nach eigenem Bekunden wisse, wo der Pharaonenschatz der PDS versteckt sei. Doch Wissen hat seinen Preis. Den nennt er auf Befragen. Daher die Rückfrage an mich, wer denn dieser teure Bieter sei, von dem Bennewitz behauptet, er sei Handelsmann im Sprengel meiner Geheimniskrämerei. Ich gebe Antwort nach dem Durchwühlen einer besonderen Schmutzdecke meiner Bibliothek. Hier in meinem Dienstzimmer befinden sich die Pamphlete aus jenen zwei, drei Jahren, die ich bei meinen Dauerreisen in der Noch- und späteren Ex-DDR in den Bürgerbüros, volkseigenen Buchhandlungen und Kirchen für Pfennige kaufen konnte oder von aufgeregten Menschen einfach in die Hand gedrückt bekam. Sie stellen einen bemerkenswerten Fundus dar, ein eigenwilliges „Who is Who“ der aus den Angeln geratenen Gesellschaft.

Hinzu kommen schon bald die ersten wissenschaftlichen Arbeiten junger Leute, die Einzelaspekte des Zusammenbruchs in schwer lesbaren, ellenlangen Texten an unbegreiflichen Theorien spiegeln, die mich nicht sonderlich interessieren. Doch diese Arbeiten haben regelmäßig einen verwertbaren Kern von Personeninformationen, auf die selbst solche Leute nicht verzichten können, die ernsthaft daran glauben, dass sich die Welt der Menschen in statistischen Zahlen beschreiben lässt.

Genug davon. Im Fall von Kirchner greife ich zur Doktorarbeit von Ute Schmidt, die in erfreulicher Weise Personendaten mit Sachverhalten aus der Wende-CDU gesammelt und auch für mich verständlich aufgeschrieben hat.⁵⁸ Ich greife öfters zu dem Buch und vergleiche Schmidts Erkenntnisse mit meinen aktuellen Erlebnissen. Danach darf man die Vita dieses Ad-hoc-Revolutionärs schon als bemerkenswert bezeichnen.

Kirchner war in der DDR-Zeit Kirchenjurist. In jungen Jahren zum Oberkirchenrat befördert, war er kraft seines Amtes der weltliche Vertreter eines thüringischen evangelischen Bischofs. Soweit so gut; gut genug jedenfalls, um ihm im Wendegeschehen zu einem kometenhaften Aufstieg zu verhelfen, und zwar bis an die Spitze der Ost-CDU als deren Generalsekretär. Bei normalem Verlauf der Dinge war der immer noch

58 Ute Schmidt. Von der Blockpartei zur Volkspartei?: Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin), Opladen 1997.

junge Mann also aus dem Stoff gemacht, aus dem man Bundesminister schneidert. Es kam aber anders: Im August 1990 sickerte nämlich durch, dass der Auf- und Absteiger einen 17-jährigen Vorlauf als Agent des MfS gehabt hatte. Dort hieß er „Küster“, „Theodor Körner“ oder „Hesselbach“ – je nach Bedarf.⁵⁹

Dieser Kirchner hatte im Sommer 1989 seinen Untergebenen, den Kirchenzeitungsredakteur Gottfried Müller⁶⁰, dazu animiert, einen für DDR-Verhältnisse kritischen Brief an gemeinsame Unionsfreunde zu entwerfen, in welchem diese aufgefordert werden, sich mit mehr Engagement auf die guten Seiten der DDR-Staatsidee zu besinnen und offensiv und ohne Untertänigkeit gegenüber der jetzigen Parteileitung in die Bresche zu springen, um das Leerlaufen der DDR zu stoppen.

Müller, der als Journalist gewohnt ist, Texte zu verfassen, die das in der DDR so beliebte Lesen zwischen den Zeilen verlangen, tat, wie ihm geheißen, vermutlich war er überzeugt von dem, was da verlangt wurde. Was er wohl nicht ahnte, war dieses: Er führte damit eine Weisung der Linie XX „Untergrund“ des Ministeriums für Staatssicherheit aus, zu deren Zuständigkeitsbereich auch die Blockflöten der Ost-CDU gehörten. Wie sagte schon Walter Ulbricht sehr richtig, als die Russen 1945 das Mehrparteiensystem in ihrer Besatzungszone installierten: „Es muss demokratisch aussehen, aber das Sagen haben wir.“

Vier Jahrzehnte ihrer Existenz waren nun diese CDU-Genossen, pardon: „Unionsfreunde (Ufd.)“, geheimpolizeilich beargwöhnt worden, ob sie auch brav bei Fuß gingen. Sie taten es. Und die mit ihnen verbundenen Kirchen auch. Nichts war in der DDR so umfassend geheimdienstlich unterwandert wie ausgerechnet die CDU und die Kirchen.⁶¹ Das Thema ist mit deutscher Professorengründlichkeit bis in den Kirchgarten von Meuselwitz hinein untersucht worden.⁶² Dem ist nicht viel hinzuzufügen.

In der DDR sprachen die Funktionäre vollmundig von der „Kirche im Sozialismus“. Diese Formel barg zweierlei: Zum einen war Kirche im Sozialismus der heimliche Machtanspruch der SED gegenüber den vom MfS gelenkten Kirchenorganen, zum anderen war es eine Selbstbe-

59 Glöde: Martin Kirchner, S. 128–130; Müller-Enbergs u. a.: Wer war wer, S. 426 f.; Stein: Sorgt dafür, dass sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen, S. 25; auch: Nichtauskunft der Bundesregierung vom 15. 10. 1990, Bundestagsdrucksache 11/8119, S. 1 f.

60 Dr. Gottfried Müller (* 16. 8. 1934 Schweina), Journalist, CDU-Politiker. Seit 1981 Chefredakteur der Kirchenzeitung „Glaube + Heimat“. Dezember 1989 stellvertretender Vorsitzender der Ost-CDU. April–Oktober 1990 Minister für Medienpolitik im Kabinett de Maizière. 1990–1994 Mitglied des Landtags und dessen Präsident.

61 Vgl. z. B.: Bürgerkomitee des Landes Thüringen: Im Interesse des guten Verhältnisses I, passim.

62 Besier: Der SED-Staat und die Kirche; ders: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990; ders: Der SED-Staat und die Kirche 1983–1991, jeweils passim.



Zur kleinen Zahl der Pfarrer, die dem DDR-System nicht gefällig, sondern auf ihre Art gefährlich sind, gehört der in Weimar tätige Edelbert Richter (links Mitte mit dunkler Brille), dem ich später ab und an begegne – da ist er dann ein Bundestagsabgeordneter. Noch im September 1989 spricht sich Richter für eine Fortsetzung der DDR unter der Führung eines mutmaßlichen SED-Vorsitzenden Markus Wolf aus; er hält den pensionierten Stasi-Generaloberst offenbar, ebenso wie das KPdSU-Organ „Prawda“, für einen Hoffnungsträger des realen Sozialismus. Später ist gemutmaßt worden, ich sei auf jener Versammlung in Weimar anwesend gewesen, doch der Mann im Hintergrund zwischen Nr. 3 und N. 4 ist ein anderer – und schon gar nicht ist er mein Alter ego Stephan Seeborg.

nennung. „Kirche im Sozialismus“ war wie eine von etlichen Pfarrern und anderen frommen Dienern mit Stolz getragene Kirchenfahne und sie bedeutete, dass sich ihre Träger dem Sozialismus verschrieben hatten.⁶³ Staatsdoktrin und Kirche waren auf das Aberwitzigste miteinander verknüpft. Bischöfe und Oberkirchenräte scheuten sich nicht, dem Geheimdienst als Agenten zu dienen, und das in einer Zahl, dass man nicht nur vom „MfS in der Kirche“, sondern auch von der „Kirche im MfS“ sprechen möchte.

Dieses Schaukelverhältnis von konspirativer Staatsmacht und kirchlicher Gefälligkeit bewirkte, dass auf beiden Seiten der Größenwahn vorherrschte. Wie in vielen anderen Fällen auch zeigte sich später, dass hier viel Zeit und Energie vergeudet worden war. Die Größe und der Einfluss der Kirchen war rettungslos überschätzt worden und die paar System-

⁶³ Dornheim: Demokratisierungsprozess in Thüringen, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 1997, S. 6.

gegner, die es unter den Pfarrern auch gab, waren allgemein bekannt, man brauchte des Sonntags nur ihren Predigten zu lauschen.

Dies also ist die Ausgangslage, als sich das MfS in jenem dramatischen Sommer 1989 händeringend mit der Frage beschäftigt, wer denn nun wirklich der gefährlichste Feind der zu diesem Zeitpunkt tatsächlich in Gefahr geratenden DDR ist. Die Sozialisten in der CDU sind es mit Sicherheit nicht, denkt man. Aufgrund von 40 Jahren Beobachtung und Lenkung weiß man dies genau. Deswegen scheint jetzt das Ausnutzen der sogenannten positiven Kräfte ein Gebot der Stunde. In der Draufsicht und mit weiteren zwanzig Jahren Abstand neige ich heute dazu, diesen Vorgang präziser zu fassen:

Man glaubte im MfS, die Blockpartei CDU genau zu kennen. Das war ein gravierender Irrtum, denn eines übersah man hinsichtlich der Unionisten: Sie funktionierten nach einem einfachen Prinzip. Die Fahne der organisierten Christenheit verhielt sich nach physikalischen Gesetzen: Sie wehte mit dem Wind. Als dieser im zu Ende gehenden Jahr 1989 heftig umschlug und plötzlich selbst vor den Parteibüros der CDU von Westen herüberwehte, wendeten sich mit einem Schlag die Fahnen. Der Ruck, den dieser Richtungswechsel auslöste, bewirkte zugleich, dass von den schönen schwarz-rot-goldenen Flaggen das in der Mitte prangende Staatssymbol abfiel. Übrig blieb die deutsche Flagge – die neue Zeit war da.

Doch zurück zu unseren Helden im thüringischen Weimar. Im Sommer kommt die Devise: Macht die positiven Kräfte mobil. Kirchner weist Müller zum Schreiben an. Dieser tut es und steuert eine gute Idee bei. Verbreitern der Basis lautet seine Devise. Er tut etwas, was der sozialistische Kanoniker und Altvater Lenin wohl die Bildung einer „Plattform“ genannt hätte. Er nimmt neben Kirchner zwei Mann zusätzlich ins Boot. Genauer gesagt, sind es zwei Frauen, die als Garnitur zur Unterschrift des Briefes hinzugenommen werden. So geht der „Brief aus Weimar“ in die Welt des parteilich organisierten christlichen Sozialismus.

Nun kommt aber, was kein Kirchner und kein MfS planen kann (zumindest gibt es hierüber offensichtlich nichts Schriftliches zu finden. Ich gebe gern zu, dass ich vergeblich danach gesucht habe ...): Das Oberkommando der Ost-CDU versucht, die Verbreitung des Briefes aus Weimar zu unterdrücken. Doch Müller weiß Rat: Er schiebt das Pamphlet an die Westpresse durch. Jetzt ist es mit großem Tamtam in der Welt. Rettet die DDR.

An diesem Vorgang finde ich nur wenige Dinge bemerkenswert. Erstens: Ich kann, ich sagte es bereits, nicht herausfinden, an welcher Stelle die Steuerung durch das MfS abbricht. Zweitens: Die Auswirkun-

gen auf die wenigen beteiligten Personen der CDU, sie mutieren vom frommen, man kann auch sagen: stromlinienfrommen DDR-Bürger zu Einheitsrevolutionären. Nun mag man einwenden: Wen juckt es, wann die DDR-Geheimpolizei ihren steuernden Einfluss verlor? Doch ganz so gleichgültig erscheint mir dies nicht. Der Umstand, Spitzenfunktionäre an der geheimdienstlichen Angel zu haben, kann im Chaos eines untergehenden Staatsschiffs ein wertvoller Rettungsanker sein. Er birgt die Möglichkeit, den einst verpflichteten Spitzel auch in der Folge zum Wohlverhalten zu pressen. Zunächst ist dies nur eine Möglichkeit, die nach dem Bauchgefühl funktioniert, dann kommt der eigentliche Hammer, wird doch das Erpressungspotential in der erweiterten Bundesrepublik in Gesetzesform gegossen.⁶⁴ Mit dem Stasi-Unterlagengesetz entsteht eine Art Schuld-und-Sühne-Recht, denn hiernach werden – und man muss hinzusetzen: werden allein – das MfS und seine ehemaligen Mitarbeiter und Agenten zu Unpersonen gemacht. Das eröffnet in Neufünfland ein weites Feld. Es wird von Häme, Duckmäusertum und Denunziation beherrscht. Weiße Westen und Persilscheine werden wieder begehrte Gegenstände und entsprechende Handelsware. Davon sogleich mehr.

Aber auch das Wendepersonal selbst ist eine genauere Betrachtung wert. Von Kirchner war bereits die Rede – er wendet quasi auf dem Absatz: vom DDR-Animateur für positive Kräfte zur Erhaltung des Sozialismus hin zum revolutionären Spitzenstar zur Abschaffung der DDR. Das ist ein rasanter Gesinnungswechsel. Kommt er selbst auf diesen Gedanken und schwimmt demnach seinen geheimpolizeilichen Auftraggebern davon? Oder hatten seine geheimdienstlichen Vorleute diese Idee? Ich vermag es nicht zu sagen.

Beim Herumbohren im Restmüll des MfS stoße ich bei der einschlägigen Stasi-Akten-Behörde immer wieder auf dort angelandete Unionsfreunde, denen ich nicht über den Weg traue, denn ich lese in deren Büchern mit steigendem Missbehagen, dass sie aus einem Fundus von MfS-Unterlagen zitieren, die sie als ihr „Privatarchiv“ bezeichnen.⁶⁵ Dinge dieser Art können nach meiner Einschätzung nur Beutestücke aus dem Wendechaos sein, und was sie trotz anderslautender Gesetzeslage in den Händen dieser Leute zu suchen haben, bleibt mir rätselhaft. Es erfasst mich ein gelindes Grausen über die Aussagekraft dessen, was dieses Personal von sich gibt, wenn es den staatsoffiziellen Hut aufhat und mir in

⁶⁴ Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz/StUG) vom 20. 12. 1991, Bundesgesetzblatt Teil I, S. 2272, später vielfach geändert.

⁶⁵ Z. B. Neubert: Ein politischer Zweikampf, S. 252, Fn. 1: „BV (Bezirksverwaltung des MfS) Erfurt, Leiter, 27. 9. 1989, Tgb. Nr. 563/89, S. 24, gezeichnet Schwarz, Generalmajor, ohne Kennzeichnung des BStU, Bestand Neubert, Akte DA-MfS.“

etlichen Fällen auf Anfrage mitteilt: „keine Erkenntnisse“. Auch davon werden noch Kostproben zu lesen sein.

Neben Kirchner, der im August 1990 als Spitzel auffliegt, sind da noch die anderen drei aus dem Brief aus Weimar. Den Briefeschreiber Gottfried Müller habe ich oben schon genannt. Der „Glaube + Heimat“-Redakteur wird als „mutiger Revolutionär“ einer der Spitzenleute der Ost-CDU, Minister unter de Maizière und ab September 1990 thüringischer Abgeordneter und sogar Landtagspräsident. Von den zwei mitunterzeichnenden Frauen ist Christine Lieberknecht⁶⁶ erwähnenswert. Die Pfarrerin aus einem Dorf nördlich von Weimar schafft es nach der Wende auch gleich in den Landtag, wird im ersten Kabinett Ministerin und zwingt durch einen provokativen Rücktritt den ersten Ministerpräsidenten, nämlich Josef Duhač, zu demissionieren. Davon gleich mehr.

Als das passiert, bin ich noch nicht im Ländchen, habe aber Anlass, die Dinge zu rekonstruieren, als diverse CDU-Granden mir ihre Lebensgeschichte aufdrängen – vielleicht ist es auch nur mein naives Aussehen, dass sie zum Reden veranlasst. Frau Lieberknecht jedenfalls, das sei zu ihrer Ehrenrettung gesagt, gehört nicht dazu. Ich sehe sie zwar ab und an und mache in meinem Tagebuch spitze Bemerkungen über den Umstand, dass sie sehr laut spricht und die seltsame Angewohnheit hat, die Sätze falsch zu betonen. Hier eine Kostprobe:

Dienstagabend war ein Empfang im Schloss Ettersburg. Ich war zum ersten Mal drin. Es befindet sich in einem entsetzlichen Zustand. Hinein soll in absehbarer Zeit eine Stiftung für Totalitarismusforschung. Sicher, sicher, das hat dem Land schon immer gefehlt. Das ist sicher noch eine gute Weile hin. So war der Abend anlässlich der 10-jährigen Maueröffnung wieder ein rechter Jammertermin. Fr. Lieberknecht als die Gastgeberin hielt eine wirre Einführung, Vogel die Hauptansprache, lustlos und folglich ohne Dinge, die man sich hätte merken müssen. Später waren ein paar „workshops“ organisiert. Ich ging in die Gruppe 9. November 1918/1923 – zwei Termine, die kaum zueinander passen. Was dort von einem Germanisten zum Besten gegeben wurde, war so lala. Die Diskussion später noch mehr. Sie wurde von Gabi Zimmer moderiert, einer führenden PDS-Genossin. Mit ihr und um mich herum eine Riege von Edelkommunisten. Da auch eine Reihe von Schülern anwesend war, mischte ich mich zwei-

⁶⁶ Christine Lieberknecht, geb. Determann (* 7. 5. 1958 Weimar), Pfarrerin, CDU-Politikerin. Seit 1981 Mitglied der CDU. Seit 1990 Mitglied des Landtages, zugleich nacheinander diverse weitere Staatsfunktionen, seit 2010 Ministerpräsidentin.

mal in die Debatte ein. Später saß ich dann mit Koeppen⁶⁷, dem Leitenden Oberstaatsanwalt von Gera, dem Verwaltungsgerichtspräsidenten von Gera und der OLG-Präsidentin von Naumburg zusammen. Das Gericht⁶⁸ gab mir einen guten Anknüpfungspunkt, um ein Gespräch über den bis kurz zuvor dort tätigen Herbert Rosendorfer⁶⁹ vom Zaun zu brechen, den die Dame kannte, und zwar schon aus ihrer Münchner Zeit; die Bücher kannte sie übrigens auch. Den zweiten Band der chinesischen Briefe beurteilten wir gleichermaßen als misslungen. Vom ersten sprachen wir nicht. Mir fällt eben jetzt ein, dass ich ihn DX verdanke. Was mag wohl aus der geworden sein? Den Umstand der Heirat habe ich noch mitbekommen, aber das ist nun schon viele Jahre her. Aus, vorbei.

Irgendwie wirkt die Dame Lieberknecht wie die ewige Frau aus der zweiten Reihe. Doch der Dolchstoß in Sachen Duhač sollte einen zur Vorsicht mahnen, ebenso die Verhinderung eines Ministerpräsidenten Böck, die ihr nachgesagt wird. Offenbar kann sie abwarten. Ihre Stunde kommt, als der von Gottes Gnaden oberste Thüringer 2009 die Landtagswahl verzeigt, nachdem er eine Frau auf einer Skipiste in Österreich zu Tode gerast hat. Seine braven Satrapen verkünden zwar dem für blöd gehaltenen Wahlvolk, dass das jedem von uns passieren könne, aber die undankbaren Wähler sehen dies diesmal anders und wählen ihn mitsamt seiner CDU ab – denken sie wenigstens. Bis dahin ist es jedoch noch ein langer Weg; jedenfalls für mich – und ein mittellanger für den Leser, der an dieser Stelle hoffentlich immer noch geduldig ist.

Heiden und Christen

Wie mich mein Tun in Bonn in Thüringen einholt

Bevor ich zusammen mit den Lesern dem auf der Straße den Riechheimer Berg hinabdieselnden Abgeordneten Willibald Böck weiter nachblicke und seinen Versuch beschreibe, die Macht in Thüringen an sich zu reißen, werde ich ihnen einen Exkurs zumuten müssen:

67 Arndt Koeppen, Justizjurist. In den 1990er Jahren in leitender Funktion in der Staatsanwaltschaft.

68 Gemeint ist das OLG Naumburg in Sachsen-Anhalt.

69 Herbert Rosendorfer (* 19. 2. 1934 Gries b. Bozen/Südtirol), Justizjurist, Schriftsteller. Bis zur deutschen Einheit Amtsrichter in München, sodann bis zu seiner Pensionierung 1999 Richter am OLG Naumburg. Seit Jahrzehnten bekannter Autor von Romanen und Erzählungen.

Das Land Thüringen wird im September 1990 wiedergegründet und mit ihm zur selben Zeit die anderen vier Länder von Neufünfland. Beim staatsrechtlichen Prozedere habe ich im Sommer 1990 Pate gestanden. Mein Arbeitsplatz ist dazu angetan; es ist die Arbeitsgruppe im Bundesinnenministerium, betitelt als „Staatsrecht und Staatsorganisation“. Sie erledigt ziemlich geräuschlos im Windschatten der großen Reden der politischen Kaste das staatlich-operative Handwerk der Wiedervereinigung.

In der Rückschau ist mir vor allem der ungeheure Termindruck erinnerlich, oft auch die Ratlosigkeit, aber ebenso der klare Wille, die „große Politik“ aus diesem komplexen Gebäude so weit wie möglich herauszuhalten; wir wollten nämlich verhindern, dass der Kern der Sache bis zum Sankt Nimmerleinstag zerredet wird. Sicher, es klingt wie ein schlechter zynischer Witz, dass ein knappes Dutzend Beamter dort Weichen stellt und niemand aus dem aufgeregten Bonn hinschaut. Mein Tagebuch weist aus, dass wir in wechselnden Besetzungen bis in die Nächte hinein abseits der Telefone (Handys gibt es in dieser Zeit zum Glück noch nicht) auf der Terrasse eines seitab gelegenen Lokals, der „Siegfähre“, auf der anderen Rheinseite beisammensitzen und das Notwenige erdenken und formulieren. So entstehen Änderungen des Grundgesetzes und andere Dinge, die man bei der Lektüre des Einigungsvertrages noch heute nachlesen kann.⁷⁰ Diese Gesetzesformulierungen sind kein juristischer Selbstzweck, sondern sie ordnen die deutsche Staatswirklichkeit für die Zukunft. Auch die Existenz der neuen Bundesländer.

Wer aber ist hier „wir“? Im Februar 1990 ergeht eine kurz gefasste, unmissverständliche Order an eine Reihe von Beamten des Bundesinnenministeriums, alle sind Mitte 30 bis Anfang 40, mit Tagesfrist den angestammten Arbeitsplatz zu verlassen und sich in zwei verschiedenen Arbeitsgruppen einzufinden. Die eine Arbeitsgruppe heißt „Deutsche Einheit“; ihr obliegt die Koordinierung der Tätigkeit der Bundesregierung für den gesamten Wiedervereinigungsvorgang. Die andere nennt sich „Staatsrecht pp.“ und macht die staatlich-operativen Hausaufgaben des Innenministeriums. Zur letztgenannten, wie schon gesagt, gehöre ich. Es ist ein ziemlich bunt zusammengewürfelter Haufen. Alle neuen Kollegen sind wie ich Juristen, zum Teil kennt man sich von den großen Gesetzgebungsvorhaben des Hauses aus den letzten Jahren, aber keiner ist, wenn man so will, vom Fach.

Die Deutsche Einheit, das war bis zum November 1989 irgendein Merksatz, der, sieht man einmal vom unappetitlichen Gefangenenfrei-

⁷⁰ Ich erspare mir und damit dem Leser hier die Einzelheiten. Sie sind in dem einschlägigen Dünndrucktextband von C. H. Beck auf den ersten 931 eng beschriebenen Seiten nachzulesen, vgl. Stern u. a.: Einigungsvertrag, passim.



Guck mal wie lustig – oder: Rette sich, wer kann: Bilder, die während der Besetzung der MfS-Bezirksverwaltung in der Andreasstraße in Erfurt am 4. Dezember 1989 aufgenommen werden. Sie sagen mehr über die Aussagekraft der Stasi-Akten, als alle Worte dies vermögen (Fotos: Wolfgang Hase).

kauf ab⁷¹, kein Gegenstand der Bonner praktischen Politik war. Dergleichen fand in den Exotenecken des Innerdeutschen Ministeriums und im Kanzleramt statt. Soweit das Innenministerium überhaupt eine Zuständigkeit beanspruchte, ging es um die innerdeutsche Elbegrenze und den schwarz-rot-gelben Anstrich der Grenzpfähle.

Die einschlägige Arbeitseinheit lag im Dornröschenschlaf. Als die Deutsche Einheit nicht wie der Kuss des Prinzen, sondern wie ein Tritt in den Hintern fürs Aufwachen sorgte, meldeten sich die Amtsinhaber einer nach dem anderen krank. Wenn uns Neue etwas einte, so war es dies: Wir wurden mitten aus einer aktuellen Arbeit gerissen, waren erfahren im Stress des Bonner Gesetzgebungsgeschäfts mit seinen zahlreichen widerstrebenden Interessen und galten alle irgendwie als Macher, die vor der Arbeit nicht zurückscheuten. Wir fanden uns rasch zusammen. Und wir waren uns einig: Das, was wir tun, ist für unser Land die Chance des Jahrhunderts und wir werden sie nutzen. Wir würden allerdings nur erfolgreich sein, wenn wir die Sache übers Knie brechen. Das bedeutete: Heraushalten der Mitredner und Bedenkenträger; für letztere musste allerdings eine Spielwiese her, auf der sie sich austoben konnten.

Ein solches Thema war bald gefunden. Es war die Abtreibung. Zur Erinnerung: Abtreibungsrecht Ost und Abtreibungsrecht West lagen um Meilen auseinander; hinzu kam, dass der in der Debatte West unterlegene Teil der politischen Kaste West stark mit dem Abtreibungsrecht Ost liebäugelte und über den Umweg der Deutschen Einheit seinen alten Standpunkt neu zu beleben trachtete. Aus meiner Sicht war das wirklich ein gutes Thema: Jeder konnte mitreden, alle waren beschäftigt. Zudem wusste jeder, der sich ernsthaft mit der Einheit befasste, dass das Offenlassen dieser Frage die Einheit nicht würde aufhalten können. Und so kam es denn auch.

Mit einem allerdings hatte keiner gerechnet. Im letzten Moment im Sommer 1990, als wirklich alles unter Dach und Fach schien, kam ein ganz anderer Streit auf. Wohin mit den Stasi-Akten? Dem war ein bemerkenswerter Vorgang von beträchtlicher Eigendynamik vorangegangen: Die Besetzung der Stasi-Zentralen im Dezember 1989 und Frühjahr 1990. Es war eine bunte Mischung von Revoluzzern jeglicher Schattierung einschließlich ehemaliger hauptamtlicher Geheimpolizisten und Spitzel, die dort unter der Gattungsbezeichnung „Bürgerrechtler“ ihrem Handwerk nachgingen, das je nach Ambition auf Ausdünnung bzw. Konservierung des papierenen Schatzes gerichtet war.

Als sich die DDR im Spätsommer 1990 ihrem Ende zuneigte, stellten die Besetzer sich und anderen die bange Frage, was nun werden würde.

71 Ich habe die Praxis des Gefangenenfreikaufs in dem Buch „Im Visier der Geheimdienste“ beschrieben, a. a. O., S. 397 ff.

Sie erhielten die zutreffende Antwort: Das alles verschwindet im Bundesarchiv. Von Stund' an rotteten sich in der DDR bärtige Menschen zusammen, um gegen die schreiende Ungerechtigkeit zu protestieren, dass in einem geordneten Gemeinwesen Akten aufgelöster Behörden dahin wandern, wo sie hingehören, nämlich ins Archiv. Vom MfS gab es nur noch dessen Akten. Sie zu beherrschen war das letzte, was den Mächtgern-Revolutionären geblieben war. Das Hassobjekt war zum Kuscheltier geworden.

Ihr Protest hatte Erfolg. Denn die an der Regierung befindlichen Ost-Blockflöten hatten ein schlechtes Gewissen und westliche Ignoranten hielten das Spektakel fälschlich für den Willen des Volkes. So kam es in den letzten Minuten der DDR am 19. September 1990 zur grandiosen Mumifizierung der Stasi-Akten unter einem speziellen Beauftragten und ein Extra-Staatsvertrag mit der Bundesrepublik musste her⁷², um den gesamtdeutschen Staat daran zu binden. Nichts bringt den Fetischcharakter der Stasi-Akten besser zum Ausdruck als die Regelung, dass diese Akten im Gebiet der ehemaligen DDR bleiben müssen.

Ich erwähne diesen Vorgang hier deswegen so ausführlich, weil er mir in dem Moment, als er passierte, als kaum erwähnenswertes Kuriosum auffiel und von mir nur deswegen misstrauisch beäugt wurde, weil ich befürchtete, dass die Sache Schule machen könnte und um fünf vor zwölf weitere Bausteine aus dem mühsam aufgetürmten Einigungsvertrag herausgesprengt werden könnten, womit dann das Ganze ins Wanken kommen konnte. Das war dann zum Glück nicht der Fall.

Doch das Ergebnis dieser Extratour war auch so schon schlimm genug. Es wurde eine künstliche Wirklichkeit von Tätern und Opfern der DDR-Diktatur geschaffen, die um Meilen neben der Wirklichkeit lag: Die Verstrickung mit der DDR-Geheimpolizei (= Täter) und die Bekämpfung durch diese (= Opfer) ist nichts weiter als eine geschichtsklitternde Grotteske. Das MfS war Büttel eines Systems und nicht dessen Befehlsgeber, es war nichts weiter als „Schild und Schwert der Partei“. Die Fokussierung auf das MfS zur Unterscheidung von Gut und Böse ist weniger als die halbe Miete. Sie lässt die vielen beiseite, die das Sagen hatten und die noch viel größere Zahl der anderen, die aus welchem Grund auch immer das System förderten und voller Überzeugung bei ihren Mitmenschen Schaden stifteten – und das alles, ohne dem verhassten MfS-Apparat anzugehören.

Wozu diese scheinbar theoretischen Erörterungen? Die formale Zweiteilung in „MfS-belastet/nicht belastet“ macht einen willkürlichen

72 Artikel 1 der Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung und Auslegung des Einigungsvertrages vom 19. 9. 1990, Bundesgesetzblatt 1990, Teil II, S. 1239.

Schrägschnitt durch die ehemalige DDR-Bevölkerung. Die Zweiteilung tritt im Jahre 1990 ihren Siegeszug an. Sie hat schreckliche Folgen für den Angleichungsprozess in Ostdeutschland. Ich bekomme in den folgenden zehn Jahren reichlich Gelegenheit, sie aus zwei unterschiedlichen beruflichen Perspektiven, jedoch beide Male aus größter Nähe zu beobachten.

Doch aufgemerkt. Dies ist keine Erkenntnis des Jahres 1990. Während ich staunend betrachte, wer sich ab Oktober 1990 alles öffentlich brüstet, die Deutsche Einheit zustande gebracht zu haben, ist das Gefühl bei mir bereits im September eher die Erleichterung, dass der Terminstress abflaut, und auch die Freude darüber, dass diese Mühe zum erwünschten Erfolg geführt hat. Indessen: Zum Hängenlassen bleibt nicht viel Zeit, denn ich werde Anfang Oktober 1990 ins Bundeskanzleramt abgeordnet, wo ich nun aus nächster Nähe mitbekomme, wie sich das, was meinesgleichen in Einigungsvertrag und Grundgesetz an Staatsorganisatorischem untergebracht haben, in der Praxis auswirkt.

Der Bundestag wird bis zu den ohnedies anstehenden Neuwahlen um Abgeordnete der Volkskammer ergänzt und die Bundesregierung um fünf Minister „ohne Geschäftsbereich“ verstärkt. Ich nenne hier die Namen, an die sich vermutlich kaum noch einer erinnern mag: Da sind Lothar de Maizière⁷³, der letzte Ministerpräsident der DDR, Günter Krause, der DDR-Verhandler des Einigungsvertrages, Sabine Bergmann-Pohl, die letzte Volkskammerpräsidentin, Rainer Ortleb, der letzte Fraktionsvorsitzende der Liberalen, die dann bei der FDP ein ungeliebtes zu Hause finden, und ein Mann namens Walther⁷⁴, der aus der DSU, einem CSU-Ableger, stammt. Was genau ihre Aufgabe sein soll, bleibt ungeklärt. Immerhin nehmen diese Fünf an den Sitzungen des Bundeskabinetts teil und beziehen ein westdeutsches Ministergehalt. Wenigstens mit Letzterem kann man etwas anfangen.

Interessant ist für mich, wie es im Kreise der CDU-Hofschränzen gärt. Noch ein gutes Jahr zuvor hatte es in der westdeutschen Partei ganz anders ausgesehen. Da war eine Art Götterdämmerung eingetreten. Viele rechneten damit, dass Kohl & Co eine weitere Bundestagswahl nicht mehr stemmen würden. Jetzt war man auf Siegerkurs eingeschwenkt. Verständlich, denn Kohl nahm mit einer ordentlichen Portion Berech-

73 Lothar de Maizière (* 1948 Nordhausen), Rechtsanwalt, CDU-Politiker. Seit 1975 Rechtsanwalt. November 1989–Oktober 1990 Vorsitzender der Ost-CDU. 1990 Mitglied der Volkskammer, 17. 4.–2. 10. 1990 letzter Ministerpräsident der DDR. Sodann bis 1991 Mitglied des Bundestages und Oktober–Dezember 1990 Bundesminister.

74 Prof. Dr. Hansjoachim Walther (16. 12. 1939 Bütow/Hinterpommern – 17. 1. 2005 Stützerbach/Thüringen), Mathematiker, Hochschullehrer. 1990 Mitglied der Volkskammer, sodann des Bundestages. Oktober 1990–Januar 1991 Bundesminister ohne Geschäftsbereich. Später bis zu seinem Tod Lokalpolitiker im Ilmkreis.

tigung für sich in Anspruch, den Mantel der Geschichte ergriffen und Deutschland in die Einheit geführt zu haben. Sicher spielte auch die Schwäche der Opposition eine Rolle, doch davon soll an dieser Stelle nicht die Rede sein.

Mir fiel auf, dass sich die Siegerattitüde des Wahlkämpfers Kohl aufs Parteivolk ausbreitete; dort allerdings sprach man von sich selbst als von den Siegern der Geschichte. Das ist etwas ganz anderes und rief bei mir Beklemmungen hervor, weil es bei so vielen Siegern auch eine bemerkbare Zahl von Verlierern geben muss. Den ersten davon sollte ich in den nächsten Tagen kennen lernen. Der Leser vermutet richtig, es geht um den Fall des Lothar de Maizière, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes um seinen Fall.

Lothar de Maizière war zur Wende in der DDR Vorsitzender der Ost-CDU geworden und nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 Ministerpräsident.⁷⁵ Mit Anstand löste er die DDR auf und überführte das Land in die Bundesrepublik. Das wurde ihm wenig gedankt. Zwar wurde er, wie schon erwähnt, als eine Art Gratifikation am 4. Oktober 1990 zum Bundesminister für besondere Aufgaben ernannt, aber im Bonner Kanzleramt, wo er residierte, sprach das eingeborene Personal, wenn er nicht in Hörweite war, nur von „Die Misere“, wenn man ihn meinte. Man konnte also die Uhr danach stellen, wann er wohl abgeschossen werden würde.

Der „Spiegel“ gab dann am 10. Dezember 1990 die erwartete Salve ab, als er eine Karteikarte des MfS präsentierte, die de Maizière als „IM Czerni“ bezeichnete.⁷⁶ Das war's; am 19. Dezember 1990 trat de Maizière zurück.⁷⁷ Dieser Rücktritt war ein erstrangiger Skandal. Der Ex-Ministerpräsident ein Spitzel. Es ist klar, dass nun Herr Jedermann sein Verschwörungsspinnrad ans Laufen bringen konnte. Der Phantasie waren keinerlei Grenzen gesetzt.

Doch wie wäre es mit der Fragestellung, ob der „Spiegel“ hier vielleicht durch eine schlampige Recherche einen honorigen Lebenslauf zerstört hat? Auf die Idee könnte man kommen, wenn man die bekannten Fakten aneinanderreicht. Einen „IM Czerni“ (auch „Czerny“ oder „Cerny“) hatte es in der Tat gegeben, als Aktenvorgang, der genau ein Jahr zuvor, im Dezember 1989, vernichtet worden war. Dieser Aktenvorgang eines IMB, also eines Agenten mit Feindberührung, wie es im MfS-Deutsch hieß, war sehr wahrscheinlich auf Lothar de Maizière zu-

75 Deutscher Bundestag: Politisches Geschehen 1990, S. 98.

76 O. Verf.: Ehrlich, treu, zuverlässig, S. 34.

77 Müller-Enbergs u. a.: Wer war wer, S. 547 f.; O. Verf.: Lothar de Maizière; Schlegel: Lothar de Maizière, S. 171–174.

geschnitten. Er war in der DDR in der Tat ein interessanter Mann, als Anwalt und auch als Kirchen- und Parteifunktionär.

Wie kam der „Spiegel“ nun zu seiner Meldung? Er hatte einen Kronzeugen zu bieten, den ehemaligen Führungsoffizier von de Maizière, einen Ex-Major der Staatssicherheit namens Edgar Hasse. Etwas präziser hätte man vermutlich formulieren müssen: den angeblichen Führungsoffizier von de Maizière, doch dann wäre die Story keine Story mehr gewesen. Gräbt man im Leben des Denunzianten Hasse ein wenig nach, so stößt man auf ein herbes Detail. Der Mann wurde 1988 aus seiner Dienststellung als stellvertretender Referatsleiter und Führungsoffizier in der „Linie XX“ (Untergrund) entfernt. Auch er ein Opfer der bösen Stasi? Oh nein, er hatte gegen die Aktenordnung verstoßen, auf Deutsch: er hatte nach Auffassung seiner MfS-Kontrolleure Vorgänge getürkt. Er hatte, wie man beim Geheimdienst sagt, „tote Seelen“ geführt.⁷⁸ Bleibt bei de Maizière die Frage: War er eine solche „tote Seele“? Und hat er nun oder hat er nicht? Die Antwort bleibt dem Leser überlassen. Wer der Meinung ist, dass eine Meldung im „Spiegel“ ausreicht, der wird sein Urteil vollmundig sprechen. Wer indessen der Auffassung ist, dass eine Karteikarte, die im Jahre 1990 jedermann mit einer ausrangierten Erika-Schreibmaschine ausfüllen konnte, und die Aussage eines geschassten MfS-Offiziers in einem Rechtsstaat den Grundsatz des Unbescholten-seins nicht aushebeln sollten, der wird in der Causa de Maizière eher Zurückhaltung üben, vielleicht auch empört sein.

Gewiss waren mir im Dezember 1990 diese Dinge keineswegs in der soeben beschriebenen detaillierten Form klar. Dass hier etwas nicht astrein lief, allerdings schon. Ich treffe mich mit meinen beiden alten Kumpels Klaus Grotefeld und Norbert Jung aus der Abteilung Innere Sicherheit. Grotefeld ist soeben aus Ost-Berlin zurück, wo er sich um die Sicherstellung von MfS-Hinterlassenschaften zu kümmern hat, der nun endgültig aus der Hand selbsternannter Bürgerbewegter in Staatshand übergeleitet werden soll. In seinem Raritätenkabinett befindet sich zu Vergleichs- und Beweiszwecken praktisch alles, was die DDR-Geheim-polizei an Formblättern, Stempeln und Schreibutensilien benutzt hatte.

Wir diskutieren die Fragwürdigkeit der „Spiegel“-Berichterstattung und malen uns halb im Spaß, halb im Ernst aus, was wohl passiert, wenn jemand eine einschlägige MfS-Spitzelnotierung für den „Spiegel“-Großinquisitor Rudolf Augstein herstellt und an einem Ort verliert, wo man dergleichen wiederfinden muss. Einer der beiden Freunde sagt: „... oder wenn de Maizière sie morgen in einer Pressekonferenz präsentiert.“ Der andere meint: „Dann doch wohl besser eine Karteikarte von Helmut Kohl.“ Wir lachen.

78 BStU: Hasse: Kaderakte.

Die Leichterregbaren mögen sich wieder beruhigen. Es kommt nicht dazu. Es bleibt ein Gedankenspiel, das nun über zwanzig Jahren zurückliegt, und wir reden nie wieder darüber. Wozu auch. Am selben Nachmittag betrete ich im Kanzleramt das alte Palais Schaumburg. Hier im ehemaligen Vorzimmer des berühmten Kanzleramtschefs Hans Globke⁷⁹ sehe ich die Herren Minister de Maizière, Ortleb und Walther beieinandersitzen. Die Stimmung ist etliche Grade unter null. Ich frage etwas scheinheilig, ob das solch eine Karteikarte ist, die im „Spiegel“ abgedruckt wurde, und ziehe sie aus der Jackentasche. Es ist ein Blanko. Ortleb und de Maizière reagieren überhaupt nicht. Walter greift nach der Karte. Ich überlasse sie ihm und trolle mich. Beim Verlassen des Zimmers meine ich, in seinen Augenwinkeln ein Lächeln zu sehen, aber vielleicht habe ich mich auch nur getäuscht.

Christen und Heiden Wie ich in den Müllbergen der Diktatur nach der Gegenwart suche

Aus Bonn am Rhein reisen wir in Gedanken im Sauseschritt zurück nach Thüringen. Dort entsteht zur gleichen Zeit, als de Maizière in Bonn platt gemacht wird, ein neues Bundesland. Ein Landtag ist gewählt worden, das politische Thüringen nimmt Fahrt auf. Als ich dreieinhalb Jahre später in Erfurt meinen Dienst anrete, hat die politische Arbeit in Thüringen bereits sehr konkrete Formen angenommen, in denen ich mich nur schwer zurechtfinde. Es sind nicht nur der scharfe Ost-West-Gegensatz und das permanente Missbehagen, was einem als Repräsentant einer Institution entgegenschlägt, die viele schlecht einschätzen können, viel unangenehmer ist das Klima permanenten Misstrauens, in dem jeder gegen jeden agiert. Das ist ein schweres Erbe aus 40 Jahren Diktatur.

Ich tue mich schwer, in einem derartigen Umfeld sesshaft zu werden. Als ehemaliges Flüchtlingskind bin ich viel herumgekommen und habe nie irgendein spezielles Heimatgefühl entwickelt, das mir jetzt im Wege stehen könnte. Ich traure nicht dem rheinischen Singsang nach und schon gar nicht den alltäglichen Berliner Frechheiten. Doch das hier ist mehr als nur gewöhnungsbedürftig. Unter Menschen mit permanenter

⁷⁹ Hans Globke (16. 9. 1898 Düsseldorf – 13. 2. 1973 Bonn), Verwaltungsjurist. Nach dem Abitur 1916–1918 Kriegsdienst. Sodann Jurastudium und beide Staatsexamina. 1929 Eintritt ins preußische Innenministerium. später in den 1930/40er Jahren Beamter im Reichsinnenministerium; in dieser Zeit einer der Mitverfasser eines juristischen Kommentars zur Rassegesetzgebung des NS-Staats (Wilhelm Stuckart/Hans Globke: Kommentar zur deutschen Rassengesetzgebung. München 1936). 1949 Berufung ins Bundeskanzleramt, ab Herbst 1953–1963 dessen Chef.

Angst zu leben, ist keine Freude. Wovor fürchten sich diese Leute? Das herauszufinden, erscheint mir nahezu unmöglich, denn es würde voraussetzen, dass man miteinander spricht. Doch genau das ist es, was der berühmte Herr Jedermann vermeiden möchte.

Da ich hartnäckig bin, versuche ich gegenzusteuern, versuche, Leute in Gespräche zu verstricken. Mein Tagebuch gibt Auskünfte über mein alltägliches Tun:

Guter Umtrunk, dennoch seltsam distanzierte Gespräche; vielleicht frage ich einfach zu wenig. Auch so ein irres Erlebnis: Treffte morgens an der Haltestelle auf Fr. O. Nur mühsam einige Worte gewechselt, dann stellt sie sich in der Straßebahn so hin, dass sie mir praktisch den Rücken zuwendet. Wie soll man da jemanden ansprechen?

Bezeichnend mag auch diese Eintragung sein, die ich notiere, nachdem ich den Leiter der Landeszentrale für politische Bildung aufgesucht habe:

Dienstagmorgen traf ich erstmals mit Siegel, dem Leiter der Landeszentrale für politische Bildung zusammen. Wir kennen uns irgendwie vom Sehen. Haben etwas Schwierigkeiten, einen Gesprächseinstieg zu finden. Bei ihm im Büro herrscht die ostdeutsche Wärme, dass mir beinahe der Schweiß ausbricht. ... [Es folgen einige Bemerkungen, über Bücher, die von der Landeszentrale vertrieben werden.] Zu Siegel⁸⁰: Er entstammt hier irgendwo aus dem Erfurter Umfeld. Wie das für einen Hiesigen üblich ist, gab er über sich selbst nichts zum Besten, bestätigte nur, was man ihm in Frageform vorhielt. Wie ich das bis zum Erbrechen kenne. Sein Wendeengagement fand im Demokratischen Aufbruch [DA] statt. Von da ist er vermutlich zur CDU abgewandert. Meine Frage, wieso der DA speziell in Erfurt so stark gewesen ist, beantwortete er sehr unklar und mit vagen Hinweisen auf Edelbert Richter, der jetzt Bundestagsabgeordneter der SPD ist und öffentlich vertritt, man solle gemeinsame Sache mit der PDS machen. Andreas B. kennt er nicht, sagt er. Ach ja, und dann rutscht es ihm heraus, dass er selbst beinahe Bundestagskandidat der CDU geworden wäre; nur mit 15 Stimmen sei er,

80 Michael Siegel, Landesbediensteter. In der DDR Wehrdienst als Bausoldat. Im Wendeprozess Mitglied des Demokratischen Aufbruchs, später der CDU. In den 1990er Jahren Direktor der Landeszentrale für politische Bildung. Später Geschäftsführer der landeseigenen „Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung“, Ehrenmitglied des Beirats Prof. Dr. Bernhard Vogel.

der Außenseiter, dem altgedienten Norbert Otto⁸¹ auf dem entsprechenden Wahlparteitag unterlegen.

Mit diesem letzten Satz hat mein Gesprächspartner einen interessanten Punkt berührt, den ich erst allmählich zu begreifen lerne. Er betrifft die CDU. Diese besteht in Thüringen praktisch aus mehreren scharf voneinander abgegrenzten, sich auch gegeneinander abgrenzenden Teilen: da sind die Blockflöten der Ost-CDU, daneben die ehemals politisch unorganisierten Kräfte, die im Wendegeschehen eigene Gruppen und Grüppchen bilden und dann im Verlauf des Jahres 1990 zur CDU stoßen, und schließlich Westimporte aus dem Rheinischen, aus Bayern und aus Hessen. Die Gruppen liefern sich bemerkenswerte Auseinandersetzungen. Die ehemals in den Wendegrüppchen organisierten, vorwiegend kirchlich gebundenen Leute verschwinden als Erstes. Von den beiden anderen wird noch zu reden sein.

Die CDU geht 1990 in Thüringen als Wahlsieger aus den Landtagswahlen hervor, und das, obwohl kluge Wahlprognostiker für das einst „rote Thüringen“ ganz anderes vorhergesagt haben. Sie haben nicht einkalkuliert, was Helmut Kohls leichtfertiges Versprechen von den „blühenden Landschaften“ in den Köpfen bewirkt hat.

Aus der Nähe betrachtet, ist das Wahlergebnis wirklich kaum zu begreifen und wird es in den folgenden zwei Jahrzehnten immer weniger. Vor allem, wenn man es unter dem Gesichtspunkt der Repräsentanz betrachtet. Thüringens Bevölkerung mit den etwas über zwei Millionen Einwohnern ist weitgehend atheistisch oder, wie es in der beschönigenden Sprache der Statistiker ausgedrückt wird, konfessionslos.⁸² Nur ein kleiner Teil der Einwohner gehört einer christlichen Kirche an und von diesen ist ein verschwindend kleiner Teil römisch-katholisch. Wie anders sieht dagegen die politische Repräsentanz aus. Überspitzt formuliert regiert über Jahre hinweg eine Clique rheinischer Katholiken eine geduldige Schafherde von Gottlosen.

Der erste Ministerpräsident in Thüringen heißt Josef Dučač, ein Katholik und Produktionsleiter im Gummiwerk Waltershausen. Nach der Wende CDU-Kreisvorsitzender in Gotha, was bekanntlich dazu prädestiniert, in Erfurt Ministerpräsident zu werden. Nein, das ist natürlich

81 Norbert Otto (* 6. 1. 1943 Erfurt), Straßenbauingenieur, CDU-Politiker. Seit 1964 Mitglied der CDU. Bis 1990 Abteilungsleiter für Straßenbau beim Magistrat der Stadt Erfurt. 1990 Mitglied der Volkskammer, sodann 1990–2002 des Bundestages, zugleich kommunale Funktionen in der Stadt Erfurt. Betätigt sich später als bedeutender Aphoristiker: „Die Botschaft, die der Papst mitbringt, ist viel mehr wert als das Geld, das wir hier ausgeben“ (TA vom 15. 8. 2011).

82 Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch 1993, S. 34, 38.

Unsinn. Hier ist der Zufall im Spiel, der den Namen Staatssicherheit trägt.

Zunächst gibt es nämlich einen neuen, einen ersten CDU-Landesvorsitzenden mit Namen Uwe Ehrich.⁸³ Der kennt Ducháč aus gemeinsamen Parteischulungen und beruft ihn in eine Parteikommission, denn Ducháč, der Gummiwerker, versteht was von Wirtschaft. Für das Amt eines Landesbevollmächtigten im entstehenden Land Thüringen sieht Ehrich einen anderen Parteifreund vor, nämlich Peter Schulze.⁸⁴ Doch Schulze wird bereits im Frühsommer 1990 wegen seiner Stasi-Beziehungen öffentlich für untauglich erklärt. Jetzt rückt am 10. Juni 1990 Josef Ducháč in diese Position.

Man wundert sich? Warum sollte man? In Berlin hat zu dieser Zeit die CDU unter Lothar de Maizière fest das Sagen. Doch auch Parteivorsitzer Ehrich übersteht als Stasi-Verdächtigter das Ende der DDR nicht. Die CDU geht auf Nummer sicher und lässt die evangelische Pfarrerin Christine Lieberknecht den Vorsitz verwalten. Sie gehört zu den vier Briefeschreibern aus Weimar. Plötzlich ist der Weg frei für Josef Ducháč. Unvermutet wird er, der Stasi sei Dank, Ministerpräsidentenkandidat. Wenn auch nicht ohne parteiinternen Widerstand. Doch der Gegner, Willibald Böck aus dem Eichsfeld, kann sich nicht durchsetzen, denn ihn wiederum verhindert Frau Lieberknecht. Ducháč rückt an die Spitze.

Nach dem Wahlsieg der CDU im Herbst 1990 amtiert in Erfurt Josef Ducháč als Ministerpräsident im soeben aus der Taufe gehobenen Bundesland. Im Gegensatz zu vielen seiner CDU-Mitstreiter in den gewendeten Verhältnissen ist er kein heimlicher Mitarbeiter der Staatssicherheit. Doch als über Ducháč verbreitet wird, dass er bei Betriebsfeiern des MfS den Pausenc clown gemimt habe, muss er gehen.⁸⁵ Im Landtag nahm er zu den Vorwürfen wie folgt Stellung:

Aber meine Damen und Herren, finden Sie nicht, dass es hundertmal besser ist, den Stasileuten Witze zu erzählen, als Ihnen [muss heißen: ihnen] geheime Berichte zu erstatten und Spitzeldienste zu leisten?⁸⁶

83 Uwe Ehrich, CDU-Politiker. In den 1980er Jahren Mitglied im Hauptvorstand der Ost-CDU. Im Sommer 1990 kurzzeitiger Vorsitzender der Thüringer CDU. Nach Stasi-Vorwürfen aus dem Amt gedrängt.

84 Peter Schulze, CDU-Politiker. Im Frühsommer 1990 kurzfristig Landesbevollmächtigter (Regierungschef) im entstehenden Land Thüringen. Nach Stasi-Vorwürfen aus dem Amt gedrängt.

85 Deutscher Bundestag: Politisches Geschehen 1990, S. 103; Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei, S. 287; Schönfelder: Aufstieg und Fall des Josef Ducháč.

86 Thüringer Landtag: Protokoll vom 12. 12. 1991.

Musste er also wirklich gehen? Das ist die große Frage. Hätte man jene Maßstäbe an ihn angelegt, die durch die Republik kurz darauf an dessen Ministerpräsidentenkollegen Manfred Stolpe im 250 Kilometer nordöstlich gelegenen Potsdam angelegt wurden, darf man dieses Gehenmüssen durchaus in Zweifel ziehen. Doch in Erfurt tickten die Uhren anders: Zwei Minister aus dem Kabinett Duchač traten aus Protest gegen den „Pausencdown“ zurück: der einstige bürgerbewegte Klaus Zeh⁸⁷ und die noch junge CDU-Altfrau Christine Lieberknecht. Stühlerücken macht knirschende Geräusche. Die Lage wurde für Duchač unhaltbar. Er trat zurück und musste sich fortan mit einer „Abfindung“ begnügen, nämlich mit dem Posten des Residenten der Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest. Immerhin.

Als diese Ereignisse stattfinden, lebe ich in einer anderen Welt. Von Berlin aus scheint mir Erfurt weit weg; Erfurt ist für mich einer dieser zahlreichen unerfreulichen Provinzorte in der ehemaligen DDR, in der es ein oder mehrere Grundstücke des gestrandeten Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) gibt, einige wenige aus einem Gesamtvolumen von gut 21 000 Liegenschaften, um deren weiteres Schicksal ich mich zu kümmern habe, denn ich betreibe in diesen knapp drei Jahren die Feststellung und Zerschlagung des FDGB-Vermögens. Das erscheint mir insofern erwähnenswert, weil ich in dieser Zeit aus dem Koffer lebe und die Politik fast ausschließlich über die Radionachrichten verfolge, die ich aus dem Deutschlandfunk und dem Deutschlandradio Berlin beziehe. Für Lokales ist da wenig Platz. Immerhin, den Ministerpräsidentenwechsel in Thüringen kriege ich mit. Über dessen Gründe allerdings wenig bis nichts. Ehrlich gestanden interessiert es mich auch nicht so sehr.

Das ändert sich mit meinem Standortwechsel in die mitteldeutsche Provinz. Ich wundere mich heute über meine Naivität, mit der ich in dieser Anfangszeit annehme, es sei bei diesem Machtwechsel in Erfurt alles mit rechten Dingen zugegangen. Noch ist meine fröhliche Übereinstimmung mit dem, was ich als Rechtsstaat kennen gelernt und verinnerlicht habe, einigermaßen intakt. Es ist der Glaube, dass unser Land über weitgehend vernünftige Regularien verfügt, deren Einhaltung sich notfalls auch erzwingen lässt. Ich lerne bald, dass dies ein Irrglaube ist, wenn man es mit einer politischen Kaste zu tun kriegt, die sich selbst von diesem Regelwerk freigestellt hat, weil sie den Staat als Selbstbedienungsladen nutzt.

87 Dr.-Ing. Klaus Zeh (* 16. 11. 1952 Leipzig), Informationstechniker, CDU-Politiker. In den 1980er Jahren Angestellter des VEB Mikroelektronik Erfurt. Während der Wende Mitglied des Demokratischen Aufbruch, sodann der CDU. 1990–2012 Mitglied des Thüringer Landtags, mehrere Ministerämter. 2012 Oberbürgermeister von Nordhausen.

Ich nehme, zunächst ohne das gezielt zu tun, Nachhilfeunterricht bei den Mitgliedern der politischen Elite des Landes. Ich will diese Leute hier einmal so nennen, obschon ich weiß, dass ich damit unnütz falsche Assoziationen wecke. Ich versuche, mich unaufdringlich zu verhalten, und gebe den Lernenden, was keiner Verstellung bedarf, denn das, was ich zu hören kriege, ist mir in der Tat neu.

Einer der Politiker, mit dem ich in diesem Zusammenhang zu tun bekomme, ist der Politiker Willibald Böck. Mit ihm habe ich das Kapitel über das Wirken der CDU in Thüringen eingeleitet. In meinem Dienstauftrag habe ich die Gespräche mit ihm aufgezeichnet. Ich bin mir klar darüber, dass ich in Böck einen Menschen vor mir habe, der mit der Wende in der Ost-CDU einen steilen Aufstieg genommen hatte und nach dem Absturz des CDU-Ministerpräsidenten Josef Duchač die Hebel der politischen Macht einen Moment lang in Händen hielt. Zu dieser Zeit war er Innenminister und Vorsitzender der CDU.

Dann allerdings macht Böck kurz hintereinander mehrere Fehler. Er glaubt, Einflüsterungen seiner Westberater trauen zu können. In einem schwierigen Moment wie diesem, so der Tenor dieser Einflüsterungen, müsse man sich einen, wie es so schön heißt, „unbelasteten Westpolitiker“ ins Land holen, um die anstehenden Probleme zu richten. Hierzu muss man die passende Person finden und auswählen. Böcks Beschreibung über den Ablauf der Kandidatenkür wäre es wert, als Lachnummer in einem Kabarettprogramm Eingang zu finden. Ich sehe sie vor mir, diese einst in der Republik klangvollen Namen, nunmehr mit leichtem Grauschleier, wie sie auf dem Flur vor dem Fraktionszimmer des Landtags mit feuchten Händen auf einem Stuhl hocken, um sich einer Befragung durch die von ihnen im tiefsten Innern verachteten Osis zu stellen.

Die Herren und Herrinnen dieses Verfahrens ahnen nicht, was sie tun, vielleicht sind sie auch zu naiv, um sich vorzustellen, dass alle diese Kandidaten, die im wahrsten Sinne des Wortes bereits einen Knick in ihrer Karriere aufzuweisen haben, eines mit Sicherheit nicht tun werden: ein Vertrauensverhältnis mit ihnen aufbauen, das auf Gegenseitigkeit beruht. Normal ist vielmehr das Gegenteil. Ein so und unerwartet wieder ins Amt Gelangter wird als Erstes eine Wagenburg errichten, um einen neuerlichen Absturz zu verhindern, und das bedeutet, er wird Vertrauenspersonen nachziehen und die Personen, von denen er neuerdings abhängig zu sein scheint, diskreditieren und eliminieren.

Böck und die CDU-Führung entscheiden sich Anfang 1992 für einen derartigen Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten. Es ist der abgehalfterte Westpolitiker Bernhard Vogel. Es dauert eher Wochen denn Monate, dann ist Böck von seinen Positionen verdrängt. Eine fragwür-

dige „Raststättenaffäre“⁸⁸ kostet ihn das Amt des Innenministers, der Verlust des CDU-Vorsitzes ist notwendige Folge. Damit nicht genug: Wie von Zauberhand werden gegen den Unbequemen eine Reihe von Kampagnen losgetreten. Erst geht es um angebliche Rückforderungen des Landes für Schutzzeibauten in das Wohnhaus Böcks aus seiner Zeit als Innenminister, später sind es geschäftliche Betätigungen des Eichsfelders, die für öffentlichen Klamauk sorgen. Die Dinge gleichen sich fatal. Eingeweihte behaupten, die Quelle des Ungemachs sprudele in der Regierungsstraße, wo die Staatskanzlei liegt. Auch in der Zielrichtung gleichen sich die Attacken: sie dienen dem Zweck, die Integrität des Gescholtenen in Frage zu stellen – immer nach dem Motto: Erst den Mann, die Sache kann warten. Da werden Staatsanwälte bemüht und auch die Gerichtsbarkeit. Die Staatsmacht gegen einen. Ein beliebtes Spiel. Immer wenn das Thema Böck in Flüsterrunden in meine Nähe gelangt, winke ich ab: Panzerglas und Reisekosten sind keine Angelegenheit des Verfassungsschutzes.

Dem Mann das Landtagsmandat wegzunehmen, gelingt allerdings nicht. Ob es ernsthaft versucht wird, habe ich nicht erfahren. Zwei Niederschläge in einer Runde. Mancher wäre da endgültig ausgestiegen. Nicht so Böck. Der Mann aus dem Eichsfeld ist offenbar hart im Nehmen und er kann auch austeilen. In der zweiten Legislaturperiode des Landtages rückt er, mit einem satten Ergebnis in seinem Wahlkreis bestätigt, wieder ins Zentrum der Landespolitik. Er wird Vorsitzender des Innenausschusses. Das ist die Zeit der großen Koalition in Thüringen. Der neue Innenminister heißt Richard Dewes. Binnen Jahresfrist wird der zum starken zweiten Mann in der Koalition; der Erwerb des SPD-Vorsitzes bestätigt diese Position nachdrücklich. Sein Kontrahent in der politischen Auseinandersetzung sitzt nicht in der Opposition; das wäre ja die kaum zu bemerkende PDS, die sich fünf Jahre damit begnügt, die Ablösung des Verfassungsschutzchefs und die Auflösung des Amtes zu fordern; sein Kontrahent ist auch nicht der blässliche CDU-Fraktionsvorsitzende aus Eisenach; nein, der Mann, der hier Contra gibt, heißt Böck.

Sucht der Mann meine Nähe? Schwer zu sagen. Es ist wohl so, doch für mich ist das kompliziert, denn ich habe keine Lust, meine Nase in die CDU-Kabalen zu stecken, jedenfalls nicht in die, die mit den Aufgaben der Behörde nichts zu tun haben. Heikel auch, weil der Name Böck im anderen Zusammenhang immer mal wieder in den Informationen des Amtes auftaucht. Drüber werde ich noch sprechen müssen. Sonst geht es laut meinem Tagebuch bei den Gesprächen, die Böck anstößt, immer

⁸⁸ Vgl. den Hinweis bei Wogawa: Die Akte Ramelow, S. 67, unter Berufung (Fn. 22) auf den „Spiegel“.

nur um eines, nämlich um die CDU und ihren Vorsitzenden Vogel, den er, so kommt das bei mir an, denn so notiere ich es mir, abgrundtief verabscheut. Das sind Dinge, die ich eigentlich nicht wissen will. Zum letzten Mal höre ich das am 10. Mai 2000, einen knappen Monat vor meiner Entlassung.

Für mich persönlich haben all diese Operationen insofern Folgen, als ich unter Leuten dienen muss, deren Praxis der Machtausübung ich erst staunend, dann zunehmend befremdet gegenüberstehe. Einen ersten beklemmenden Eindruck erhalte ich, als ich eines schönen Sonntagmorgens als fünftes Rad am Wagen zu einer Familienfeier bei einem katholischen Gottesdienst erscheinen muss. Ich gebe auch gern zu, dass mich Neugierde zum Mitgehen bewegt. Dort im Kirchenraum erblicke ich eine Versammlung von großen und kleinen Würdenträgern des Landes, die sich und mich mit kirchfrohem Christenlächeln und Händeschütteln begrüßen und Rituale vollziehen, die mir fremd sind. Doch befremdet bin ich erst, als dann die Landesregierung durch den anwesenden kirchlichen Würdenträger der göttlichen Gnade anempfohlen wird. Trennung von Staat und Kirche? Hier wohl nicht.

Zurück auf die Erde: Praktische Folge des Abräumens von Böck ist, dass Vogel einen Vertrauten aus der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn nachzieht und in Thüringen zum Innenminister macht. Er heißt Franz Schuster. Innenpolitik in einem Land, das ist ein bunter Strauß von Aufgaben, vor allem aber ist es dies: grauer Polizei- alltag. Solange ich Schuster als Innenminister als meinen direkten Vorgesetzten agieren sehe, fällt mir nicht auf, dass er zur inneren Sicherheit eine Affinität entwickelt hat. Böse Zungen behaupten, zu seinem Trost befinde sich im Innenministerium auch die Abteilung für Kataster- und Vermessungswesen. Die hat bekanntlich nichts mit der inneren Sicherheit, aber mit Sicherheit mit Grundstücken zu tun. Nach der Herbstwahl 1994 wird Schuster vom Innenressort erlöst. Er erhält das Wirtschaftsministerium – für eine Person seines Zuschnitts sicher eine lohnende Aufgabe.

Im Thüringen der Ära Vogel etabliert sich ein Gestrüpp von Behörden, staatlichen und halbstaatlichen Institutionen, Anstalten, Stiftungen, Beteiligungen, Gesellschaften, öffentlichen Banken; sie alle besetzt mit Leitern, Vorständen, Beiräten, Gesellschaftervertretern ... In der Tat ein Eldorado für Parteibuchschnäppchenjäger. Die Mehrzahl dieser Figuren eint eines: Sie sitzen auf Posten, die ihnen nach den altmodischen Kriterien von Eignung und Leistung nicht zustehen, und sie geben mit vollen Händen Geld aus, das ihnen nicht gehört. Vom Geld, das sie selbst einnehmen, ganz zu schweigen.

Ich gestehe gern ein, dass es nicht an Versuchen gemangelt hat, mich in diesem Sumpf fest zu verankern. Ich war längst nicht immer clever

genug, um zu bemerken, wie der Hase lief, geschweige denn mich den Dingen von Anbeginn zu entziehen. Hierzu will ich die Geschichte meiner Aufnahme in den Rotary Club erzählen, die mich im Traum nicht daran denken lassen hat, dass ich hier halbseiden vereinnahmt werden könnte. Ich füge, um Missverständnissen vorzubeugen, hinzu, mit dem honorigen Rotary Verein als solchen hat das nichts zu tun, aber er besteht halt aus Menschen, so auch in Erfurt. Ich trage in mein Tagebuch ein:

Spätabends am Esstisch. Komme soeben von einem Vortrag beim Rotary Club Erfurt nach Hause zurück. Wieder einmal mehrere Stunden Abendprogramm, sodass ich ziemlich aufgedreht bin und jetzt meine Aufmerksamkeit langsam abklingen lassen muss. Einige nette Leute dort angetroffen. Natürlich war irgendwie die Hoffnung mit meinem Erscheinen verbunden, ich möchte mich dort als hoffnungsvoller Kandidat für eine Mitgliedschaft präsentieren. So jedenfalls klang es aus den Worten von Hutt⁸⁹ heraus, der mich dafür geködert hatte. Ich scheue vor jeglicher Vereinsmeierei zurück und der Anspruch auf wöchentliche Präsenz stößt mich doch etwas ab ...

Und am Folgetag schreibe ich:

Ein anstrengender Dienst-Tag ist um halbzehn zu Ende. Ich bin so k. o., dass ich mich ohne Terminkalender nicht erinnern kann, was morgens war. Es müssen etliche Telefonate



Grüße vom heiter scheidenden Minister: Beim Amtswechsel im Herbst 1994 überreicht mir Franz Schuster eine CD mit Heimatmusik; aufgehoben habe ich nur diese beigelegte Karte.

⁸⁹ Thomas Hutt (* 18. 8. 1943), Verwaltungsjurist, CDU-Politiker. In den 1990er Jahren in verschiedenen Funktionen des thüringischen Innenressorts, auch Generallandesanwalt. Ehemann der CDU-Politikerin Marion Walsmann. Seit 1996 Mitglied im Stadtrat von Erfurt.

gewesen sein, u. a. mit Dörig⁹⁰, um den gestrigen Termin etwas nachzubereiten. Anruf von XYZ vom Vorabend; schicke Koch hin, der nachmittags mit einigen Informationen zurückkommt. Der Herr ist offenbar Ex-IM, was bei den Herren Rotariern natürlich niemand weiß; musste grinsen, da mir abends erzählt und mir heute Morgen von Dörig wiederholt worden war, dass zu den Aufnahmeprinzipien gehöre, dass man keine Systemnähe und vor allem keine Verstrickung habe. Wie auch immer.

Das sind merkwürdige Bemerkungen, die allerdings eines deutlich zeigen: Wie ein ordentlich dressierter Jagdhund reagiere ich, wenn mein berufliches Aufgabenfeld berührt ist, selbst wenn es sich um eine private Vereinigung handelt, die sich allerdings damit brüstet, gegen derartige Verstrickungen immun zu sein. Sie ist es nicht und die Selbstanzeige des Betroffenen bei mir kann ich mir nur als Flucht nach vorne erklären. Er schätzt mich richtig ein, der Betroffene; aus meinem Munde werden die Versammelten auch in Zukunft nichts hören, aber er, der Betroffene, hat für die Zukunft einen geduldigen Zuhörer hinzugewonnen.

Dem aufmerksamen Leser sollte indessen auffallen, dass der Tagebuchschreiber erwähnt, einige nette Leute getroffen zu haben. Das stimmt auch, und diese Einschätzung hat sich bis heute nicht geändert, doch dass dieser spezielle Erfurter Club aufgrund seiner Mitgliedschaft so etwas wie die Fortsetzung der CDU mit anderen Mitteln ist, drängt sich mir erst allmählich auf. Unmissverständlich allerdings, als ich durch meinen dann vollzogenen Beitritt nach geraumer Zeit ohne mein Zutun plötzlich Mitglied und Unterstützer einer angeblich überparteilichen Initiative, nämlich des CDU-Wahlvereins „Pro Vogel“, werde. Das ist für mich Anlass, die Dinge drastisch zu korrigieren. Ich stelle klar, dass ich das nicht bin und auch nicht zu werden gedenke, und verbitte mir, mit meinem Namen und meiner Funktion als Verfassungsschutzchef irgendwelche Reklame zu machen, die ich, zumal in dieser Kombination, für rechtswidrig halte.

Durch meinen Rundumschlag treffe ich leider auch den früheren Olympiasieger im 50-km-Gehen, Hartwig Gauder⁹¹, der zur nämlichen Zeit in der Pro-Vogel-Initiative aktiv ist und zugleich eine Sachbearbei-

90 Dr. Harald Dörig (* 8. 1. 1953 Frankfurt), Jurist. In den 1980er Jahren Richter in Hessen. In den 1990er Jahren Abteilungsleiter in der thüringischen Landesregierung, ab 2000 Richter am Bundesverwaltungsgericht, Honorarprofessor an der Universität Jena.

91 Hartwig Gauder (* 10. 11. 1954 Vaithingen an der Enz), Dipl.-Architekt, Spitzensportler. Als Kind 1960 Übersiedlung mit der Familie in die DDR. 1980 bei den Olympischen Spielen in Moskau Goldmedaille im 50-km-Gehen. Herzerkrankung nach einer Virusinfektion. 1986 Implantation eines künstlichen, 1987 eines Spenderherzens.

terfunktion in der Landesregierung innehat. Ich selbst habe sonst keinerlei Berührungspunkte mit ihm, sieht man einmal davon ab, dass er mich einmal seine Goldmedaille hat hochheben lassen. Sie ist ziemlich schwer. Ich gönne ihm von Herzen seine Prominenz, auch was das Phänomen eines Ersatzherzens anlangt, mit dem er höchst munter Sport treibt. Ich entschuldige mich für meinen Rundumschlag bei ihm – auf diesem Wege.

Die Spitze des Eisbergs

Wer den Kopf aus der Brühe steckt, kann leichter rasiert werden – der Fall M.

Dass dieser Mann plötzlich sterben würde, kann im Frühjahr 1997 wirklich niemand ahnen. Er kippt am Schreibtisch um und was dann auf dem Fußboden des Ministeriums liegt, ist tot. Später haben dann die Zeitungen wie üblich alles Mögliche gemutmaßt. Auch fehlt es nicht an Stimmen, die es schon immer gewusst haben wollen. Andere schreien in die Welt, alles sei Lug und Trug und reine Erfindung. So die „Blöd-Zeitung“⁹², die sich auf ein Interview mit der Witwe beruft. Witwe? Der Mann ist zum Todeszeitpunkt schon geraume Zeit nicht mehr verheiratet. Doch was soll's. Wie immer ist die Wahrheit etwas komplizierter. Sie führt uns ins Tiefparterre der Machtstrukturen in Thüringen und ich kann nicht behaupten, dass der Fall des M. und seine zahlreichen Weiterungen mir irgendwelche Freude bereitet hätte.

Es beginnt mit der vagen Beschreibung eines berufsmäßigen Denunzianten, den wir unter falscher Flagge periodisch gegen Bares abschöpfen. Er gibt zum Besten, dass in der Landesregierung ein russischer Spion sein Unwesen treibt. Das ist ebenso unpräzise wie unspektakulär; alles andere würde eher zur Verwunderung Anlass geben. Als sich die Hinweise verdichten, macht sich mein Mitarbeiter Koch einen Kopf; so sagt man hierzulande. Vielleicht sollte ich genauer sagen, er macht sich einen Kopf nach dem anderen. Manchmal paaren sich Zufall und Tüchtigkeit. Hier ist es wohl auch noch die Strategie des fürsorglichen Umgangs mit Fernreisenden, die den Weg des Amtes kreuzen. Sie trägt erste Früchte.

Aber dass ausgerechnet Laszló, ein Freund aus Budapest, den Mann wiedererkennt, als wir zusammen im Frühjahr 1996 die Einweihung des Amtes an der Haarbergstraße mit einer kleinen Festlichkeit begehen, kommt mir wie ein blinder Zufall vor. Zunächst sagt er mir nichts von seiner Entdeckung. Wochen später gibt er mir, als wir uns erneut treffen, einen Umschlag. Er ist zugeklebt und trägt keinerlei Aufschrift. „Für

92 B-Zeitung vom 3. 7. 1998.



Diener vieler Herren: Als ein Jahr nach dessen Ableben der Fall der Agenten M. öffentlich ruchbar wird, widmet das Amt dem Verbliebenen im Monatsbericht vom Juli 1998 einen etwas eigenwilligen bildlichen Nachruf

deutschen Mannes (?) auf einem Formblatt des KGB dar. Der Name des Mannes beginnt aller Wahrscheinlichkeit nach mit M. Der Rest ist geschwärzt. Um wen handelt es sich hier? Was ist der Bezug zu unserer Tätigkeit. „Der Mann war auf eurem Fest“, sagt Laszló. „Bist du sicher?“, frage ich. „Liihhh, was ist schon sicher auf unsrer Welt? Aber mein Guter“, sagt er, „ich bin zwar schon ein alter Mann, aber mein Gedächtnis ist noch leidlich.“

Hier könnte ich ein Gespräch mit einem ungeduldigen Leser fingieren, der mir beim Schreiben über die Schulter geschaut hat. Er sagt: „Schreib doch einfach, wie es war.“ – „Und wie war es?“ Er: „Ihr habt einen Menschen verdächtigt, mit den Russen gekungelt zu haben und es immer noch zu tun. Ihr konntet euren Verdacht in der eigenen Behörde nicht geheimhalten. Der Mann bekommt Wind von den Aktivitäten. Er versucht, sich Zugang zu dem zu verschaffen, was gegen ihn vorliegen könnte. Hierzu benutzt er seinen beträchtlichen Bekanntenkreis. Einen guten Bekannten hat er in eurem Amt und einen in der Stasiaktenbehörde in Berlin. Seine Erkundigungen müssen in ihm größte Befürchtungen

später“, sagt er. Und: „Kümmere dich um den Mann.“ Der Umschlag enthält zwei Fotokopien von beängstigend schlechter Qualität. Eine Kopie zeigt offenbar eine Karteikarte, die andere eine Art Personalbogen mit einem Passbild rechts oben in der Ecke. Die Kopie ist so schlecht, dass man den abgebildeten Menschen nicht erkennen kann. Er ist nicht einmal klar, ob es ein Mann oder eine Frau ist. Die Karteikarte hat einen ungarischen Aufdruck. Das größere Blatt ist in kyrillischen Buchstaben abgefasst. Beiden Kopien ist ein Zettel angeheftet, auf dem ich unzweifelhaft die Handschrift des Freundes wiedererkenne.

Was uns hier zugefallen ist, wird alsbald klar. Es ist die Registrierung eines Grenzübertritts von der ČSSR nach Bayern, Grenzübergang Marchhäuser, was bekanntlich im Bayerischen Wald liegt; Tag des Grenzübertritts ist der 23. Februar 1989. Da gibt es die DDR noch in all ihrer Schönheit. Das andere Papier stellt die Registrierung eines

wecken. Er hört, dass etwas stattfindet, aber nicht was. Er stellt sich vor, dass dies sein berufliches und persönliches Aus werden wird. Ganze zwei Monate hält er diese Erkenntnis aus, dann stirbt er.“ Soweit der ungeduldige Leser.

Die Wirklichkeit ähnelt der Erzählung des ungeduldigen Lesers ziemlich verblüffend. Mein Mitarbeiter Koch rückt dem Mann näher; eine Falle wird sorgfältig aufgebaut. Jetzt heißt es warten. Aber unser Gegenüber verändert plötzlich seine Gewohnheiten. Ist er gewarnt worden? Oder hat er uns entdeckt? In aller Stille prüfen Koch und ich den Kreis der Mitwisser im eigenen Amt. Uns schwant nichts Gutes. In unser Gespräch darüber, wie wir die eigenen Leute und das Gegenüber täuschen wollen, platzt die Nachricht vom Tode unseres Mannes M. aus Erfurt. Jetzt ist Schnelligkeit gefragt, die anderen Erwägungen können warten.

Wir dringen in seine nächste Umgebung ein. Das geht natürlich nicht ab, ohne dass wir einen Hinweis für unsere Neugierde zum Besten geben. Seine persönlichen Unterlagen werden an Land gezogen, wo immer sie uns greifbar erscheinen. Es ist ein merkwürdig bizarrer Nachlass – ein verwinkeltes Pharaonengrab. Zunächst sind es nur Hieroglyphen. Das wird sich in den nächsten Wochen und Monaten Zeile um Zeile ändern. Es entsteht ein unschöner Klartext.



Haben die Ratten überlebt? – oder: Blick in den Müll der Geschichte: Der Abwehrleiter im thüringischen Amt Horstmar Koch nimmt sich der KGB-Seilschaften an.

Am Tag der Todesnachricht wird Benno Frank⁹³, Major des Ministeriums für Staatssicherheit außer Diensten, aufgesucht. Frank war in den letzten Tagen seines bewaffneten Organs der Führungsoffizier des Mannes M. aus Erfurt. Bislang hat er beharrlich geschwiegen. Frank reagiert gereizt und beleidigt, als er schon wieder heimgesucht wird. „Ich sage nichts“, sagt er. Doch dabei wird er nur noch wenige Augenblicke bleiben. Er könne jetzt ruhig plaudern, wird ihm bedeutet, unser gemeinsamer Mann M. aus Erfurt sei tot. Soeben gestorben, wird ihm gutgelaunt mitgeteilt. Er könne sich gern telefonisch selbst überzeugen, die einschlägige Nummer kenne er ja. Da verfärbt sich der Kettenraucher mit der schmutziggrauen Gesichtsfarbe deutlich ins Weiße. Jetzt hat

93 Den Klarnamen habe ich geändert.

er Angst. Er murmelt, er habe das nicht gewusst und habe auch nicht geglaubt, dass wir wirklich ernst machen werden. Dann reißt der Staudamm seines Schweigens und es sprudelt aus ihm heraus.

Der MfS-Major erzählt uns in mehreren Anläufen die Geschichte eines doppelten Doppelagenten. Eingesetzt bei der „Linie XV“, dem verlängerten Arm der Hauptverwaltung Aufklärung, der Auslandsspionage also. Frank bezeichnet unseren Mann als seine Spitzenquelle. Wir werden hellhörig. Die Erklärung lässt nicht lange auf sich warten. Unser Mann war offensichtlich ein Tausendsassa. Privat wie beruflich. Mitglied, wo immer man in der DDR Mitglied werden konnte. Teure Hobbys. Ja, auch so was gab es. Die Jagd zum Beispiel und die Fliegerei. Teuer, teuer. Da gab es Geldprobleme. „Wir konnten helfen“, sagt Frank, immer noch sichtlich entzückt über den eigenen Werbungserfolg. Für die „Linie XV“ habe die Westverwandtschaft den Ausschlag gegeben; die arbeitete in einem rheinischen Rüstungskonzern – bei Rheinmetall. Das Wort lässt die trüben Augen kurz aufleuchten. Natürlich reiste er hin, knüpfte dort Kontakte. Aber das Beste kommt noch: Die Tätigkeit reichte ihm nicht; er wollte mehr leisten. Also berichtete er über sein Umfeld, das engste Umfeld sozusagen, auch über seine Partei, die CDU. „Wussten Sie da nicht ohnehin schon alles?“, wird Frank gefragt. Er schüttelt den Kopf und sagt:

„Die CDU war der Schlüssel. Vergessen Sie nicht, dass wir die Aufklärung waren. Das waren die Zeiten nach Wolf.⁹⁴ Der tingelte längst mit seinem Buch durch die DDR, spielte den Weltweisen mit seinem Geschreibe: Die Troika. Haben Sie den Quatsch gelesen? Wir hatten einen klaren Feind, den Kapitalismus. Gorbatschow reiste nach Bonn. Remembern Sie sich? Das hatte Folgen für uns. Die Freunde behandelten uns in den letzten zwei Jahren wie den letzten Dreck. Sowas konnte man

94 Markus Wolf (19. 1. 1923 Hechingen – 9. 11. 2006 Berlin), MfS-Funktionär, zuletzt Generaloberst (1980); SED-/PDS-Funktionär. Sohn des Arztes und kommunistischen Schriftstellers Friedrich Wolf. 1933 Emigration in die Schweiz, nach Frankreich und 1934 in die Sowjetunion. Technisches Studium in Moskau, Funktionen in verschiedenen kommunistischen Organisationen. 1943 Parteischule des Exekutiv-Komitees der Komintern. 1945 nach Deutschland, Mitarbeiter beim Berliner Rundfunk (Deckname: Michael Storm). 1949 im diplomatischen Dienst der DDR. 1951 Einstellung beim Außenpolitischen Nachrichtendienst der DDR als stellvertretender Abteilungsleiter. 1953 Leiter des APN, nach dessen Eingliederung ins MfS, dort Leiter der Hauptabteilung XV (Auslandsaufklärung; ab 1956 HVA), stellvertretender Staatssekretär, später stellvertretender Minister des MfS; bis Februar 1986 faktisches Ausscheiden aus den Funktionen, Mai 1986 Beurlaubung, November 1986 Entlassung. Schriftstellerische Tätigkeit und Funktionen in der SED und späteren PDS. November 1990 Flucht über Österreich in die Sowjetunion, 1991 Rückkehr nach Deutschland. Dezember 1993 Verurteilung durch das OLG Düsseldorf wegen Landesverrats in Tateinheit mit Bestechung; die Verurteilung wird (aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts) vom Bundesgerichtshof mit Urteil vom 18. 10. 1995 aufgehoben. 1997 Verurteilung zu 2 Jahren Haft auf Bewährung und Geldstrafe wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und Körperverletzung.

nicht übersehen. Die ganz Alten in unserm Verein sagten, es sei wieder so wie am Anfang. Kalter Befehlsempfang, nix mehr Freunde und so. Wir wollten es nicht glauben. Aber irgendwie war es im Frühjahr 89 klar: Wir sind zwischen die Fronten geraten mit unserer großartigen DDR. Und uns wurde auch schlagartig dies klar: Die CDU war der Schlüssel.“

Frank redet sich in Rage: „Ja, die CDU. Die Inlandsaufklärung hatte jahrelang die falschen Leute im Visier. Sie kennen diese Typen mit den langen Bärten und diese verhuschten Mädchen mit den schmutzigen Halstüchern, die in ihren ängstlichen Zirkeln über den wahren Sozialismus brabbelten. Die waren gut für den öffentlichen Ärger, den sie uns monatelang gemacht haben. Aber der eigentliche Angriff kam aus der CDU. Das waren keine Außenseiter, sondern volletablierte Leute, die jetzt den Aufstand probten. Erinnern Sie sich an den Brief aus Weimar?“

... Erinnern Sie sich an das letzte Kapitel, liebe Leser? Von alledem, was da drinsteht, ist nicht die Rede, als der Ex-Major Benno Frank die Geschichte unseres Mannes M. aus Erfurt erzählt. Den Brief aus Weimar erwähnt er aus pädagogischen Gründen. Und er hat Recht damit. Denn natürlich wissen wir nur wenig von den Szenen, die sich in der Ost-CDU im Wendejahr abgespielt haben. So erfahren wir Neues von konspirativen Zirkeln, die neben der offiziellen Parteileitung agierten, von Leuten, die sich ihrer West-Kontakte besannen, und von solchen, die ganz klar eines im Visier hatten: Wie immer dies alles ausgehen mag, sie würden weiter weit oben mitschwimmen. Nicht zu weit mit dem Kopf aus dem Wasser heraus; aber immer noch hoch genug, um andere treten zu können. Unser Mann M. ist mittdrin. Er fertigt Berichte über die Konterrevolution, die er zugleich mit betreibt. Denn noch ist ihm nicht ganz klar, wohin die Reise geht, doch sicher ist sicher. So bleibt er fleißig bis zum Schluss, der M., den sein Führungsoffizier unter dem Namen „Fliegau“ registriert hat. „Fliegau“, der Hobbyflieger, der darf auf keinen Fall auffliegen. So übergibt ihn Frank im Februar 1990 an einen Führungsoffizier „der Freunde“,



Tradition verpflichtet: In diesem Bürogebäude des Rates des Bezirks Erfurt, von der Bevölkerung „die Eierkiste“ getauft, stellt der MfS- und KGB-Agent M. ab August 1990 das Personal der künftigen Staatskanzlei zusammen, bewährte Unionsfreunde – und auch andere Freunde.

wie man hierzulande die übermächtigen Sowjetbesatzer nennt. Dann schließt die Bezirksverwaltung des einst so gefürchteten Ministeriums für Staatssicherheit in der Erfurter Andreasstraße für immer ihre Tore.

Allerdings bricht der Kontakt nicht ab. Wozu auch, denn unser Mann M. nimmt einen zu interessanten Berufsweg, als dass man sich nicht ab und an in Erinnerung bringen sollte. Im August 1990 steigt er groß ein, und zwar in die sich in Rudimenten bildende zukünftige Landesregierung von Thüringen. Sie residiert in der „Eierkiste“, dem ehemaligen Sitz des Rates des Bezirks Erfurt, jetzt Landesregierung, später der Landtag – eine fast bezeichnend zu nennende Kontinuität der Liegenschaft und ihrer Insassen. Dort ist M. eine Weile lang für Personal und Personaleinstellungen zuständig. Eine ideale Position für jemanden, der unter falscher Flagge segelt. Wer hat ihn da hingesetzt und wen mag er da alles eingestellt und weitergeschoben haben? Das ist Stoff für den Rest meiner Dienstzeit und weit darüber hinaus.

Im Verlauf des Jahres 1991 wird unser Mann M. von der Staatskanzlei ins Innenministerium wegbefördert. Jetzt betreut er die Wohnungsfürsorge für die Thüringer Beamtschaft, eine nützliche Tätigkeit, die ihn mit den persönlichen Daten aller nach Erfurt zuziehenden Bediensteten versorgt. Bei Umgliederung der Landesregierung im Herbst 1994 gelangt er ins Wirtschaftsministerium, doch da behagt es ihm nicht so recht. Er strebt zurück ins Innenministerium, wo er den Posten eines Referatsleiters für das Polizeipersonal anstrebt. Wieder so ein Zentrum, geeignet für personale Mauscheleien. Die angestrengte Konkurrentenklage erledigt sich durch seinen Tod.

M., der Tausendsassa: Die sich neu formierende ostdeutsche Gesellschaft bietet ihm Beitrittsmöglichkeiten zu weiteren Organisationen. So ganz nebenbei wird auch ein Offiziersdienstgrad in der Bundeswehr angestrebt und erreicht. Das ist die Eintrittskarte ins einheimische Offizierskasino, den Erfurter Jägern. Doch am 17. April 1997 ist alles aus. Zu Tode erschreckt, erscheint er bei seinem Ex-Führungsoffizier Benno Frank. Ob auch wirklich keine Rückstände in den Akten vorhanden seien? M. ist sich sicher, ziemlich sicher. „Hast du nicht zwei Anfragen ohne Weiteres überstanden?“, fragt Frank. – „Doch“, er habe. Und trotzdem. Er weiß es aus erster Hand. Das Landesamt ist ihm auf die Schliche gekommen. „Wissen die was von den Russen?“ – „Wie sollten sie?“, sagt Frank. „Ich habe die ‚Übergabe‘⁹⁵ selbst vernichtet.“ – „Und vorher?“ – „Wieso vorher?“ Und dann erfährt der erstaunte Geheimdienstmann, dass unser Mann M. vorher schon für die Russen gearbeitet

⁹⁵ „Übergabe“ = mehrdeutiger Nachrichtendienstjargon für den Führungswechsel eines Agenten. Sowohl das Geschehen als auch der zugehörige Aktenvorgang werden als „Übergabe“ bezeichnet.

hat; Ausforschungsziel: rheinische Rüstungsbetriebe; er ist 1987 vom KGB „überworfen“ worden.

Wir staunen nicht schlecht. Ergrimmt nehmen wir das Leck im eigenen Amt zu Kenntnis. Eine akribische Nachsuche beginnt. Eine Mitarbeiterbefragung endet erwartungsgemäß ohne Ergebnis. Doch unser Mann hat uns seine Aufzeichnungen hinterlassen. Sie sind schwer zu entziffern und auch nicht gerade leicht zu deuten. Koch hangelt sich durch ungezählte Telefonnummern; wir fragen uns, was die private Rufnummer eines unserer Mitarbeiter wohl für eine Rolle spielen mag. Der Mitarbeiter leugnet weiter beharrlich, schließlich hat er sich bereits schriftlich festgelegt, M. nicht zu kennen. Doch seine Ausführungen bröckeln, als er mit Zeugenaussagen, Terminnotizen und gemeinsamen Aktivitäten konfrontiert wird. Wir lassen die Frage offen, ob hier ein bewusstes Zusammenwirken oder eine Übertölpelung des Mitarbeiters vorliegt und „verabschieden“ ihn aus der Behörde.

Wie üblich liest sich das in meinem Tagebuch äußerst kryptisch und belehrt mich heute, dass ich mehrere Anläufe brauche, um das zu sehen, was mir heute glasklar erscheint:

Samstag, 19. Juli 1997: Nachmittags auf dem Küchenbalcon. Weiß manchmal nicht mehr, wie ich meine Müdigkeit und Abgespanntheit in den Griff kriegen soll. Als ich mittags nach dem Einkaufen aus der Stadt hochkomme, habe ich einen Schweißausbruch und mir wird fast schwarz vor Augen.

Ich schreibe, vielleicht hilft das weiter und auch abzulenken. Der Fall M[...] zeigte am Freitag neue unangenehme Details, [der Mitarbeiter] K[...] berichtete vom Treffen mit dem ehemaligen Führungsoffizier, der M. nunmehr zu unserem unangenehmen Erstaunen als Spitzenquelle der HVA bezeichnete. ... Klar ist nun auch, dass M. im März vor unserer Suchmaßnahme gewarnt worden ist. Die Spur deutet auf das Thüringer Innenministerium. Die Warnung selbst kann durch unsere Recherche in der Gauck-Behörde ausgelöst worden sein. Bleibt immer noch zu klären, wie M. in die Staatskanzlei und von dort ins Innenministerium verschoben worden ist. Vor allem bleibt unklar, wer die Gauck-Auskunft gefälscht oder die richtige unterdrückt hat.

Die Beerdigung unseres Mannes findet in Erfurt statt. Unter den alten Kämpfern, die am Grabe erscheinen, macht das Gerücht die Runde, unser Mann sei eines gewaltsamen Todes gestorben. Dessen Handlanger säßen in der Haarbergstraße – das ist der Sitz meiner Behörde. Manch-

mal können Gerüchte nützlich sein. Wir haben dieses hier nicht gestreut, doch belassen es dabei.

Kolonialland

Wie die DDR durch die sowjetischen Freunde wieder unter verschärfte Kontrolle genommen wird und über das Verschwinden der Kontrolleure

Der Fall des Agenten M., von dem ich im letzten Kapitel berichtet habe, führt auf ein merkwürdiges Feld. Es ist ein Kolonialland, dessen Kolonialherren seit dem Frühsommer 1945 die Russen sind. Sie ziehen zwar nach genau 49 Jahren nominell ab, doch was sich im Untergeschoss festlich beprosteter Vertragsabschlüsse abspielt, sieht etwas anders aus. Die Russen bleiben – auf ihre Weise – und in die alten Schmutzlecken schlüpfen andre Leute.

Ich füge gern hinzu, dass das, was ich jetzt zu schildern beabsichtige, nicht klar vor mir liegt, als ich meinen Dienst in Thüringen beginne, sondern die systematische Übersicht, die systematisierende Erkenntnis entwickelt sich mühevoll aus Fällen wie dem von M. und seinen Kumpeln. Um Land und Leute zu verstehen, muss ich erneut einen Rückblick in die DDR unternehmen.

Die politische Wirklichkeit in der DDR wurde von der Sowjetunion diktiert. „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen.“ Das war die Devise, die über viele Jahre trefflich zum Ausdruck brachte, wie die Verhältnisse waren. Die Sowjetunion war die alles dominierende Macht. Dafür sorgten schon die in der DDR stationierten Sowjetstreitkräfte mit ihrem Personalbestand von mehr als einer halben Million Menschen.⁹⁶ Die Rote Armee war Drohpotenzial nach außen und innen. Doch für das wichtige Gebiet der inneren Kontrolle galt: Das KGB hatte in allen Zweifelsfragen das letzte Wort. Nach der Gründung des MfS im Jahre 1950 änderte sich an der sowjetischen Dominanz wenig. Man lasse sich nicht durch die Nachwendeaussagen ehemaliger Funktionäre des MfS täuschen, die zum Besten zu geben pflegen, wie glänzend sich das MfS gegenüber den Genossen aus Moskau habe emanzipieren können.⁹⁷ Das ist alles Fassade. In Wirklichkeit existierte ein mehrfach gestaffelter Kontrollapparat, der sich durch eingebaute Mechanismen auch selbst

⁹⁶ Stärkezahlen in Osteuropa bei: BMVg: Weißbuch 1985, S. 45–60; Zahlen über die Stärke zu verschiedenen Zeitpunkten bei: Frank: Die Westgruppe der Truppen, S. 331 f.

⁹⁷ Z. B.: Großmann: Bonn im Blick, S. 165–161; Wolf: Spionagechef, S. 324–333.

kontrollieren konnte. Dazu gehörten, es erstaunt nicht, zahllose Mitarbeiter des MfS, die zugleich sowjetischen Diensten verpflichtet waren.⁹⁸

Neben diesem Kontroll- und Steuerungsapparat unterhielt die Sowjetunion in der DDR auch ihre gewöhnlichen, in diesem Fall sogar ungewöhnlich starken Geheimdienststrukturen, nämlich die des KGB und der Militäraufklärung GRU. Das KGB wurde während der gesamten Dauer der DDR stets durch einen hochrangigen Repräsentanten vertreten, der in der Anfangszeit auch zugleich Funktionen innerhalb der sowjetischen Besatzungsverwaltung wahrnahm.

Die KGB-Residentur hatte ihren Sitz in Berlin-Karlshorst. Sie war in mehrere Stellvertreterbereiche und einige weitere selbständige Funktionseinheiten untergliedert. Wenig überraschend erscheint in diesem Zusammenhang die Residentur für die Auslandsaufklärung, die in erster Linie gegen die Bundesrepublik und deren Anrainerstaaten gerichtet war. Erstaunlicher hingegen ist der Abwehrbereich. Soweit er die eigenen, in der DDR stationierten Sowjettruppen im Blick hatte, mag man dabei nichts Besonderes finden. Denn das Lebensniveau in der DDR war höher als in der Sowjetunion, manches fortschrittlicher organisiert und sogar freier, man denke an das Mehrparteiensystem einschließlich einer christlichen Blockpartei namens CDU. Der Sowjetsoldat, zwar inzwischen ein „Neuer Mensch“, musste also kontrolliert werden.

Doch auf diese Aufgabenstellung beschränkte sich die Zuständigkeit des Abwehrbereichs keineswegs. Die Feingliederung des Abwehrbereichs nötigte vielmehr zu dem Schluss, dass die gesamte DDR unter Abwehrgesichtspunkten bearbeitet wurde, oder, wenn man so will, das KGB behandelte die DDR entsprechend der Inlandszuständigkeit des KGB in der Sowjetunion. Das bedeutete, dass das KGB die DDR und ihre Einrichtungen durch eigene Spionage überwachte. Wir werden sogleich mehr darüber hören.

Zunächst einmal gilt es, den Blick darauf zu lenken, dass sich die inneren Bedingungen in der Sowjetunion plötzlich und von niemandem ernsthaft erwartet zu verändern begannen. Mit Michail Gorbatschow kam 1985 ein vergleichsweise junger Mann an die Spitze der Sowjetunion. Was er bald propagierte, war revolutionär: Perestroika und Glasnost, Umgestaltung und Öffentlichkeit. Kaum einer im Westen glaubte, was er da hörte und las.⁹⁹

In der Tat war es nicht ganz einfach festzustellen, ob dies ein ernstzunehmendes politisches Programm war, was Gorbatschow 1987, über ein

98 Der wirkungsvollste Sowjetagent in der DDR-Führungsspitze war vermutlich das SED-Politbüromitglied Werner Krolikowski, vgl. hierzu meine Ausführungen in „Im Visier der Geheimdienste“, S. 499–503.

99 Vgl. z. B. Gosman: Von den Schrecken der Freiheit, S. 7–9; Poljanski: Rote Diplomatie, S. 142–168; Rybakow: Roman der Erinnerung, S. 232–330.

Jahr nach seinem Machtantritt, in seinem Buch „Перестройка и новое мышление для нашей страны и для всего мира“ (Umgestaltung [Perestrojka] und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt) mitzuteilen hatte. Während man in der DDR noch im selben Jahr eine bereinigte Übersetzung aus dem Russischen lesen konnte, kam das Buch in Westdeutschland in einer Übertragung aus dem Amerikanischen in die Buchhandlungen. Dort konnte der westdeutsche Leser Gorbatschows Ansichten zur deutschen Frage anhand eines Gespräches mit dem deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker verfolgen, während der Leser Ost den Sowjetführer, einen Zacken proletarischer, mit einem Tankwart aus Frankfurt sprechen hörte.¹⁰⁰ Die offizielle Ablehnung war in Ost und West zunächst einmütig. Politbürokrat Kurt Hager bemühte das Bonmot, dass man nicht gleich sein Haus renovieren müsse, nur weil der Nachbar tapeziere¹⁰¹, und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl setzte noch eins darauf, indem er in einem Interview mit dem US-amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ im Oktober 1986 den neuen Sowjetführer und seine Äußerungen mit einem geschmacklosen Goebbels-Vergleich bedachte.¹⁰²

Wie auch immer. Seit Lenin hatte sich die Welt daran gewöhnen müssen und daran gewöhnt, dass die Worte aus dem Mund eines Sowjetführers nicht das bedeuten mussten, was sie scheinbar zum Ausdruck brachten. Hiermit ist nicht nur das nahezu unnachahmliche Parteichinesisch gemeint, in dem sich die politische Kaste des Kommunismus auszudrücken beliebte, sondern das Umlügen von Begriffen aus politischem Kalkül.

Diese Staatspraxis bedeutete, dass sich die Bevölkerung und in noch stärkerem Maße die Funktionäre angewöhnt hatten, das, was man das „zwischen den Zeilen lesen“ nennt, zu praktizieren und abzuwarten, was die Worte wohl bedeuten mochten. Das Abwarten bedeutete im besten Falle Stagnation oder ein Weiter-wie-gehabt. Diese Reaktionen mussten auch Gorbatschow und die von ihm peu à peu in Stellung gebrachten Reformkommunisten erfahren. Es dauerte Jahre, bis sich herumgesprochen hatte, dass ernst gemeint war, was aus dem Munde des Parteichefs kam. Zweitens war es so, dass das Aufbrechen der Heimlichkeitsstrukturen der sowjetischen Herrschaftskaste nicht ohne Gegenwind vonstat-

100 Gorbatschow: Perestroika, S. 264; Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken, S. 258.

101 Kurt Hager, Neues Deutschland vom 10. 4. 1987, zit. nach Weber: Kleine Geschichte der DDR, S. 200; Garton Ash: Im Namen Europas, S. 261; Spittmann: Die DDR unter Honecker, S. 137. Das wiederum veranlasste Wolf Biermann im ZDF zu der galligen Anmerkung, es ginge nicht um die Tapeten im Wohnzimmer, sondern um die Leichen im Keller.

102 Deutsches Historisches Museum: Chronik 1986; vgl. auch: Garton Ash: In Europe's Name, S. 107, 118.

tengehen konnte. Für zu viele der Nutznießer der Sowjetherrschaft stand auf dem Spiel, dass ihre Drohenexistenz offenbar werden und enden würde.

Zunächst sah es allerdings so aus, alles ginge alles fürderhin seinen sozialistischen Gang, doch unter der Decke wurde gehakelt. Denn mittlerweile hatte nicht nur der Ober-Ideologe Kurt Hager¹⁰³ seinen Senf zur Perestrojka abgegeben, sondern die DDR-Führung machte einige erstaunliche Tripelschritte, um sich von der brüderlichen Kolonialmacht Sowjetunion zu distanzieren. Durch nichts konnte dies augenfälliger werden, als durch das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ am 19. November 1988.¹⁰⁴ Anderes kam hinzu: Die Spruchbänder mit dem Slogan „Von der Sowjetunion lernen ...“ verschwanden aus der DDR-Wirklichkeit. Doch damit waren sie keineswegs aus der Welt, im Gegenteil. Nunmehr bemächtigten sich jene dieser Sprüche, die mit dem System DDR wenig am Hut hatten. Die Nutzung der einstigen kommunistischen Heilsbotschaft wurde zur subversiven Metapher, gegen welche das Regime wenig ausrichten konnte. Die Floskel „Von der Sowjetunion lernen ...“ galt nämlich immer noch: Die Unterwerfung unter die Sowjetunion war sogar Teil der 1974 letztmalig revidierten



Hundert Gramm zu viel Glasnost: Die Ausgabe des „Sputnik“, die zum Verbot dieser sowjetischen Zeitschrift in der DDR führte. Sie befasste sich bezeichnenderweise mit den Legenden über den deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941.

103 Kurt Hager (24. 7. 1912 Bietigheim an der Enz – 18. 9. 1998 Berlin), SED-Politiker. 1920–1931 Schulausbildung in Stuttgart. 1930 Eintritt in die KPD. März 1933 kurzzeitig inhaftiert. Sodann Flucht in die Schweiz, später nach Frankreich, von dort aus Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg als kommunistischer Propagandafunktionär. Während des Zweiten Weltkriegs in Großbritannien. Juli 1946 Rückkehr nach Deutschland in die SBZ. Zahlreiche zentrale Funktionen in der SED, 1963–1989 Mitglied des Politbüros.

104 Spittmann: Die DDR unter Honecker, S. 147 f.; zum Mechanismus des Verbots: Eberle: Kopfdressur, S. 44, 203.

DDR-Verfassung geworden.¹⁰⁵ Jetzt war die Berufung auf die Sowjetunion plötzlich zweischneidig.

Man darf die graue Landschaft der DDR nicht mit (west-)deutschen Augen betrachten. Für die Sowjets war die DDR stets Faustpfand des gewonnen Weltkriegs und zugleich westlicher Außenposten des Sowjetimperiums. Die SED war ihr ureigenstes Kind¹⁰⁶; Unbotmäßigkeiten wurden nicht geduldet. Mit vorrückendem Ende der DDR häuften sie die Wünsche von KGB und GRU, deutsche Quellen in ihr Überwachungssystem einzubauen. Die Überwachung galt der brüderlich verbundenen DDR, die in sowjetischen Augen stets nichts anderes war als ein deutschsprachiges sowjetisches Einflussgebiet. Dieses war von Anfang an Gegenstand einer extensiven Kontrolle durch die sowjetischen Geheimdienste.

Nachdem das MfS als deren verlängerter Arm aufgebaut worden war, verschob sich der unmittelbare Zugriff des Kontrollapparats auf die beherrschte Bevölkerung von den sowjetischen auf die von ihnen kontrollierten deutschen Sicherheitsorgane.¹⁰⁷ Mitte der 1980er Jahre wurde dieses Rad zurückgedreht. Aus sowjetischer Sicht bestand für das Aufkommen neuen Misstrauens aller Anlass.

Zu einem Strategiegespräch des Instituts für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems entsandte das KGB am 12. September 1988 seine Offiziere Lew Klepatskij¹⁰⁸, Viktor Koslikin¹⁰⁹ und Michail Dimitrijew¹¹⁰, um das Wie und Wohin der Satellitenstaaten unter den Bedingungen der Perestrojka zu beraten. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass es in den betreffenden Ländern als höchst unsicher angesehen werde, ob die sowjetische Ankündigung der Nichteinmischung im Falle einer Krise wirklich eingehalten werden würde und ob sich die Befürworter der Perestrojka gegen den systeminternen Widerstand würden durchset-

105 Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 7. 10. 1974 (Gesetzblatt der DDR 1974, Teil I, S. 432); Textvergleich abgedruckt bei: Maibaum: Geschichte der Deutschlandpolitik, S. 87.

106 Foitzik: SMAD, S. 372 f.

107 Zusammenfassend bei Marquardt: Zusammenarbeit von MfS und KGB, S. 301–307.

108 Dr. Lew Nikolajewitsch Klepatskij (recte: Klepazkij, Лев Николаевич Клепацкий; * 1940 Serow/Prov. Swerdlowsk), Nachrichtendienstmitarbeiter, Diplomat. 1971–1978 am Institut der Sozialistischen Weltwirtschaft in Moskau. 1978–1986 und 1990–1996 an der sowjetischen/russischen Botschaft in Warschau. Seit Juni 2001 russischer Generalkonsul in München.

109 Viktor Koslikin (auch: Kozlikin, Виктор Козликин Берлин; * ?1945), Nachrichtendienstmitarbeiter, Diplomat. Nach 2000 Botschaftsrat an der russischen Botschaft in Berlin, später in Wien.

110 Michail Arkadjewitsch Dimitrijew (Михаил Аркадьевич Димитриев; * 25. 4. 1947 Moskau), Nachrichtendienstmitarbeiter. 1970–2000 beim KGB bzw. dessen Nachfolger. Nach 2001 Direktor des Föderalen Dienstes für militärisch-technische Zusammenarbeit.

zen können. Das waren revolutionäre Gedanken in der Sowjetunion. Sie waren der Versuch, von den gängigen Denkschablonen abzuweichen, für einen Augenblick einen Schritt zur Seite zu treten und das gesamte sowjetische Herrschaftssystem zu betrachten. Bis zu diesem Zeitpunkt wäre ein derartiges Tun undenkbar gewesen.

In den 1980er Jahren, noch unter Breschnew, waren die Spitzengeossen der DDR-Führung bei der Führungsmacht auf herbe Ablehnung gestoßen. Ähnlich wie sein Amtsvorgänger Ulbricht versuchte Honecker, auf bescheidenen eigenen Pfaden zu wandeln, als die Sowjetunion wieder einmal das außenpolitische Ruder herumgerissen hatte. Er versuchte, die Unterkühlung des Ost-West-Verhältnisses, die aufgrund des sowjetischen SS-20-Raketen-Abenteuers entstanden war, durch deutsch-deutsche Kontakte zu unterlaufen. Die Sowjets sahen dieses Tun mit Missbehagen. Den Honecker'schen Besuch in der Bundesrepublik, der für 1981 geplant war, sagten sie kalt ab.¹¹¹ Zum Sturz von Honecker kam es indessen nicht, weil die Greise des Politbüros der KPdSU über Jahre hinweg damit beschäftigt waren, ihre eigenen Nachfolgefragen zu regeln. Als dann mit Michail Gorbatschow ein Mann ans Ruder kam, dessen Lebensalter zumindest auf eine längere Herrschaftsperiode hindeutete, hatte der die Doktrin im Angebot, dass jeder mit seinem Sozialismus selbst fertigwerden müsse. Honecker blieb also im Sattel – und wurde so zum Anachronismus innerhalb der Perestroika-Politik.

Das KGB in der DDR reagierte auf diese Diskrepanzen in der ihm eigenen Weise und man muss angesichts der Kommandostruktur innerhalb des sowjetischen Geheimdienstes davon ausgehen, dass dies mit höchster Billigung geschah. Die Residentur in Berlin nebst ihren Substrukturen begann wieder, im verstärkten Umfang auf eigene Quellen zu setzen. Die DDR wurde unter verschärfte geheimdienstliche Beobachtung genommen. Das war ein unfreundlicher Akt, ohne jede Frage. Das sowjetische Tun entsprach jedoch vollkommen dem alten Besatzungsverständnis und hatte mit der Doktrin vom eigenen Weg zum Sozialismus nichts zu tun. Die Quellen, die nunmehr geworben wurden, waren Funktionäre im Staatsapparat der DDR einschließlich des MfS; eine besonders häufig anzutreffende Kategorie waren Journalisten. Schließlich, als sich das Staatsschiff der DDR immer mehr zum Kentern zur Seite neigte, Parteimitglieder der CDU.

Wie schon gesagt, brauchte ich geraume Zeit, bis ich eine Struktur in den Wust von Einzelinformationen brachte. Wie sehr ich am Anfang schwamm, mag die folgende Tagebuchnotiz belegen:

111 Daschtschew: Moskaus Griff nach der Weltmacht, S. 308 f.; Garton Ash: Im Namen Europas, S. 245.

Dienstagabend interessantes Treffen in Weimar. Nachdem ich zunächst einer Einladung der Sparkasse gefolgt war, an der Eröffnung einer „Nel“-Ausstellung beizuwohnen (zwei mächtige Eingangswächterinnen wollten mich unter dem Hinweis, dies sei nur für eingeladene Gäste, nicht reinlassen; zum Glück grüßte mich der Künstler¹¹² von Ferne. Herbei eilte huldvoll das Sparkassenoberhaupt und fragte, ob ich auch schon in Weimar ausgestellt hätte. Wahrheitsgemäß sagte ich, das sei mir noch nicht gelungen.), traf ich hinterher mit Peter Marx, dem Korrespondenten von Deutschlandradio Berlin, hier zusammen. Das ist so zustande gekommen, dass ich nachmittags mit [der Mitarbeiterin] Fr. S. einige Einzelfragen aus dem MfS-Komplex¹¹³ besprach und wir auf das Buch „Genosse Journalist“¹¹⁴ zu sprechen kamen, das ich erst kürzlich angekauft habe. Hierin drei Beiträge von Marx über die MfS-Verstrickung der Presse und ihrer noch jetzt amtierenden Hauptakteure. Hatte S. gebeten, ein entsprechendes Tableau anzufertigen, und war eigentlich nur neugierig, was für genauere Informationen wohl hinter den Beiträgen stecken würden. Besorgte mir kurzentschlossen über dpa, wo man sich wunderte, den Standort von Marx, fand ihn sodann im Telefonbuch, rief ihn an und vereinbarte für den selben Abend ein Treffen. Das war zum Kennenlernen zumindest sehr nützlich, wenngleich sich keine besonderen auf das Thema bezogenen Auskünfte ergaben. Wir saßen und aßen und schwatzten und er stellte sich und hinterher auch mir die Frage, was ich eigentlich von ihm wolle. Ich ließ ihn erzählen über die Presselandschaft, hatte zwischendurch manchmal den Eindruck, er sei ein wenig eine verkrachte Existenz, was sich dann aber wieder verwischte.

Die KGB-Funktionäre gingen bei der Quellengewinnung recht unverfroren zu Werke, denn die Rolle des geheimdienstlichen Zuhälters hatte das MfS zu spielen. Das bedeutete im Klartext, dass die Sowjets dem MfS Personen namhaft machten, die der kleine Bruder, wie es so schön hieß, „abzuklären“ hatte. Die im MfS auf diese Weise entstehenden Akten hießen SiVo Freunde. Das SiVo stand für Sicherungsvorgang und bedeutete

112 Gemeint ist der aus Rumänien stammende Künstler Ioan Cozacu. Nähere Angaben zu seiner Person finden sich in Fußnote 153 auf S. 185..

113 Gemeint ist die dem Thüringer Amt zusätzlich als Aufgabe übertragene Beobachtung fortwirkender Strukturen des MfS.

114 Willi Steul (Hg.): Genosse Journalist. Eine Sendereihe im Deutschlandradio Berlin. Mainz 1996.

mehreres: es bezeichnete einen bestimmten Vorgangstypus der Personendatenzusammenstellung und hieß außerdem für das MfS, dass die betreffende Person für eigene operative Interessen tabu war. Die Gleichung SiVo-Sperrung gleich Sowjetagent geht jedoch nicht auf, denn der Sperrungsgrund ging aus dem sowjetischen Begehren selbstredend nicht hervor. Die betreffende Person konnte genauso gut ein Verdachtsfall, ein Mitglied des sowjetischen Zivilgefolges, ein Anwohner oder eben auch ein potentieller Agent sein.

Bei manchen Personen lag das „Wer ist wer?“ allerdings auf der Hand. Davon wird gleich die Rede sein. Um die Nichteinmischung des MfS formal sicherzustellen, führten die „Stellvertreter Operativ“ der Bezirksverwaltungen des MfS einen Listenvorgang SiVo Freunde, aus dem sich Klarname und Geburtsdatum der angefragten Person, der Deckname des sowjetischen Fragestellers sowie die Daten des Auftragseingangs und der Auftragserledigung ergaben.

In welcher Dichte die russischen Sperrerklärungen vorlagen, kann man zum Beispiel an archivierten Spiongevorgängen des MfS nachvollziehen. Der Vorgang XV/2147/85 der Bezirksverwaltung Erfurt des MfS ist ein solcher Fall. Aufgrund des ursprünglich als Spionageoperation gegen die Bundesrepublik angelegten Vorgangs musste das MfS allein Ende 1988 von sechs Personen die Hände lassen, da für die Freunde entsprechende Reservierungen vorlagen, nämlich für Barbara G. (geb. 1951), Irene I. (geb. 1941), Reinhard K. (geb. 1934), Derek R. (geb. 1944), Martina Sch. (geb. 1959) und Ralf S. (geb. 1959). Diese Reservierungen bedeuteten, dass das KGB seine Hände auf diese sechs DDR-Bürger und nachmaligen Bundesbürger zum Zwecke der Einbindung in den eigenen Spionageapparat gelegt hatte.

In einem anderen Fall, der bei der Bezirksverwaltung Suhl des MfS spielte, wurde das MfS aufgefordert, zwei Journalistik-Studenten auszuforschen. Das geschah. Das KGB hatte sich die zwei Kandidaten aus



Einstieg für Anfänger – der Sammelband des Deutschlandradios über die Verstrickung der DDR-Journalisten in MfS-Machenschaften

dem Thüringer Wald ausgeguckt, deren Besonderheit darin bestand, dass beide am selben Tag geboren waren und mit demselben Anfangsbuchstaben begannen – ein typischer Fall für eine geplante geheimdienstliche Verwechslungskomödie. Nachdem das MfS seine Zuträgerrolle erledigt hatte, konnten die Tschekisten aus Suhl feststellen, dass einer der beiden angehenden Journalisten häufig eines der Treffobjekte der sowjetischen Freunde anlief, sodass man richtigerweise schlussfolgerte, der junge Mann sei ein KGB-Agent geworden. Einen MfS-Mann in der Redaktion des „Freien Wortes“ aus Suhl hätten manche nach 1990 vielleicht als anstößig angesehen; die Frage nach dem KGB wurde hingegen weniger gestellt.¹¹⁵ In mein Tagebuch notiere ich halb amüsiert, halb angeekelt:

Heute tagsüber nach B[...] zum Treffen mit H[...], der den [...] Verlag vertritt. Diese Leute wollen nun unbedingt die MfS-Riege aus dem „Freien Wort“ rauswerfen, was allerdings die mitbeteiligten Sozis verhindern wollen. Es ist klar, nachdem die Redaktion vor der letzten Wahl so stark die Trommel für Rot-Rot gerührt hatte, wenn auch umsonst, bleibt jetzt die Schuld abzuarbeiten. Ich hielt mich bei der ganzen Sache bewusst zurück, da sie nicht so recht mein Bier ist.

Die Anwerbungsfälle, die ich aus einem Wust einschlägiger Aktenrückstände in Thüringen ausgewählt habe, zeigen, dass die KGB'ler zweierlei taten: sie sicherten sich West-Quellen, die sie in ihr Netz zu integrieren gedachten, und sie fuhren den eigenen Quellenbestand mit der Zielrichtung der politischen DDR-Spionage hoch. Für das Hochfahren der Westspionage gab es aus Sicht des KGB einen doppelten Grund: Das Misstrauen gegenüber dem eigenständigen Werkeln der DDR-Führung verlangte danach und das Scheitern der sowjetischen Friedensoffensive in den frühen 1980er Jahren, die in Wirklichkeit eine Raketen-Erpressungsoffensive gewesen war, führte der sowjetischen Führung drastisch vor Augen, dass man den Westen falsch eingeschätzt hatte. Die NATO-Staaten ließen sich nicht erpressen. Die Schuld hierfür gab man der Bundesrepublik und zog den kuriosen Schluss, man müsse die Wachsamkeit gegenüber deren vermeintlich subversiven Anstrengungen verstärken.

Derselbe Ansatz lag auch der nunmehr wieder verschärft einsetzenden DDR-Spionage des KGB zugrunde. In den Spitzengremien der SED wurde im Herbst 1989 angenommen, die Zahl der Sowjetagenten in der DDR betrage 14 000 Personen.¹¹⁶ Doch selbst in der allerletzten Phase

115 Vgl. Hans-Joachim Föllner: Genosse Alzheimer. Abwiegeln, verzerren, totschweigen: Das „Freie Wort“ in Suhl, FAZ vom 26. 6. 1998.

116 Wessel: Frühstück im Hotel Okjabrskaja. FAZ vom 23. 5. 1998, S. 6.

der Zusammenarbeit wagte der devote Erich Mielke¹¹⁷ bei einem Besuch in Moskau nicht, Ross und Reiter zu nennen. Im Gespräch mit dem Spionagechef des KGB, Leonid Schebarschin¹¹⁸, wurden verquaste Formulierungen über die führende Rolle der Partei ausgetauscht, wobei Schebarschin im Ton zu bremsen suchte: Wir machen keine Politik, sondern wir führen sie aus. Mielke hingegen beschwerte sich, wenn auch gewunden, dass die sowjetischen Genossen manchmal nicht sehr taktvoll arbeiteten, und meinte, hieraus könnten zukünftig Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit entstehen. Was meinte Mielke hiermit? Es war wohl kaum ein versteckter Hinweis auf Stalinismusdebatte und Nationalitätenkonflikt, wie Bernhard Marquardt in einem Gutachten für den Deutschen Bundestag Jahre später geschrieben hat, sondern der Staatssicherheitsminister brachte in gewundenen Worten seine Empörung darüber zum Ausdruck, was dem MfS in der Fläche der DDR geradezu ins Auge gesprungen war: Die Aktivitäten der angeblichen Freunde richteten sich gegen sie selbst und ihr Land, die DDR.¹¹⁹

117 Erich Mielke (28. 12. 1907 Berlin – 21. 5. 2000 Berlin), SED-Funktionär. 1927 Eintritt in die KPD. 1928–1931 Lokalreporter der Roten Fahne. 1931 Flucht in die Sowjetunion nach der Ermordung von zwei Polizeibeamten. Dort Agenten- und Instrukteursausbildung. 1936–1939 im Spanischen Bürgerkrieg als Offizier bei den Internationalen Brigaden. 1939 nach Belgien, sodann nach Frankreich, dort im Dezember 1943 verhaftet. Januar–Dezember 1944 bei der Organisation Todt in Frankreich. Januar–Mai 1945 in der amerikanischen Besatzungszone. Juni 1945 Rückkehr nach Berlin, verschiedene hohe Funktionen in der Polizei der SBZ, 1957–1989 Minister für Staatssicherheit, zugleich weitere hohe Parteiämter.

118 Leonid Wladimirowitsch Schebarschin (Леонид Владимирович Шебаршин; 24. 3. 1935 Moskau – 29. 3. 2012 Moskau), sowjetischer Geheimdienstfunktionär, zuletzt Generalleutnant. 1952 Studienbeginn am Institut für Ostwissenschaften. 1954 Wechsel zum Moskauer Staatsinstitut für internationale Beziehungen (MGIMO). Nach dessen Abschluss 1958–1962 in Pakistan als Übersetzer für das sowjetische Außenministerium tätig. Gleichzeitig beginnt er, mit der Auslandsabteilung PGU des KGB zusammenzuarbeiten. 1962 Rückkehr nach Moskau, dort im Rang eines Unterleutnants offiziell von der Auslandsaufklärung des KGB übernommen. Seit 1964 Mitglied der KPdSU. Mehrere längere Agenteneinsätze in Pakistan und Indien. März 1975–März 1977 PGU-Resident in Indien. Nach der Rückkehr nach Moskau 1977 zum stellvertretenden Chef der Asienverwaltung der PGU ernannt. 1979–1983 PGU-Resident im Iran. 1983 Rückversetzung nach Moskau, zum stellvertretenden Leiter der Verwaltung R (Operativplanung/Analyse) befördert. Noch im selben Jahr zur Informationsverwaltung der PGU versetzt, dort ebenfalls deren stellvertretender Chef. Im April 1983 Ernennung zum stellvertretenden Leiter der PGU, zuständig für den Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika. Am 24. 1. 1989 zum letzten Chef der PGU befördert, gleichzeitig zum stellvertretenden Vorsitzenden des KGB ernannt. Mitarbeiter der PGU bezeichneten ihn „als ersten wirklich kompetenten Leiter der Ersten Hauptverwaltung seit Jahrzehnten“. Im September 1991 in den Ruhestand versetzt, danach Präsident der Russischen Nationalagentur für Wirtschaftssicherheit.

119 MfS: Notiz über die Besprechung Mielke – Schebarschin am 7. 4. 1989, in: BStU: ZA ZAIG 5198, Bl. 100–139; hierzu: Marquardt: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, S. 305–307; Schell u. a.: Stasi und kein Ende, S. 264 f.

Dabei kannten die MfS-Funktionäre nur das Ausmaß der gesperrten Datensätze aus den Sicherungsvorgängen Freunde. Die Zwecksetzung der einschlägigen Agentenwerbungen blieb ihnen unklar. Die Einzelheiten kamen erst nach dem Untergang der DDR ans Tageslicht. Neben den bereits beschriebenen Agenten für die DDR- und die Westaufklärung hatten die KGB'ler nämlich, vorbei an den Genossen des MfS, auch an einem Überrollsystem gearbeitet. Dergleichen hatte in der Sowjetunion eine lange Tradition, die bis in die allerfrühesten 1920er Jahre zurückreichte. Das Idealbild war der gefestigte kommunistische Funktionär, der sich vom Klassenfeind überrollen ließ und in seinem Rücken für die Verwirklichung der Weltrevolution sorgte. Manche nannten das auch Partisanen, wie es sie im deutsch-sowjetischen Krieg von 1941–1945 gegeben hatte. Dieses alles war für die Jahre nach 1990 nicht mehr realistisch, jedoch nicht gegenstandslos, denn es hatte ein Bedeutungswandel stattgefunden.

Interessant ist dabei, was die verdeckte politische Nachrichtengewinnung in und über die DDR dem sowjetischen Geheimdienst an Erkenntnissen einbrachte und was er daraus machte. Hierüber sind wir aus den Aufzeichnungen von Iwan Kusmin¹²⁰, dem Auswertungsleiter der KGB-Residentur in Karlshorst, recht gut informiert.¹²¹ Als im Juli 1989 der Vorsitzende des Konsultativen Wissenschaftlichen Beirats im sowjetischen Außenministerium, Wjatscheslaw Daschtschew¹²², in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin einen Vortrag vor den in der DDR stationierten sowjetischen Spitzen-Funktionären hielt, in welchem er nicht mehr und nicht weniger mitteilte, als dass nach seiner Meinung

120 Prof. Dr. phil. Iwan Nikolajewitsch Kusmin (Иван Куcмин) (* 13. 10. 1925), sowjetischer Geheimdienstfunktionär. Zunächst Militärarzt, 1945 Bevollmächtigter der SMA-Abteilung Gesundheitsschutz im Verwaltungsbezirk Erfurt. Dann in die Sowjetunion abkommandiert, 1948 Abschluss am Militärinstitut für Fremdsprachen. 1948–1950 Mitarbeiter der GRU im Apparat der SMAD/SKK. 1950–1953 Dienst in der Informationsverwaltung der GRU, 1953 aus dem Militärdienst entlassen, wenig später vom KGB übernommen. 1955–1961 erneuter Einsatz in der DDR, seit 1957 Mitarbeiter der KGB-Residentur in Berlin. 1960 Dissertation an der Humboldt-Universität. 1961–1969 Lehrer für Länderkunde an der Hochschule des KGB in Moskau. 1969–1971 stellvertretender Chef der analytischen Informationsabteilung des KGB beim MfS in Berlin. 1971–1974 stellvertretender Leiter des Lehrstuhls für Informationen an der Hochschule des KGB, dann bis 1979 Chef der analytischen Informationsabteilung des KGB beim MfS. 1979–1984 Lehrstuhlinhaber am Rotbanner-Institut des KGB, dann erneut bis 1989 Chef der analytischen Informationsabteilung des KGB beim MfS in Berlin. 1989–1991 Leiter der Informationsabteilung der deutschen KGB-Residentur in Berlin. 1991 vom KGB offiziell in den Ruhestand versetzt, wechselt er zum russischen Außenministerium.

121 Kusmin: Schest ossennich let, passim.

122 Prof. Dr. Wjatscheslaw Iwanowitsch Daschtschew (Вячеслав Иванович Дашичев; * 9. 2. 1925 Moskau), Hochschullehrer. 1943–1945 Fronteinsatz. Danach Hochschulstudium der Politologie und Geschichtswissenschaften. Hochschullaufbahn, zugleich in verschiedenen Beratergremien der Sowjetunion.

die Regelung der deutschen Frage auf dem Programm stehe, schwiegen die Anwesenden eisig.

Das war vermutlich ein wenig zu viel Perestroika, was der Professor aus Moskau da von sich gab. Nur einer nahm schließlich das Wort, ausgerechnet der Geheimdienstler Iwan Kusmin – und stimmte Daschitschew im Prinzip zu.¹²³ Später notierte Kusmin leicht entnervt:

Es gab mehr als genügend gute Gründe und konkrete Fakten, die der sowjetischen Führung erlaubten, Prognosen der Entwicklung der DDR – des strategischen Partners der Sowjetunion – auszuarbeiten. Als Hindernis für solche Analysen trat unsere Ideologie auf. Der Sozialismus ist unverbrüchlich und ihm gehöre die Zukunft – das war für uns der Leitfaden in Berlin und für unsere Vorgesetzten aller Ränge in Moskau. Überhöhte Bewertungen der Festigkeit der sozialistischen Grundlagen in der DDR erwiesen sich nicht als der letzte unserer Fehlschläge.¹²⁴



Registriert Ende der 1980er Jahre kalt den kommenden Untergang der DDR: Iwan Kusmin (Foto: Иван Куcмин)

Wozu dieser scheinbare Umweg in die letzten Jahren der sowjetischen Besatzungspolitik? Er schildert die Basis, auf der ich in den 1990er Jahren arbeitete, wenn das Thema Spionageabwehr und fortwirkende Strukturen auf meinem Dienstplan auftauchte. Manch einer meiner Gesprächspartner tröstete sich (und, wie er glaubte, auch mich) mit dem Hinweis: Was soll das ganze Getöse? Ja, in der Tat, was sollte es? Ich sagte dann, dass es einen Gesetzesbefehl gebe, diese Dinge aufzuklären und nicht schleifen zu lassen. Geheimdienstliche Tätigkeit für eine fremde Macht ist in Deutschland strafbar. Ich meine, mit gutem Grund. Ich bedurfte allerdings bald keiner Belehrung mehr darüber, dass etliche Funktionsträger des neuen Staates alles in ihrer Macht stehende taten, um die auftretenden Fälle durch Wegsehen zu erledigen. Zuweilen schlug mir auch der blanke Hass entgegen. Der Leser mag mich nun auf meinem Weg zur Stasiaktenbehörde begleiten.

¹²³ Daschitschew: Moskaus Griff nach der Weltmacht, S. 451–453.

¹²⁴ Kusmin: a. a. O., S. 171 f.

Nachspiel in der Glinkastraße Wie ich an der Nase herumgeführt werde

Die Glinkastraße liegt in Berlin-Mitte. Hier liegt einer der Eingänge in den üppigen Gründerzeitkomplex, der einmal ein Bankhaus beherbergte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der ganze Block von den Sowjets enteignet, um Verwaltungsbehörden unterzubringen, denn in deren angestammten Quartieren, ein wenig weiter westlich an der Wilhelmstraße, waren nicht viele Steine aufeinandergeblieben. Bald residierte in diesem mächtigen Bau, dessen Hauptanschrift mit Mauerstraße angegeben wurde, das Innenministerium der DDR. Dort, über die Mauerstraße hinweg, führt eine Brücke in einen Neubau, der sich bis zur Wilhelmstraße streckt. Hier habe ich jahrelang gearbeitet. Mittlerweile war die Außenstelle des Bundesinnenministeriums dort angesiedelt sowie einige der Hauptstadtvorposten der Behörden aus seinem Geschäftsbereich – und auch Teile der Stasi-Akten-Behörde, die das Behördenkürzel BStU trägt.

Bei den Aufräumungsarbeiten unseres Mannes M. aus Erfurt, die ich im vorletzten Kapitel geschildert habe, wurden wir den Verdacht nicht los, dass hier in der Behörde des BStU seit Jahren einiges schief lief. Über die kuriose Entstehung der Behörde des BStU habe ich bereits an anderer Stelle einiges gesagt. Gewiß klingt vieles davon nicht gerade freundlich. Es hängt mit dem zusammen, was gleich zu schildern sein wird, nämlich wenn man die Behörde, durch meine Brille betrachtet, arbeiten gesehen hat.

Am Anfang meiner Tätigkeit in Erfurt sah ich das keineswegs so kritisch, wie mich ein Blick in mein Tagebuch wissen lässt.

Sonntag, 15. Dezember 1996: Vormittags am Schreibtisch. Seit gestern liegt mal wieder Schnee, gestern Nacht war es schneidend kalt. War im Kinoclub am Hirschlachufer. „Nachtblende“ mit Romy Schneider. Eine schlimme Schnulze. Ging ärgerlich nach Hause. Der Samstag verlief im Übrigen wie gewohnt. Einkaufen nach dem Frühstück. Mit den üblichen Verwunderungen über das miese Warenangebot hierzulande. ...

Der Freitag war zunächst sehr gedämpft in der Behörde; die späten Folgen der Weihnachtsfeier vom Vorabend, der ich um halb zwölf entkam; die letzten sollen bis halb vier geblieben sein. Büroroutine, Unaufschiebbares und scheinbar Unaufschiebbares zum Jahresschluss. Telefonate, Grüße, Aufgeregtheiten, die meine nicht sind.

Mittags zum Petersberg, dort zur Eröffnung des Informationszentrums der Gauck-Außenstelle.¹²⁵ Gauck¹²⁶ sprach ziemlich lang, weitgehend bekannte Gedanken, was soll man schon Neues dazu sagen. Aber gut vorgetragen und zum Teil in Rage geredet, stets mit pastoralen Weitschweifigkeiten, wobei der hierzu gehörige Wortbrei sich erfreulich in Grenzen hielt. Einige Bemerkungen mit ihm und mit Bley¹²⁷, dem Leiter der Außenstelle Gera und dem kommissarischen von hier, ausgetauscht. Knigge angesprochen¹²⁸, den Gedenkstättenleiter von Buchenwald. Einige Bemerkungen mit ihm über die geplante Broschüre des Amtes zu Buchenwald ausgetauscht, wofür er unbedingt zu haben ist. Wunderte sich über die „Kommunikativität“ des Amtes. Sprach auch kurz das Problem der Strafanzeige gegen ihn an, die sich mittlerweile erledigt hat. Was für ein Irrtum, aufgrund einer Anzeige sogleich ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen, und das wegen Volksverhetzung. Unglaublich.

Man wird kaum sagen können, dass dies in irgendeiner Weise feindselig gegen die Behörde oder ihren Leiter klingt. Ich habe, jetzt wo ich diese Zeilen schreibe, auch keine Lust, mir gegen einen Mann Kritik anzumaßen, über den ich gelernt habe, dass er der „Bundespräsident der Herzen“ ist. Seine Antrittsrede empfand ich entgegen dem verordneten Medienecho schwach und konturlos, aber ich denke, das wird nicht so bleiben, sodass ich mit einer gewissen heiteren Gelassenheit darauf warte, wann und warum die hierzulande üblich gewordene Hetze gegen ihn losgetreten werden wird.

Wie schon gesagt: Bei den Aufräumarbeiten unseres Mannes M. aus Erfurt werden wir den Verdacht nicht los, dass beim BStU über die Jahre einiges schiefgelaufen ist, denn in den Akten der thüringischen Staatskanzlei stoßen wir auf einige Ungereimtheiten, die uns aufmerken lassen. Die Stasi-Anfragen wurden Anfang der 1990er noch als sogenannte Sammelanfragen gestartet, d. h., es wurde eine Namensliste mit zu überprüfenden Personen an die Stasi-Akten-Behörde übergeben.

125 Die Stasi-Akten-Behörde (BStU) gliederte sich wie das MfS mit Hauptsitz in Berlin und Außenstellen in den ehemaligen Bezirkshauptstädten der DDR. In Thüringen gab es drei davon (Erfurt, Gera, Suhl).

126 Joachim Gauck (* 24. 1. 1940 Rostock), evangelischer Theologe. In den 1980er Jahren Pfarrer in Rostock. 1990–2000 Bundesbeauftragter für die Stasiunterlagen (BStU). 2012 Bundespräsident.

127 Andreas Bley (1951–2011), Verwaltungsangestellter. In den 1990er Jahren bis zu seinem Tode Leiter der Außenstelle Gera des BStU.

128 Dr. Volkhard Knigge (* 1954 Bielefeld), Historiker. Seit den 1990er Jahren Leiter der Gedenkstätte Buchenwald.

Die Anfrage wurde dann ebenso in Listenform beantwortet. Nun will es der Zufall, dass ausgerechnet unser Mann M. in der Liste der Negativ-Auskünfte in einem anderen Schriftbild geschrieben ist, als es bei allen anderen Mitüberprüften der Fall ist. Wer hat sich hier etwas gedacht? Und wenn ja, was? Wir fragen uns auch, ob es möglich ist, dass ein

*Keine Auskunft
aus der Stasi-
Aktienbehörde
trotz Erfassung
für die Auslands-
spionage: der
Fall M. Doch wir
wissen es irgend-
wann besser und
haben einen Ver-
dacht mehr.*

M. ... Nachname Vorname Geburtsdatum Geburtsort Beruf Dienststelle ...	M.
---	---

Mann mit dieser Karriere keine Spuren hinterlassen haben soll. Das ist ziemlich unwahrscheinlich. Umso unwahrscheinlicher, als wir es mittlerweile besser wissen und auch zur Kenntnis genommen haben, dass M. nicht nur auf dem Gebiet der Auslandsaufklärung (Linie XV), sondern auch im Eingemachten der CDU als Spitzel tätig gewesen ist. Und in der Tat: Es gibt solche Rückstände über das verdienstvolle Wirken des M. und sie bestätigen eindrucksvoll die Geschichten, die wir gehört haben.

Die Frage, die wir uns nun stellen, drängt sich förmlich auf: Sollten hier irgendwo Leute sitzen, die gezielt bei Anfragen leimen? Gewiss, das ist ein übler Verdacht, aber in einem Nachrichtendienst nichts, was einen irgendwie umhauen könnte. Wer hat Interesse und wem nützt es? So kommt man meistens voran. Auf beide Fragen findet man rasch eine Antwort. Es hilft den ehemaligen Belastern und den Belasteten. Wir fragen uns ein wenig in der Kundschaft durch und erhalten zum Thema Stasi-Auskunft die Antwort, dass man solche Auskünfte aus der Stasi-Akten-Behörde beschaffen könne, gegen Bezahlung versteht sich. Wir fragen ein wenig gezielter; dabei sind wir uns aber bewusst, dass das, was man uns sagt, nicht unbedingt stimmen muss. Sowas kann man nur am Ort des Geschehens, also in der Glinkastraße, klären.

Doch wir wollen nichts überstürzen. Scheinheilig stellen wir selbst eine Anfrage, ganz offiziell und ohne weitere Tricks: Gibt es Erkenntnisse zu unserem Mann M. aus Erfurt? Antwort: Nein. Jetzt sind wir sauer, weil die Antwort offensichtlich unwahr ist. So denken wir jedenfalls in unserer Einfalt. Keine Erkenntnisse, so denken wir ganz schlicht, heißt:

Es gibt keine Erkenntnisse. Doch damit liegen wir Meilen neben der Wirklichkeit, wie man uns belehren wird. Kurz und gut: Ich rufe den Leiter der Stasi-Akten-Behörde an und vereinbare einen Besprechungstermin mit ihm.

In der Glinkastrasse werde ich in sein Dienstzimmer geführt, wo es Kaffee und Plätzchen gibt. Das Gespräch zieht sich etwas. Pünktlich um 16 Uhr klingelt das Handy, um mein Gegenüber auf einen wichtigen weiteren Termin hinzuweisen. Ich fasse mich sehr kurz, obschon ich die Sache für dringend halte. Es sind zwei Sachverhalte, die ich vortrage: Erstens: Es gibt die Behauptung von ehemaligen Stasi-Leuten, man könne Informationen aus der Behörde herauskaufen. Zweitens: Ich habe im Fall unseres Mannes M. aus Erfurt falsche Negativauskünfte aus der Behörde erhalten. Ich sage, dass ich in absehbarer Zeit schlüssige Antworten erhalten möchte; hinsichtlich der behaupteten unerlaubten Behördenausforschung biete ich die Zusammenarbeit an. Mit viel Lamento und ohne konkrete Gesprächsergebnisse werde ich aus der Behörde komplementiert.

Die angesprochenen Probleme werden nicht gelöst; sie werden in den folgenden Monaten in Abrede gestellt und durch eine behördeninterne Strafexpedition angegangen. Zu meiner und seiner Überraschung wird ein Schuldiger gesucht; doch geht es hierbei nicht um die Frage, wie die aufgezeigten Missstände beseitigt werden könnten, sondern darum, wer möglicherweise Informationen an das thüringische Amt, meine Behörde also, preisgegeben haben könnte. So wird der im Frühjahr 1997 frisch installierte Außenstellenleiter aus Erfurt zum Sündenbock erklärt und von seiner Stelle weiter nach Osten verschoben. Es spielt für die Inquisitoren offensichtlich keine Rolle, dass der zu Unrecht verdächtige Mann schon aus Zeitgründen mit den von mir monierten Vorgängen nichts zu tun haben kann. Er ist, als wir mit unserem Mann aus Erfurt in die heiße Phase geraten, noch gar nicht in Erfurt tätig und kann weder den Fall noch die damit zusammenhängenden Vorgänge kennen noch uns gar die einschlägigen Informationen zugesteckt haben.

Erneut interveniere ich in der Glinkastrasse. Diesmal sitzt mir der Behördendirektor Busse gegenüber; ein Mann, der mir aus gemeinsamen Jahren im Bundesinnenministerium durchaus bekannt ist. Erneut versuche ich mit Engelszungen darauf hinzuweisen, das es sich hierbei um zwei Probleme handelt, nämlich das der Falschauskunft und das der unerlaubten Auskunft. Es wird verstanden, endlich. Aber das Ergebnis ist so, dass ich mir den Weg auch hätte sparen können: „Falschauskünfte gibt es nicht.“ Ich denke, ich habe mich verhört. Dann kommt die Erklärung. Ihr Amt, so höre ich, darf zu Zwecken der Spionageabwehr anfragen, und wenn dem Bearbeiter die Anfrage nicht einleuchtet, gibt er keine Auskunft. Rückfrage: „Sagt er ‚Ich sage Ihnen nichts‘ oder sagt

er „Ich habe nichts?“ Letzteres sei gut möglich. So werde auch bei anderen Behördenauskünften verfahren. Die Antwort „Keine Erkenntnisse“ bedeute lediglich, dass die Behörde keine Erkenntnisse habe, mit der sich der mit der Antwort verfolgte Zweck beweisen ließe. Ich frage noch mal nach, weil ich es einfach nicht glauben will. Statt einer klaren Auskunft erhalte ich wieder einen allgemeinen Schmonzes über Opferschutz und Zweckbindung im Allgemeinen und das berechtigte Misstrauen gegenüber jeglichen Nachrichtendiensten im Besonderen.

Das Groteske dieser Auskunftspraxis wird mir erst auf der Heimfahrt in seiner ganzen Tragweite deutlich. Immer vorausgesetzt, dass ich mich nicht verhört habe, entscheidet ein Mitarbeiter der Behörde, ob er das vorliegende Material „beauskunften“ will, wie diese alberne Vokabel lautet; will er nicht, sagt er: „Keine Erkenntnisse.“ Dass diese Praxis für Sicherheitsbehörden inakzeptabel ist, bedarf keiner langwierigen Ausführungen, denn sie suchen nur zu oft nach Mosaiksteinchen und nehmen es eher überrascht zur Kenntnis, wenn sie sogleich auf eine geordnete Beweisführung stoßen. Die Auskunft „Keine Erkenntnisse“ hat uns jahrelang die falschen Schlussfolgerungen ziehen lassen. Aber nicht nur uns: Ich diskutiere das Problem mit einem aus Karlsruhe angereisten Kollegen der Bundesanwaltschaft. Er kennt das Verhalten in der Glinkastraße und benutzt ein paar wenig schmeichelhafte Ausdrücke.

Auch das Thema des unerlaubten Informationsabflusses endet wie das Hornberger Schießen. Ich erläutere den schwer verdutzten Aktenverwaltern, wie man das macht: die Informationen aus der Behörde herauszukaufen. „Das Wasser trüben“, so nennt man das im Geheimdienstjargon: Man wirft ein Stückchen Seife ins Becken und schaut nach, wo sich die Blasen zeigen. Ich füge, nachdem sie sich genügend über das angeblich Illegale solcher Aktionen ausgelassen haben, hinzu, dass ich nur ein einziges Interesse an der Sache habe, nämlich dass sie alsbald unterbunden wird.

Das wird mit ungläubigem Staunen registriert. „Nicht möglich. Wir dachten ...“ War eben falsch gedacht. Ich gebe eine, wenn auch abstrakte Beschreibung des mutmaßlichen Täters ab. Nein, damit könne man nichts anfangen in einer Behörde mit über 3000 Mitarbeitern. Ich sage, dass man es sehr leicht feststellen könne, indem ich einen Informationsbeschaffungsauftrag erteile und die Behörde dann überprüft, wo, wann und vor allem durch wen die Informationen zusammengesucht werden. Das wäre ja unschwer möglich, wie man mir zuvor versichert hätte. Ich frage: „Wann also sollen wir beginnen?“ Da wird mein Gegenüber vollends unruhig. Das komme auf gar keinen Fall in Betracht. Er lacht etwas mühsam: „Das sind ja Stasi-Methoden.“ Stasi-Methoden, so so.

Kein Nachspiel ohne Nachspiel. Es gehen einige Wochen ins Land, da erhalte ich eine geharnischte Beschwerde über mein Tun, verbunden mit

der Bitte, mir Einhaltung zu befehlen. Der Brief stammt aus der Glinkastraße und ist an das Innenministerium in Erfurt gerichtet. Ein Mitarbeiter der Stasi-Akten-Behörde, so steht in diesem Brief zu lesen, habe die Befürchtung geäußert, durch das Amt verfolgt zu werden. Das könne im Interesse der Rechtsstaatlichkeit und der Rechtssicherheit und so weiter und so weiter nicht geduldet werden.

Wir reiben uns die Augen. Diesen Menschen, den wir hier angeblich mit unseren fragwürdigen Methoden verfolgten, kannten wir bis zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht. Wer ist das? Warum kommt hier einer aus der Deckung? Oder ist es nur einer der leider nur zu häufig anzutreffenden Verrückten? Einer mit Verfolgungswahn? Nein, ist er nicht. Der Verfolgte ist rein zufällig die Person innerhalb der über 3000 Mitarbeiter der Stasi-Akten-Behörde, auf die genau die Merkmale zutreffen, die ich dem Behördendirektor Busse vertraulich mitgeteilt habe. Der Mensch, nach dem wir suchen, weil er angeblich mit Informationen der Behörde handelt. Der Mensch, der mit unseren Suchkriterien angeblich nicht zu finden ist. Und noch etwas anderes stellt mein Mitarbeiter Koch fest, der sich ein Grinsen kaum verkneifen kann: Rein zufällig stimmen die Daten dieser verfolgten Person mit den Notizen unseres Mannes aus Erfurt überein, die wir bislang nicht hatten deuten können. Ist natürlich alles irgendwie Zufall. Oder so.

Spaziergänger in Archiven

Wie ich mich erinnere, dass ein Nachrichtendienst ein Nachrichtendienst ist

Nein, mein Reinfall in der Glinkasträße ist kein Zufall. Durch Nachdenken über das Selbsterlebte kommt man der innewohnenden Logik auf die Schliche. Dass ich das Stasi-Akten-Konstrukt, wie es von der Bundesrepublik in Gesetzesform gegossen worden ist, für ein gesellschaftspolitisches Unding halte, habe ich schon gesagt. Und ich wiederhole es hier gern: Die Zweiteilung der ostdeutschen Bevölkerung in Täter und Opfer ist eine gefährliche Simplifizierung und eine Narretei zudem. Die zum Staatsrecht geronnene Formel „Stasi = böse, Nicht-Stasi = gut“ ist ein unerhörter Fehlgriff, der an der Wirklichkeit des DDR-Systems in entscheidenden Aspekten vorbeigeht. Diese Formel hat eine Lawine von Verdächtigungen, Verunsicherungen, Verleumdungen und einen Schwall von Verwaltungsunfug in Gang gesetzt, der sich in Behördenauskünften und Selbstanfragen entlädt.

Ich höre oft den Einwand, dass wieder so und so viele Anfragen auf „Beauskunftung“ gestellt worden seien. Man bewahre mich vor diesen Zahlen, sie sind das Produkt eines sich selbst bewegenden Apparats und

seiner Suche nach einem Daseinszweck und sie sind vor allem Ausdruck gesetzlich angestifteter Neugierde, gepaart mit einem ordentlichen Schuss Voyeurismus. Ich selbst bin mehrfach überprüft worden, ob ich denn ein solcher Täter sei. Dagegen konnte und wollte ich mich nicht wehren, aber niemals ist es mir in den Sinn gekommen, selbst eine Auskunft über mich einzuholen. Sie kann nur zwei mögliche Ergebnisse haben: Einmal, dass nichts vorhanden ist, was bedeuten würde, das Mielke & Genossen in den 1980er Jahren ihren Aufgaben gegenüber einem ihrer kompromisslosen Feinde nicht ordnungsgemäß nachgekommen sind. Als Alternative dazu steht die Besichtigung eines Konvoluts von Erkenntnissen in Aussicht, die mir im Zweifel meinen Kinderglauben an Freunde und Bekannte zerstören könnte. Ich will das nicht wissen und lebe gut damit.

Aber ich bin mit der Zeit misstrauisch genug, um die Funktion der Behörde des BStU auf unverdächtigem Feld zu testen. Ich nutze die Bestimmung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, die es erlaubt, Auskünfte zu Forschungszwecken einzuholen. Und dabei muss ich mich nicht einmal verbiegen, geschweige denn das Gesetz, denn mein Forscherfleiß bezieht sich auf einen Mann namens Julius Mader.¹²⁹ In den 1980er Jahren ist diese Person, zumindest deren Vorgang, so und so oft über meinen Bonner Schreibtisch gewandert. Dieser „Geheimdienstexperte der DDR“ und Bruder eines Überläufers zum BND¹³⁰ hat mir viel Arbeit gemacht. Ich will wissen, wie es mit diesem Mann aus der Sicht seines ehemaligen

129 Dr. rer. pol. Dr. sc. jur. Julius Mader (7. 10. 1928 Radzein/Tschechoslowakei – 17. 5. 2000 Berlin), Schriftsteller, Geheimdienstexperte und -offizier im besonderen Einsatz (Decknamen: Thomas Bergner, Faingold, Dokument, Julius, X 54, Jäger). Kindheit und Jugend in der ČSSR, dort nach dem Zweiten Weltkrieg in die SBZ ausgewiesen. 1947–1949 Studium der Ökonomie an der Universität Jena. November 1952–1954 Tätigkeit im Verlag Die Wirtschaft, dort im Januar 1960 auf eigenen Wunsch ausgeschieden. Bereits zuvor seit Oktober 1958 IM des MfS, angeworben vom Leiter der Abteilung Agitation des MfS Günter Halle; in dieser Zeit Reisen in die Bundesrepublik. Ab Januar 1960 hauptamtlicher IM, 21. 4. 1962 Übernahme als OibE mit dem Dienstgrad als Hauptmann (7. 10. 1964 Major). Seit 1958 im Auftrag und mit Unterstützung des MfS/Abteilung Agitation (später MfS/ZAIG) zahlreiche Publikationen unter seinem Klarnamen, bevorzugt zu Geheimdienstthemen. In den 1970er Jahren zusätzlich für die Abteilung X (Desinformation) der HVA tätig. Vielfach ausgezeichnet. Tätigkeit scheint in den 1980er Jahren eingeschlafen zu sein. Eine Entlassung oder Entpflichtung ist nicht erfolgt, daher faktisches Ende der Tätigkeit durch Auflösung des MfS; eine letzte Zahlung erfolgt am 1. 10. 1989, eine zusätzliche Prämie wird am 31. 10. 1989 ausgezahlt (MfS-Gehaltsliste: 071028430080; 99; 53; 00; BERGNER, THOMAS: 27187,50). Wohnt nach dem Ende der DDR weiter in Berlin-Karlshorst.

130 Adolf Mader (* 13. 11. 1934), Numismatiker, Agent (IM Mathes). Von der Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung des MfS (AG BKK) als Gutachter und Händler eingesetzt, von ihr jedoch nicht als IM Mathes, sondern von der HA XVIII (IM seit 1971) gesteuert. 11. 7. 1985 Flucht über Österreich in die Bundesrepublik; Quelle des BND und des LfV Baden-Württemberg; berichtet 1986 dem MfS hierüber. Q.: BStU: ZA MfS BKK 1790 [Konvolut Mader].

Dienstherrn in der Normannenstraße aussieht, und nehme mir fest vor, bei nächster Gelegenheit einmal darüber zu schreiben.

Dass, was ich aus seiner nunmehr nur noch als Aktenbestand vorhandenen Dienststelle zu sehen bekomme, ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Einmal ist es das Inhaltliche, was diesen frühen DDR-Spitzel und späteren Offizier im besonderen Einsatz Julius Mader, alias Berger, alias Faingold, betrifft und seine denunziatorische Tätigkeit zu Lasten der Bundesrepublik. Aber meine Forschung bringt auch Interessantes über die Methodik der Akten-Behörde ans Licht. Die Rede ist von den Schwärzungen. Diese werden an allen Personennamen in den Akten vorgenommen, die nicht „Täter oder Personen der Zeitgeschichte“ betreffen. Die Lektüre der Unterlagen über Mader gerät durch die zahlreichen schwarzen Balken zu einer Art Andernacher Springprozession. Der Schwärzungsfuror hat auch komische Züge, denn er trifft sogar Leute wie den Namensgeber der sudetendeutschen Schule, die Mader während des Krieges besuchte. Wenigstens der war also kein Täter. Ich bin erleichtert. Im Übrigen habe ich Glück: Zu Mader gibt es die MfS-Personalakte des hauseigenen Offiziers und einen zweiten Aktenvorgang – den Spitzel bei der Arbeit sozusagen.¹³¹ Beide Akten enthalten vielfach die gleichen Schriftstücke, aber diese haben den Charme, dass sie an unterschiedlichen Stellen geschwärzt sind. Legt man beide Akten nebeneinander, ergibt sich ein nahezu vollständiges, ein ungeschwärztes Bild.

Diese Erkenntnis machen Koch und ich uns zunutze, als wir daran gehen, das Spinnennetz des jetzt toten Agenten M. aufzuribbeln. Er hat Spuren in verschiedenen Akten hinterlassen, unser Mann, der Agent Fliegeauf. Jetzt kommt es nur noch darauf an, die diversen Fliegeauf-Opfer zu finden und ihnen beim Aktenlesen über die Schulter zu schauen. Sie werden dem gern zustimmen, denn auf diese Weise erfahren sie im Verein mit uns viel mehr, als jede halbschwarze Aktenauskunft preisgeben kann. Davon wird im folgenden Kapitel einiges zu lesen sein.

Mag sein, dass der Leser diese Vorgehensweise witzig findet; ich jedenfalls fand sie damals alles andere als komisch. Ich gestehe ein, dass ich mir zum Beginn meiner Tätigkeit in Thüringen nicht hatte vorstellen können, dass eine ganze Behörde sich aus einem kompletten Aufgabenspektrum ausklinkte, weil ihr die ganze Richtung nicht passte. Ich stammte, wenn der Ausdruck einmal gestattet ist, aus einem gut geölt laufenden, sehr großen Apparat, wo ich zwar auch etliche Ausreißer und Nichtstuer kennen lernen musste, aber das hier hatte eine andere Qualität.

131 BStU: ZA: ZAIG Nr. 16380 [OibE Julius Mader]; BStU: ZA: [Kaderakte] Mader, Julius, Nr. 25225/90.

Den Einstieg in die Denkwelt der Stasi-Akten-Behörde verschafft mir ein Zufall. Ich lerne bei einem Konzert einen Mann namens Andreas Bley kennen, der sich, ebenso wie ich, für US-amerikanische „Minimalmusik“ interessiert. So trifft man sich ab und an und hat mehr Gesprächsstoff als das übliche Ost-West-Blabla. Ich notiere:

Montag, 27. Januar 1997: Abends in der Straßenbahn. Kurz vor fünf. Also ungewohnt frühes Verlassen des Arbeitsplatzes. Es ist noch hell.

Der Arbeitstag ist ohne Besonderheiten verlaufen. Einige Gespräche mit Mitarbeitern, einige Telefonate, im Ganzen ereignislos ...

Gestern Abend nach Gera in die Philip-Glass-Aufführung von *Hydrogen Jukebox*. Ein merkwürdiges Stück, so eine Art Panoptikum der 1950er, 1960er, 1970er und 1980er Jahre der USA, dargestellt anhand von entsprechenden Gedichten von Alain Ginsberg als Libretto. Ein deutscher Sprecher/Schauspieler, sechs Sänger, sechs Musiker, zwei Tänzer. Viel Theaterdonner, dessen Sinn nicht ohne Weiteres einleuchtete, aber gut anzuhörende Musik. Traf dort auf Andreas Bley von der Gauck-Behörde nebst Frau (?), von der zumindest zu sagen ist, dass sie eine hübsche Frau ist. Mit schönen Zähnen, die sie gern zeigt. Beim Rausgehen verabschiedete sich ein Mann, von dem Bley sagte, es sei der Geraer Revolutionspfarrer. Blätterte spätabends noch in der Broschüre über die Wende in Thüringen, in der ich tagsüber gelesen hatte, und siehe da, da kam ein Interview vor, das nur von diesem stammen kann, und zu allem Überfluss erwähnt er namentlich den „Spielleiter Andreas Blei“, der ihn Ende 1989 auf Stasileute hingewiesen habe.¹³² So klein also ist der Kreis. Muss mit Bley nochmal darüber reden. Anger, aus- und umsteigen.

Und am Tag darauf schreibe ich:

Dienstag, 28. Januar 1997: Abends in der Straßenbahn. Es ist sechs Uhr und stockfinster. Ein leerer Tag ist zu Ende. Habe mir morgens ein paar öde Zeilen für den Verfassungsschutz-

132 Bei dem erwähnten Buch handelt es sich um Dornheim u. a.: *Thüringen 1989/90. Akteure des Umbruchs berichten*. Erfurt, Landeszentrale für politische Bildung 1995. Darin: Roland Geipel: *Wir waren in Gera tatsächlich spät dran, aber nicht zu spät* (Interview mit Andreas Dornheim), a. a. O., S. 305–315, insbesondere S. 310 mit unzutreffender Namensschreibung „Blei“ statt „Bley“.

bericht abgenötigt.¹³³ Dinge gelesen, die mich nicht interessieren, Telefonate: Bley, der so tut, als sei man ein Fremder, auch mit Frau W[...] gesprochen, die für die CDU-Fraktion des Landtags arbeitet. Längerer Plausch, dessen Inhalt mir bis jetzt unklar ist. Ansonsten irrer Leerlauf, dennoch ermüdend. Vielleicht die Überreste von gestern Abend. Treffen mit den K.s [im Weinlokal „La petite France“ in der Erfurter Bergstraße] bei [Lothar] Wolfram.¹³⁴ [Es folgen weitere Bemerkungen über den Abend dort. Nach dieser Abschweifung bin ich gedanklich wieder in der Straßenbahn.]

Vor mir sitzt eine kaugummikauende Göre mit glattem, auffordernd frechem Gesicht, Schlägermütze mit Schirm nach hinten. Braucht man, glaube ich, so. Seltsames Alter, wenn die Kindlichkeit mit der Berechnung im Gesicht streitet.

Die kurzen Bemerkungen zu Bley zeigen den Kern des Problems. Wir kennen uns zu diesem Zeitpunkt seit mehr als zwei Jahren, treffen uns mehrfach, auch ganz gezielt zu Veranstaltungen, die uns beide zu einem freundschaftlichen Gespräch anregen. Doch sobald es zu den dienstlichen Überschneidungsflächen kommt, verschwindet das Selbstverständliche. Ich bin der Geheimdienstkerl, der vielleicht Schlimmes im Schilde führt, und er ist der Aktenschnarch, der mich im Dunkeln tappen lässt. Kurios, aber wahr. Ich habe dann nach meinem Rauswurf nie wieder Kontakt zu ihm gesucht. Dass er mittlerweile gestorben ist, entnehme ich einer Zeitungsnotiz bei den Recherchearbeiten zu diesem Buch.

Soviel zu meinem Einstieg bei der Firma Gauck & Co. Doch der Eindruck des Einheitlichen, den ich mit Blick auf das Personal der Stasi-Akten-Behörde zunächst habe, zerstreut sich alsbald in alle Winde. Ich lerne, dass es sich hier um einen äußerst heterogenen Haufen handelt, den man dementsprechend zu handhaben lernen muss.

Wenn meine Behörde ab und an öffentlich freie Stellen ausschreibt, bewerben sich viele. Das ist angesichts der hohen Arbeitslosigkeit im Osten kein Wunder. Doch dass sich unter den Bewerbern stets eine Handvoll von Mitarbeitern der Stasi-Akten-Behörde befindet, überrascht mich schon. Ich bespreche dieses Phänomen mit Rolf-Rüdiger Bermen, dem Verwaltungsabteilungsleiter. Er wird den Bewerbern in einem Vorgespräch unauffällig auf den Zahn fühlen. Dabei tritt es dann

133 Jedes Jahr im Januar legte die Verfassungsschutzbehörde dem Innenministerium den Entwurf für den Verfassungsschutzbericht des Vorjahres vor.

134 Dr. Lothar Wolfram, ein Ingenieur, der nach der Wende in Erfurt ein französisch inspiriertes Weinlokal eröffnet hatte: „La petite France“, ein exotischer Ort in der kulinarischen Wüstenei.

zutage: Die Betroffenen hatten sich vor ihrem Einstieg in die Stasi-Akten-Behörde falschen Hoffnungen hingegeben. Sie hatten angenommen, Mitglieder in einer Art von Kampfgruppe zu werden, in der gegen die Herren von einst zu Felde gezogen wird. Doch dann kommt der doppelte Schock. Die Behörde sitzt auf einem Hort, doch der ist tot, weil seine Erkenntnisse im Jahr 1989 unwiderruflich enden. Und sie besitzt keinen Arm, um die Erkenntnisse aktiv zu nutzen.

Dieser frustrierte Personenkreis ist größer, als zunächst von mir angenommen. Einzelne seiner Mitglieder sind nur allzu bereit, aus dem Behördenfundus Auskünfte zu erteilen. Eigentlich hätte ich auf all das schon viel früher kommen müssen, die Geschichte aber, die ich in diesem Zusammenhang jetzt erzählen will, klingt so unwahrscheinlich, dass ich nicht genau weiß, ob sie mir jemand abnehmen wird. Andererseits ist sie auch derartig abwegig, dass man sie nicht erfinden kann.

In der zweiten Hälfte meiner Berliner Legionärsjahre Anfang der 1990er Jahre wohne ich in Berlin-Mitte in einer Art „Luxus-Platte“, die jetzt zum Bundesvermögen gehört. Der Mieter, von dem ich die Wohnung übernehme, war die Illustrierte „Der Spiegel“, die hier ihr Ost-Berliner Stadtbüro unterhalten hatte. Hiervon ist nun nichts mehr da außer Lamellenvorhänge und ein wuchtiges Balkenschloss hinter der Sperrholzwohnungstür, eine DDR-Abhöranlage im Keller, deren Kabel durchtrennt sind, sodass mir die Post keinen Telefonanschluss in die Wohnung legen kann, und ein Klingelschild. Auf dem Klingelschild steht „Der Spiegel“ und es ist offenbar mit einem besonders hartnäckigen Westkleber dort angebracht worden, denn es widersteht die nächsten Jahre meinen Versuchen, es zu entfernen.

Auf diese Weise erhalte ich noch geraume Zeit großformatige Postsendungen, die an die Zeitschrift und deren alte Anschrift adressiert sind und von der Postbotin vor meiner Wohnungstür auf die Fußmatte gelegt werden. Da ich Monate brauche, um die Dame einmal bei der Arbeit zu erwischen, bekomme ich also diese Post zugestellt, die mich nichts angeht und die mich nicht interessiert. Ich streiche die Anschrift durch und werfe die Sendungen in den Briefkasten an der Friedrichstraße. Nur bei einer gelingt dieses vereinfachte Verfahren nicht. Das, was auf meiner Fußmatte liegt, ist ein aus dem Umschlag geplatzt Aktenkonvolut, dem ich im Büro ein neues Kuvert verpassen will. Doch es handelt sich um Akten aus der Stasi-Akten-Behörde. Wieso müssen diese Akten an den „Spiegel“ gehen? Ich rufe meinen alten BMI-Kollegen Sch. in Bonn an, der sich mittlerweile mit der Rechtsaufsicht über die Stasi-Akten-Behörde befasst. Ich erhalte eine Erläuterung über den Unterschied von Rechts- und Fachaufsicht. Das ist eine typische Juristenantwort: zutreffend und unbrauchbar. Also schicke ich die Akten nebst zerrissenem

Umschlag an die Behörde zurück. Der Bote schafft sie zehn Minuten später über den Schwippbogen in die Glinkastraße.

Jahre darauf in Erfurt beziehe ich nicht das ehemalige „Spiegel“-Büro. Ich muss mir die einschlägigen Akten also selbst beschaffen. Wie der mir geläufige Weg aussieht, habe ich im vorigen Kapitel geschildert. Es dauert nicht lange und ich gewinne den Eindruck, dass sich mein Ärger herumspricht. Die Folge ist: Ich erhalte anonyme, an mich persönlich adressierte Umschläge ins Amt, die das Gewünschte enthalten. Zudem sind sie völlig ungeschwärzt. So geht es auch und so bleibt es bis zum Ende meiner Dienstzeit.

Damit dieses Kapitel nicht mit dieser nichtssagenden Bemerkung endet, will ich auch gern ein Beispiel für das geben, was Koch und ich die „stille Post“ getauft haben. Ich sprach im vorletzten Kapitel darüber, mit welcher Mühe wir versuchten, den sowjetischen Restmüll der Geschichte sozusagen vor die Hoftür zu kehren. Ein wichtiges Hinweisstück waren die MfS-Listen der Sicherungsvorgänge Freunde – jene Verzeichnisse, die den Operativbearbeitern des MfS anzeigten, dass bestimmte Personen für jegliche Bearbeitung gesperrt waren, weil die sowjetische Geheimpolizei KGB sie für eigene Zwecke nutzen wollte. In diesen Konvoluten steckten Dutzende von Sowjetagenten. Nun war die Stasi-Akten-Behörde der nur als verwirrt zu bezeichnenden Auffassung, dass wir in diese Listen nicht einmal gezielt hineinsehen dürften, weil unser Auge dann „Hunderte von unschuldigen Menschen“ zur Kenntnis nehmen könnte.

Ich sagte schon, dass Spionageabwehr das Durchkämmen eines vagen Verdachtsfeldes ist, bevor es zur eigentlichen, der konkreten personenbezogenen Fallbearbeitung kommt. Und weil das so ist, war ich froh, als die Listen dann endlich auf meinem Schreibtisch lagen. Sie waren sehr interessant, denn natürlich sind Rekrutierungslisten eines Geheimdienstes das Spiegelbild für seine Spionage- und Einflussnahmeabsichten. Damit genug, denn ich mag meinen Amtsnachfolgern nicht ins Handwerk pfuschen.

Nachspiel in der Regierungsstraße

Wie Ermittlungen amtlich unterlaufen werden können

Weiter in Erfurt. In der Regierungsstraße liegt ein prächtiger rot-weiß gestrichener Barockbau, den der fränkische Baumeister Maximilian von Welsch in den Jahren 1711 bis 1720 errichtet hatte. Einst das Domizil der Kurmainzischen Statthalterei, beherbergt das Gebäude heute die Thüringer Staatskanzlei. Fremde, die ich nicht begleiten mag, verweise ich gern auf das Büchlein „Erfurt zu Fuß“ von Hermann H. Saitz. Wo-

mit ich nicht zum Ausdruck gebracht haben will, dass ich Fremde nicht gern durch Erfurt begleite. Nur gibt es eben auch solche, auf die dies nicht zutrifft. Nicht zu vergessen selbstverständlich die Tausenden von Leserinnen dieses Buches, die ich unmöglich alle durch Erfurt werde begleiten können.

Unser Mann M. aus Erfurt, der in den letzten Kapiteln aufgetreten und gestorben ist, nahm seinen Nachwendeweg über die Staatskanzlei, die noch an anderer Stelle, in der sogenannten Eierkiste, residierte. Da stellte er in der frühen, der wilden Phase Personal ein. Eine wichtige Funktion. Da sind für das Amt die Anschlussfragen nicht ganz fernliegend. Hat er nun seinesgleichen nachgezogen? Vielleicht gar auf Weisung oder im Zuge der Erpressung? Oder war er lediglich froh, selbst untergekommen zu sein? Ich denke, er hat wenig Erfreuliches getan. Doch soweit sind wir noch lange nicht, als wir uns im Verlaufe des Jahres 1997 bemühen, seine Scherben beiseite zu räumen. Wie vorgehen? Und wem vor allem kann man in

Der Mann und sein Buch: Am 20. Dezember 1999 befrage ich Hermann Saitz nach dem Agenten M. und welche Rolle der in seinem Leben gespielt hat. Er schreibt mir zum Dank eine freundliche Bemerkung in sein Buch.



der Regierungsstraße trauen? Bereits auf den ersten Blick zeigt sich ein Sammelsurium von Leuten mit verquerten Lebenswegen, jedenfalls wenn man die westlich-spießige, wohlgeordnete Sicht des öffentlichen Lebens zugrunde legt. Wer hat unseren Mann eingestellt, wer hat ihn protegiert, wer hat ihn wegbefördert?

Ich entschieße mich etwas mühsam, mit dem Leiter der Staatskanzlei, Michael Krapp¹³⁵, ein erstes, vorsichtiges Gespräch zu führen. Meine Wahl fällt auf ihn, weil ich schon einmal einen vernünftigen Gedankenaustausch zum Zwecke seiner Sicherheitsüberprüfung mit ihm hatte. Daraus ergab sich ein längeres, weit abschweifendes Gespräch.

Auch jetzt kommen wir erst nach einigen Umwegen auf den Punkt. Hierbei beruhigt mich durchaus die Art und Weise von Krapps ungewöhnlich zu nennenden Einstieg in die Staatskanzlei. Im Herbst 1990 wird er nämlich als Abgeordneter in den ersten Thüringer Landtag gewählt. Dann geschieht ein verfassungsrechtliches Kuriosum: Die CDU-

¹³⁵ Dr. Michael Krapp (* 1944), CDU-Politiker. 1990–1999 Staatssekretär in der Staatskanzlei, 1999–2004 Kultusminister. 2004–2009 Mitglied des Landtags, auch Honorarprofessor.

Fraktion, der er angehört, wählt ihn zum Leiter der Staatskanzlei. Als er sein Amt antreten will, sagt ihm einer der klugen Berater (West), dass er erst einmal sein Abgeordnetenmandat niederlegen muss. Er staunt, will erst nicht und tut es dann doch. So also ist Krapp in die Staatskanzlei gekommen. Mit unserem Mann aus Erfurt kann das kaum zu tun haben; es müsste schon mit dem Teufel zugehen. Den Posten des Leiters wird er die folgenden neun Jahre ausüben.

Mein Tagebuch fasst diesen für mich so komplizierten Vorgang in einem einzigen lakonischen Aussagesatz zusammen:

Mittwoch, 13. August 1997: Tage sind das, es ist unwahrscheinlich heiß. Schön, dass es endlich Sommer geworden ist. Das Leben läuft etwas zähflüssiger. Ich habe Mühe zu rekonstruieren, was ich gestern und heute getan habe. Sinnlose Beschäftigung mit neu angeschaffter Technik, die nicht funktioniert. Es ist zum Auswachsen. Heute längeres Gespräch mit Krapp in der Staatskanzlei über den Fall M[...].

Das ist aber auch das einzige Beruhigende, was sich feststellen lässt. Die spärlichen, aus dem Fundus der Behörde an die Oberfläche gezerrten Akten lassen nicht viel Gutes erahnen. Da sind die merkwürdig abgearbeiteten Sammelanfragen an die Stasi-Akten-Behörde: „pos.“ steht hinter einigen, mir durchaus geläufigen Namen. Da sind Merkwürdigkeiten in der Bewachung des Hauses, auch unerklärliche Personalverschiebungen. Kurz und gut, wenn einer unbedingt Verdacht schöpfen will, kann er hier keinen Fehlgriff tun. Wenn nun aber nicht? Dann mag alles beim Alten bleiben. Nicht daran rühren, bedeutet Ruhe. Denn die wird gebraucht. Es geht schließlich um den ungestörten Aufbau des gebeutelten Landes. Oder gilt es, Mitwisserschaften zu decken? Nein, kann nicht, denn das würde einen Sumpf bedeuten.

Der Fall M. zwingt mich im Jahre 1997, ob ich nun will oder nicht, noch einmal in den Urschleim des Landes zurückzuwaten. Ich nehme den Leser jetzt mit. Es sind keine besonders glücklichen Jahre, diese ersten Jahre im neuen Freistaat. Nach der Euphorie der gewonnenen D-Mark tritt allorts Ernüchterung ein. Wirtschaftlich potente Industrieunternehmen erweisen sich im scharfen Wind der Konkurrenz als Pappkame raden. Die dankbar begrüßten Westprodukte fegen die eigenen Erzeugnisse vom Markt. Das viel beschworene Ostgeschäft entpuppt sich als Chimäre, weil die alten Mechanismen nicht mehr funktionieren. Denn die gingen so: Die Sowjetunion (sprich: Es-Uh) bestellte, die Auftragsbücher waren voll, es wurde produziert, doch bezahlt wurde nie oder doch fast nie, es sei denn mit Erdöl und Erdgas, das gebraucht wurde, um produzieren zu können. Jetzt bleiben sogar die Bestellungen aus.

Doch was ist nun mit M. und seinen Aktivitäten? Und wie hängen diese Dinge zusammen? Kaum in der Staatskanzlei zieht unser Mann M. eine Reihe von Leuten nach, von denen zumindest eines klar ist: Sie wären unter normalstaatlichen Bedingungen niemals in die Behörde gelangt; einzelne davon standen einst im Sold des Ministeriums für Staatssicherheit. Ob auch im Sold der sowjetischen Freunde, bleibt für mich bis zu meinem Rauswurf die einzig interessante Frage. Jedoch nicht bei allen. Wer es, so wie ich, gewohnt ist, die Handlungen der sowjetischen Freunde mit einem gewissen Schematismus zu betrachten, weil sie selbst Freunde des Schematismus sind, wird finden, dass der Verdacht im Falle von M. und Genossen nahe liegt. Den Kern bilden drei Männer, in deren Namen ein „M“ vorkommt, woraus der Verdachtsfall dann seinen Fallnamen bezieht: „3M“.

Wie ein roter Faden ziehen sich meine Erwägungen zum Vorgehen der Behörde in den nächsten drei Jahren durch meine Tagebuchnotate. Ich bewege mich auf Samtpfoten, mache Umwege, denn Verdacht ist nicht Beweis, und alles das spielt sich auf dem Regierungsparkett ab; es geht immer wieder um die CDU, genauer gesagt um ihr Personal.

Ich kann es hier kurz machen. Ich laufe gegen die Wand. In meinen Notizen sieht das so aus:

Samstag, 17. April 1999: Gestern im Dienst vor allem mit der elenden Personenarbeitsdatei zugebracht, die immer noch nicht zuverlässig läuft. Später mit [den Mitarbeitern] Bermen und Stenz noch über das Problem der [... Mitarbeiter] diskutiert, die offenbar von außen angezapft werden [sollen]. Stenz ist so seltsam zurückhaltend, was das Abräumen solcher Figuren anbelangt. Hinterher ließ er durchblicken, ich hätte alles im Verfolg der Affäre [des Agenten] M[...] tun sollen. Jetzt kommt er mit solchen Weisheiten ans Tageslicht. Na ja. Zwischendrin rief [Staatssekretär] Lehnert an, um einen Termin mit Krapp und mir abzumachen, wie wir im Fall M[2]. vorgehen wollen. [Innenminister] Dewes und [Ministerpräsident] Vogel seien informiert. Nun gut, es kommen so einige Maßnahmen in Betracht. Zum Beispiel [...], aber da sehe ich schon wieder alle zucken. Letztlich wird es darauf hinauslaufen, dass ich beauftragt werde, für die Abräumung der Figur zu sorgen, ohne dass die Landesregierung beschädigt wird.

Und weiter im gleichen Tenor:

Mittwoch, 19. Mai 1999: Dienstagmorgen längerer Termin mit S[...], dem [...] von der Landesentwicklungsgesellschaft.

Es ging um den Fall M[2], der überfällig zur Bereinigung ansteht. Aber daraus wird nicht viel werden, da die Herren des Konsortiums ungläubig sind.

Im Klartext: Der (Ex-)Agent bleibt, wo er ist – im Landesdienst. Und schließlich:

Montag, 23. August 1999: Den Tag heute habe ich mir freigenommen, um endlich die lange überfällige Steuerklärung in Angriff zu nehmen. Das ist jetzt geschehen. Es fehlen nur noch die Abwesenheitstage, wofür ich meinen Terminkalender brauche. Jedesmal sind es über zwei Stunden, die ich mit diesem überflüssigen Mist verbringen muss. ...

Freitagmittag mit Krapp zusammengetroffen, um die Fälle M[2] und *** zu besprechen. M[2] will man offensichtlich aussitzen, bei *** habe ich Krapp darauf hingewiesen, dass das Wirtschaftsministerium am Zuge ist. Unterhalte mich anschließend noch eine gute Stunde mit ihm über Gott und die Welt und den Wahlausgang. ...

Jeder sieht die Dinge anders. Während man sich allgemein an Wahlchancen weidet oder sich ärgert, versuchen Koch und ich, ein weiteres Sicherheitsleck in der Landesregierung zu stopfen. Es stammt aus einer der Personalien, die von unserem Freund M. verursacht wurden. Der Fall firmiert in meiner Behörde unter dem soeben im Tagebuch angedeuteten Namen *** und betrifft die Bewachung der obersten Landesbehörden durch eine Firma, die durch einen (wenigstens ehemaligen) russischen Agenten geleitet wird. Ist das wirklich ein Problem?, höre ich. Die Kollegen vom Bundeskriminalamt sind mit mir einer Meinung. Wir finden: Ja. Doch die Dinge stehen anscheinend unter einem Unstern.

Die Herren Kommissare von BKA St(aatsschutz) sind eigens aus dem fernen Meckenheim bei Bonn ins diesige Erfurt angereist; Durchsuchungsbeschlüsse haben sie mitgebracht. Um den frühmorgendlichen polizeilichen Schlag bilderbuchgerecht inszenieren zu können, übernachteten sie im nahen Linderbach. Die Küche des Hotels ist ihnen von uns sehr empfohlen worden. Ob es die Wirkung des Thüringer Kloßes ist oder schlicht der Umstand, dass der Aufbau Ost auf der nach Erfurt hinein führenden Weimarerischen Straße in morgendlichem stundenlangem Stillstand besteht, bleibt unaufklärbar; der beabsichtigte koordinierte Schlag kommt jedenfalls nicht zustande. Die Hauptzielperson wird erst nach geraumer Zeit aufgestöbert. Sie zeigt sich recht aufgeräumt. Die Platte, in dem sich das Büro befindet, auch. Außen verkündete eine Neonreklame, dass dies der Sitz einer thüringischen Bewachungsfirma sei.

Einer ihrer Geschäftsführer räumt sogleich ein, dass er engen Kontakt zum KGB gehalten habe – allerdings vor der Wende, denn da wäre das seine Aufgabe als Polizist gewesen. „Und nach der Wende?“ – „I wo.“ Da sei der christdemokratische Herrgott davor.

So endet die Geschichte und ich nehme an, dass sie nach meinem Rauswurf nicht wieder angepackt worden ist. Man soll die toten Agenten in Frieden ruhen lassen. Und die lebenden auch.

Morgenstern

Warum im Osten die Polizei zusammengeklappt ist

Vorab eine Quizfrage: Was ist Hiltrup? a) Der Name einer Mohrleiche in Südschleswig? b) Ein beliebter Holunderschnaps im Emsland? c) Ein allgemein gebräuchlicher Ausdruck aus dem Polizeideutsch? Die richtige Antwort lautet c: Hiltrup ist ein Stadtteil im westfälischen Münster; hier ist der Standort der deutschen Polizeiführungsakademie (PFA). Diese muss durchlaufen haben, wer in der Polizei eines Landes oder beim Bund Polizeirat oder mehr werden will. Hiltrup ist in der Polizei ein Synonym für die PFA.

In Thüringen ist Hiltrup zunächst ein Fremdwort. Das liegt zum einen daran, dass in der DDR Volkspolizisten selbstredend nicht in der Führungsakademie des Klassenfeindes ausgebildet wurden. Der kleinere deutsche Staat bevorzugte eigene Wege und Methoden. Sie waren plötzlich nicht mehr viel wert, als das System zusammengeklappte. Nun begann ein Problem eigener Art. Man muss wohl besser von einem ganzen Bündel von Problemen sprechen, das zunächst zu einem Abtauchen der Polizei im untergehenden Staat und dann in Neufünfland führte.

Ich habe den Leser bereits an meinen Bonner Schreibtisch mitgenommen, als ich mich dort als bescheidenes Rädchen im Uhrwerk des Einigungsvertragsprozesses artig bewegte. Einen ersten Vorgeschmack bekomme ich bereits, als sich die Grenze öffnet. Es geht um so ganz handfeste Dinge wie die grenzüberschreitende polizeiliche Nacheile, um polizeilichen Informationsaustausch und um sonstige Unterstützungshandlungen, wie sie unter zivilisierten Ländern Brauch sind. Der Eiserne Vorhang hatte derartige Dinge unnötig und unmöglich gemacht. Jetzt ändert sich das mit einem Schlag.

Ich sehe sie noch vor mir, die hochbesoldeten Vorgesetzten, wie sie plötzlich die wohlbekanntesten Bedenkenträgergesichter bekommen, habe noch im Ohr, wie die Menschenrechtsaktivisten aus dem FDP-geführten Bundesjustizministerium plötzlich bemerken, dass leibhaftige Kommunisten jetzt die allseits demokratisch gesalbten Daten von Bundesbürgern auf dem Silbertablett gereicht bekommen sollen. Das sind Probleme.

me. Ich kann mir ein Lachen kaum verbeißen, weil ich mir vorstelle, dass die Kollegen in Grün vor Ort nicht lange fackeln werden, wenn sie ihre Aufgaben durchzusetzen suchen, doch ich weiß auch genau, dass es unfair ist, am akademischen Hochreick zu turnen, anstatt ihnen praxis-taugliche Vorschriften an die Hand zu geben.

Was dem Leser vielleicht wie die Schrulle eines Ministerialbeamten erscheint, hat einen ernsten Kern. Selbstverständlich weiß ich auch, dass mit dem Glockenschlag der deutschen Einheit das Problem der zwischenstaatlichen, nicht der Hoheit der Bundesrepublik unterstehenden Macht wegfällt. Damit aber ist nur ein winziger Ausschnitt des Gesamtproblems vom Tisch. Solange die DDR existiert, gilt für die dortige Polizei DDR-Recht, was immer die letzte Volkskammer daraus machen wird. Aber dann?

Zu den Skurrilitäten des deutschen Staatsrechts gehört es, dass Deutschland kein einheitliches Polizeiwesen, geschweige denn ein einheitliches Polizeirecht besitzt. Das alles ist Ländersache und entsprechend buntscheckig sieht die Praxis aus. Die eingangs genannte Polizeiführungsakademie in Hiltrup ist eine wohlthuende Ausnahme zu diesem Prinzip; sie beruht auf einem einschlägigen Staatsvertrag zwischen dem Bund und den Ländern.

Was ist also zu tun, wenn die Deutsche Einheit über Nacht Wirklichkeit wird? Ein Herüberklappen des Bundesrechts auf Neufünfland kann bei der Polizei nichts bewirken, weil es ein solches einschlägiges Bundesrecht nicht gibt, also muss DDR-Recht in Kraft bleiben, bis die entstehenden Länder sich ihr Polizeirecht selbst erschaffen haben. Genau so wird es gemacht, natürlich unter Hinzufügung von rechtsstaatlichen Zauberkloßeln, mit denen in der Praxis niemand etwas anfangen kann.

Nun ist es aber so, dass die Polizei nicht nur nach den Regeln ihrer Polizeivorschriften vorgeht, sondern sie soll im Zweifel, und das auch noch gewaltsam, den Bürger anhalten, das für ihn, den Bürger, erlassene Recht zu respektieren. Er soll den Müll nicht auf die Straße kippen, Nachbars Hund keine Elektroschocks versetzen, Geldautomaten nicht mit Klemmnerwerkzeugen entleeren, mit dem Auto nicht unnütz rückwärtsfahren und was ihm noch an Unerlaubtem durch den Kopf gehen mag. Daneben gilt der Satz der freiheitlichen Werteordnung: Was nicht ausdrücklich verboten ist, das ist erlaubt. Das ist schwer einzusehen in einer Gegend, in der bislang nur erlaubt war, was ausdrücklich erlaubt war, und selbst das war bei Bedarf verboten. Doch was ist jetzt verboten?

Um dies zu ergründen, würde es genügen, jedem Polizisten, der den Sprung in die neue Zeit geschafft hat, den mehrere Hundert Seiten starken Einigungsvertrag auf den Tisch zu legen, dazu die zu dieser Zeit einige zehntausend Seiten umfassende Sammlung des Bundesgesetzblatts

nebst die wenige Tausend Seiten umfassende Sammlung des DDR-Gesetzblattes; nicht zu vergessen die einige Zigtausend Seiten umfassende Sammlung des Europäischen Gemeinschaftsrechts. Letzte ist vor allem auch wichtig, damit er in der ehemaligen DDR-Kaufhalle die Krümmung der Salatgurke nachmessen kann.

Selbst wenn man den unvermeidlichen Zynismus beiseite lässt, wird, so hoffe ich, deutlich, was ich sagen will. Schlag null Uhr am 3. Oktober 1990 stellte dies alles geltendes Recht in der ehemaligen DDR dar. Dass Recht und Rechtspraxis übereinstimmen, darüber wacht dann die vorher Volkspolizei gewesene demokratische Landespolizei. Soweit die Rechtslage und soweit die Theorie. Die Wirklichkeit sieht begrifflicherweise etwas anders aus. Sie wird durch Polizisten bestimmt, die erst einmal bestrebt sind, für sich selbst zu sorgen. Das heißt, sie wollen *Polizeibeamte* werden. Das ist jedem von ihnen aus dem Gewirr der neuen Vorschriften sogleich klar. Der begehrte Beamtenstatus bringt zwar Pflichten, aber er bringt vor allem ein geregeltes ordentliches Gehalt und Sicherheit – persönliche Sicherheit.

Um den Sprung zu schaffen, muss der Kandidat über eine Klippe: Er darf nicht negativ auffallen. Hierzu nimmt er als Erstes seine bisherige Kaderakte, die ab sofort Personalakte heißt, in die Hand und entfernt alles aus ihr, was in den neuen, den demokratischen Zeiten anstößig wirken könnte. Da es hierfür keine Dienstvorschrift und keine sonstigen sicheren Maßstäbe gibt, verfahren kluge Leute nach dem Grundsatz „Lieber zu viel als zu wenig“. Später halte ich etliche solcher Akten in Händen. Sie bestehen aus wenigen nichtssagenden Blättern, aus denen sich bestenfalls der Name und der Dienstantritt des Probanden rekonstruieren lassen. Die in etlichen Fällen notwendigen Rekonstruktionen sind für alle Beteiligten keine Freude. Sicherheitsrisiken, vor allem nachrichtendienstliche Verstrickungen, tauchen auf, wobei die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit noch die harmloseste Variante ist. Fast schlimmer als das klare Ja oder Nein ist es jedoch, dass in etlichen Fällen ein Verdacht, ein ungutes Gefühl, und sei es aufgrund böswilliger Verleumdung, zurückbleibt.

Es wird mir niemand verdenken, dass ich mich selbst nur mit einigen wenigen Polizeiführern beschäftige, und einige der hiervon Betroffenen bitte ich im Nachhinein um Nachsicht, dass ich es so intensiv getan habe. Ich tue mich ausgesprochen schwer damit, im Zuge dieser Niederschrift ein Beispiel zu nennen, entschieße mich jetzt aber doch dazu, weil ich nicht will, dass der Leser dies alles für leeres Geschwätz hält.

Aus der Vielzahl meiner Tagebuchnotizen habe ich einen Kriminalbeamten namens Egon Luthardt ausgesucht. Er gerät auf meinen Schreibtisch, als Innenminister Dewes ihn auswählt, um auf die freiwerdende Stelle des abgelösten LKA-Chefs zu rücken. Hierzu notiere ich (und ich

füge hinzu, man möge diesen Text nur zitieren, wenn man es insgesamt tut):

Mittwoch, 30. April 1997: Habe eine irrwitzige, eine kurze Woche hinter mir, fast ausnahmslos aufgefüllt in Sachen Randarbeiten zum Geheimnisverrat im LKA. Das Bild rundet sich in beklemmender Weise. Es gibt dort unterschiedliche Handlungsstränge, die sich offenbar vielfach berühren. So, wie die Affäre bislang gediehen ist, läuft sie auf einen mutwilligen Abschuss von [Innenminister] Dewes hinaus, der sich in heftige Widersprüche verstrickt und den es nicht mehr wird retten können, dass er Kranz am Montag von seinem Posten als LKA-Chef suspendiert hat. Jetzt sucht er eine geeignete Aufgabe für ihn, das LKA führt einstweilen Luthardt¹³⁶, ein hiesiger Polizeioffizier, über dessen Tüchtigkeit ich mir noch kein richtiges Bild habe machen können. Er wirkt auf den ersten Blick sehr wie ein Ja-Sager, aber das kann ungerecht sein in der Beurteilung. [Der Text befasst sich so dann mit dem Amtsvorgänger].

Und weiter:

Samstag, 24. Mai 1997: Spätnachmittags auf dem Küchenbalkon. Ich habe mir einen Pulli und eine Jacke angezogen, da zwar die Sonne scheint, aber die Temperatur von 13 Grad nicht unbedingt dazu angetan ist, im Hemd zu sitzen.

Wieder habe ich über zwei Wochen keine Eintragungen hingekriegt, sodass die Zeit unrekonstruierbar verronnen ist. Eigentlich ist auch das kein Fehler. ...

Pfingsten ging ohne zentrale Aufgeregtheiten vorbei. Sonntag ein Ausflug mit Radtour von Rudolstadt bis Jena, im Wesentlichen im Saaletal entlang. Später holte ich das Auto mit einer Eisenbahnfahrt in umgekehrter Richtung ab, dabei den Fahrradschlüssel verloren. Ich habe das Gefühl, vollends trottelig zu werden. Montag erneute Radtour mit Picknick, diesmal nach Norden aus Erfurt hinaus. Keine schöne Gegend und auch hier kein vernünftiger Radweg an der Gera. Alles ist so verlottert, dass man Depressionen kriegen könn-

136 Egon Luthardt, Polizeibeamter. In den 1980er Jahren Offizier der Volkspolizei im Bezirk Suhl. 1997–2000 mit der Führung des LKA beauftragt. Sodann Leiter der Polizeidirektion Gotha. Sodann Leiter des Referats Kriminalitätsbekämpfung und Prävention im Thüringer Innenministerium.

te. Zum Glück bin ich davon in letzter Zeit weitgehend verschont geblieben.

Die Posse mit dem Thüringer Innenminister geht weiter. Jetzt wird er [Minister Dewes] von allen möglichen begrobt, weil er den Ossi Luthardt zum LKA-Chef machen will. Auch da wird er Schwierigkeiten bei einer passenden Kabinettentscheidung kriegen; alles, was sich Bürgerrechtler nennt, hat aufgejault, denn der neue Mann ist ein Vopo-Karrierist – und was für einer: Der jüngste Oberst soll er gewesen sein. Dabei ist er so seltsam [...]. Er soll sich, so Sippel, gegen die Ernennung gewehrt haben, aber dann doch wohl nicht so richtig, wie man jetzt sieht. Mich geht es eigentlich nichts an, aber lieber wäre mir schon, wenn man in Thüringen endlich zur geordneten Arbeit zurückkehren könnte.

Und schließlich:

Samstag, 19. Juli 1997: Nachmittags auf dem Küchenbalkon. Weiß manchmal nicht mehr, wie ich meine Müdigkeit und Abgespanntheit in den Griff kriegen soll. ...

Letzte Woche unterrichtete ich Dewes in sehr allgemeiner Form über den Fortgang der Sache [des kommissarischen LKA-Chefs] Luthardt. Er wollte dazu nichts hören mit dem Hinweis, dass, wenn die sog. Bürgerrechtler etwas Konkretes gegen L. in der Hand hätten, sie dies auch schon längst veröffentlicht haben würden. Dem ist zuzustimmen, wiewohl ... [folgen umfangreiche Notizen zu den einschlägigen Ermittlungen, die sich später alle als nicht stichhaltig herausstellten].

Soviel zum Kollegen Luthardt. Ich räume ein, dass ich in meinem Tagebuch einige üble Bemerkungen über ihn gemacht habe und ehrverletzenden Verdächtigungen nachgegangen bin, die ich hier nicht wiedergebe, weil der so Gescholtene es einfach nicht verdient hat. Ich will nicht, dass jemand leichtfertig Stücke aus meinen Texten herausschneidet, von denen ich ausdrücklich sage, dass ich mich geirrt habe. Ich arbeite in den folgenden zwei Jahren vollkommen geräuschlos mit Luthardt zusammen. Solange, bis er Knall auf Fall abgelöst wird, weil auch das LKA auf Parteilinie getrimmt werden soll. Von diesem Vorgang wird hier noch gesondert zu lesen sein.

Einige wenige höhere Polizeiführer kommen in meinen Notizen längst nicht so gut davon, in Einzelfällen registriere ich das dienstliche Aus. Das sind meist kalte Sachverhaltsfeststellungen. Ich empfinde weder Freude

noch Genugtuung. Doch mit dieser Feststellung sind die Probleme, die ich mit der Polizei bekomme, keineswegs abgearbeitet.

Ich habe bereits am Eingang dieses Buches zu beschreiben versucht, was die Deutsche Einheit im öffentlichen Dienst an Problemen aufwarf, von denen eine ganze Reihe unnütz und hausgemacht waren. Es waren vor allem die Vorschriften, die es erleichterten, ungeeignetes Westpersonal unter geradezu grotesken Beförderungssprüngen in die „Neuen Bundesländer“ abzuschieben. Ich fand bei meinem Dienstantritt einige „Exemplare“ in der eigenen Behörde vor, die Ministerien steckten voll davon und andere Behörden, soweit ich diese von innen zu sehen bekam, auch.

Kurz ein Wort zur Polizei: Es fehlte nicht an wohlgemeinten Ratschlägen, wie ich es mit der Polizei halten sollte, als ich meinen Dienst in Thüringen antrat. Der Leser vergesse an dieser Stelle für einen Moment, was ihm an politischen Schlagworten wie „Trennungsgebot“ (zwischen Polizei und Diensten) und ähnlichen Dingen, die vielleicht in Talkshows eine Rolle spielen, durch den Kopf gehen mag. In Wirklichkeit ist es so, dass die enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz ein wichtiges Element der inneren Sicherheit in unserem Land darstellt.

Diese selbstverständliche Zusammenarbeit war ich aus langen Bonner Dienstjahren gewohnt; die Situation aber, die ich in Thüringen vorfand, entsprach dem keineswegs. Von den einheimischen Polizeibeamten wurde der Verfassungsschutz instinktiv abgelehnt, weil man ihn wegen möglicher Fragen zur eigenen Vergangenheit fürchtete. Vom westlichen Polizeiführungspersonal wurde er ignoriert; vermutlich, weil er nichts zu bieten hatte, was der Polizei zur Lagebeurteilung half. Dies jedenfalls war mein Eindruck in meinen ersten Monaten in Thüringen. Ich war aber nicht gewillt, diese Dinge auf sich beruhen zu lassen.

Volksfront

Warum bemerkbare Teile der SPD davon nichts wissen wollen

Ich muss nunmehr den Leser in einen Exkurs zur SPD hineinzwingen, weil ich sonst nicht schlüssig erzählen kann, was sich in diesen Jahren 1995 bis 1999 unmittelbar vor meinen Augen abgespielt hat. Und wieder muss ich einräumen, dass ich monatelang im Dunkeln tappe, weil ich die Zusammenhänge nicht erkenne oder Nicht-zusammen-Passendes miteinander verknüpfe.

Mittlerweile hat durch die Herbstwahlen 1994 im Erfurter Innenministerium der Minister und mit ihm die Parteifarbe gewechselt. Für mich ist das kein Problem, sage ich mir. Ich habe schon ganz andere Minister-

wechsel erlebt, wenn auch nicht aus derartiger Nähe wie hier, ist doch der Minister mein unmittelbarer Vorgesetzter. Zufällig kennen wir uns flüchtig und wir gewöhnen uns aneinander. Wenigstens gilt das aus meiner Sicht. Das geht nicht ohne Streit und Verstimmungen ab, aber insgesamt sind es fünf ordentliche Jahre – aus meiner Sicht wohlgermerkt.

Andere sehen das anders. Sie sehen in dem SPD-Minister Dewes einen empfindlichen Störenfried für ihre persönlichen Ambitionen und versuchen, ihn zur Strecke zu bringen. Diese freundlichen Kollegen sitzen im Innenministerium, in der Polizei und in der Staatsanwaltschaft; jedenfalls diejenigen, die ich die Ehre habe, kennen lernen zu müssen. Was sie treiben, ist Parteipolitik, und diese zielt auf die Korrektur der Wahlentscheidung durch Sprengung der Koalition aus CDU und SPD. Einige von ihnen versuchen, mich ins Boot zu ziehen. Sie ahnen nicht, dass der naiv zuhörende Verfassungsschutzchef ein erbitterter Gegner solcher Nebenpolitik ist oder, genauer gesagt, wird, als er begreift, was hier gespielt werden soll.

Bevor ich auf die Einzelheiten zu sprechen komme, will ich nicht verschweigen, dass ich mir Gedanken mache, was diese Art von „Beamtenmikado“ eigentlich bringen soll, außer dass es den Dienstbetrieb ganz empfindlich stört, was schon schlimm genug ist. Also frage ich nach. Das Ziel soll die Beschädigung der Koalition bis zu ihrem Bruch sein, um dann durch erzwungene Neuwahlen eine genehme CDU-Regierung zu erzeugen. Das sind Gedanken aus dem Wolkenkuckucksheim und es sind illegale Betätigungen, die sich gegen die verfassungsgemäß ins Amt gelangten Staatsorgane richten. Blättert man im Verfassungsschutzgesetz, wird man unschwer fündig.

Zunächst, wie gesagt, bleibt die Sache vage; es ist ein Verdacht, der allmählich aufkeimt. Ich spreche in sehr allgemeiner Form, als interessierter Laie sozusagen, über die politische Situation im Lande mit dem Innenminister. Der wundert sich keineswegs, sondern entwickelt mir in den allergrößten Schwüngen die Grundlagen seiner Politik. Gut gelaunt bemerke ich, dass er jetzt nur noch die mitregierende CDU von seinem Programm überzeugen müsse. Da braust er auf und bemerkt, er könne auch anders. Wie? Seine strategische Position erlaube auch andere Koalitionen. Welche? Er schaut mich an, als zweifele er an meinem Verstand, und weil ich nicht möchte, dass die Dinge zwischen uns eskalieren, sage ich: „Mit der PDS wird es nicht gehen.“ Und führe gleich an, um nicht Unnützes zu provozieren: „Das Problem ist ihre eigene Partei; sie wird nicht mittun.“ Er begehrt verärgert auf, aber nur kurz, dann unterhalten wir uns wie gewohnt vernünftig.

Die SPD in Ostdeutschland leidet an einem Geburtsfehler. Als sie sich als SDP im Herbst in einem Pfarrhaus im brandenburgischen Schwante

gründet¹³⁷, tut sie das ohne ein etabliertes Hinterland; sie hat also ganz andere Startbedingungen in die Demokratie als etwa die CDU mit ihrem etablierten Parteiapparat oder die FDP, die sich aus LDPD und NDPD speist, von der PDS als Fortsetzung der SED ganz zu schweigen. So denke ich und notiere in mein Tagebuch:

Morgens auf Warteposition im Thüringer Innenministerium. Über einen Monat nichts zu Papier gebracht, jedenfalls im Tagebuch nichts. Die Zeit ist mir wieder aus den Händen geglitten. ...

Um mich herum jetzt um Viertel vor zwölf üble Essgerüche und -geräusche. Auch Geschwätz, sehr störend; ich merke das daran, dass ich mich öfters verschreibe.

Schöne private und dienstliche Exkursionen: ein Wochenende in Tutzing am Starnberger See, zu Gast und als Vortragender bei der Politischen Akademie dort. Das Thema war die PDS. Das Ehepaar Wolle¹³⁸ kennen gelernt. Er, der etwas wolkige Historiker, auch mal kurz [...] bei der Gauck-Behörde. Sie ist Bürgermeisterin in einem brandenburgischen Kaff. Erst regte man sich über mich auf wegen meiner despektierlichen Bemerkungen zur SDP-Gründung.¹³⁹ Meine These lautete, die PDS-Erfolge seien auch ein Gutteil auf dem Mist der missglückten Ostgründung der SPD gewachsen. Da war man dann empört. Am nächsten Tag gab sich das beim Mittagessen.

Natürlich war es für die West-SPD schwierig, als die Leute im Osten aufmuckten. Da musste in der Bonner Baracke viel Ballast über Bord. Die schönen Legenden von der DDR-Bevölkerung, die sich im Ländchen gut eingerichtet hatte und eigentlich nur noch darauf wartete, dass endlich die böse Bundesrepublik auf die faschistoide gesamtdeutsche Staatsbürgerschaft verzichten würde. Westpolitiker pilgerten in Scharen in den angeblich moralisch besser legitimierten Staat; mancher wohl auch, um sich beim Erlangen der akademischen Würden handfest unter die Arme greifen zu lassen. Das war jetzt vorbei. Vor allem auch die Legende von

137 Niederschrift über die Gründungsversammlung in: mdv transparent: Wir sind das Volk. Teil 1 September/Oktober 1989. Halle, November 1989: Dort irrtümlich als Schwandt bezeichnet.

138 Katja Wolle (* 1955), Historikerin, SPD-Politikerin, Bürgermeisterin mit Herz und Verstand; Dr. Stefan Wolle (* 1950), Historiker, Schriftsteller, Museumsleiter.

139 Gründung der SDP in Schwante in Brandenburg im Herbst 1989, aus der zur Jahreswende 1989/1990 mit Ach und Krach die SPD in der DDR wurde.

der „Einheit der Arbeiterklasse“. Aus, vorbei. Auch im Westen musste gewendet werden.

Ausgerechnet das, was sich da im Osten als sozialdemokratisch gründete, hatte mit der angeblich vereinigten Arbeiterklasse, sprich der SED, nichts am Hut. Das waren Leute, die vor allem eines im Sinn hatten: Weg mit dieser SED und ihrer Herrschaft. Um diesen Grundsatz auch in die Tat umsetzen zu können, beschlossen sie etwas, was verständlich, aber nicht sonderlich klug war: ein Eintrittsverbot für SED-Genossen. So dümpelte die Partei in den folgenden Jahren im Osten ohne personelles Hinterland und zwang überdies Zigtausende SED-Leute, die es jetzt ernsthaft mit der Demokratie versuchen wollten, in der SED/PDS zu bleiben. Das war ein Fehlstart. Er wirkt noch heute.

Darüber spreche ich auch mit Dewes. Er weiß es selbst auch ganz genau. Die SPD hat ihn zum Vormann gekürt, aber die Leute, die in der SPD-Fraktion des Thüringer Landtags sitzen, werden eines mit Si-

Unversöhnliches über die PDS: Thüringens SPD-Wissenschaftsminister Gerd Schuchardt (links) und sein aus dem Saarland stammender Kontrahent Richard Dewes (Karikatur von „Nel“) spalten die SPD wegen der Koalitionsfrage.



cherheit nicht tun: einen Ministerpräsidenten Dewes wählen, wenn sie hierfür die Stimmen der PDS benötigen.

Hierzu muss man lediglich die öffentlichen Aussagen dieser Leute aus der jüngsten Zeit Revue passieren lassen, dann weiß man genau, woran man ist. Was ich Dewes verschweige, ist dies: Ich sitze mit einem ehemaligen Nachrichtendienstler spätabends im Lokal Hopfenberg in Erfurt. Er, der Profi, wählt sogleich den Platz mit dem Rücken zur Wand. Mich jucken solche Spielchen wenig. Im speziellen Fall verhelfen sie mir sogar zu einem amüsanten Erlebnis. Am Tisch hinter mir, den ich nicht sehen kann, nehmen einige Männer Platz und unterhalten sich. Ihre Unterhaltung wirkt irgendwie störend, denn mein Gegenüber gibt mir andauernd alberne Zeichen. Also höre ich einen Moment lang hin. Hier fällt der Name meines Ministers. Ich muss auch hören, was dieser besser unter-

lassen sollte. Es ist die SPD-Fraktionsriege um den abgelösten Parteichef Schuchardt, die dort ihr Süppchen kocht. Ein Wechsel der Koalition wird laut und deutlich ausgeschlossen. Wer es sagt, weiß ich nicht. An der Zustimmung habe ich keinen Zweifel. Wie gesagt, ich spreche mit Dewes nicht über diese Episode, aber mit Schuchardt, dem ich sage, dass ich zufällig ebenfalls im Lokal gewesen sei. Ob er das glaubt, vermag ich nicht zu sagen.

Dass es auch die gegenläufige Strömung in der SPD gibt, ist kein Geheimnis. Mit Neugierde beobachte ich, wie sich in der Sozialdemokratie die Gewichte in Richtung PDS verschieben. Mit großem Getöse wird die „Erfurter Erklärung“ verabschiedet, die der Aufruf zu einer Art Volksfront darstellt. Die SPD gerät in eine Zerreißprobe. Ich notiere:

Heute sowie in den letzten Tagen in der Straßenbahn in einem Sammelband „Thüringen 1989/90. Akteure des Aufbruchs“, herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung, gelesen. Einige Namen sind mir mittlerweile sehr geläufig, einige Personen auch. Der Pfarrer Seidel, der die Ev. Akademie leitet, zu der ich neulich eingeladen wurde; kennen gelernt habe ich ihn noch nicht. Ebenso wenig Michael Siegel, den Leiter der Landeszentrale für politische Bildung. Wird Zeit, dass ich mich mit dem bekannt mache. Andere sind nur zu geläufig: Gabi Zimmer¹⁴⁰, die PDS-Landesvorsitzende, noch oder nicht mehr ganz, nachdem sie in den PDS-Bundesvorstand gewählt wurde. Wien¹⁴¹, der Grüne, der irgendwo im Dewes'schen Ministerbüro herumturnt, im Vorgriff auf mögliche Koalitionen, die noch in den Sternen stehen. Auch Bohn¹⁴² kommt vor, der stellvertretende FDP-Vorsitzende, der mich neulich mit einer so unglaublichen Erpressungsgeschichte heimsuchte. Matthias Büchner¹⁴³, bei dem [der Mitarbeiter des Amtes] M. immer einen Koller kriegte, wenn vom ihm die Rede war. Den müsste man auch mal näher

140 Gabriele Zimmer (* 7. 5. 1955 Berlin), Diplom-Sprachmittlerin, PDS-Politikerin. Vor der Wende Angestellte der Waffenfabrik in Suhl. In den 1990er Jahren Spitzenfunktionen in der Thüringer PDS, sodann Bundesvorsitzende. Zunächst Mitglied des Landtags, später Europaabgeordnete.

141 Gerhard Wien (* 5. 8. 1941 Eisleben), Lehrer, Bündnis 90-Politiker. 1990–1994 Mitglied des Landtags.

142 Jürgen Bohn (* 30. 10. 1959 Vacha/Rhön), Diplom-Ingenieur, FDP-Politiker. 1990 Mitglied der Volkskammer für die LDPP, sodann des Thüringer Landtags bis 1994, zugleich Wirtschaftsminister.

143 Matthias Büchner (* 30. 6. 1953), Maler, Galerist, Politiker. Spielte im Wende geschehen in Erfurt eine auffällige Rolle. 1990–1994 Mitglied des Landtags für das Neue Forum. Wurde böseartig und zu unrecht verdächtigt, Spitzel des MfS gewesen zu sein. Später verlor ich ihn aus den Augen, um ihn 2005 unerwartet auf der Straße zu treffen.

kennen lernen. Edelbert Richter¹⁴⁴, SPD-MdB, den ich nur aus der Zeitung kenne als Mitunterzeichner der „Erfurter Erklärung“, jenem seltsamen Machwerk, das zur Volksfront aufruft, um die Regierung Kohl zu stürzen. Traurig, wenn man sonst kein Programm vorzuweisen hat. Sie steckt tief, die angeblich bessere Alternative, die den Titel Sozialismus trägt und eine Art Religion ist. Denn man kann nur glauben, wenn es darum geht, ein Gesellschaftsmodell durchzusetzen, das auf einer Veränderung oder gar Verbesserung des Menschen beruht. Wenn denn, wie die Marxisten sagen, Religion Opium fürs Volk ist, so ist der Sozialismus Opium für die Intellektuellen.

Zweifelsohne stand ich zur Zeit dieses Notats den damaligen Avancen der SPD in Richtung PDS ablehnend gegenüber. Es mag sein, dass es für diese Aversion ganz handfeste Gründe gegeben hat, die ich beispielsweise am thüringischen DGB-Vorsitzenden Frank Spieth¹⁴⁵ festmachte, in dem ich den Inspirator der gegen mich fast gebetsmühlenhaft vorgetragenen Ablösungsforderungen vermutete. Deswegen hielt ich den Mann seinerzeit für verbohrt und begriffsstutzig, ohne je ein Wort mit ihm gewechselt zu haben. Ich nehme an, dass für die Gegenrichtung das Gleiche galt. Ab und an machte ich ein paar despektierliche Bemerkungen über das, was ich ihn über mich sagen hörte.¹⁴⁶ Aber dass sich im Jahre 2000 ein CDU-Ministerpräsident angeblich auf diesen Herrn berufen würde, um meine Entlassung in die Wege zu leiten, überstieg denn doch meine Phantasie. Wenn ich es nicht notiert hätte, es wäre heute längst verschütt gegangen. Dem ist jedoch nicht so. Indessen: Ganz so weit war die Zeit noch nicht fortgeschritten, als ich mich mit der SPD und ihren politischen Kapriolen beschäftigte.

144 Dr. Edelbert Richter (* 25. 2. 1943 Chemnitz), evangelischer Theologe, SPD-Politiker. Nach dem Abitur zunächst Philosophiestudium, 1961 relegiert. 1963–1968 Theologiestudium. Seit 1974 Pfarrer u. a. in Naumburg an der Saale. 1987–1990 Dozent in Erfurt. 1989 Mitbegründer des Demokratischen Aufbruch. 1990 Mitglied der Volkskammer. 1990 und 1994–2002 MdB.

145 Frank Spieth (* 4. 4. 1947 Wetzlar), Gewerkschaftsfunktionär, Linken-Politiker. Als jugendlicher Verlust der rechten Hand infolge eines Sprengstoffunfalls. Während der Berufsausbildung Eintritt in die IG Metall, alsbald hauptamtlicher Funktionär. 1992–2006 Vorsitzender des thüringischen DGB. 2003 Austritt aus der SPD, später Die Linke. 2005 Mitglied des Bundestages.

146 Zum Beispiel am 7. November 1998: „Frank Spieth gehört, wie er auf der Abschlusskundgebung der Demo des ‚8. Antifaschistischen/Antirassistischen Ratschlags‘ in Erfurt sagt, zu den Lesern des Nachrichtendienstes. Dass er allerdings das Amt als ‚auf dem rechten Auge blind‘ bezeichnet, muss auf einer Wahrnehmungsstörung (Blindheit?) beruhen.“ P. S.: Der DGB wird durch das TLfV nicht beobachtet; gegenteilige Mutmaßungen sind sinnlos; vgl. Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz: Nachrichtendienst 11/98, S. 4.

Erst als die Landtagswahl des Jahres 1999 in greifbare Nähe rückte, spielten Volksfrontattitüden in meiner Wahrnehmung wieder eine bemerkenswerte Rolle, denn ich wusste genau, dass man mich im Fall eines Volksfrontsieges als Vorzeigefeind rausschmeißen würde. Es kam dann ein wenig anders.

Kometen und Fixsterne

Wie das Polizeidesaster zur Politintrige wird

Über Vorgänge in der thüringischen Polizei mache ich mir anfangs nur wenig Gedanken. Zu sehr bin ich auf die eigene Behörde fixiert. Sie zum Laufen zu bringen, frisst meine Arbeitszeit. Für Gespräche mit den Polizeiführern bleibt kaum Muße. Mit Befremden bemerke ich, wie der Chef des LKA, Uwe Kranz, ins Trudeln gebracht wird. Kranz vermutet Heckenschützen im Innenministerium. Solange dies fest in CDU-Hand ist, finde ich diesen Verdacht bestätigt. Man kann es an den Informationswegen hin zur „Blöd-Zeitung“ fast mit bloßem Auge nachvollziehen.

Nach dem Ministerwechsel beruhigen sich diese Attacken zunächst, doch nicht auf Dauer. Dann geht es wieder von vorn los: Durchstechereien, Verrat und Torpedierung von Maßnahmen, persönliche Verunglimpfungen, auf jeden Fall kein normaler Dienstbetrieb. Ich bekomme das alles zunächst nur am Rande mit, aber es stört mich empfindlich, weil es die normale Aufgabenerledigung der Sicherheitsbehörden tangiert, wenn Polizeibehörden sich bevorzugt mit sich selbst beschäftigen müssen.

Erst allmählich dämmert es mir, dass hier unterschiedliche Gruppen mit ganz unterschiedlichen Zielen am Werke sind. Zum einen handelt es sich um das ganz normale Ost-West-Problem, d. h., es geht um Auseinandersetzungen zwischen Westvorgesetzten mit einigen Ostuntergebenen. Das ist nicht weiter verwunderlich, sondern beruht in erster Linie darauf, dass diese Westvorgesetzten häufig nicht dem Qualitätsstandard entsprechen, den sie zu repräsentieren scheinen. Es muss zwangsläufig zu Problemen führen, wenn die Untergebenen (Ost) ihren Führungsleuten (West) fachlich überlegen sind und diese nicht das Format besitzen, ihre fachliche Unterlegenheit zu erkennen und geschickt auszubalancieren.

Was ich mir theoretisch ohne Weiteres vorstellen kann, bekomme ich ohne mein aktives Zutun brühwarm aufgetischt. Der Grund hierfür ist so lächerlich, dass ich mich scheue, die Dinge wiederzuerzählen. In der Anfangszeit meines Dienstes in Thüringen sind Handys Mangelware. Sie sind sehr teuer und nicht jeder, der eines hat, braucht es auch. Es handelt sich um ein Statussymbol. Es ist klar, dass ich auch bald eines habe. Als ich es entgegennehme, bin ich gelassen, weil ich noch nicht weiß,

was dieser unhandliche Kasten für eine Belastung bedeuten wird. Ich bin praktisch immer erreichbar. Die Mitarbeiter nutzen die Möglichkeit, den Chef zur Unzeit anzurufen; diese Anrufe bleiben sparsam, denn die Mitarbeiter müssen sich am nächsten Tag eventuell von Angesicht zu Angesicht dafür rechtfertigen.

Doch dann häufen sich die Anrufe und es sind nicht die Mitarbeiter. Es ist, als hätte ich persönlich die landesweit unbeschränkte Dauerrufbereitschaft, denn meine Handynummer hat sich in der thüringischen Polizei rumgesprochen. Rumgesprochen hat sich wohl auch, dass einer ans Telefon geht und einfach zuhört. Ich gebe zu, dass ich irritiert bin, denn die Kollegen der unterschiedlichsten Dienstgrade wollen eigentlich nur dies: dass ihnen endlich einer zuhört. Was ich zu hören kriege, ist fast immer unerfreulich. Ab und zu gebe ich eine Rechtsauskunft, aber ich gebe keine Ratschläge und keinerlei Verhaltenshinweise, sondern sage am Schluss des Gesprächs lediglich, dass ich den Sprecher verstanden habe. Was soll ich auch groß sagen, wenn mir einer schildert, dass er an der Humboldt-Universität ein komplettes Kriminologiestudium absolviert hat, jetzt aber nicht mal für würdig befunden worden ist, die Kommissarlaufbahn einzuschlagen, und von Leuten herumkommandiert wird, die nicht mal die Rechtschreibung im Griff haben.

Was macht man mit einem solchen Wissen? Ich weiß genau, dass es ganz sinnlos ist, Derartiges an irgendeine dienstliche Glocke zu hängen. Ich würde nur Widerstand hervorrufen und berechtigte Kritik, ich möge doch bitte bei meinem eigenen Leisten bleiben. Allerdings ist es nicht verboten, bei Lagebesprechungen und Behördenbesuchen mit Polizeiführern zu fachsimpeln. Mancher der so Angesprochenen mustert mich misstrauisch. Protest höre ich wenig, immerhin. Doch diese Art des unerbetenen Sorgentelefonats hat einen ungünstigen Effekt auf mein Beurteilungsvermögen. Ich sehe die Unregelmäßigkeiten im polizeilichen Informationsabfluss lange Zeit allein unter dem Blickwinkel der Ost-West-Gegensätze.

Erst allmählich kommen mir Bedenken, dass hier auch ganz andere Kräfte am Werke sind. Es sind Seilschaften, die sich aus diversen West-zukäufen zusammensetzen: Hessen gegen Pfälzer gegen Bayern und umgekehrt. Ich notiere ins Tagebuch:

Samstag, 11. Januar 1997: Abends am Küchentisch. ... Gestern meldete sich [der Polizeibeamte] R. bei mir, um sich mit mir zu treffen. Es klang irgendwie dringlich, aber nicht so, dass es sofort sein müsste. Es wird wohl wieder das alte Lied der Gegnerschaft zu [LKA-Chef] Kranz sein, der sich mittlerweile bei [Innenminister] Dewes so eingeschleimt hat, dass es allen anderen, die mit ihm zu tun kriegen, auf den Wecker

geht. Einer seiner Mitarbeiter heulte sich bei [meinem Mitarbeiter] K. aus, tappt aber möglicherweise im Nebel, wer die Geheimnisverratsfälle beim LKA zu verantworten hat. Wir werden erst einmal stille schweigen, bis handfeste Beweise vorliegen, die, wenn es wirklich die Personen betrifft, die wir zur Zeit vermuten, einen Riesenskandal auslösen werden. Hier lohnt es sich nicht vorzueilen, sondern mit Geduld die Fälle zu betrachten und zu bedienen, wenn es sich lohnt. Aber das Tollhaus wäre es schon, wenn es so wäre, wie es scheint.

Aber immer noch schwimme ich:

Montag, 24. Februar 1997: Abends am Schreibtisch. Der Tag ist mir wieder zwischen den Fingern zerronnen. Ein Sack voll Telefonate.

Am Nachmittag dann heute zwei kurze Stichworte, die mich stutzig gemacht haben. Bermen erzählte mir, dass sich die Sache R-P immer noch nicht erledigt habe. Hierhinter verbirgt sich eine Portugiesisch-Dolmetscherin, die mir auf Veranlassung von Kranz ins Amt gedrückt werden sollte. Einzige Qualifikation ist es, dass der Ehemann ein Fernmeldepolizist im LKA ist und die Herren Kranz und Dewes die Einstellung in meinem Amt wünschen. Bisher habe ich das liegen gelassen, weil ein Grund für die Einstellung nicht erkennbar war.

Heute Abend fragt mich K. vom Generalstaatsanwalt, was eigentlich die Abhöraffaire aus dem LKA¹⁴⁷ macht. Da fällt mir plötzlich ein, wie Kranz versucht, eben jenen Herrn P. auf einen Posten im Innenministerium zu hieven, wo ihm die technische Aufsicht über die Fernmeldeanlagen der Polizei, einschließlich des Telefoncomputers im LKA, obliegt. Wenn die Geschichte des Steuerungsmissbrauchs stimmt, dann allerdings hat er allen Anlass, die Überprüfung der Anlage durch einen Betriebsfremden zu verhindern. Wenn man nun noch den Gedanken hinzuzählt, per Gewalt eine Ehefrau in mein Amt zu drücken, dann sieht es wirklich wie ein Dominospiel aus. Also heißt es doppelt gegenhalten. Auch dies geht mir durch den Kopf bei der Vorbereitung einer G10-Maßnahme.¹⁴⁸ ... Die ganze Affäre darf sich nun nicht mehr lange ziehen, sondern sie muss zu einem Erfolg geführt wer-

147 Es ging um den Verdacht illegaler Abhörmaßnahmen.

148 G10-Maßnahme = Telefonabhörmassnahme.

den, der nur heißen kann: der und der; oder: Da ist nichts dran an der ganzen Sache.

Witzig ist das Tableau der beteiligten Personen. Alle haben Eigeninteressen: Einer will Ministerpräsident werden, einer will alles werden (nur ganz oben muss es sein), einer will Chef des Landesverwaltungsamts werden, noch einer will Chef des Landesverwaltungsamts werden, wieder einer will den Posten des Polizeipräsidenten retten, einer will Abteilungsleiter im Justizministerium werden, der eine oder andere will einfach nur reich werden.

Was will ich? Nichts werden in diesem Sumpf, den Kopf heraushalten, mich nicht besudeln. Wie ist das möglich? Einfach so, indem ich behaupte, das sei alles gar nicht meine Aufgabe, keine Frage des Extremismus sei berührt. Und doch. Auch diese Frage habe ich als alter Kommentator des Nachrichtendienstrechts längst gestellt und da gehen mir natürlich die Dinge durch den Kopf von der Sicherheit des Staatsganzen und der Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Verfassungsorgane, die, wenn die unterstellten Dinge stimmen, mehr als gegeben sein dürften. Was müsste auch sonst noch passieren.

Ich taste mich weiter vor:

Mittwoch, 26. Februar 1997: Die Tage bleiben irre. Heute spitzt sich die Situation der Behörden insofern zu, als die „Blöd-Zeitung“ ... die Geschichte von dem geschassten Hauptkommissar S. bringt. Die Tatsache der Entlassung lässt man natürlich weg; ... Ich lasse mir den Sicherheitsüberprüfungsvorgang kommen, um zu prüfen, ob man uns in dieser Sache mit Dreck bewerfen kann, etwa nach dem Motto, das hättet ihr uns auch früher sagen können. Ich sehe aber, dass das LKA nur scheinbarweise und auf Drängen mit der Wahrheit herausgerückt ist. Alles deutet auch heute darauf hin, dass die Einstellung unter groben Verstößen gegen ein geordnetes Verfahren erfolgt ist. ...

Ich erkenne nicht gleich, dass dies nur ein Randproblem ist. Ein krimineller Polizist. So etwas kommt vor. Ein westdeutscher krimineller Polizist, das ist schon schlechter. Ein westdeutscher krimineller Polizist, den man mutwillig hat werken lassen, das ist superschlecht.

Mittlerweile vollzieht sich in der Leitung des Innenministeriums ein Bewusstseinswandel: Wir sollen mit eigenen Mitteln die Pannen über-

prüfen, lässt Staatssekretär Krämer¹⁴⁹ mich unter vier Augen wissen. Ob der seinen Minister davon unterrichtet hat?, geht mir durch den Kopf. Doch was soll's. Die „Akte Sonnenlicht“ entsteht im Referat von Koch. Als ich den Fallnamen zum ersten Mal höre, muss ich lachen. „Nur zu“, sage ich zu ihm, „bringen Sie die Sache an die Sonne.“

Samstag, 1. März 1997: Abends im Wohnzimmer. ... Die Woche seit der letzten Eintragung war sehr turbulent. Recherchen wegen der unsinnigen Politik im LKA. Die Sicherheitsüberprüfungsakten in meiner Behörde sprechen eine seltsam deutliche Sprache, was das Fehlverhalten bei der Einstellung eines Ganoven in den Polizeidienst als Hauptkommissar anging. Ausgerechnet dieser wurde beauftragt, die Ermittlungen im Rotlichtmilieu und bei einem Auftragsmord durchzuführen. Presseartikel geben böse Mutmaßungen zum Besten. Die Behördenleitung des LKA kommt nicht besonders gut dabei weg.

Zusammentreffen mit Dewes und Kranz am Donnerstagnachmittag. Dewes tat zumindest so, als nehme er Distanz zu K. Kann gespielt sein, ich weiß es nicht. Seltsamer Hinweis, dass wir uns einig werden sollten. Da gibt es nichts zu einigen, denn der Fall ist nicht mein Fall. Und ich denke auch nicht, hierfür die Verantwortung mit zu übernehmen, etwa wegen zögerlicher Sicherheitsüberprüfung, denn das LKA hat nachweislich alles unternommen, um uns den Sachverhalt zu verschleiern.

Mittwoch, 19. März 1997: Abends am Schreibtisch: Es ist also tatsächlich so, dass man sich im hiesigen LKA-Skandal den Vizepräsidenten Göbel als Bauernopfer ausgesucht hat, ihn vom Dienst suspendiert und mit einem Disziplinarverfahren überzogen. ... Das alles lässt für Insider – und auch für Außenstehende – nur den Schluss zu, dass Dewes ... nach beliebigen Bauernopfern sucht. Das kann bei allem, was bislang bekannt ist, nicht mehr lange gut gehen. Wobei der Grund hierfür kein objektiver zu sein braucht, sondern lediglich im Hass einiger Polizeiführer zu suchen ist, die Kranz auf jeden Fall absägen wollen. Da wird dann ein Geschichtchen

149 Siehe zu Dr. Peter Krämer, 1994–1997 Staatssekretär im Thüringer Innenministerium, die Fußnote 30 auf S. 57.

nach dem anderen zu Tage treten, die die Fragwürdigkeit der Person immer mehr aufdecken.

Freitag, 11. April 1997: Morgens in der Straßenbahn. Empfinde wieder morgens beim Aufwachen das Gefühl von Nutzlosigkeit. Das hängt auch erheblich zusammen mit diesem beruflichen Unrat. Manchmal habe ich das Gefühl, auf der Stelle zu treten, oder geht es sogar schon rückwärts? Wie sollen da noch von mir Impulse ausgehen; es ist so unwahrscheinlich kräftezehrend, immerzu vorwärts schieben zu müssen.

Nun, die Herren [im Innenministerium] beißen jetzt, da sie gar mächtig unter Druck stehen. Die Suppe, die Kranz im LKA angerührt hat, löffelt sich schlecht, weil sie nicht abkühlen will. S[ippel]¹⁵⁰ sagte auch, dass der „Focus“ einen sehr umfangreichen Fragenkatalog an Dewes versandt habe, den man dort aber nicht beantworten will. Das wird vermutlich nicht viel helfen, nachdem diese Woche die Geschichte bereits leicht angeschoben worden ist. Nun immerhin schon zum zweiten Mal im „Focus“, was dort angeblich viel bedeutet, bislang waren es aber nur Zusammenfassungen aus der hiesigen Berichterstattung. Wenn allerdings detaillierte Fragen formuliert werden, kann das nur bedeuten, dass auch Informationen dieser Art vorliegen, die dann bei Gelegenheit verbraten werden.

Freitag, 18. April 1997: Nachmittags in der Berliner Wohnung. ... Ich schleppe irgendwie eine unbegreifliche Unruhe in mir herum. Vielleicht ist sie den empörenden Ereignissen in Erfurt geschuldet. Stück um Stück kommen haarsträubende Einzelheiten aus dem LKA zum Vorschein. Ggf. auch solche, die unmittelbaren Bezug zur Person des Innenministers haben. Es gibt eine Reihe von Polizeiaussagen.

Am Donnerstagmittag kommt es zu einer Aussprache mit Koch und K[...], zu der dann Stenz hinzugezogen wird, der eine ganze Briefesammlung eines entlassenen Polizeibeamten mitbringt, die ich erstmalig zu Gesicht bekomme. Die Briefe stecken voller haarsträubender Details von Korruptionsdingen aus der Polizei. Die Ochsen [folgen Namen von zwei

150 Stefan Sippel, Verwaltungsjurist. In den 1980er Jahren in der bayerischen Hochschulverwaltung. Ab den 1990er Jahren in Thüringen, 1994–1998 Leiter der Zentralabteilung im Innenministerium, sodann im Umweltministerium.

Mitarbeitern] haben niemanden hiervon in Kenntnis gesetzt, außer ausgerechnet die Polizeidienststelle, die den Mann wegen „Dummheit“ entlassen hat. Das mag zwar so in Ordnung sein, aber die vorgebrachten Einzelheiten hätten die Leute doch alarmieren müssen. Stattdessen haben sie sich der Frage gewidmet, ob für den Idioten [folgt der Name des Mitarbeiters, dem man die Briefe zugesteckt hatte] ein Sicherheitsrisiko besteht. Ich bin fast vom Stuhl gefallen und habe Koch ersucht, das Briefkonvolut unverzüglich auszuwerten.

Sonntag, 27. April 1997: Wieder eine Woche rum. Mit hektischen Aktivitäten und sinnlosem Getue. ... Die Arbeitswoche: Aufregung wegen eines „Focus“-Artikels von Alexander Wendt, dem [...], der Dewes wegen Nichtstun in der Rotlichtsache¹⁵¹ in die Pfanne haut. Bringt dazu meinen Namen ins Spiel, was sicherlich nicht besonders sinnvoll ist, und zwar nach dem Motto, ich hätte den Minister gewarnt. Na ja, die Aufregung verstehe ich. Zu allem Überfluss wollte [der Abteilungsleiter 2 des Ministeriums] H[...] von mir eine schriftliche Stellungnahme, in der ich den Sachverhalt [d. h. meine mündliche Warnung an Dewes] dann im Wesentlichen bestätigt habe. Nicht sehr schlau, wenn den Text dann auch wieder jemand rauslässt. Irgendwie überkommt mich langsam eine große Gleichgültigkeit. Kranz hat eine Strafanzeige wegen des „Focus-Artikels“ gegen Unbekannt erstattet, erzählte mir [der Staatsanwalt] K[...] einen Tag später. Na, meinetwegen.

In der kommenden Woche wird unter Legende an eine weitere Quelle herangegangen; dann werden wir ja sehen, wie die Dinge weiter zusammenhängen. Koch und [...] sind beauftragt, ein Tableau zusammenzustellen, um alle im Amt vorhandenen Erkenntnisse zusammenzutragen und zu bewerten. Dienstag werden die geeigneten Daten dann an die Staatsanwaltschaft weitergereicht werden.

Mittwoch, 30. April 1997: Habe eine irrwitzige, eine kurze Woche hinter mir, fast ausnahmslos aufgefüllt in Sachen Randarbeiten zum Geheimnisverrat im LKA. Das Bild rundet sich in beklemmender Weise. Es gibt dort unterschiedliche Handlungsstränge, die sich offenbar vielfach berühren. So, wie die Affäre bislang gediehen ist, läuft sie auf einen

151 Verstrickung von Polizeibeamten in eine Erfurter Rotlichtaffäre.

mutwilligen Abschuss von [Innenminister] Dewes hinaus, der sich in heftige Widersprüche verstrickt und den es nicht mehr wird retten können, dass er Kranz am Montag von seinem Posten als LKA-Chef suspendiert hat.



Sieg einer Seilschaft: Ende April 1997 entlässt der Innenminister den LKA-Chef Uwe Kranz, nachdem ungezählte Details über ihn und die Polizeiarbeit in der Presse breitgetreten worden sind (Karikatur von „Nel“).

Nunmehr habe ich, so signalisiert es mir meine Eintragung, im Kopf umgesteuert. Ich beginne zu begreifen, dass das Ziel nicht der LKA-Chef ist, sondern dieser nur den dankbaren Watschenmann abgab. Bereits wenige Tage später scheint mir das klar gewesen zu sein.

Samstag, 24. Mai 1997: Spätnachmittags auf dem Küchenbalcon. ... Die Sache mit D[ewes] ist noch lange nicht ausgestanden. Am Freitag gab mir [der Beamte des Innenministeriums] S[...] einen Ergebnisvermerk der nordrhein-westfälischen Soko Matheo, die den Mord an einem italienischen Schieber aufklären soll. Hauptbelasteter ist ein anderer Italiener, [...], der mittlerweile hier in Erfurt angelandet ist und [...]. Als man ihn letzten Herbst ... [in einem Lokal] heimsuchte, spiesten soeben [Ministerpräsident] Vogel und [Innenminister] Dewes daselbst, sodass es (angeblich) fast zu einem Schusswechsel zwischen Personenschutz und einrückenden Kripo-Beamten kam. Eine Groteske. Bedenklich nur, dass derselbe Mensch sich 1994 eine [... usbekische] Akkreditierung zu einer Interpol-Tagung in Rom erschlichen hatte, von wo aus er mit der saarländischen Delegation einen Abstecher nach Tunis unternahm. Das sind ja schöne Männerfreundschaften.

Bei unserer letzten Begegnung vor acht Tagen freitags hatte ich den Eindruck, dass Dewes ziemlich mitgenommen ist.

Ja, er machte es mir nicht gerade einfach, der Innenminister. Ich hatte den Eindruck, dass er mir heftig misstraute, so wie ich ihm, dass er dort auf seltsamen Pfaden gewandelt war. Dass mir aus der CDU-Betriebskampfgruppe der einschlägige – ich muss wohl besser sagen: vorgeblich einschlägige – Kripo-Ermittlungsvermerk aus Nordrhein-Westfalen rübergeschoben wird, kann nur bedeuten, dass mich da jemand beeinflussen will. Mein Mitarbeiter Koch und ich gehen den mitgeteilten Tatsachen freudlos nach; ich reise zudem nach Düsseldorf, um an der Quelle nach dem Verdachtsfall zu schöpfen. Mit dem Kollegen Helmut Albrecht aus Saarbrücken tausche ich mich bei nächster sich bietender Gelegenheit aus. Doch alles Bohren stößt auf taubes Gestein. Wenigstens das. Doch beruhigt bin ich nicht, denn das bedeutet, dass hier hintenherum gezündelt wird.

So vergeht viel Zeit mit kräftezehrender Ermittlungstätigkeit in einem suspekten Umfeld. Und dann dies:

Montag, 30. Juni 1997: Abends nach dem Essen schweres Gewitter mit einigen schönen Blitzen, denen ich vom Küchenbalkon aus zusehen konnte. ... Heute nichts Besonderes. Ruhiger Vormittag. Einladung zur Trauerfeier von Staatssekretär Krämer, der letzten Donnerstag früh plötzlich im Alter von 52 Jahren gestorben ist. Er hatte sich, als ich am Vortag im Innenministerium war, mittags nach Hause bringen lassen, weil es ihm nicht gut ging. Am frühen Morgen ist er dann an Herzversagen gestorben.

Ich nehme an der Trauerfeier teil. Überall vergnügte Gesichter, die mir zu denken geben. Dass Krämer wegen seiner ruppigen Art nicht sonderlich beliebt war, weiß ich. Doch was ich jetzt zu sehen kriege, ist eine Art Siegesfeier. Am hellen Mittag, mitten in Erfurt und mit viel Bier. Alles was im Innenministerium Rang und Namen hat und sich keine Hoffnung macht, Krämer als Staatssekretär nachzufolgen, lacht und trinkt dort und ist guter Dinge. Was für eine Gesellschaft ...

Für mich kommt dieser Tod zur Unzeit. Krämer und ich hatten gerade damit begonnen, die Ermittlungen wegen der Polizeivorkommnisse zu systematisieren. Er war mein Informationsscharnier in die Polizei hinein, ohne dass diese von den Aktionen des Amtes etwas ahnte. Dies wird jetzt erst einmal unterbrochen und ich muss abwarten, wer nachfolgen wird. Die „Akte Sonnenlicht“ füllt sich derweil mit allem Möglichen. Deutliche Spuren führen in die CDU-Fraktion. Der „Vorgang Obelix“

entsteht. Dieser Verräterkreis der Polizeiinformationen trifft nicht nur die Polizeiarbeit selbst, sondern auch eine der wichtigsten Operationen des Amtes. Bei dem Vorgehen gegen die Bombenbauer von Jena werde ich es merken.

*Schwarze Mafiosi:
In Erfurt ist es Ende
der 1990er Jahre fast
ein offenes Geheimnis,
dass eine CDU-Seilschaft
den thüringischen
Innenminister Richard Dewes,
SPD, zu Fall bringen
will. (Hier in zwei
einschlägigen Karikaturen
von „Nel“; in der
unteren Zeichnung
sitzt Dewes auf der
Theke und der
Ministerpräsident – in
Frauenkleidern und
die Staatskanzlei im
Rücken – steht maliziös
lächelnd
vor der Tür.)*



Dementi

Wie ich meinen Pressesprecher reden lasse

Das Leben besteht nicht nur aus Ärger – auch das dienstliche nicht. Ich notiere:

Donnerstag rief Fr. van Laak¹⁵² an, um zu fragen, ob ich eine Laudatio auf dem Landespresseball halten will. Die Journaille plant, einen Goldenen Maulkorb für besonders schlechte Pressearbeit zu verleihen. Der Beliehene soll Dewes werden. Mir ist nicht wohl bei dem Gedanken, ich werde

¹⁵² Claudia van Laak, Journalistin. Ende der 1990er Jahre Korrespondentin des „Deutschlandradio“ in Erfurt, später in Potsdam, jetzt stellvertretende Leiterin des Landesstudios Berlin.

wohl absagen müssen. Zumal die Verhältnisse nicht so sind, dass da noch Spott vertragen würde, wo sowieso schon im Normalfall Humorlosigkeit herrscht.

Mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen. Und ich hätte geschworen, nichts weiter unternommen zu haben. Zumindest jedoch trage ich drei Tage nach der Anfrage, die ich abgewimmelt habe, aus Jux in mein Tagebuch ein:

Sonntag, 25. Mai 1997: Als ich gestern Abend von meinem Schreibkram hochkuckte, war es bereits zwei Uhr, was mich ein bisschen in Erstaunen versetzte; ich bin dann zu Bett gegangen und auch sofort eingeschlafen. Heute Morgen weckte mich Sonnenschein im Zimmer, draußen allerdings ist es kühl.

Warum ich die Laudatio nicht halten kann. Hierzu einige Dementis: 1. Es ist nicht richtig, dass ich mich gern irgendwo äußere, und sei es in Form eines Dementis. 2. Unrichtig ist auch, dass dann, wenn ich mich äußere, ich dies als Dementi verstanden wissen will. 3. Keineswegs ist es so, als stünde es einem Beamten zu, und sei er auch ein sogenannter politischer Beamter, sich politisch dementierend zu äußern. 4. Als unhaltbar muss auch das Dementi betrachtet werden, in Thüringen gingen die Uhren nicht anders. 5. Keineswegs darf mit dieser Aussage missverstehend ein wörtliches Zitat dahingehend konstatiert werden, ich hätte mich zur Thüringer Uhrenindustrie, zur Industrie überhaupt und den sich darum mühenden politischen Instanzen äußern wollen. 6. Es wäre nämlich fatal anzunehmen und kann daher nur schärfstens zurückgewiesen werden, dass die Erfolge der Thüringer Politik eines Dementis Wert wären. 7. Diese an sich nicht missverständliche Aussage bedeutet allerdings keinesfalls, ich hätte mich zu diesen Umständen überhaupt geäußert. 8. Denn es darf als selbstverständlich angesehen werden, dass, wenn sich der Chef eines Geheimdienstes doch äußern sollte, es dieser heimlich tut, sodass niemand als er selbst etwas davon erfährt. 9. So erfährt man natürlich auch nicht, was er über Dementis im Speziellen und Pressearbeit im Allgemeinen denkt; nicht einmal, ob er sie überhaupt kennt. So dass ich mich 10. noch einmal dagegen verwahren muss, die leichtfertige Meldung über mein hiesiges Auftreten sei überhaupt vorgekommen, und bitte, dies bei nächstmöglicher Gelegenheit in Ihrer [Presse]Berichterstattung zu verschweigen.

Soviel dazu, denke ich, als ich das zu Papier gebracht hatte. Heute in der Rückschau wundere ich mich ein wenig über diese Zeilen, die jetzt erstmals das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Denn das „Dementi“ habe ich niemals von mir gegeben. Doch damit war die Sache leider nicht vom Tisch. Mag auch sein, dass ich vorlaut gegenüber der Journaille gesagt hatte, ich könnte mich zu Ereignissen, die mein Verhältnis zu meinem Minister betrafen, nur in Form von Dementis, also gar nicht, äußern. Ich hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Was allerdings Richard Dewes, den Minister, veranlasste, sich auf diese abenteuerliche Preisverleihung einzulassen, ist mir schleierhaft. So musste ich denn „in die Bütt“, wie man im Rheinland sagen würde. Der Text, den ich dann am 9. Juli 1997 im Landtag in Erfurt von mir gab, ist ein ganz anderer, aber viel geistreicher war er auch nicht:

Kleine Städte sind wie kleine Kinder, sie werden früh zu Bett geschickt. Ob der Mann, der dies schrieb, auch Erfurt im Kopf hatte, weiß ich nicht. Aber Recht hatte er, denn schließlich hatte er die Juristerei studiert. Es handelt sich, wie Sie wissen, um Heinrich Spoerl und der Roman, aus dem ich zitiert habe, heißt „Der Maulkorb“. Im Übrigen handelt der Roman von einer Rede, die gar nicht gehalten wurde. So ist es auch hier und heute. Die Laudatio, die Ihnen angekündigt wurde, wird nämlich nicht gehalten werden.

Der Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz hat mich gebeten, Ihnen seine Grüße zu übermitteln. Darüber hinaus hat er mich beauftragt, ein Dementi zu verlesen, was ich gleich tun werde. Dieses Dementi soll dazu dienen, nicht im Nachhinein langwierige Erklärungen über nicht gemachte Aussagen in ungehaltenen Reden abgeben zu müssen.

Ich bitte Sie, insbesondere Sie, meine Damen und Herren von der Presse, soweit Sie das können, genau hinzuhören, da ich beabsichtige, das Dementi in einem Zug und ohne mich zu wiederholen vorzubringen. Es handelt sich um eine Fünf-Punkte-Erklärung. Sie können also, wenn Sie wollen, an den Fingern einer Hand mitzählen.

1. Von einem „goldenen Maulkorb“ ist mir nichts bekannt. Dies bedeutet keineswegs, dass mir Maulkörbe nicht geläufig wären. So hat zum Beispiel „Monti“, das ist der Hund meiner Behörde, einen sehr schönen Maulkorb. Für Tierliebhaber sei hinzugefügt, es handelt sich um einen Deutschen Schäferhund tschechischer Nationalität. Und auch das

will ich Ihnen verraten: Der Maulkorb wurde aus Mitteln für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit finanziert.

2. Es ist keineswegs so, dass „Monti“, also der Hund meiner Behörde, Pressekontakte scheuen würde und schon gar nicht unter dem albernem Hinweis auf die angebliche Zuständigkeit des Thüringer Innenministeriums. Erst neulich hat er in ganz unzweideutiger Weise mit einem neugierigen Journalisten Kontakt aufgenommen. Dass dieser sich hinterher beschwert hat, verstehe ich umso weniger, als die Aussagen von „Monti“ ganz eindeutig ausgefallen sind; so eindeutig, wie Politiker in diesem Lande sich zum Beispiel niemals zu äußern pflegen.

3. Es ist gänzlich unrichtig, dass sich die von mir geleitete Behörde mit Informationen beschäftigt, die in irgendeiner Weise geeignet wären, von der Presse zur Kenntnis genommen zu werden. Dass ein Teil der Damen und Herren von der Presse dies anders sieht, weiß ich. Allerdings gibt Ihnen das nach meiner Auffassung nicht das Recht, mich oder ungenannte Bedienstete meiner Behörde mit angeblichen Aussagen zu irgendwelchen Sachverhalten zu zitieren. Mir ist bewusst, dass Sie dies tun, um Ihren Spekulationen über die Tätigkeit meiner Behörde einen Hauch von Glaubwürdigkeit zu verleihen. Ich muss Ihnen allerdings gestehen, dass Sie mich hierdurch nicht erfreuen. Denn zu den Nebenwirkungen Ihres Tuns zählt es, dass ich unverzüglich mit einem Schwall von Anfragen aus dem Thüringer Innenministerium überschüttet werde. Hierbei geht es dann weniger um den geschilderten Sachverhalt als um die Frage, ob mir die politische Dimension klar sei und mit wem die Aussage abgestimmt ist. Ich bitte Sie also aus Gründen der Arbeitsökonomie, mich in Zukunft nicht mehr zu zitieren, insbesondere nicht zu so brisanten Fragen, wie viele Druckseiten der Thüringer Verfassungsschutzbericht hat. Denn den zu erstellen ist allein Aufgabe des Thüringer Innenministeriums.

4. Es ist keineswegs so, als würden die gerade eben geschilderten Umstände dazu führen, dass in meiner Behörde keine Pressearbeit stattfindet. Im Gegenteil: Richtig ist vielmehr, dass ein erheblicher Teil der Bediensteten intensiv Zeitung liest. Doch dies ist nicht ganz unbestritten: So gehört es zu den jährlichen Ritualen der Aufstellungen des Thüringer Haushalts, dass leitende Beamte des Thüringer Finanzministeriums in tiefsinniges produktives Nachdenken darüber verfallen, ob der Landshaushalt dadurch saniert werden

kann, dass man dem Nachrichtendienst das Zeitunglesen verbietet. Das ist bisher nicht gelungen. Sie können uns also, meine Damen und Herren von der Presse, weiter zu Ihren treuen und sehr gewissenhaften Lesern rechnen.

5. Nach alledem kann also nicht festgestellt werden, dass die von mir geführte Behörde keine intensive Pressearbeit betreibt. Richtig ist vielmehr, dass sogar ein Pressesprecher bestellt worden ist. Er übt dieses Amt allerdings nur im Nebenberuf aus. Im Hauptamt ist er nämlich – wie Sie alle wissen – Mitglied der Thüringer Landesregierung. Es ist keineswegs so, wie von Ihnen, meine Damen und Herren von der Presse, mehrfach behauptet, dass zwischen meinem Pressesprecher und mir ein gespanntes Verhältnis herrsche. Richtig ist vielmehr, dass ich mit seiner Arbeit sehr zufrieden bin. Ich habe mich bisher noch nicht ein einziges Mal bemüht gesehen, ihn in der Öffentlichkeit zu korrigieren. Ich hoffe sehr, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Ich notiere nach getaner Tat:

Freitag, 10. Juli 1997: Abends auf dem Küchenbalkon. Die ganze Gegend stinkt nach Grillwurst. ... Bin soeben ins Wohnzimmer geflohen. Heute müder Tag, ziemlich warm. Nichts von Belang bewegt. Gestern war das Sommerfest der Landespressekonferenz, auf dem ich das zweifelhafte Vergnügen hatte, die Laudatio für [Innenminister] Dewes zu halten, der für die schlechteste Pressearbeit den goldenen Maulkorb verliehen bekam. Ich hatte dem Ganzen eine ironische Form des Dementis verliehen, an deren Ende ich D. als den Pressesprecher meiner Behörde lobte. Hatte den Eindruck, dass sich das Publikum ziemlich amüsierte. Verblüffend war für mich diesmal wieder, dass es mir gelang, gegen den Krach anzureden und ziemlich schnell eine tiefe Stille in dem großen Saal zu erzeugen. Ich glaube, der Trick besteht darin, dass man mit lauter bestimmter Stimme beginnt und so das Publikum erst mal zum Zuhören zwingt. Witzig auch, nachdem die Sache gut gelaufen war, wie viele mich plötzlich kannten, unbedingt mit mir sprechen mussten. Hierzu zählen natürlich auch ein paar Presseleute, -damen vor allem, na ja. Mehrfach rennt eine junge Frau in mich rein, und das alles in der kurzen Zeit, die mir dann sagen muss, dass sie mich schon lange kennt. Ich kann mich nicht erinnern. Es ist eine Reporterin oder ähnliches vom MDR, Ex-RIAS, kann mir den Namen erst

nicht merken, die dpa-Redakteuse diktiert ihn mir. Heute Morgen Telefonat, amüsan.

Bleibt noch nachzutragen, dass der Zeichner Ioan Cozacu („Nel“)¹⁵³ auf meine Ironie noch eine draufzusetzen weiß, über die ich mich belustige. So hat schließlich jeder was davon.



Der Agent, der aus der Hütte kam: Karikatur von Ioan Cozacu („Nel“)

Thomas D. Wie wird man Quelle des Verfassungsschutzes?

Zu den ebenso absurden wie symptomatischen Erscheinungen des Extremismus in Neufünfland gehört Thomas D. Als das Amt Ende 1995 beginnt, sich intensiv mit diesem Missetäter zu beschäftigen, hat er bereits einen prächtigen Vorlauf als Straftäter; hinzu kommt, dass er einsitzt. Dabei ist er ganz normal gestartet.

Hätte es die Wende nicht gegeben, wäre der gelernte Koch und Parteischulabsolvent auf der Karriereleiter von FDJ und SED nach oben geklettert. Doch nach der Wende ist das vorbei. Anders als andere dieser Klasse entscheidet er sich nicht für den Verbleib in der SED, aus der sich sogleich die PDS mausern wird, sondern er tritt aus, um sodann im Rechtsextremismus sein Heil zu suchen. Er tut dies nicht, ohne einen Umweg über die Deutsche Sex Union¹⁵⁴ zu nehmen; doch das bleibt Episode. Zunächst führt der Weg geradezu in die NPD, die ihre ersten Strukturen 1990/91 in Thüringen bildet. D. wird alsbald Geschäftsführer und bald darauf NPD-Vorsitzender in Thüringen. Doch ihm ist ein merkwürdiges Schicksal beschieden.

Die NPD will ihn nicht mehr. Ob er ausgeschlossen wird oder vorher ausscheidet, bleibt unklar. Jedenfalls ist er Ende 1991 wieder draußen. Der Grund: Er pflegt Kontakte zur einheimischen jugendlichen Neonazi-Szene und wirkt an deren Aufbau mit. Doch damit ist er seiner Zeit um rund sieben Jahre voraus. Noch bestimmen in der NPD die Politreise

¹⁵³ Ioan Cozacu (* 27. 6. 1953 in Cluj-Napoca/Rumänien), Illustrator, Karikaturist (Künstlername: „Nel“). 1973–1978 Studium an der Hochschule Burg Giebichenstein in Halle an der Saale. Sodann freischaffender Künstler in Erfurt.

¹⁵⁴ Es handelt sich hier wohl um die im Juni 1990 in Leipzig gegründete Deutsche Sex Liga, die anfänglich Verein, nämlich als Deutsche Sex Union, firmierte.

des Beginns das Bild. Erinnern wir uns: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands wurde in den 1960er Jahren in der Bundesrepublik gegründet; es war die Partei für etliche unintegrierbare Alt-Nazis und ihre Sympathisanten. Nur einmal in ihrer Geschichte, zur Bundestagswahl 1969, standen sie auf Bundesebene an der Schwelle eines bemerkbaren Wahlerfolges, sodass die Bundesregierung ernsthaft erwog, ein Parteiverbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht anzustrengen. Dieses Verfahren unterblieb; es blieb aber auch der befürchtete Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 1969 aus. Die Partei vegetierte aber weiter. Sie blieb, was sie war; ein Zusammengehen mit Neo-Nazis, in Sonderheit mit deren gewalttätiger Spielart, etwa eines „Wehrsport-Hoffmann“, kam für die NPD nicht so recht in Frage. Das gilt auch noch 1991.

D. muss also raus aus der NPD. Doch was er nun anzettelt, ist nicht zum Lachen. Ein gutes Jahr lang hetzt er, unverdrossen und unbeeindruckt durch erste Strafen, gegen Juden und andere – was immer ihm durch seinen rechtsextremen Kopf geht. Das nimmt erst ein Ende, als er wegen der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion verurteilt wird – eine Tat, bei der er sich, großwahnstinnig genug, filmen lässt. Später macht das Gerücht die Runde, die Anstifter hätten hinter der Kamera gestanden. Davon lässt sich nichts belegen; wie dem aber auch sei: Das Fass Justitias ist gefüllt und D. rückt – endlich – ein.

Im Knast gefällt es ihm nicht allzu gut. Er sammelt seine Erfahrungen und ist klug genug, alles zu tun, um eine günstige Sozialprognose zu erhalten. Die kriegt er auch, um dies vorwegzunehmen, sodass er im Frühjahr 1996 auf freien Fuß gesetzt wird. Doch auch in der Zwischenzeit ist er aktiv. Wie viele andere in seiner Lage hat er viel Zeit, die er nutzt, um Briefe zu schreiben. So schreibt er an Behörden, auch an das Landesamt für Verfassungsschutz; so unter anderem: „Ich bitte Sie um ein persönliches Gespräch. Ich denke, dass das, was sie mir und meiner Familie antun, reicht! Ich bitte Sie, zu einem persönlichen Gespräch nach Untermaßfeld zu kommen. PS.: Zwischenzeitlich bin ich in der JVA Goldlauter gelandet. Auch hier ist ein Gespräch möglich.“

Als er keine Antwort erhält, legt er nach: „Werte Damen und Herren, mein Brief bezüglich eines Gesprächs mit Ihnen war und ist durchaus sehr ernst gemeint. Ich möchte sie davon in Kenntnis setzen, dass ich noch bis zum 14. 1. 1995 in der JVA Erfurt zur Terminüberstellung bin. Deshalb halte ich es für angebracht, ein Gespräch in der JVA Erfurt zu führen. Ich bitte Sie, Ihre kontraproduktive Haltung aufzugeben und das Gespräch Ihrerseits zu suchen.“

Wieder hört er nichts vom Amt, dafür aber aus ganz anderer Richtung. Die Bundesregierung hat sich entschlossen, für D. und einen anderen Nazi beim Bundesverfassungsgericht die Aberkennung von Grundrechten zu beantragen. Das ist nicht unumstritten, denn zum einem hat

es noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik eine stattgebende Entscheidung des Gerichts in den bisherigen raren Verfahren nach Artikel 18 des Grundgesetzes gegeben. Zum anderen befürchten die Kritiker in den Reihen des Bundes, dass hier einem ganz und gar unbedeutenden Menschen im wahrsten Sinne des Wortes unnütze öffentliche Beachtung geschenkt wird. D. schreibt also an das Amt, dass er auf seine politischen Grundrechte verzichte: „Ich bin der Meinung, dass ich nach einer Aussetzung des Restes der Strafe bei einem Weitermachen jederzeit und sofort wieder inhaftiert werden kann. Das kann ich dem Verhältnis zwischen mir und meiner Mutter nicht zumuten. Sie würde eine erneute Inhaftierung nicht überleben.“

Es kommt, wie es muss: D. wird vorzeitig mit einer günstigen Sozialprognose aus der Haft entlassen. Das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht geht dank dieser Sozialprognose in kürzester Frist den Bach runter. Zu diesem Zeitpunkt kommt das Amt ins Spiel. D., nicht faul, ruft im Amt an und bittet um einen Termin, denn er habe Wichtiges mitzuteilen. Er wird erst einmal abgewimmelt, da wir nicht den Wunsch verspüren, ihn im Amt zu begrüßen. Dann wird ein Treff vereinbart, zu dem der Erfahrenste der Beschaffer, Fro., entsandt wird. Der fühlt ihm auf den Zahn, denn er hat den klaren Auftrag festzustellen, ob, und wenn ja, wo D. sein übles Spiel fortzuspielen gedenkt. Doch dem Kollegen wird eines bald klar. Er unterhält sich mit einem zutiefst verängstigten Menschen, der nur zwei Ziele hat. Ziel eins lautet: Nie wieder Knast. Ziel zwei: Bitte beachtet mich.

Fro. sagt dem D., dass er helfen könne. Wie? Indem er der Szene Lebewohl sagt und einen ordentlichen Beruf ausübt; gelernt hat er schließlich einen solchen. Doch Ziel zwei lässt diesen selbstverständlichen Weg nicht zu. Zum Abschied sagt D., er werde nie wieder Straftaten begehen. Und, um zu beweisen, wie ernst ihm damit ist, will er sich melden, wenn er von so etwas hört. Das werden viele Anrufe in den jetzt folgenden Monaten. Währenddessen versucht D., wieder führenden Einfluss auf die Naziszene zu gewinnen. Doch der Versuch schlägt fehl. Die Zeit ist über ihn hinweggegangen. In der jugendlichen Nazi-Szene wirkt D. wie ein Opa. Ende des Sommers wird er bereits geschnitten; ihm wird in der Szene zur Last gelegt, Gelder veruntreut zu haben, die für die Verteidigung „straffällig gewordener Kameraden“ gesammelt worden sind. D. wird „Unperson“.

Bis dahin allerdings macht D. sich nützlich. Er berichtet von wirklichen und von vermeintlichen Straftätern und ihren Aufenthaltsorten. Er hat bald raus: Je größer der Fisch, desto besser für ihn. Da gibt es den neonazistischen Massenmörder Thomas L., zu dessen Fluchtweg er sich vielfach äußert. Auch anderes ist dabei, was nicht ohne ist, vom Waffenkauf bis zum Diebstahl. Sein „Betreuer“ Fro. nimmt alles freundlich zur

Kenntnis. Er tut ein Übriges. Er geht auf D. und seine Hauptschwäche ein, den nie versiegenden Durst. Jetzt verwickelt er ihn in Gespräche, die der geltungsbedürftige Mann nicht zurückweisen kann. So offenbart er, sicher ohne Plan, seine beabsichtigten Aktivitäten als großer „Partei-führer“ und Organisator von Aufmärschen, was immer man darunter verstehen mag. Ans Tageslicht kommt auf diese Weise die beabsichtigte Störung des Landtagsfestes im Juni 1996 und die Vorbereitungen des sogenannten Koordinierungskomitees für den Heiß-Aufmarsch 1996. D. brüstet sich und plaudert. Die „Firma Braugold“¹⁵⁵ hilft beim Sprechen.

Später empört er sich, dass sein großer Landtagsauftritt im Mannschaftswagen der Polizei endet; sein Gesprächspartner am 12. Juli 1996 ist ein Landtagsabgeordneter. Die Herren treffen sich im Steakhaus Amerika zu Erfurt. Was sie dort zusammenführt, ist der Zufall, denn sie kennen sich nicht persönlich. Der Abgeordnete spricht laut, wie das Abgeordnete zuweilen zu tun belieben, und was er sagt, interessiert den Mann am Nachbartisch. Das ist ihm nicht zu verargen, denn es wird über eine Person gesprochen, die denselben Namen trägt wie er selbst. Und es wird nicht sonderlich gut gesprochen über diesen Menschen. Da kann D. nicht mehr an sich halten. Er steht auf und macht sich bekannt: Der Mann, über den sie sprechen, steht vor Ihnen. Man sieht, so leicht kann ein Abgeordneter mit den Belangen des Volkes zu tun bekommen.

Mit D.s Selbstbeschädigung in der Szene wird er für das Amt uninteressant. Ihm wird im Herbst 1996 gesagt, er soll uns nicht weiter behelligen. Doch das ist schlecht für ihn, denn jetzt liebt ihn niemand mehr. Es muss für ihn so etwas wie eine Sucht sein: Kontakt zu jemandem, der ihn ernst nimmt, ihm zuhört. Immer wieder kommt er mit neuen Meldungen. Meist sind es happige Straftaten, zu denen er was sagen will; so über die sogenannten Metro-Mörder Sandra und Volker F. Da es sich bei Volker F. um einen ehemaligen Angehörigen der in Nordrhein-Westfalen ansässigen neonazistischen „Borussenfront“ handelt, der zuvor aus der JVA Hagen ausgebrochen ist, wird er selbstverständlich angehört.

Doch dann im August 1997 läuft auch für uns das Fass über. Traum und Wirklichkeit sind offenbar nicht mehr zu trennen. Der Mann fängt an, sich und andere zu gefährden, da er sich einbildet, Doppelagent für verschiedene Staaten dieser Erde zu werden, deren Botschaften er zu allem Überfluss aufsucht. Hierauf legen wir, leicht nachvollziehbar, keinen Wert. Ihm wird unmissverständlich klar gemacht, dass wir nicht mehr belästigt werden wollen. Ende einer Karriere? Nein: 1998 und 2000

155 Braugold, bekannte Erfurter Biermarke, im Amtsjargon als Chiffre für Befragungen unter Alkoholeinfluss verwendet.

höre ich noch einmal von ihm, im wahrsten Sinne des Wortes. Doch davon später ...

Hohe Burgen und Hochburgen Warum es Thüringen gibt und Saalfeld sein rechtsextremes Zentrum wird

Es ist schon auffällig, wie viele Schlösser, Residenzen, Sitze und Burgen es im Ländchen gibt. Das hängt mit dem unfreundlichen Klima und dem unwegsamen Gelände zusammen. Insofern ähnelt Thüringen der Schweiz, zumindest was die Entstehung und die Fortexistenz angeht. Von Max Frisch¹⁵⁶ wissen wir die Umstände, die zur Selbständigkeit der Schweiz geführt haben; er hat sie ausführlich in seinem „Wilhelm Tell für die Schule“ beschrieben. Es waren die Dummheit und die Zanksucht seiner Ureinwohner, die den dicklichen, kultivierten Ritter Hermann Geßler schier verzweifeln ließen, als er, an der Gicht leidend und wohlgermerkt strafversetzt, seinem kaiserlichen Herrn die Schweizer botmäßig machen sollte. Es misslang. Die Geschichte ist bekannt; man lauerte ihm auf und schoss ihn tot. Hätte ein kurzzeitig in Weimar ansässiger, entlaufener württembergischer Militärarzt namens Friedrich Schiller¹⁵⁷ nicht ein lobhudelndes Schauspiel über diese miese Affäre verfasst, kein Mensch würde den Namen des Strauchdiebs Tell heute mehr nennen. Doch nachdem am 17. März 1804 das Drama in Weimar seine Uraufführung erlebt hatte, gab es für den Siegeszug dieses Mörders kein Halten mehr. Die dankbaren Ur-Schweizer setzten einen Riesenstein an den Vierwaldstädter See. „Dem Sänger Tells“ kann man darauf lesen.

Die Story des Wilhelm Tell führt die Leser dieses Buches und mich an eine erzählerische Weggabelung: Der eine Weg führt zurück in die Vergangenheit, der andere verläuft in Schlangenlinien, dem Flussbett der Saale folgend, im Hier und Jetzt. Schnell einen Blick zurück. Das Land Thüringen mutet in seiner Existenz etwas unorganisch an, seine Selbständigkeit wirkt wie zufällig. Niemanden hätte es verblüfft, wenn die Ländereien des Ländchens zwischen Hessen, Sachsen, Preußen und dem bayerisch gewordenen Franken aufgeteilt und es auch heute noch wären. Leider fehlt ein so einleuchtendes Erklärungswerk wie das Frisch'sche über den Wilhelm Tell und die Schweiz.

Gott bewahre, ich will hier keineswegs leugnen, dass es Bücher über die Geschichte Thüringens gibt; es gibt sie, und zwar reichlich. Doch nie-

156 Max Frisch (15. 5. 1911 Zürich – 4. 4. 1991 Zürich), schweizerischer Schriftsteller.

157 Friedrich von Schiller (* 10. 11. 1759 Marbach am Neckar – 9. 5. 1805 Weimar), Schriftsteller. 1799–1805 in Weimar als Theaterdichter ansässig.

mand dieser hervorragenden, gebildeten, spannungsreich erzählenden, meist hochdeutsch argumentierenden Autoren hat es fertiggebracht, die Fort- und Wiederexistenz figürlich auf den Punkt zu bringen. Mag sein, dass dies an der Eigenheit moderner Geschichtsschreibung liegt, sozio-pathologische Erwägungen zu präsentieren, anstatt den handelnden Figuren bei ihrem Treiben zuzusehen. Diese Geschichte Thüringens steht noch aus. Ritter Raspe müsste drin vorkommen, aber auch Raduwin, der Bärtige, von dem hier so viel verraten werden soll, dass er ganz entscheidend dazu beitrug, den Preußen unter dem General Friedrich Wilhelm von Seydlitz solch einen Ekel vor den Holperwegen an der Schwarza zu verursachen, dass dieser noble Kriegsmann sich beleidigt nach Magdeburg zurückzog; seine Reiter folgten ihm nur zu gern.

Das Ergebnis ist bekannt. Die Preußen annektierten nur einen kleinen Teil der Thüringer Landschaften, und zwar den wegsamen rund um Erfurt. Den Rest ließen sie, wie er war: skurrile Minifürstentümer, die in so manchem bei den Grimm'schen Märchen ohne Weiteres Pate gestanden haben könnten. Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß ältere Linie und, nicht zu vergessen, die jüngere Linie. Das alles überlebte auch den Furor Napoleon und erst recht den Wiener Kongress, die deutsche Reichsgründung und den Ersten Weltkrieg. Dann allerdings war Schluss. Zentralistisch denkende Sozialdemokraten, in der gemäßigten SPD-Form und in der nicht gemäßigten USPD-Variante, kamen allüberall an die Macht. Da war es aus mit den Erbprinzen, Fürsten und Mini-Großherzögen. Sie zogen sich im November 1918 indigniert in ihre Privaträume zurück, als die sorgsam in ihre Sonntagsanzüge verkleideten Revolutionäre ihre republikanischen Proklamationen mit aufgeregter Stimme verlasen.

So entstand 1920 Thüringen, dem man stolz den Namen Freistaat beigab; Erfurt und sein Umland freilich blieben preußisch. In den zwölf Jahre später folgenden zwölf Jahren des Tausendjährigen Reiches war Thüringen ein Gau. Heute stellt sich mancher unter einem Gau so was wie ein explodierendes Atomkraftwerk vor. Doch weit gefehlt, hier war eine Gebietsbezeichnung aus dem Germanischen gemeint, wenngleich an dieser Stelle nicht verschwiegen werden soll, welche führende Rolle der Gau Thüringen bei der Entwicklung der Atombombe gespielt hat. Eine ihrer wackligen Wiegen stand in Stadtilm. Zum Glück blieb der Welt die Vollendung der deutschen Atombombe erspart. Die Amerikaner kamen eilends ins Land geritten in jenem April 1945, um zu sehen, wie weit man war, und rafften zusammen, was zusammenzuraffen war. Erst dann zogen sie sich, wie mit Stalin vereinbart, wieder hinter die Werra zurück und die Sowjets rückten nach. Sie errichteten das Land Thüringen erneut, diesmal mit Erfurt, um es im Jahre 1952 wieder zu

zerschlagen. Der Einheitsstaat DDR brauchte keine Länder. Jetzt genügen drei Bezirke, die man nach ihren Hauptorten Erfurt, Suhl und Gera benannte. 1990 ging dann wieder alles andersherum; ich säße sonst nicht hier an meinem Computer, der mir ständig die Frage stellt, ob ich das, was ich da aufschreibe, wirklich so stehen lassen will. Ich will. Das ist der Sieg des Menschen über die Technik.

Vielleicht erinnert sich ja einer der Leser an Raduwin mit dem Barte. Genau. Wenn er nicht damals an der Schwarzza ... Wer weiß, wie dann alles geworden wäre. Mich wundert es wirklich, warum sich kein Fernseherschaffender oder anderer Schaffender, warum sich kein kritischer Journalist vom Schlage eines Franz Alt oder Stefan Aust mit Raduwin beschäftigt hat. Er hat alle Zutaten zum modernen Helden: schwer erziehbar in der Kinderzeit, frommes Elternhaus, dominante Mutter, abgebrochene Berufsausbildung, frühzeitig erwachte Sexualität, erste Konflikte mit dem Gesetz (Viehdiebstahl, Gotteslästerung), Abtauchen in den Untergrund, schwerste Eigentumsdelikte, zahlreiche Morde, Proklamationen im Namen des freien Waldes. Was für ein Mann, liebe Leserin. Die Geschichte Thüringens, sie muss noch geschrieben werden ...

Als ich an einem Herbstabend im Anschluss an einen Vortrag in Schwarzburg, wo es um Friedrich Ebert¹⁵⁸ gegangen ist, auf Raduwin im kleinen Kreise aufmerksam mache, nimmt mich ein nicht mehr ganz junger Herr beiseite und sagt: „Der Kommunismus hat alles verschüttet.“ – „Wieso?“ – frage ich. – „Weil sie nicht wollten, dass ich diese Gedichte veröffentliche.“ – „Über Raduwin?“ – „Ja, genau.“ Das kann ich mir eigentlich kaum zusammenreimen, denn gerade das war doch in der DDR der große Renner: diese seltsame Heimattümelei, möglichst mindestens hundert Jahre zurück, Leute, die sich irgendwie aufgelehnt haben und plötzlich zu Vorkämpfern des Sozialismus mutieren. („Was schreibst du da für ein Zeug“, wendet CM ein, auf deren DDR-Urteile ich immer besonderen Wert lege. Ich eile flugs zum Bücherregal und wedele siegesgewiss mit DDR-Broschüren über Friedrich Fröbel¹⁵⁹; dabei hatte dieser wirklich nichts weiter Böses angestellt, als in Bad Liebenstein ein Seminar für Kindergärtnerinnen einzurichten, das Erste in Deutschland.) Zurück nach Schwarzburg: Mein Gegenüber zerrt mich noch etwas mehr beiseite und steckt mir ein paar gefaltete Blätter zu. „Was ist damit?“ – frage ich. „Lesen Sie das, wenn Sie allein sind; dann wissen Sie alles.“ Zu Hause spät am Abend weiß ich dann „alles“.

158 Friedrich Ebert (4. 2. 1871 Heidelberg – 28. 2. 1925 Berlin), SPD-Politiker. 1913–1919 Vorsitzender der SPD. Im November 1918 Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten. 11. 2. 1919 Reichspräsident. An einer Blinddarmentzündung verstorben.

159 Friedrich Fröbel (21. 4. 1782 Oberweißbach – 21. 6. 1852 Marienthal, Gemeinde Schweina), Pädagoge. Begründer des ersten Kindergartens in Deutschland.

Als Raduwin die Preußen schlug/Ihn sein Ruhm zum
 Himmel trug
 Wo ihn Hildegard von Bingen/Und Elisabeth empfangen
 Die heilige Elisabeth/Sie lag auf ihrem Himmelbett
 Sie rülpste nach Ambrosia/Und sagt': Bist du jetzt endlich
 da
 Komm in mein Bett mein starker Held/Wir pfeifen auf die
 Christenwelt.

Dieses als „Raduwin 2“ bezeichnete Gedicht ist nur eines von mehreren. Ich gebe es hier wieder, weil ich schon der Meinung bin, dass auch Thüringer Heimatdichter das Recht haben, sich öffentlich vernehmbar zu machen. Ich gestehe es gern ein, dass ich mich vergeblich bemüht habe, den gesamten Raduwin-Zyklus bei einer hiesigen Kirchenzeitung unterzubringen, weil ich irgendwie Anklänge ans Christentum herausgespürt habe. Doch Fehlannonce, wie ich bedauernd mitteilen muss: Dort stehen andere Themen auf der Agenda.

Ich weiß nicht, ob es neben Otto Bauwehn noch weitere Dichter in Schwarzburg gibt; vielleicht ist dieser eine ja schon genug. Ich kann also nicht sagen, ob Schwarzburg als ein Zentrum Thüringer Dichtkunst gepriesen werden muss. Mir scheint es vielmehr so, als sei dies Greiz; dicht gefolgt von Ranis, von dessen Burg aus man alljährlich der Dichter Werk bis nach Saalfeld und nach Rudolstadt hinunterrufen hört.

Oh weh, da habe ich sie nun in den Mund genommen, die Namen der beiden Städte, die eine dem Zeitgeist geschuldete Kommunalreform zum Kreis Saalfeld-Rudolstadt zusammengebastelt hat; am SLF-Kennzeichen sollt ihr sie erkennen. Antifaschisten aller Länder vereinigt euch; ich berichte jetzt von Saalfeld, der deutschen „Nazi-Hochburg“. Ich bekenne mich schuldig, an diesem Etikett mitgewirkt zu haben. Doch als ich es tue, habe ich keine Ahnung davon, was ich anrichte.

Als Innenminister Richard Dewes im Frühsommer 1996 zusammen mit mir den Verfassungsschutzbericht für 1995 vorstellt, erwähnt er, weil es im Übrigen auch den Tatsachen entspricht, dass sich der Schwerpunkt sogenannter Rechts-Links-Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Jugendlichen in den Raum Saalfeld/Rudolstadt verlegt hat. Das Jahr zuvor war es Altenburg. Nun gut, das ergibt sich notfalls aus der Straftatenstatistik, wie sie alljährlich für die Polizeidirektionen des Landes zusammengestellt wird. Manches aus diesen Statistiken ist ziemlich richtig. Was die Auseinandersetzungen in Saalfeld und Rudolstadt angeht, entspricht das Ergebnis unseren Beobachtungen. Doch nunmehr werde ich zum Zeugen umfunktioniert. Und das geht so: Man lasse Rudolstadt weg und aus rechts-links das Wort links, dann heißt die Meldung: Verfassungsschutz räumt ein, dass Saalfeld das „Zentrum des Neonazismus“ ist. Von hier aus ist der Weg zu den untätigen Behörden,

die wohlwollend dulden, dass sich der braune Mob durch die Straßen wälzt, nicht mehr weit. Jetzt ist Selbsthilfe angesagt. Eine machtvolle Demonstration muss her und Ordnung muss geschaffen werden in Saalfeld; Selbsthilfe, notfalls mit Gewalt.

Das ist die Stunde des „faschistoiden Repressionsapparates“, der sich diese Hilfe nicht aufdrängen lassen will. Also wird der Spuk verboten. Kurz und schmerzlos. Doch was juckt die Truppen der Revolution, die aus dem fernen Berlin anreisen, dergleichen Gerede. Ihren Lenin haben sie begriffen: Sie lassen sich nicht mehr schrecken von der fehlenden Bahnsteigkarte, denn der moderne Chaot reist nicht per Bahn, sondern im klimatisierten Reisebus mit Bordbar und Toilette. Auch Vorauskommandos im PKW zur Erkundung von Polizeisperren werden nicht vergessen. Doch es kommt ein wenig anders, als der Schlachtplan es vorsieht. Für die Autobahnen rund ums Hermsdorfer Kreuz zeichnet der Polizeidirektor von Jena an diesem Tag verantwortlich. Zur Feier des Tages trägt Schnaubert¹⁶⁰ seinen grünen Kampfanzug. Bereits nördlich des Autobahnkreuzes auf der A 9 schlägt er zu. Ein plötzlicher Stau beendet die revolutionäre Reisetätigkeit. Die Avantgarde des Fortschritts entfaltet sich und ihre Transparente mitten auf der Autobahn. Hier hilft keine Überredungskunst; die sturmbewährten Gestalten bestehen auf ihrer Festnahme. Ihnen kann geholfen werden. Das geschieht so, dass sie zunächst einmal, wie es im Polizeideutsch heißt, „seitlich der Fahrbahn abgelegt werden“. Dann erfolgt schubweise ihr Abtransport nach Unterwellenborn. Dem weniger Ortskundigen sei erläuternd hinzugefügt, dass sich an diesem unauffälligen Ort dereinst ein Knast befand, der zur Feier des Tages seine Pforten wiedereröffnet hat.

Am selben Tag werden auch die üblichen Verdächtigen aufgegriffen, die sich „Anti-Antifa“ betiteln. Sie wandern in „Unterbindungsgewahrsam“, wie das hochoffizielle Wort lautet. Auch ihr Weg führt sie nach Unterwellenborn. Die revolutionäre Spannung entlädt sich nachts in wechselseitigen Sprechchören: „Haut das Faschistenpack auf den Sack“, gegen: „Antifa, ha, ha, ha.“ Man sieht, welch außerordentliches theoretisches Niveau die Debatte bestimmt; die „Neue Frankfurter Schule“ lässt grüßen.

Kein staatliches Eingreifen ohne Nachspiel. Während sich die Kameraden der „Anti-Antifa“ auf ihrem nächsten Kameradschaftsabend in Heilsberg stolz ihre Erlebnisse vom Wochenende berichten, herrscht bei der Antifa „Wutundtrauer“. Die Stimmung ist also mies. Ein „Tribunal zur Aufklärung der Polizeiwillkür“ wird ins Leben gerufen. Auch erhebt

160 Frank Schnaubert (?1943), Polizeibeamter, zuletzt Leitender Polizeidirektor. In den 1970er/1980er Jahren in Hessen. 1991–2000 Leiter der Polizeidirektion Jena. Sodann bis zu seiner Pensionierung Leiter der Bereitschaftspolizei.

sich die Stimme der Rache. Saalfeld muss nun erst recht rechts sein; das verlangt die Revolutionslogik. Eine Strategie muss her, die es dem Repressionsapparat unmöglich macht, erneut mit Verboten zuzuschlagen. Was tun?, um mit Lenin zu sprechen. Ein Bündnis muss geschmiedet werden, ein breites „Bündnis aller demokratischen Kräfte“. Gewiss, die SPD ist zögerlich, denn ihr Innenminister Richard Dewes verantwortet das letzte Verbot. Aber da gibt es schließlich noch zwei andere große demokratische Parteien, die PDS und die Grünen. Letztere sind zwar in Thüringen nicht mehr real existent, dafür gibt es sie aber noch in Westdeutschland. Eine Ansprechpartnerin ist bald gefunden; sie heißt Annelie Buntenbach aus Bielefeld; eine Antifaschistin, so jedenfalls nennt sie sich selbst im Bundestagshandbuch. Kontaktmann zur PDS wird Roland



Zwei Veranstaltungen, ein Ort – oder: Nur paarweise wird der Tanz erst schön: die rechts- und linksextremen Aufrufe für die Aufmärsche in Saalfeld 1998



Hahnemann¹⁶¹, ein parteiloses Mitglied der PDS-Fraktion, zugleich Vizepräsident des Thüringer Landtags. Natürlich bleibt dies nicht verborgen, zu deutlich sprudelt es aus dem Kreis der Mitwisser heraus. Auch der neue Termin steht bald fest: Es ist der 14. März 1997.

Der 14. März 1997, ein Samstag, ist grau und bitterkalt. Die Saale ist die Grenze. Eine Nachtsitzung vor dem Oberverwaltungsgericht in Weimar hat diese Auflage gegenüber den Demonstrierern bestätigt. Die

¹⁶¹ Dr. phil. Roland Hahnemann (* 2. 4. 1954 Riesa/Sachsen), Germanist, Politiker. Nach Studium und Promotion als Germanist seit 1985 Mitarbeiter am Zentralinstitut für Sprachwissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1990–2009 als Parteiloser über die PDS-Liste Mitglied des Thüringer Landtags, auch zeitweise dessen Vizepräsident.

hatten anderes im Sinn: Ein Kräfteressen mit der gleichfalls angesagten Gegendemo in der Innenstadt von Saalfeld. Da wird die Notbremse gezogen. Vor dem Richtertisch trage ich unverdrossen die jüngsten Erkenntnisse über das reisende Volk vor. Neben mir steht für die revolutionären Kläger der Landtagsvize Roland Hahnemann; er wirft entnervte Blicke in meine Unterlagen und sagt, ohne dass das irgendwen beeindruckt: „Da wissen Sie ja mehr als ich.“ – „Wär schlecht, wenn’s anders wäre?“ , frage ich; die Richter, sonst streng blickend, können sich ein Grinsen kaum verkneifen. Also blicken sie angestrengt in ihre Akten.

Die Stadt ist wie ausgestorben. Fast hätte ich nichts mitgekriegt. Ein Polizist mit schwerer Weste will mir die Zufahrt in die Stadt verwehren. Na ja, kein Wunder, wenn einer so aussieht wie ich mit dickem Schal und warmer Demo-Jacke. Kein Markt auf dem Markt und die Geschäfte geschlossen. Kein Mensch in dieser Stadt will diese Leute in seinen Mauern haben. Hier kämpft man mit ganz anderen Problemen; es geht ums nackte wirtschaftliche Überleben. Doch soweit geht die neu gewonnene Freiheit nicht. Hier muss erduldet werden, was eine verschwindende, zudem ortsfremde Minderheit als eigene Meinung darstellen will. Recht auf Versammlung unter freiem Himmel. Ich habe leise Probleme, den an der Saalebrücke versammelten örtlichen Notablen plausible Antworten zu geben. Zu Recht weisen sie erbost darauf hin, dass ihre Stadt den Ruf als „Nazi-Hochburg“ nicht verdient. Zu Recht sind sie aufgebracht, dass hier mit einem Streich eingerissen wird, was an jahrelangen Bemühungen für den Ruf der Region als Feriengegend und Wirtschaftsstandort getan worden ist. Kaputtgeschlagen von Tunichtguten, die selber, zum Ärger aller, aus irgendwelchen Staatstöpfen ihre Einkommen beziehen. In ihrer Eröffnungsrede vor dem Bahnhof wird die Verleumdung wiederholt. Frau Grünenbach vom Bündnis 90/Die Buntten, spricht und das angereiste Staatsfernsehen zeichnet es dankbar auf. Die Republik sieht zum ersten Mal den Namen Saalfeld.

Die Dinge nehmen ihren Lauf. Umgeben von Polizei sind beide Demonstrationzüge unter sich. Die üblichen Fenstergucker gaffen herun-



Die Macht der Bilder oder: Bürger von Saalfeld beobachten den Umzug von links und rechts. Nein, falsch: Es ist eine Zeichnung von Franka Sachse aus meinem Bilderbuch „Weihnachtsmann gibt’s nicht“. Das Bild gibt trefflich die Erinnerung wieder, die mein Gehirn über die dortigen Ereignisse und ihre Zuschauer gespeichert hat.

ter, das Sofakissen sorgsam unter die Ellbogen gesteckt. Nur eine der Garden gelangt nicht ans Ziel: Die revolutionären Stoßtrupps aus Berlin. Zwischen Jena und Rudolstadt hat die Polizei eine Kontrollstelle errichtet. Was heißt hier Kontrolle? Heraus aus dem Bus und hinein in den Kampf. Die Besatzungen von fünf Bussen gehen zum Angriff über, der in einem Tränengasschleier an Schwung verliert. Dann naht die grüne Übermacht. Wie Fallobst werden die Entsprungenen bis in die Abendstunden von den Saalehängen gesammelt. Für etliche heißt es erneut: Auf Wiedersehen in Unterwellenborn; die Nacht auf Staatskosten und frohes Geleit bis zu den Grenzen des Landes. Danach erlahmt der revolutionäre Großelan. Es bleiben Tribunale; aber keiner hört hin.

Zum Schluss eine Tote. Etwas Zeit ist vergangen; es ist Donnerstag, der 26. März 1998. Die Tote heißt Jana und ist ein fünfzehnjähriges Mädchen. Vom abgewiesenen Liebhaber wird sie in Saalfeld erstochen. Da geht ein Stöhnen durch die Szene. Schnell wird das Gerücht geboren:



Erst in der Vergrößerung schön: Die Avantgarde der werktätigen Massen entfaltet sich auf den Saalehängen.

Jana war eine von uns und der Mörder ist ein „Fascho“. Ein bewährter Antifaschist, der sich Angelo nennt, webt fleißig an diesem Bilderteppich von Gorndorf. Doch die Wirklichkeit, oh weh, sie sieht ganz anders aus. Trotzdem, für eine Betroffenheits-Demo reicht es allemal. Außerdem hätte es ja sein können, eine faschistische Bluttat. Als es schließlich selbst Gutwillige nicht mehr hören mögen, klingt es beim „Jahrestag“ so: Es ist das faschistische Klima in Saalfeld, dass diesen Mord erst möglich gemacht habe. Blutzegen als Motor der Bewegung; auch die Nationalsozialisten haben darauf dereinst nie verzichten mögen.

Hochhäuser und Fluchtburgen Wie Jena in meinen Blick gerät

Im Jahre 1997 verschiebt sich der Schwerpunkt der jugendlichen Extremistenszene nach Jena. Das Saalestädtchen mit seiner verkorksten unorganischen Innenstadt hat einst bessere Tage gesehen.

Hier lehrte einst Friedrich Schiller das Fach Geschichte. Der Minister und Dichterkollege im nahen Weimar hatte ihm diese Einnahmequelle verschafft. Nichts Besonderes also, es ging genauso zu wie heute. Doch

neben der Universität, die einige Geistesgrößen hervorbrachte (sie wanderten dann rasch in bedeutendere Städte ab), und einigen bedeutenden Verlagshäusern, die heute keiner mehr nennt, wurde Jena im 19. Jahrhundert vom kalten Hauch der Industrialisierung angeweht.

Es waren Carl Zeiss¹⁶² mit seinen Glas- und optischen Werken, der das Saaletal aus seiner Beschaulichkeit herausriss, und sein Angestellter Ernst Abbe¹⁶³, der dafür sorgte, dass im Umfeld dieser Werke ein Lumpenproletariat erst gar nicht entstand. Und nicht zu vergessen: Der Jenaer Juraprofessor Eduard Rosenthal¹⁶⁴ entwickelte die dazu passenden Rechtskonstruktionen. Zeiss, Abbe und Rosenthal, diese drei Männer schufen im praktischen Versuch, was uns heute als deutsche Sozialgesetzgebung geläufig ist. Hier in Jena wurde dieses Prinzip erdacht und ausprobiert. Rosenthals Villa steht heute noch. Es blieb den Nationalsozialisten der Stadt vorbehalten, seine Witwe 1941 des lebenslangen Wohnrechts zu berauben. „Arisierung“ nannte man diesen Diebstahl damals. Es ist eine Schande.

Mit dem „real existierenden Sozialismus“ wurde alles anders. Die neuen Herren kriegten hin, was kein alliierter Bombenkrieg vermocht hatte. Sie zerstörten die Stadtstruktur und schufen Wohnsilos für den „neuen Menschen“. Die A4 führt in Steinwurfweite dran vorbei. Dieser Ort heißt Jena-Lobeda. Ungezählte Male bin ich dort gewesen, habe mit Jugendlichen diskutiert oder ihnen einfach nur zugehört. Mit der Wende kommt das Industriesterben und fast notwendig die Arbeitslosigkeit. Nur eine schmale Schicht ehemaliger Funktionäre schafft den Sprung in die neue Zeit. Die Masse der Belegschaft wird in die Aussichtslosigkeit entlassen.

Daran kann auch nichts ändern, dass ein ehemaliger westdeutscher Ministerpräsident in Jena den Wiederaufbauer gibt. Der Mann heißt Lothar Späth¹⁶⁵, und was diesen ehemaligen CDU-Granden befähigt, hier den Macher zu machen, bleibt mir, solange ich sein Tun beobachte,

162 Carl Zeiss (11. 9. 1816 Weimar – 3. 12. 1888 Jena), Unternehmer. Errichtet 1846 eine Werkstatt für wissenschaftlichen Apparatebau, aus denen er in den folgenden Jahren die Weltfirma für optische Geräte Carl Zeiss Jena entwickelt.

163 Ernst Karl Abbe (23. 1. 1840 Eisenach – 14. 1. 1905 Jena), Erfinder, Konstrukteur, Unternehmer. Ab 1866 leitender Angestellter bei Carl Zeiss Jena. Hat am Aufschwung des Betriebes zur Weltfirma entscheidenden Anteil, ebenso an der Einführung bahnbrechender sozialer betrieblicher Einrichtungen.

164 Prof. Dr. Eduard Rosenthal (6. 9. 1853 Würzburg – 25. 6. 1926 Jena), Jurist, Hochschullehrer. 1879 Assessorenexamen in Bayreuth. 1880 außerplanmäßiger Professor in Jena. 1896 Berufung daselbst zum ordentlichen Professor. 1919–1924 Mitglied im Thüringer Landtag für die Deutsche Demokratische Partei (DDP).

165 Prof. Dr. h. c. Lothar Späth (* 16. 11. 1937 Sigmaringen), CDU-Politiker. 1960 Eintritt in die Finanzverwaltung der Stadt Bietigheim. 1968–1991 für die CDU Mitglied des Landtags Baden-Württemberg, dort auch 1972–1978 Fraktionsvorsitzender. 1978–1991 Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Rücktritt am 13. 1. 1991 nach der sog.

schleierhaft. Irgendwann einmal ist der Ausverkauf der Grundstücke beendet, doch Arbeitsplätze pflegen durch Produktion zu entstehen. Indessen: Unter Späth sinkt die Zahl der Beschäftigten von 30 000 auf 2 000



„Wer zu Späth kommt, den bestraft das Leben“: Während der Staat sich selbst feiert (hier der Titel der Werbezeitschrift „Fiscus“ des Thüringer Finanzministers vom Dezember 1998), verlieren Zehntausende bei Jenoptik dank der Finanzakrobatik der sogenannten Macher den Arbeitsplatz.

ab. Das ist Tabula rasa mit Steuermillionen, die den großspurigen Titel der Sanierung trägt.

Hier in Jena höre ich erstaunlich oft eine Gorbatschow-Spruchweisheit: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Es dauert einen kleinen Moment, bis bei mir der Groschen fällt. Denn die Leute sagen: „Wer zu Späth kommt, den bestraft das Leben.“ Ja, ja, der Volksmund. Soviel Witz habe ich den Thüringern gar nicht zugetraut. Ich korrigiere ein Vorurteil.

Apropos Produktion: Sieht man es zynisch, so erinnert man sich an eine Drohung, die der DDR-Staat für seine Genossen bei der Hand hatte. Funktionierte einer nicht zufriedenstellend, so musste er „in die Produktion“. Das war eine amüsante, entlarvende Bedrohung in einer Gesellschaft, die angeblich einen „Arbeiter- und Bauernstaat“ verwirklicht hatte. Die hier zum Ausdruck kommende schreiende Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit führte geradewegs zum Ende der DDR. Den Leuten, die sich im Herbst 1989 ungehorsam

auf den grauen Straßen tummelten, konnte man mit der Abschiebung in die Produktion nicht drohen, denn sie waren mittendrin. Wenige Jahre später, nach der „Wende“, wären sie es gern weiterhin gewesen. Dass sie sich jetzt so friedlich verhielten, wunderte mich und ließ mich an das bundesrepublikanische Modell von Brot und Spielen glauben. Aber es war nur die halbe Wahrheit. Was in den Köpfen vorging, weiß kein Mensch.

Bei meinen Wanderungen durch die Wohngebirge habe ich sozusagen einen „Bergführer“. Nennen wir diesen Bergführer mal Katja. Sie gehört der PDS (heute: die Linke) an. Wir haben uns auf einer Veranstaltung kennen gelernt. Merkwürdig genug: In meinem Tagebuch ist der Vorgang mit keiner Silbe erwähnt. Vielleicht findet das Gespräch auf einem

Traumschiff-Affäre, die den Vorwurf der Vorteilsnahme zum Gegenstand hat. Juni 1991–2003 Geschäftsführer der aus dem Treuhandvermögen abgespaltenen Jenoptik GmbH; in dieser Zeit sinkt die Zahl der Beschäftigten von rund 30 000 Mitarbeitern auf 2 000.

der Jahresempfänge der Jena-Werke im Volkshaus statt. Ich habe hierüber nur einen einzigen Satz notiert:

In Jena beim Neujahrsempfang von Jenoptik, viel Blabla, schlecht gekleidete Leute.

Als ich etwas umständlich sagen will, wer ich bin, sagt sie, das sei nicht nötig, sie kenne mich. Eine längere Unterhaltung folgt unter vier Augen. Wir nähern uns rasch an. Als ich flapsig meine, von Leuten wie ihr hätte ich eher erwartet, dass sie auf mich schossen, sagt sie, dass sei auch mal ihre Auffassung gewesen, und konfrontiert mich mit Details aus dieser Schaffensperiode. Und heute? Heute glaube sie, es sei wirkungsvoller, Leute wie mich zu benutzen. Wir müssen beide lachen, weil wir in diesem Moment das Gleiche übereinander denken und beide wissen, dass wir es wissen. Mein „Bergführer“ verschafft mir viele Erkenntnisse; das meiste davon ist unangenehm, weil mir vermittelt wird, dass hinter den Zahlen und den verquasteten statistischen Begriffen Menschen und deren Schicksale stecken. Es ist nicht ganz einfach, bei dieser Art von Frontalunterricht Kurs zu halten. Das, was ich über die in diesen Wohnscheiben steckenden Generationskonflikte sehe und höre, ist aufschlussreich. Es ist kein Anlass zum Frohsinn.

Die Auseinandersetzungen in und um Jena verschärfen sich. Mir wird langsam klar, dass wir uns von liebgewonnenen Gepflogenheiten verabschieden müssen. Der Nazi der Marke „Groß, Dumm, Gewalttätig, Arbeitslos“ ist nicht mehr allein das Gegenüber. Es gibt daneben vielmehr eine Reihe recht intelligenter Leute, die zudem durchaus „in die gesellschaftlichen Strukturen“ integriert sind. Ihre Feindbilder sind breiter. Wenn sie von der Gesellschaft reden, die sie zu beseitigen trachten, dann sind wir gemeint.

Ich halte wenig von Primitivsoziologie, doch mir schwant, dass sich der Generationskonflikt politisiert, und zwar in der Gegenrichtung, die wir aus der guten alten, behäbig gewordenen Bundesrepublik gewohnt sind. Dort galt der Spruch: Der Feind steht rechts. Das war der Antriebsriemen für das, was später so großspurig die 68er-Bewegung genannt worden ist. Wie nun, wenn es jetzt andersrum geht? Das sind unbequeme Gedanken. Als ich versuche, sie im Kreis von Amtsleiterkollegen zu diskutieren, stoße ich auf Desinteresse und bestenfalls auf den Rat, ich solle das lassen, weil ich mir die Finger verbrennen werde.

Das Ergebnis der Intelligenzoffensive innerhalb der Nazigruppen und -grüppchen ist eine Zunahme der Militanz und ein Wandel in den Strategien. Die Szene fährt nun zweispurig. Neben den üblichen Männlichkeitsritualen, wie sie im Randalieren und dem häufig hiermit verbundenen „Kampfsaufen“ ausgelebt werden, schafft sich die Szene ein legales Dach, indem sie die NPD unterwandert. Diese Partei, die in den 1960ern

gegründet wurde und seitdem meist am Rande der Bedeutungslosigkeit herumgedümpelt ist, bekommt durch solchen Zuwachs ein ganz neues Gesicht. Der Zustrom beginnt in Thüringen und Sachsen. Eine Erklärung für diese regionale Besonderheit gibt es zunächst nicht. Bei genauerem Hinsehen ist festzustellen, dass es die Köpfe innerhalb der Nazi-Szenerie sind, die begriffen haben, welche Vorteile ein legales Dach beim Verfolgen ihrer Ziele bietet. Vor allem Versammlungen und Aufmarschgeschehen vereinfachen sich drastisch, denn eine politische Partei darf auf den Gleichbehandlungsgrundsatz pochen, wenn es um den städtischen Straßenraum und um die Nutzung kommunaler Einrichtungen geht.

Die Kommunalpolitiker tun sich schwer mit diesem Phänomen. Viele werden in den Medien als Helden gefeiert, wenn sie sich den Wünschen des Nazi-Publikums versagen. In Wirklichkeit sind es Strohfeder, die regelmäßig mit Hilfe der Gerichte und vor allem auf Kosten der angeblich jubelnden Steuerzahler korrigiert werden. Immer wieder werde ich in beleidigenden Worten angegangen, weil es nicht gelingt, diese Aufmärsche und Versammlungen zu verhindern, was im Übrigen gar nicht meine Befugnis ist. Es genügt aber, dass meine Dienststellung es mit sich bringt, dass ich ein Bote schlechter Nachrichten bin. Die Hysterie in den Medien ist beträchtlich; die Botschaft lautet: An den öffentlichen Pranger mit ihm. Und aus dem Berichterstatter wird im Handumdrehen der Initiator. So einfach ist das.

Normalerweise könnte man mit einem zynischen Witz darüber hinweggehen und darauf hinweisen, dass sich seit alten Zeiten nichts geändert hat, wo es üblich war, den Boten der schlechten Nachricht hinzurichten. Ich will nicht unnützlich klagen, doch es passt mir schlecht, dass ich immer wieder in diese Rolle gerate. Zwar wurde ich in Studententagen, als ich Post austrug, nie für die sicher auch überbrachten schlechten Nachrichten geohrfeigt, dafür stand aber an den Tagen, an denen die Rente ausgezahlt wurde, bar in die Hand, die Weinbrandflache auf der Garderobe. Rententag war Nebeltag.

Nebeltag ist im Ländchen des Öfteren. Die Kundschaft ist regelmäßig benebelt und die Presselandschaft, wie das schöne Wort heißt, ist es auch. Keine Angst, jetzt kommt keine allgemeine Presseschelte, wozu auch. Dabei unterliege ich, wie alle Amtsträger durch übermäßigen Pressekonsum einer deutlichen Trübung meiner Urteilsfähigkeit. Ebenso wie meinesgleichen bin ich im Verteiler aller möglichen Presseübersichten und Pressespiegel, Bulletins, Vorabmeldungen, Ticker oder wie auch immer diese Dinger heißen mögen. Hierdurch wird jede Blähung, die man bei normalem Verstand kaum registrieren würde, zu einem dachabdeckenden Ungewitter. Dies wird noch verstärkt durch den zwangsweisen Umgang mit dem Personal aus der Politik, das ebenfalls dem Pressekonsumwahn verfallen ist. Als ich endlich aus dem Amt geschieden bin,

brauche ich Wochen, um mich zu resozialisieren. Die Genesung wird durch wohlmeinende ehemalige Kollegen behindert, die sich nicht vorzustellen vermögen, dass ich mich aus ihrer Welt der täglichen Hysterie ausgeklinkt habe, dem Meer bei seinen ewigen Geräuschen zuhöre und wieder ein normaler Mensch werden will.

Doch so weit war ich zu diesem Zeitpunkt noch lange nicht.

Noch brachte es mich auf die Palme, wenn fortlaufend in der Presse Dinge berichtet wurden, die ich für gelogen hielt. Ich brauchte lange, um mich von diesem Widerwillen zu befreien. Als probates Mittel erwiesen sich dicke Bücher, die, wenn es sich nicht gerade um die heute sehr beliebten Sammelbände handelt, zumindest eines garantierten: Hier brauchte einer mehrere Hundert Seiten, um seine Gedanken zu entwickeln, und das verlangt einen Leser, der sich selbst ein Bild machen will und der sich länger konzentrieren kann, als eine Fernsehsendung dauert.

Nach den gehetzten Berliner Jahren verspüre ich unter dem Druck des täglichen Presse Mülls wieder das Bedürfnis, in Ruhe zu lesen. Ich tue das und suche, mich mit Leuten zu verständigen, denen es ebenso geht. Weite Teile meines Tagebuchs sind Reflexionen zur Lektüre. Ein bösar-tiger Interpret würde wohl messerscharf folgern, dass ich in den Jahren nichts anderes getan habe, als zu lesen. Dabei erspare ich mir lediglich die Fernsehzeit und nach Dienst das Zusammensitzen mit Leuten, denen ich nichts zu sagen habe. Die so gewonnene Zeit reicht, um eine ganze Bibliothek zu verschlingen.

Nach diesem Umweg ahnt man schon: Ich habe ein sehr ambivalentes Verhältnis zur Presse, vor allem im Zusammenhang mit den Kameraden von der braunen Fraktion. Davon wird das nächste Kapitel handeln. Ich drücke mich ein wenig, doch es muss wohl sein, weil es meinen Rauswurf einleitete.

Hassliebe

Warum mich bewährte Antifaschisten zum Faschisten stempeln

Oft ist es so, dass Leute, die lieben, den geliebten Menschen irgendwann zu hassen beginnen. Aber es geht, so verrückt es klingen mag, auch umgekehrt. Der Gegenstand erbitterten Hasses wird zum geliebten Fetisch. Das jedenfalls ist immer wieder mein Verdacht, wenn ich mich mit Leuten beschäftigen muss, die mit ihrem Palaver über Rechtsextremismus, höflich gesprochen, ihr Geld verdienen.

Sie könnten mir ja egal sein und wären es auch, wenn sie nicht merkwürdige Verhaltensweisen hätten, mit denen sie sich den berufsmäßigen Akteuren geradezu aufnötigen. Davon muss jetzt die Rede sein, bevor es dann in einem weiteren Kapitel darum geht, wie sich die Sache selbst,

der Rechtsextremismus nämlich, in meinem Wahrnehmungsbereich weiter entwickelt hat.

Die Geschichte der Hassliebe zum Rechtsextremen hat in Deutschland lange Entwicklungslinien. 1932 streikten die Berliner Verkehrsbetriebe, zunächst ging es um Löhne. Worum sonst?, wird man fragen. Dazu muss man die Unterstützer betrachten, die wie auf Kommando Arm in Arm auf den Plan treten: es sind die NSDAP und die KPD. Sie einte das Ziel, die demokratisch gewählte Regierung in Preußen, nämlich die des Sozialdemokraten Otto Braun¹⁶⁶, zu stürzen. Getrennt marschiert, gemeinsam zugeschlagen: Die Nationalsozialisten marschierten unter dem Hakenkreuz, die Kommunisten unter dem Banner der Antifaschistischen Aktion. Antifaschismus, das war eine einfache politische Gleichung. Sie lautete: Alle, die gegen uns sind, sind Faschisten, vor allem die verhassten Sozialdemokraten, die man folgerichtig als „Sozialfaschisten“ bezeichnete.¹⁶⁷ Die Nationalsozialisten, das sind nützliche Idioten, dachte man. Im Jahr darauf waren sie an der Macht. Sie dauerte zwölf lange verheerende Jahre.

Danach waren die Fronten wieder klar. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) etablierten sich die Antifaschisten als die besseren Deutschen. Damit man das glauben konnte, musste es irgendwo Faschisten geben. Die waren in Westdeutschland an der Macht – sagte man. Im Westen war in der Tat nicht jeder über alle Zweifel erhaben, was seine braune Vergangenheit anbelangte. Wie konnte es auch anders sein, das politische System der Nationalsozialisten hatte sich hoher Zustimmung erfreut. Das musste doch irgendwer gewesen sein. Im östlichen Teil Deutschlands sah es nicht anders aus, doch die sowjetische Propaganda gebot, dass nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Damit es auch ja jeder glaubte, wurde aus der Bundesrepublik mit großem Aufwand ein „NS-Staat“. Viele glaubten das und keine Fälschung war zu plump, um diese Sichtweise zu „beweisen“. Dabei waren ehemalige NSDAP-Funktionäre sogar im SED-Politbüro etabliert, etwa Erich Apel¹⁶⁸, ein vormaliger

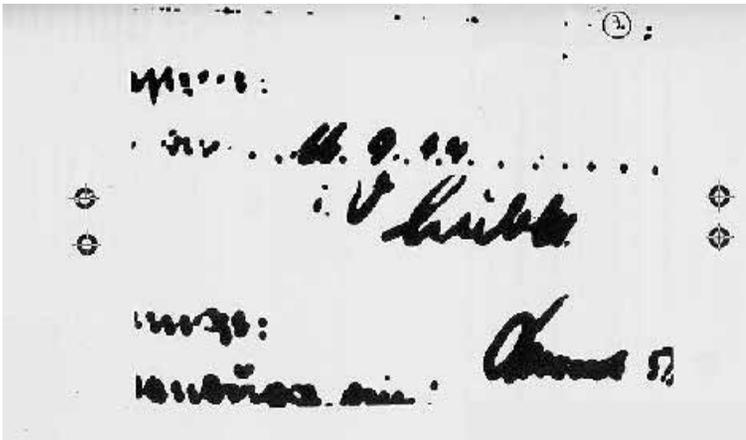
166 Otto Braun (28. 1. 1872 Königsberg/Preußen – 15. 12. 1955 Locarno/Schweiz), SPD-Politiker. Seit 1911 Mitglied im Preußischen Abgeordnetenhaus. 1919/1920 Mitglied der Nationalversammlung. 1920–1933 Mitglied des Reichstags. 1921–1932 Ministerpräsident von Preußen. Durch den sog. Preußenschlag des Reichskanzlers Franz von Papen seines Postens beraubt. 1933 Flucht in die Schweiz.

167 Vgl. hierzu beispielsweise die autobiografischen Anmerkungen von Herbert Wehner, in: Zeugnis, S. 33–53.

168 Erich Apel (* 3. 10. 1918 Judenbach/Kr. Sonneberg – 3. 12. 1965 Ost-Berlin), SED-Politiker. Ingenieursausbildung. Nach kurzem Dienst bei der Wehrmacht zu Beginn des Zweiten Weltkriegs 1940–1945 in der Raketentwicklung und -produktion beschäftigt; zugleich Mitglied der NSDAP. Nach dem Krieg für kurze Zeit Lehrer in Thüringen.

liger Mitarbeiter Wernher von Brauns.¹⁶⁹ In der V2-Produktion leitete er das KZ Kleibodungen, das sich mit sabotierten Raketen befasste. Apel rehabilitierte sich als „Spezialist“ in der Sowjetunion. So machte er sich als Mann der Russen für eine Karriere im SED-Staat salonfähig ...

Zurück zu den sowjetischen Propaganda-Anstrengungen: Anfang der 1980er Jahre habe ich dienstlich mit dem BKA zu tun. Es geht um Disziplinarsachen und andere unerfreuliche Dinge, um die sich kein Beamter drängt. Ich höre Leute an und lese Akten, viele Akten. In einem der Register stoße ich auf den Vorgang Heinrich Lübke.¹⁷⁰ Den lasse ich mir aus



Mit freundlichem Gruß aus der Normannenstraße: 1966 fabriziert das Ministerium für Staatssicherheit eine Unterschrift des Bundespräsidenten Heinrich Lübke in die Bauunterlagen des KZ Buchenwald hinein. 1968 weist das BKA akribisch nach, woher diese Unterschrift in Wirklichkeit stammt. Doch gegen die Legendenwelt der deutschen Presse und ihre Story vom „KZ-Baumeister Lübke“ bewirkt dies nichts (Foto aus den Akten des BKA).

Sodann Werksleiter in einem sowjetisch geführten Industriebetrieb, sodann bis 1952 Werksleiter in der Sowjetunion. Anschließend steile Karriere im Staats- und Parteiparat der DDR.

169 Wernher Freiherr von Braun (23. 3. 1912 Wirsitz/Preußen – 16. 6. 1977 Alexandria/Virginia/USA), Raketenkonstrukteur, Weltraumpionier.

170 Heinrich Lübke (14. 10. 1894 Enkhausen/Sauerland – 6. 4. 1972 Bonn), CDU-Politiker. 1913–1921 nach dem Abitur Landwirtschaftstudium, unterbrochen 1914–1918 durch den Kriegseinsatz als Reserveoffizier. 1921 Examen als Vermessungsingenieur. Sodann Geschäftsführertätigkeit in zentralen Landwirtschaftsverbänden. 1932/1933 für das Zentrum Mitglied des Preußischen Landtags. 1934/1935 Untersuchungshaft wegen angeblicher Korruption. Sodann wieder in Landwirtschaftsverbänden. 1939–1945 als Vermessungsingenieur in einem Ingenieurbüro tätig, was ihm nach dem Krieg den unzutreffenden Vorwurf einträgt, „KZ-Baumeister“ gewesen zu sein. 1946–1954 Mitglied im Landtag von Nordrhein-Westfalen. 1953–1959 Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten. 1959–1969 Bundespräsident.

purere Neugierde kommen. Der zweite Bundespräsident der Republik war längst verstorben. Es geht, wie ich vermutet habe, um den angeblichen „KZ-Baumeister“. Der Leser erinnert sich: Gegen Ende der zweiten Amtszeit Lübkes wurde über die Zeitschrift „Stern“ eine Kampagne gegen Lübke losgetreten¹⁷¹, in der dieser als „KZ-Baumeister“ diffamiert wurde. Die Kampagne beruhte auf einer nicht einmal gut gemachten Fälschung, sie stammt aus der Normannenstraße in Ostberlin, wo das Ministerium für Staatssicherheit mit seiner Abteilung für Desinformation residiert. Dort sitzen die Fälscher. Was damals nur vermutet wird, kommt 1989 unbezweifelbar ans Tageslicht. Soviel zu den Tätern.

Eines steht von Anfang an fest: Die sogenannten Dokumente sind Fälschungen. Ich lese die Expertisen des BKA und habe keinen Zweifel, dass sie zutreffen. Anschließend blättere ich in der Bibliothek des Deutschen Bundestages die einschlägige Presse nach. Die Wahrheit konnte nichts bewirken. Ein Braunbuch erscheint in Ost-Berlin, es wird im Westen gern gekauft. Auch dort erscheint er: der KZ-Baumeister Lübke. Ich denke, nach der Wende müsste der Spuk eigentlich vorbei sein.¹⁷² Doch weit gefehlt. In den 1990er Jahren erscheint in der Edition Ost ein Nachdruck mit modernisiertem Vorwort. Neugierig kaufe ich das Buch. Am KZ-Baumeister wird eisern festgehalten.¹⁷³

Wie auch anders. Hassliebe braucht den Fetisch. Mit dem wirtschaftlichen und moralischen Zusammenbruch der angeblich „besseren Alternative auf deutschem Boden“ müssen die Feindbilder neu justiert werden. Aber nur ein klein wenig. Lediglich das Staatsgebiet, auf dem die „Faschisten“ jetzt ihr Unwesen treiben, ist größer geworden, deshalb sind die Bemühungen zu verstärken. Hilfstruppen im Westen lassen sich unschwer mobilisieren, denn unter den Enttäuschten der einstigen Salonbolschewisten in Medien und Bildungseinrichtungen geht der Katzenjammer um. Durch den weiteren Gang der Ereignisse haben die selbsternannten „Nazijäger“ ein leichtes Spiel.

Mit dem Zusammenbruch der DDR bricht nicht nur der Polizeistaat zusammen, sondern auch dessen Polizei. Was gestern noch Volkspolizei war, wird nun demokratisch umlackiert. Die militärischen Dienstgrade verschwinden und die Polizei von der Straße auch. Dieses Abtauchen ist leicht nachzuvollziehen. Es ist die Furcht vor den neuen Herren. Sie haben die Macht, einen rauszukegeln. Also heißt es abwarten, vor allem aber gilt die Devise: Jetzt nur nicht auffallen. So kommt es zur Abwesenheit polizeilicher Präsenz und zum Stillstand polizeilicher Tätigkeit.

171 Sebastian Haffner: Wilhelm II., in: „Der Stern“ vom 24. 7. 1966, S. 10 f.

172 Vgl. die sorgfältig belegte Dokumentation zur Lübke-Kampagne der DDR bei Knabe: Der diskrete Charme, S. 252–256, 277–282.

173 Podewin: Braunbuch, S. 444, 446 f.

Das finden nicht nur reisende Täter aus Osteuropa anziehend, sondern mobilisiert auch die Naziszene. Sie war in der DDR selbstverständlich auch vorhanden; sie firmierte verklausuliert unter der Bezeichnung „Rowdys“. Jetzt wittert man Morgenluft. Ausschreitungen in mehreren ostdeutschen Städten sind die Folge. Die öffentliche Aufregung ist beträchtlich. Manche versuchen sich mit Kerzenschein, wo nach meinem Empfinden polizeiliche Gegengewalt am Platze wäre. Es braucht dann seine Zeit, bis sich das einpendelt. Ich behalte in ungueter Erinnerung, dass manchenorts so etwas wie hämische Zustimmung zu den fremdenfeindlichen Krakeelern herauszuhören ist. Entnervt sehe ich, wie westdeutsche Berichterstattung aus bemerkbaren Teilen der ostdeutschen Bevölkerung rassistische, stumpfsinnige Blödiene macht. Experten aller Länder äußern ihre Sorge in ihrem geschraubten Vokabular. Funktionierende Arbeitsplätze wären wirksamer.

Selbstredend gibt es diese Art der diffamierenden sogenannten Berichterstattung auch über Thüringen. Das von mir bereits geschilderte Beispiel Saalfeld mag zur Anschauung dienen. Ich notiere in mein Tagebuch:

Dienstag, 6. April 1998: Abends in der Straßenbahn. Wahrscheinlich stimmt es. Die Zeiten, in denen es am stürmischsten zugeht im Leben, sind am wenigsten geeignet, in Tagebuchnotizen festgehalten zu werden. Computer-Affäre, Stress und Umbrüche, schlimmste Inanspruchnahme bis in die Nächte hinein. Alles in rasantem Tempo und mit seltener Klarheit erlebt. Und doch sind es die Widersprüchlichkeiten, die das Bild erst im Ganzen zusammenfügen. ...

Mordfall in Saalfeld. Sofort setzen unsere bewährten Antifaschisten L[...] & Co. das Gerücht in die Welt, es sei ein Naziverbrechen. Es stimmt natürlich nicht, zwingt also zu einem Dementi, weil die Wogen gleich wieder hochgehen. So bringen diese A[...]gesichter die Stadt weiter in Verruf und mich in die verblödete Lage, den rechten Mob angeblich zu verteidigen.

Das ist kein Einzelfall, sondern es wird zu einer von mir als bleiern empfundenen Routine. Es ist der Kampf mit einem fremden Fetisch, der mich immer wieder behindert, das Notwendige in der gebotenen Schärfe zu tun. Es ist auch die Zwitterhaftigkeit des Tuns der angeblichen „Nazijäger“. Beim Auftreten dieser Leute fällt es mir schwer, die Frage von Huhn und Ei zu unterscheiden – oder anders gesagt: Kommt das Fernsehen, weil die Nazis Klamauk machen, oder machen diese Klamauk, weil das Fernsehen da ist?

Der Mann, den ich dem geschätzten Publikum auf den nächsten Seiten vorstelle, ist ein Doktor und Experte; ein Fernseh- und Literaturschaffender in Sachen Rechtsextremismus. Ich habe stets leises Missbehagen empfunden, wenn einer sein Geld mit Themen wie Rechtsextremismus oder Sektenunwesen verdienen muss. Solche Leute pflegen den Kontakt zur Wirklichkeit zu verlieren; sie machen sich ihre Bilder irgendwann selber. Das gilt natürlich nur im Allgemeinen, nicht hingegen für den Mann, von dem zu sprechen ich zwei Sätze zuvor versprochen habe. Bei ihm liegen die Dinge etwas anders. Seine und meine Laufbahn berührten sich eher zufällig, sieht man von dem Auftakt ab, als er um ein Interview bei mir nachsuchte.

Das Interview wird gegeben, und zwar über einen ziemlich abwegigen Gegenstand, nämlich über das weitere Wirken eines früheren Nazis und Spitzels mit dem Namen Thomas D.

Dieser, vom Geldhahn des Amtes abgeklemmt, wendet sich neuen Ufern zu. Zusammen mit einem früheren Spießgesellen geht er daran, das Land Thüringen zu schröpfen. Er gründet mit öffentlichen Fördermitteln einen Verlag. Durch mein Eingreifen mache ich mir im fördernden Ministerium keine Freunde. Erst als man mich fragt, ob ich dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes im Wege stehen will, werde ich grob. In meinem Tagebuch ist die Szene lediglich als ein „unter anderem“ notiert.

Freitag, 8. Mai 1998: Die Woche war vom Wahnsinn einer geklauten Lichtbildmappe der Thüringer Polizei geprägt. Das Stück stammte aus dem Revier Erfurt Mitte und war von dort auf noch ungeklärtem Wege zur Neonaziszene gelangt, von dort an die „Stimme für Deutschland“ des Kameraden D.¹⁷⁴ Entsprechendes Heckmeck entstand, als man von dort eine Anfrage an die Pressestelle des Thüringer Innenministeriums startete. Also galt es, die Strecke zu verfolgen und das Loch zu finden. Letzteres wurde durch eine irrsinnige Polizeiaktion zunichte gemacht, und zwar in dem Moment, als wir gerade den Rückkauf eingefädelt hatten.

Zwischendrin: Datenaustausch mit [dem Standortältesten von Erfurt] Oberst Kuhn; Schutz vor rechten Mutwilligen.

In der Tat hat es die Woche in sich. Die Entdeckung, dass der Ex-Spitzel Geld aus Fördertöpfen akquiriert hat, um ein Extremistenblatt zu finan-

174 Thomas D., Koch. Anfang der 1990er Jahre bekannter Neonazi in Thüringen. 1996 während einer Freiheitsstrafe Selbstanbieter beim Verfassungsschutz. 1997 abgeschaltet. Seine Tätigkeit wird 2000 von einem Mitarbeiter des Amtes an die Presse durchgestochen, um mich zu schädigen.

zieren, wäre schon genug des Guten. Dann auch noch die Auseinandersetzungen mit den fördernden Behörden, als ich verlange, dass man diesen Geldhahn schleunigst zudreht. Du liebe Güte, ein Gespräch mit dem Verfassungsschutz, wie unappetitlich. Das ist für mich nur ein Nebenkriegsschauplatz, den ich selbst verschuldet habe, weil ich der Meinung bin, dass die Regierungsstellen des Landes ein Anrecht darauf haben, von uns über einschlägige Informationen in Kenntnis gesetzt zu werden. Doch nicht jeder lässt sich gern in seiner Thüringer Klöße-Beschaulichkeit stören.

In derselben Woche treffe ich mich mit dem Erfurter Standortältesten Oberst Dieter Kuhn¹⁷⁵, um einen Datenabgleich durchzuführen. Das ist aus schlechten Erfahrungen zur Chefsache gemacht worden. So erhält die Bundeswehr Kenntnis von rechtsextremen Kameraden, die sich zum Dienst mit der Waffe berufen fühlen, dazu müssen wir notwendigerweise gesagt bekommen, wen man dort einzuziehen gedenkt. So erst wird ein Schuh daraus, der beiden passt. Der Bund will keine Gesinnungstäter in seinen Reihen und wir wollen keine Gesinnungstäter, die frei Haus das Schießen lernen.

Doch der eigentliche Hammer aus der Woche ist die Erkenntnis, dass eine Lichtbildmappe der Polizei bei D. und seinen Spießgesellen angelandet ist. Mein Mitarbeiter Koch und seine Leute sind aufs Höchste alarmiert: Sollte dies etwa die undichte Stelle aus der Thüringer Polizei sein, nach der wir so lange schon suchen? Behutsam wird ein Ankauf unter falscher Flagge eingefädelt. Der angebliche Einkäufer sagt, er traue der Echtheit nur, wenn auch die Quelle offengelegt wird. Das ist endlich eine hoffnungsvolle Spur. Doch mitten hinein in das Geschehen platzt ein Großaufgebot in Grün, das den D.-Laden auseinandernimmt. Die Mappe wird sichergestellt, der Täter bleibt verborgen.



Die Polizei, dein Freund und Helfer: Lichtbildmappe der Thüringer Polizei, die 1998 an den Neonazi Thomas D. durchgereicht wird. Die Aufklärung des Verrats wird durch eine Polizeiaktion zunichte gemacht.

¹⁷⁵ Dieter Kuhn, Berufsoffizier, zuletzt Oberst i. G. 1996–1998 Kommandeur des Verteidigungsbezirkskommandos Nr. 71 (Erfurt).

Das ist im Groben und Ganzen die Situation, als der Rechtsextremismusexperte des ZDF um ein Interview nachsucht. Mein Vertreter sagt, er kenne den Mann aus Wiesbaden und das Ganze möge seinen sozialistischen Gang gehen. Nun gut. Neben dem üblichen Blabla will er die Fördergeschichte „groß herausbringen“. Ich sage ihm, was zur öffentlichen Förderung der „Stimme für Deutschland“ und deren Ende



Öffentlichkeit und Geheimdienst: Mein Mitarbeiter, der Schriftsteller und Dipl.-Ing. Joachim Werneburg (links; hier mit einem anonymisierten Kollegen), steuert die Presse- und Informationsarbeit des Amtes. Sein monatlich erscheinender „Nachrichtendienst“ wird bundesweit beneidet.

aus meiner Sicht zu sagen ist; den Rest der Woche übergehe ich mit Schweigen. Heraus kommt eine dieser Geschichten in einem dieser Magazine, in denen ein unfroher, grämlicher Moderator mit grabesschwerer Stimme dem nächtlichen Fernsehzuschauer mitteilt, dass es erst des Fernsehens und seiner wackeren Magazinmacher bedurft habe, um die ungelenkten, nazibekämpfungsresidenten Thüringer Behörden ans Laufen zu bringen. Ich beschließe nach dieser Erfahrung, dass der Experte genug von meiner Behörde gesehen hat, und gebe dem Pressereferenten Joachim Werneburg einen entsprechenden Hinweis.

Doch mein Wunsch auf weitere Abstinenz geht nicht in Erfüllung. Der nächste, der sich über den Experten ereifert, ist der Innenminister. Richard Dewes ist so erbost, dass er mich eine längere Strecke nach Erfurt anreisen lässt, um mir einen Film „Rechtsextremismus in Thüringen“ in die Hände zu drücken, den der Experte auf Kosten der Landeszentrale für politische Bildung angefertigt und abgerechnet hat. Darin tritt nicht nur irgendein Schlagersänger auf, der uns sagt, wo es antifaschistisch langzugehen hat, sondern auch das Bildmaterial scheint mir prima vista nicht über allen Zweifel erhaben. So rüge ich, dass Halle zwar an der Saale, aber nicht in Thüringen liegt. Ähnliches behaupte ich von zwei Städten in Bayern. Ich füge hinzu, dass mir kein Moment in der deutschen Geschichte präsent sei, wo Thüringer Groß- und Kleinfürsten

einmal Anspruch auf Passau oder München erhoben hätten; von der Gegenwart ganz zu schweigen.

Heute weiß ich durch die Kritik an meiner Kritik natürlich, dass meine Stellungnahme ein „faschistoider Akt der Verharmlosung“ war, denn in dem Film „Rechtsextremismus in Thüringen“ ist die Geografie Thüringens ohne jeden Belang. Wie hatte dieser Experte doch schon



Früchte der hessischen Reformpädagogik vom Thüringer Steuerzahler finanziert: Szene aus Bayern in dem Film „Rechtsextremismus in Thüringen“ von Rainer Fromm.

Ebenfalls vom Steuerzahler finanziert: Die vom Rechtsextremisten Thomas D. produzierte Zeitung „Stimme für Deutschland“, deren weitere Förderung ich unterbinde.



in seinem 1992 auf Kosten des Steuerzahlers veröffentlichten Büchlein „Rechtsextremismus in Thüringen“ als ersten Satz formuliert:

Hoyerswerda, Eisenhüttenstadt, Eberswalde, Rostock und Quedlinburg stehen für eine neue Welle rechtsradikaler Gewalt in Deutschland.¹⁷⁶

Auch hier schon diese merkwürdigen geografischen Bemerkungen, die bei mir ironische Mutmaßungen über die Früchte der hessischen Reformpädagogik auslösten, denn keiner der genannten Orte liegt im angeblich beschriebenen Lande. Wie auch immer. Ich hatte mir einen Todfeind geschaffen.

176 Fromm: Rechtsextremismus in Thüringen, S. 7.

Wie ein schlechter Geschmack im Mund taucht er in den nächsten Jahren immer wieder auf. In der Tat, der Mann ist lästig, die braunen Kameraden im Lande lieben ihn dafür.¹⁷⁷ Doch erst, als die Prälaten der Fernsehanstalt aus Mainz bei mir in der Behörde erscheinen, um sich für ihren investigativen Starreporter zu verwenden, fange ich an, mich für den Mann zu interessieren. Dass man mir eine Visitenkarte in die Hand gedrückt hat, auf die jemand ein „Dr.“ handschriftlich vor den Namen gekrakelt hat, veranlasst mich, Interesse für seine wissenschaftlichen Leistungen aufzubringen. Die Ergebnisse sind unbefriedigend, weil man an der Universität Frankfurt, wo sich Koch zu forschen müht, in jenem Jahr die Doktorarbeit nicht finden kann. Aber auch sonst gerate ich ins Staunen und ins Grübeln.

Der Experte hat nicht nur den Film „Rechtsextremismus in Thüringen“ gedreht, er ist auf diesem Politikfeld augenscheinlich ausgewiesen. Um 1990 hat er eine Broschüre über Rechtsextremismus in Wiesbaden verfasst. Damit nicht genug: Mit einem Co-Autor verfasst er in der nämlichen Zeit ein zweites kleines Werk: „Die sogenannte Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“.¹⁷⁸ Der Co-Autor heißt Günter Platzdasch¹⁷⁹, und der müsste eigentlich wissen, worüber er schreibt, denn er war bis vor Kurzem ein Bediensteter dieses Vereins, der sich jahrelang bevorzugt um die innerstaatlichen Opfer des russischen Sowjetsystems gekümmert hat. Auf der Liste der Feindobjekte hatte die IGFM für das KGB und seine Partner im Warschauer Pakt einen prominenten Platz inne, das bedeutete für die betroffenen Organisationen, dass die sowjetische Geheimpolizei ihnen gegenüber Zersetzungsmassnahmen einführte, indem sie vor allem auch für die Desinformation des Umfeldes sorgte. Und richtig, der Vorwurf, den Platzdasch und Fromm erhoben, drehte sich um den in der Bundesrepublik stets unbeliebten Rechtsextremismus. Wie gesagt, Platzdasch behauptete, ein unverdächtiger Zeuge

177 So zum Beispiel die Ansage des „Nationalen Infotelefon“ vom Oktober/November 1998, vgl. Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz: Nachrichtendienst 10/98, S. 5.

178 Platzdasch u. a.: Die sogenannte Internationale Gesellschaft für Menschenrechte.

179 Günter Platzdasch (* 1952 Eisenach), Publizist, Agent. Wächst in Hessen auf. Bereits während seiner Wehrdienstzeit in der Bundeswehr Agent des militärischen Geheimdienstes der DDR, der Verwaltung Aufklärung. Student diverser Fachrichtungen. Publizist. 1988–1990 besoldeter Mitarbeiter der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM); wird in einschlägigen Veröffentlichungen verdächtigt, in der IGFM ein Einflussagent des MfS gewesen zu sein (Operativvorgang Zentrale), was von Platzdasch nachdrücklich bestritten wird. Unternimmt nach der Wende den Versuch, als Co-Autor und Hauptbelastungszeuge die IGFM als „eine rechte Gruppierung mit besten Verbindungen ins rechtsextremistische Lager“ zu brandmarken. In den 1990er Jahren Rückkehr nach Thüringen; lebt in Jena.

zu sein; gerade aber die Behauptung, „unverdächtig“ zu sein, erweckte Verdacht.

Es ist der Frankfurter Politologe Jürgen Wüst, der in seiner Doktorarbeit dem Treiben des Duos nachgespürt hat.¹⁸⁰ Ich lade ihn zu einem Vortrag ins Amt ein.¹⁸¹ Da klingen die Dinge plötzlich ganz anders. Die Difamierungskampagne, die von Platzdasch und dem Experten losgetreten wurde, war insofern ganz erfolgreich, weil es gelang, die IGFM derartig zu diskreditieren, dass diese von Veranstaltungen wie dem Deutschen Kirchentag eingeladen wurde. Wenn schon Christentum, dann bitte politisch korrekt, und: Sowjetunion: Nein, danke, unseren Kaffee beziehen wir aus Nicaragua. Auch die Tätigkeit von Platzdasch erscheint plötzlich in einem schrägen Licht. Wie nun, so fragt der Autor, wenn P. der Organisation als Einflussagent untergeschoben wurde. Reinschmecken, etwas Rechtsextrems tun und dann „Haltet den Dieb!“ schreien. Der so Gescholtene bestreitet das vehement. Er sei niemals Agent des MfS gewesen, sondern „nur“ ein solcher der Verwaltung Aufklärung, also der militärischen Spionage der DDR, und das während seiner Bundeswehrzeit und das allein aufgrund ideologischer Überzeugung.¹⁸² So hat er vermutlich durch Aushöhlung der Bundeswehr den Krieg verhindert. Das jedenfalls drängt sich auf, wenn man zugleich zur Erläuterung liest und glaubt, was der Genosse Markus Wolff vom MfS nach der Wende seinen Memoiren anvertraut hat. Es ist eine Glaubensfrage. Doch Vorsicht, wer's nicht glauben mag, ist ein Faschist.

Die Drei (I)

Wie eine erfolgreiche Routine in einen Misserfolg umschlägt

Jetzt geht es um die Bombenbauer und späteren mutmaßlichen Serienkiller von Jena. Als die Sache anfängt, mich zu beschäftigen, ist sie eine unter vielen. Im Verlauf des Jahres 1997 hat sich die Szenerie jugendlicher Gewalttaten saaleabwärts nach Jena verschoben. Mich ärgert, dass die Beteiligten immer jünger werden. Wir versuchen herauszufinden, wer eigentlich die Anstifter im Hintergrund dieser Eruptionen sind. Wenn man weiß, wer da zündelt, kann man besser vorgehen. Misstrauisch betrachte ich die vermuteten Führungsfiguren. Einigen traue ich kaum zu,

180 Wüst: Menschenrechtsarbeit im Zwielficht.

181 Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz: Nachrichtendienst 10/99, S. 51 f.

182 Platzdasch: Schwierigkeiten beim Landesverrat im geteilten Deutschland, S. 49–70.

bis drei zu zählen, bei anderen, die von mir veranlasst vor Kamera und Mikrofon geraten, bin ich mir nicht so sicher.

Hinzu kommen diese irren Konzerte, zumindest die rechtsextreme Szene nennt sie so. Für mich ist dies alles nur Krach in der allerprimitivsten Form, aber über Geschmack soll man bekanntlich nicht streiten; über Ausschreitungen hingegen, die dieser Art von Kunstkonsum folgen, allerdings schon. Hier eröffnet sich ein weiteres Arbeitsfeld. Der Thüringer Innenminister drängt die Polizei, diesen Klamauk zu unterbinden. Die Polizei drängt mich, die Veranstaltungen richtig vorherzusagen. Das kann nur, wer mit Quellen in die Szene eindringt; in eine Szene, die mit diesem Wahnwitz ihr Geld verdient. Ich ahne es im Vorhinein, später werden die Scheinheiligen, Immer-Korrekten wieder die Backen aufblasen und darüber rasonieren, warum um alles in der Welt ein Geheimdienst an solche Typen Geld zahlt. Die Antwort ist so simpel, dass niemand sie hören will: damit sie ihre Kumpels verraten.

Nun gut, wir dringen in diese Szene ein; das Land beruhigt sich etwas, doch mit den korrekten Prognosen steigen die Erwartungen. Jede Veranstaltung, die vorher nicht erkannt wurde, führt prompt zu bösen Verdächtigungen der Marke „Absichtlich nichts gesagt“. Ich rede mit dem Innenminister darüber, nachdem die Presse mich wieder einmal ausgiebig befeuert hat. Ich notiere:

Zwischendurch kam das irrsinnige Gerücht auf, der Schläger von Lens, ein Hannoveraner, der gestern einen französischen Polizisten lebensgefährlich verletzt hat, sei V-Mann des Amtes, was ein hanebüchener Quatsch ist.

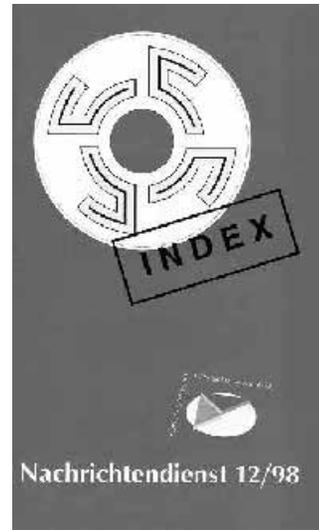
Ich gebe zu, dass es mir nicht immer leicht fällt, bei Attacken dieser Art freundlich zu bleiben. Dies umso weniger, als es mich zunehmend auf die Palme bringt, wenn ich von dem abgelenkt werde, was ich als die Aufgabe der Behörde ansehe. Es ist fast wie ein Teufelskreis. Mit der Verbesserung dessen, was man im gestelzten, nachrichtendienstlichen Bürokratendeutsch die „Zugangslage“ nennt, werden neue und diesmal auch ernstzunehmende Probleme aufgedeckt.

Zunächst ist es nur ein vages, ein unbestätigtes Gerücht: In der Szene wird mit Sprengstoff experimentiert. Vielen traue ich nicht zu, dass sie mehr als die „Blöd-Zeitung“ lesen können, wenn überhaupt; aber es gibt halt auch eine Reihe anderer. Auf die konzentrieren sich die Bemühungen. Was also treiben diese Leute, wenn sie sich nicht im Rudel bewegen? Ausgewählte Leute in Jena werden observiert. Das ist personaufwändig, oft ergebnislos und zuweilen für die Mitarbeiter äußerst frustrierend. Dennoch ist es häufig erst der zweite Blick, den man auf die so gewonnenen Informationen wirft, der dann den Aha-Effekt auslöst.

Die Observation eines jungen Gewalttäters namens Uwe Böhnhardt verdichtet den zunächst äußerst vagen Verdacht. Der Observierte verhält sich erkennbar konspirativ, kauft Dinge, die man auch zum Laborieren nutzen könnte und wirkt mit zwei weiteren Personen seines Alters bevorzugt zusammen. Es ist das Trio Böhnhardt, Mundlos und Tschäpe. Diese Anfangserkenntnis gegen Ende des Jahres 1997 erweist sich in der Rückschau als erstaunlich zutreffend: Das Trio bleibt in den folgenden 14 Jahren beisammen. Als ich zum ersten Mal mit dem Sachverhalt konfrontiert werde, registriere ich nur ein Ergebnis, das nach meiner Arbeitsmethodik reif für ein polizeiliches Abräumen ist. Ich will den Leser nicht unnütz langweilen, aber über diese Denkweise ist ein kurzes Wort angezeigt.

Nachrichtendienste sollen konspirative Strukturen erforschen. Dies geschieht durch das Eindringen in diese Strukturen mit Hilfe von Agenten und technischen Maßnahmen. Die einlaufenden Informationen bestätigen oder falsifizieren das bis dahin nur Vermutete. Bestätigt sich der Verdacht, kommt es im Nachrichtendienst zu einer entscheidenden Weichenstellung: Weiterforschen oder Abgeben der Information. Zum Beispiel an die Strafverfolgung. Es ist eine Fragestellung, die sich dem Außenstehenden vielleicht nicht gerade aufdrängt, dafür aber dem Leiter eines solchen Nachrichtenapparats, denn er kennt seine Pappenheimer. Er weiß, dass der normale Nachrichtendienstler Freunde am Erkenntnisgewinn hat. Das ist wichtig, denn ohne diese Neugierde würde der Dienst nichts mitkriegen. Viele indes haben, wie bei Sammlern üblich, eine Art Sammlerstolz; das Erworbene gehört ihnen, sie möchten es nicht wieder hergeben.

Ich will das an einem Beispiel erläutern: Im vorigen Kapitel habe ich geschildert, wie wir dem Nazi Thomas D. auf die Schliche gekommen sind, als er über die Gründung seiner „Stimme für Deutschland“ die Fördertöpfe des Landes angezapft hat. Das „Wir“ im Satz zuvor bedeutet, dass ein Sachbearbeiter in akribischer Ermittlungsarbeit den Tatbestand zusammengeklaut hat, der später in einen einzigen Aussagesatz passt. Als er mir stolz die Ergebnisse seiner Arbeit zeigt, sehe ich das Misstrauen in seinen Augen. Er denkt, gleich wird der Chef mein wun-



Ergebnis einer unangenehmen Fleißarbeit: das Monatsheft des Landesamtes mit dem Schwerpunktthema „Skinheadmusik“

derbares Puzzle zerstören, und er hat recht. Ich nutze die Erkenntnisse, um den Geldhahn zuzudrehen.

Dass ich von den Empfängern für Nachrichten dieser Art angemacht zu werden pflege, habe ich schon gesagt. Wenn die Polizei der Empfänger unserer Nachrichten ist, kommt es hingegen nicht zu solchen kuriösen Anwürfen. Ganz im Gegenteil, die damals noch grünen Kollegen mutmaßen viel eher, dass wir ihnen nicht die volle Wahrheit sagen. Das stimmt so gut wie nie und schon gar nicht im Fall der Bombenbastler von Jena. Dies ist ein Fall, der polizeiliches Einschreiten erfordert und, wenn der Verdacht stimmt, unabweisbar gebietet. In diesem Sinne verhalte ich mich, verhalten sich alle der beteiligten Mitarbeiter. Sie kennen mich nur zu gut. Die Informationen fließen an die Polizei ab. Allen Mitwirkenden ist klar: Hier kann nur ein polizeilicher Zugriff die notwendige Klarheit schaffen. Und die muss her, denn hier ist eine andere Qualität erreicht als das ätzende „Sieg-Heil-Gebrüll“ und Hakenkreuzgeschmiere. Wir bewegen uns im Verdachtsbereich gemeingefährlicher Sprengstoffverbrechen.

Aus den Augen, aus dem Sinn. So denke ich, denn ich bin genau zur gleichen Zeit mit anderen Problemen völlig zugeschüttet. Wie das aussieht, beschreibt meine Tagebucheintragung, in welcher die Bombenbauer zum ersten Mal auftauchen:

Sonntag, 21. Dezember 1997: Wieder ist eine lange Schreibpause seit der letzten Eintragung entstanden; die drei dazugehörigen Arbeitswochen sind nicht mehr rekonstruierbar. Sie sind verflogen. Dienstreiserei, Vorstellungstermine, Verdacht in Jena. Manchmal ertappe ich mich dabei, wie sich mir bei der Betrachtung des Lebensablaufs das Beispiel von der Sanduhr aufdrängt. Obleich sich die Fließgeschwindigkeit des Sandes nicht ändert, wird gegen Ende der Veranstaltung die Betrachtung des im Kegel befindlichen Pegels beängstigend. Und so ist es auch hier. Zwar beängstigt mich das Ende nicht, dafür ist es vielleicht noch zu weit, aber die rapide Abnahme, die scheinbare Beschleunigung der Geschwindigkeit ist schon bemerkbar und manchmal auch bedrückend.

Das Hauptproblem trägt in dieser Zeit den Namen Computerklau und wird über viele Wochen den Löwenanteil meiner Arbeitszeit blockieren. Die Bombenbastler treten für etliche Tage in den Hintergrund, und zwar genau bis zu dem Zeitpunkt, als mir Ende Januar 1998 ein Mitarbeiter auf dem Flur zuruft, dass die Sache in die Hose gegangen sei. Ich bin ohnedies auf dem Weg zu einer gemeinsamen Besprechung mit LKA-Chef Egon Luthardt. Dabei bestätigt sich dann, was ich im Traum nicht

für möglich gehalten habe. Die Details der Polizeipanne sind später erst zur Gewissheit geronnen, doch die drei Täter sind auf und davon. Mein Tagebuch teilt kryptisch mit:

Sonntag, 1. Februar 1998: Die Woche stand ganz unter den unschönen Erkundigungen in Sachen des Computerklaus im Innenministerium. H^[183...] unternahm alles, um den Sachverhalt zu verunklaren, Sippel spielte den Part, um von sich abzulenken. Informierte schließlich den Staatssekretär am Telefon und den Minister schriftlich mit einer kurzen Sachverhaltsbeschreibung und einer Einschätzung. Am späten Donnerstagabend sah ich mir zusammen mit Koch erstmalig den Inhalt der Sicherungskopie an. ...

Beim Gespräch mit [LKA-Chef] Luthardt kommt der Verdacht auf, dass in Jena etwas schiefgelaufen ist.

Dienstag: Gedenkveranstaltung auf dem Ettersberg für die Opfer der NS-Zeit. Mir reichte der Besuch oben auf dem Parkplatz; fünf Stunden in der Kälte.

Der Tagebucheintrag mag erklärungsbedürftig sein, doch er zeigt, womit ich mich zu beschäftigen hatte, nämlich mit einem Sicherheitseinbruch der Extraklasse im Innenministerium und der tagesaktuellen Absicherung einer Gedenkveranstaltung im ehemaligen KZ Buchenwald gegen Störungen durch die extremistische Kundschaft. Hier darf es unter keinen Umständen Pannen geben. Für die Kaste der Selbstgerechten, die an meinem Eintrag Anstoß nehmen mögen, dass mir ein Besuch auf dem Parkplatz ausgereicht hat, sei hinzugefügt, dass dort der Einsatz des Amtes und die Verbindung zur Polizei koordiniert wurden.

Ergänzend sei auch bemerkt, dass nach meinem Terminkalender das Gespräch mit LKA-Chef Luthardt am 30. Januar 1998 stattfindet. Ich habe etwas Mühe, meinen Ärger in wohlgesetzte Worte zu kleiden, denn ich ahne, dass hier noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Der Ablauf der Polizeiaktion ist so, dass ich mir Gedanken mache („... kommt der Verdacht auf ...“), ob alles mit rechten Dingen abgelaufen ist, ob nicht nur Dummheit, sondern auch Absicht im Spiele war.

Ich kann heute nicht mehr zuverlässig rekonstruieren, wann welche Nachricht über das Geschehen bei mir eintrifft. Das liegt zum einen daran, ich sagte es schon, dass diese Frühjahrswochen des Jahres 1998 bis an den Rand meiner Aufnahmefähigkeit mit der Computerklauaffäre belegt sind. Zum anderen bin ich kein Hellseher, der ahnt, dass aus die-

183 Folgt der Name des Abteilungsleiters der Abteilung 2 des Ministeriums, dem einer der gestohlenen Computer abhanden kam.



Skeptischer Blick auf die Kundschaft und Eiskristalle im Bart: Ein Mitarbeiter fotografiert mich Ende Januar 1998 auf dem Lagergelände von Buchenwald. Neben mir (nur zur Hälfte) der Referatsleiter des Amtes Stefan Schäfer.

ser Polizeipanne eine Art polizeilicher Totalschaden werden wird. Zudem glaube ich zu diesem Zeitpunkt, dass das Einfangen dieser drei jungen Leute eine Polizeiroutine ist, an der ich keine weiteren Aktien besitze. Das ist ein Irrtum. Ich werde ihn sehr bald korrigieren.

Weitere Erörterungen bringen die Panne in ihrer ganzen Unverständlichkeit an den Tag. Die Polizei regt einen Durchsuchungsbeschluss und einen Haftbefehl an. Die Durchsuchung wird rich- terlich genehmigt; einen Haftbefehl zu beantragen, dafür sieht der ermittelnde Staatsanwalt keinen Anlass. In der Tat gibt es bei beiden Maßnahmen eine unterschiedlich hohe

Verdachtsschwelle. Dass indessen die Justizoffiziellen die stattfindende Fehlbeurteilung 14 Jahre später damit zu erklären suchen, der den Fall eigentlich bearbeitende Staatsanwalt sei infolge Krankheit abwesend gewesen, wirkt wie eine absurde Selbstanklage.¹⁸⁴

Was sich nun in der Wirklichkeit abspielt, bleibt rätselhaft. Die Polizeibeamten erscheinen in der Wohnung der Familie Böhnhardt und präsentieren dort den Durchsuchungsbeschluss. Der Verdächtige Böhnhardt steht bei diesem Auftritt dabei. Dann begibt sich die angerückte Staatsmacht zu den Garagen. Als die Garage mit dem Pharaonengrab geöffnet wird, verdrückt sich Böhnhardt im selben Moment. Er warnt die beiden anderen und dann sind die drei weg vom Fenster.

Ich habe viel darüber nachgedacht, was hier falsch gelaufen ist und habe eine Erklärung zusammengezimmert, die mir halbwegs tragfähig

¹⁸⁴ Erklärungen des Thüringer Justizministers Holger Poppenhäger und des Generalstaatsanwalts Hartmut Reibold am 23. 11. 2011, in: Thüringer Landtag: Protokoll des Justizausschusses vom selben Tage.

erscheint. Die ermittelnden Polizeibeamten erscheinen mit einem Durchsuchungsbeschluss, den sie exekutieren. Sie wissen, zumindest sind sie von der Staatsanwaltschaft darüber belehrt worden, dass diese Sache für einen Haftbefehl nicht ausreicht. In ihrem Kopf macht es klick: Durchsuchen ja, aber keine Festnahme. Es ist eine falsche Weichenstellung, aber sie ist psychologisch erklärbar, denn diese Weichenstellung überlagert die dann eintretende Änderung der Rechtslage, als sich der Fund und damit die aktuelle Straftat zeigt. Es hat einfach nicht erneut klick gemacht.

Diese zugegeben vulgärpsychologische Erklärung erhält viele Jahre später eine Bestätigung. Nach der Aussage eines der Väter der drei soll einer der Polizisten im Verlauf der Durchsuchungsaktion zu seinem Sohn gesagt haben: „Wir kriegen dich, dein Haftbefehl ist schon unterwegs.“ Besser kann man die Fehleinschätzung nicht auf den Punkt bringen.

Die Panne hat innerdienstlich viel gravierendere Folgen, als die Jahre später geführte öffentliche Debatte erahnen lässt. Zwischen Polizei und Amt wird ein spezielles Informationsscharnier installiert, das dafür sorgen soll, dass nicht nur Informationen hin- und hergeschaufelt werden, sondern beim Empfänger auch richtig verstanden werden. Dieses in die bundesdeutsche Sicherheitslandschaft eingeführte Novum hört auf den Namen ZEX, besteht aus einigen erfahrenen Kriminalisten und wird seinen Stammsitz im Gebäude meiner Behörde aufschlagen. Es funktioniert so gut, dass es vom Amtsnachfolger des Innenministers Dewes zwei Jahre später Knall auf Fall wieder abgeschafft wird. Soviel Informationsklarheit erscheint der neuen Riege nicht zuträglich – wovon noch zu reden sein wird.

Doch die wichtigste organisatorische Änderung verdankt ihre Entstehung einer Panne ganz anderer Art, nämlich der Computerklauaffäre. Einer der weggekommenen PCs gehörte dem Leiter der Abteilung 2 des Ministeriums. Dieser Spitzenbeamte, dessen Daten auf Nimmerwiedersehen verschwinden, zeichnet neben anderem auch für die Fachaufsicht über den Verfassungsschutz zuständig. Diese Zuständigkeit wird ihm entzogen und mein Amt auf meinen ausdrücklichen Wunsch der Aufsicht der Polizeiabteilung des Ministeriums unterstellt. Von Stund' an finden wöchentliche Abstimmungsgespräche zwischen einem leitenden Beamten des Ministeriums, der Polizeileitung und dem Verfassungs-



Auf und davon: Im Februar 1998 gibt das Amt die erste bundesweite Warnmeldung wegen der untergetauchten Bombenbauer von Jena heraus.

schutzpräsidenten statt. Polizei und Verfassungsschutz nehmen es erleichtert zur Kenntnis.

Die Drei (II)

Wie der Misserfolg in eine Jagd mündet

Die Suche nach den Entschwundenen geht weiter. Mit Dewes, dem Minister, und Lehnert, dem neuen Staatssekretär, bin ich mir einig, dass das Amt sich an der Suche mit eigenen Maßnahmen beteiligen soll. Das geschieht; noch ist der Verdacht nicht vom Tisch, dass bei der ersten Polizeiaktion etwas absichtsvoll schief gelaufen ist. Ein direkter Hinweis findet sich in der Folge nicht, doch die mühsam wiedergefundene gute Laune erhält einen schweren Dämpfer, als im Verlauf der Ermittlungen gegen den Nazi Thomas D. und seine Zeitung „Stimme für Deutschland“ bei diesem eine polizeiliche Lichtbildmappe über Rechtsextremisten auftaucht. Ich habe bereits erzählt, wie eine nicht abgestimmte Polizeiaktion unsere erfolgversprechenden Aufdeckungsversuche des Lochs in der Polizei verhindert hat. Natürlich begibt man sich an den Rand von Verschwörungstheorien, wenn nun gemutmaßt würde, dass auch diese plötzliche Polizeiaktion absichtsvoll geschah. Ich will davon nichts wissen, aber ein schaler Geschmack bleibt.

Er verstärkt sich, als das nächste Loch in der Polizei sichtbar wird. Diesmal trifft es die Suche nach dem Trio unmittelbar. Ich notiere ins Tagebuch:

Donnerstag, 12. Februar 1998: Morgens, halbsieben am Frühstückstisch. Ich bin früh aufgewacht und dann also aufgestanden. Gestern Abend Telefonat mit [Uta] Thofern vom MDR. Sie hat Wind von der Sprengstoffsache aus Jena bekommen und war verblüfft, warum ich mich über das Schweigen der Staatsanwaltschaft nicht wunderte. Das ist nun mal so, dass man nicht gern plaudert, wenn man die Täter während einer Durchsuchungsaktion laufen lässt.

Abends im Wohnzimmer. Ein Narrenhaustag mit nicht gezählten Interviews. Immer rundherum um den Bombenfund in Jena. Fernsehen, Radio, Zeitung, Agentur und dann dasselbe wieder von vorn. Nein, der Verfassungsschutz kann keine Leute festnehmen und Blablabla. Nur wenige wollten Sachinformationen.¹⁸⁵ Das Ministerium hat ganz irrwitzig

¹⁸⁵ Am 24. August 2012, mitten während der Fahnenkorrektur dieses Buches, ruft mich eine hierauf neugierige Claudia van Laak vom Deutschlandradio an und erinnert mich daran, an jenem Tag im Februar 1998 ein Interview mit mir geführt zu haben. In

alle auf mich abgedrängt. Immerhin hat [Staatssekretär] Leh-
nert um zehn bei mir angerufen. Was für ein blödes Krisen-
management.

Natürlich frage ich mich, wer da schon wieder die Informationen heraus-
gelassen hat. Der Klamauk ist fürs Suchen schädlich. Irgendwer zündelt
da im Verborgenen und die ständigen Nachfragen, wie weit wir sind,
machen die Sache auch nicht besser. Ich versuche, das abzuschütteln, weil ich ge-
nau weiß, wie sich Politiker verhalten, wenn sie unter öffentlichen Druck ge-
raten. Ich finde, dass die Sache überlegt angegangen werden muss. Doch wem ist
in der Polizei zu trauen? Ich entschlief mich, auf den Leiter der Polizeidirekti-
on Jena zu setzen. In meinem Tagebuch heißt es hierzu lapidar:

Dienstag, 17. Februar 1998: Im
Stau vor Weimar. Ganzen Tag in
Jena. Absprachen mit Schnau-
bert, der sehr handfest wirkt.
Wir sind uns einig, den Mob zur
Raison zu bringen. Bombenbau-
er: Er glaubt nicht, dass Absicht
im Spiel war, tippt auf Dummheit
im Dienst. Kurzen Draht verein-
bart. Auch Auftritte in J[ena].



*„Na, Doktor, wieder keine
gute Presse?“: Der Chef der
Polizeidirektion Jena, Wolfgang
Schnaubert, wird zum wich-
tigsten Verbündeten bei der
Bekämpfung des rechten Mobs.
Anfang 2000 wird der 58-jähri-
ge Knall auf Fall abgelöst, weil
er erst einmal Erfahrung sam-
meln soll ...*

In der Tat, Schnaubert und ich vereinba-
ren einen äußerst kurzen Informations-
draht. Ihm stinkt es, dass die Szene sich
auf seinen Polizeisprenkel konzentriert.
Für Eiapoepia und Gewährenlassen hat
er kein Verständnis, für die Strategie der
Deeskalation allerdings. Hierzu wird es
gehören, dass ich in den kommenden Wochen und Monaten vielfach in
Jena aufkreuze, mich in den einschlägigen Einrichtungen zeige und zu
ganz normalen politischen Jugendveranstaltungen hingehe, um auf die
Kontrahenten, wo es denn möglich erscheint, mäßigend einzuwirken.

ihrem über den Sender gegangenen Beitrag hätte ich von „einer völlig neuen Qualität“
der Täter gesprochen. Wohl wahr.

Verfassungsschutz durch Aufklärung? Ich muss lachen, wenn ich an diesen hochtrabenden, einst in Bonn erfundenen Ausdruck denke.

Verfassungsschutz durch Aufklärung. Wenn ich diese Leute vor mir habe, schreiend, fuchtelnd, glatzköpfig oder bis zur Groteske verkleidet, ist mir wenig zum Lachen zumute, aber ich ahne, dass das, was man in der westlichen Welt gern „die Aufklärung“ nennt, im Prinzip gescheitert ist. Es sind mittelalterliche Szenen und es fehlt nur noch, dass einer zum Pogrom oder zum Kreuzzug aufruft. Hinterher bin ich stets wie ausgezungen. Schnaubert, der ab und an im Hintergrund dabei ist, begrinst das: „Na, Doktor, wieder keine gute Presse?“ Es wird zur stehenden Redewendung zwischen uns.

Warum tue ich mir das an? Mein Bedarf an Öffentlichkeit ist viel kleiner, als die meisten ahnen. Ich leide auch nicht an Erziehungswahn und schon gar nicht am Helfersyndrom. Mich treibt die Erkenntnis weiter, dass ich mit meinen Auftritten in Jena eine Goldmine angezapft habe.

*Der öffentliche Agent:
Jahrelang gebe ich im Monatsbericht in der Kolumne „Der Monat im Amt“ öffentlich Auskunft über mein Handeln als Amtschef. Hier die Notiz vom 12. Juni 1999 über meine Teilnahme an einem Seminar für Schülerzeitungen, veranstaltet von der Heinrich-Böll-Stiftung.*



Samstag, 12. Juni.

Zu Gast bei der Heinrich-Böll-Stiftung auf einem Seminar für Schülerzeitungsredakteure. Auf dem Podium auch ein Pfarrer aus Jena, der sich - als politische Positionsbestimmung - ein Opfer der DDR nennt. Das ist keine verständliche Metapher für die anwesenden 13 bis 17jährigen. Vom Verfassungsschutzchef wollen sie wissen, was er denn beruflich mit dem Thema Rechtsextremismus zu tun habe. Das kann der erklären. Ganz zum Schluß dann die Frage: Wie kommt man in den gehobenen Dienst bei Ihrer Behörde? Die anwesenden Erwachsenen reißen die Augen auf; doch auch diese Frage ist ziemlich leicht zu beantworten. Beim Weggehen die Bitte an die Veranstalterin geäußert, die im Seminar entstehende Zeitung übersandt zu bekommen. Das geschieht nach zwei Tagen. Die Lektüre ist lehrreich und bestätigt den Anfangsverdacht, daß hier ein sinnvolles Seminar stattgefunden hat.

Dieses „dem Verfassungsschutz ein Gesicht geben“, nämlich meines, ruft allerlei Gestalten auf den Plan, die solche Gelegenheit nutzen wollen, um mir etwas mitzuteilen.

Jeder, der schon mal vor Publikum aufgetreten ist, kennt das oder besser sie: diese Leute, die einem hinterher dringend etwas mitteilen müssen. Diese Mitmenschen sind meistens lästig und man tut gut daran, sie so bald als möglich abzuschütteln. Mir geht es genauso, doch ich weiß aus den nun schon einige Jahre andauernden Erfahrungen, dass man auf

genau diese Weise die besten Selbstanbieter gewinnt. Wie ein roter Faden zieht sich dieses Erleben durch meine öffentlichen Auftritte: Erfurt, Sondershausen, Eisenach, Gotha, Gera, Rudolstadt, Lobenstein, immer bleibt etwas hängen.

Jetzt also und in geballter Form: Jena. Da ich weiß, wie müde ich abends nach derartigen Auftritten oft bin, wird eine neue Taktik ausprobiert. Einer der Mitarbeiter, dem man seinen Beruf nicht ansieht, postiert sich irgendwo in meiner Nähe, mischt sich bei Ende der Veranstaltung unter die Drängler und passt auf, wer von ihnen etwas Bemerkenswertes zu sagen hat. Ich mache es dann kurz und verabschiede mich. Der Mitarbeiter, oft ist es der lausbubenhaft aussehende, ein unverfälschtes Thüringer Idiom sprechende Stefan Schäfer¹⁸⁶, übernimmt die weitere Ansprache, sobald es ohne Aufsehen zu erregen möglich ist. Das geht erstaunlich gut. Wir rücken dem abgetauchten Trio auf die Pelle.

Wir gewinnen auch Kontakt zu den Eltern der Abgetauchten. Wie üblich bleibt in meinem Tagebuch hierüber nur eine kryptische Notiz:

Donnerstag, 5. März 1998: Abends im Dienst. Soeben von der Amtsleitertagung aus Köln zurück, dort gestern Mittag Vortrag zum Extremismus. Ist das sinnvoll? Abends schreckliche Kölschkneipe. Hinterher noch ohne [BfV-Präsident] Frisch¹⁸⁷ mit Kollegen im Hotel. Katja P[...]¹⁸⁸ ist für die alten Herren eine Attraktion.

Nur noch verschwommen vorgestern im Hotel Esplanade in Jena. Auch der Mob wieder da. Wie erwartet hinterher angesprochen worden. Total überraschend einer der Väter von den Bombenbauern. Wir liegen um Meilen auseinander. Schicke [den Mitarbeiter] Sch. in die Spur. Spätnachts zu Hause. Mittwoch früh wieder raus. Lasse mich fahren, um mich auf die A[mts]L[eiter]T[agung] vorzubereiten.

186 Stefan Schäfer, Historiker, Referatsleiter im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz. Auch dieser Mann verdankte 1995/96 seine Anstellung im Amt der Intelligenzoffensive, die Innenminister Richard Dewes dem Verfassungsschutz verordnet hatte. Schäfer war Beststudent an der Martin-Luther-Universität Halle, sodann einige Jahre Universitätsassistent und hatte sich bereits mit fundierten Publikationen als zeitgeschichtlicher, ideologiekritischer Forscher einen Namen gemacht. Im Amt oblagen ihm zunächst die Ermittlungen in Sachen extremistischer Jugendgewalt, später leitete er das Referat Rechtsextremismus. Schäfer fiel mir durch Ideenreichtum, hohes Arbeitstempo und unbedingten Einsatzwillen auf. Ein Jahr nach meiner Entlassung wurde Schäfer ins Statistische Landesamt versetzt. Mit seinem Weggang hört die Bekämpfung der drei Bombenbauer von Jena endgültig auf.

187 Dr. Peter Frisch (* 1935), Jurist, Verwaltungsbeamter. In den 1980er Jahren Leiter der Verfassungsschutzbehörde von Niedersachsen, sodann Vizepräsident und Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. 2000 pensioniert.

188 Die Polizeibeamtin, die mich nach Köln gefahren hatte.

In der Tat, ich kann meine Erinnerung mit dem vergleichen, was ich am 1. März 2012, also 14 Jahre später, bei meiner Zeugenvernehmung durch die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe vorgehalten bekomme. Die Eltern der einstigen, mittlerweile toten Bombenbauer auf der schrecklichen Suche nach ihren Söhnen. Sie suchen nach dem Schuldigen für deren Abdriften in die Laufbahn von Serienkillern. Ist es der frühere Verfassungsschutzchef R., der ihnen das eingebrockt hat? So fragen sie. Wer wollte ihnen dieses „Einer muss es doch gewesen sein“ verdenken? Wenn ich es nicht bin, dann die Polizei, dann die Staatsanwaltschaft oder sonst wer. So ist das.

Dabei sind wir an diesem Abend im Hotel Esplanade aus meiner Sicht nur Millimeter davon entfernt, dieses Spiel zu beenden. Noch ist es eines und noch ist es nicht ausgeartet; ich möchte verhindern, dass es das tut. Doch was aus meiner Sicht Millimeter sind, sind auf der anderen Seite Welten. Es ist die absurde Vorstellung, dass die Herren Söhne mit Hilfe meiner Behörde aus der Sache herauskommen, soll heißen: um die ihnen drohende Strafe herumkommen. Was sind das für wirklichkeitsfremde Vorstellungen. Ich lasse keinen Zweifel an den Mühlen des Rechtsstaats, sage aber, dass ich vermitteln will, und stelle die Grundbedingung klar: „Sie sagen mir den Aufenthaltsort.“ Diese Kenntnis wird bestritten. Ich zweifle, will aber das Gespräch nicht abreißen lassen.

Heute weiß ich, dass ich belogen worden bin. Ich habe keine Lust, Steine zu werfen. Sie sind die Eltern. Ihre Entscheidung war falsch. Sie werden es im Grunde ihres Herzens heute selber wissen.

Soviel zu den Eltern. Sie hüten ihr Wissen, dass die Gesuchten in Chemnitz sind. Doch wir ahnen es auch bald. Ich versuche, mich zu erinnern, wie wir vorgegangen sind. Doch immer wieder schiebt sich der Ärger über die fehlgeschlagenen Aktionen dazwischen. Und immer wieder ist es genau das, was ich in mein Tagebuch hineinschreibe:

Montag, 22. Juni 1998: Abends auf dem Balkon. Kühl. Müde heute Vormittag. Das verflog mit den Anfechtungen des Tages. Am Nachmittag im Dienstzimmer wieder unerträglich heiß. Fenster auf: Krach – Fenster zu: Erstickungsgefühle. Gute Mischung für eine dichte Abfolge dienstlicher Inanspruchnahme. Halbzehn nach Hause – ziemlich erledigt.

Bleibt von Freitag [nachzutragen]: Abends ruft [die Journalistin] Fr. Thofern vom MDR an und will Bestätigung, dass die Festnahme der Bombenbauer unmittelbar bevorstehe. Ich dementiere, ohne Luft zu holen, mit Nichtwissen. Sie hat es angeblich vom Abgeordneten Böck. Da schau her, „Obelix“ lässt grüßen. Wenn die so weitermachen, können wir's vergessen. Wen will man damit treffen?

Wieder ist es so, dass die Suchansätze kaputtgehen, weil sie gegenüber Dritten breitgetratscht werden. Mal finden wir nichts, mal kommt die Polizei trotz Absprache ums Verrecken nicht. „Obelix“ ist in meiner Behörde ein Fallname. In diesem Sammelvorgang hat Koch den illegalen Informationsabfluss aus der Polizei zu bestimmten Mitgliedern der CDU-Fraktion zusammengefasst. Jetzt, wo ich das Wort „Obelix“ niederschreibe, muss ich lachen, weil mir der Fallname trefflich gewählt erscheint, als ich vor meinem inneren Auge die üblichen Verdächtigen vorüberziehen lasse.

Wieder vergeht mehr als ein Jahrzehnt, da durchsucht die Polizei das Wohnhaus des ehemaligen Innenministers Köckert¹⁸⁹ in Eisenach.¹⁹⁰ Es geht um den Verdacht von Schmiergeldzahlungen, ein ganz normaler Vorgang hier im Ländchen. Ist nicht der Aufregung wert. Die Polizisten finden nicht die erhofften Zahlungsbelege, stattdessen aber einen Haufen Unterlagen aus dem Innenministerium, dem Verfassungsschutz und der Polizei. Aus der Polizei auch eine E-Mail, durch die der sehr verehrte Unionsfreund vor Ermittlungen und einer drohenden Durchsuchung gewarnt wird, als es, wie der Warnende annimmt, um dubiose Grundstücksgeschäfte geht.¹⁹¹ Auch das ist der Aufregung nicht wert, Routine. Ein Loch in der Polizei? Nein, es ist die freundliche Unterstützung eines Parteifreundes.

Zurück in meine Dienstzeit. Trotz der frustrierenden Rückschläge, finden immer neue Anläufe statt. Am 9. Dezember 1998 beispielsweise notiere ich in mein öffentliches Diensttagebuch:

Koordinierungssitzung mit den Polizeidirektoren beim Innenminister. Zur nüchternen Beurteilung des Rechtsextremismus gehört auch, dass es unter Schülern „in“ ist, sich als rechts zu bezeichnen.¹⁹²

Ich weiß, wovon ich rede; ich habe genügend von diesen Leuten aus der Nähe gesehen und gesprochen. Die ungezählten Aktionen meiner Mitarbeiter tun ein Übriges für den Erkenntnisgewinn. In leicht mäkelndem Ton fasst das Bundesamt für Verfassungsschutz etliches davon in einer Übersicht im Januar 2012 zusammen: „Federführung Thüringen“. Sobald dieser Bericht in Thüringen dienstlich verfügbar ist, ist er auch in der Presse: Abhörmaßnahmen, Observationen, anderweitige technische

189 Christian Köckert (* 13. 10. 1957 Dölzig b. Leipzig), Pfarrer, CDU-Politiker, Industrielobbyist. 1987 evangelischer Pfarrer in Stedtfeld bei Eisenach. 1994–2009 Mitglied des Thüringer Landtags, zugleich 1999–2002 Innenminister.

190 TA vom 17. 2. 2012.

191 Freies Wort vom 28. 2. 2006, DPA-ADN vom 6. 4. 2006, TLZ vom 7. 4. 2006.

192 Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz: Nachrichtendienst 12/98, S. 4.

Überwachung, V-Leute. Ja, so oder so ähnlich wird es wohl gewesen sein. Es fehlte ein letztes Quäntchen Glück, so will es scheinen. Von unseren Bemühungen, dem Grund dieses Misserfolgs auf die Spur zu kommen, kommt im Bericht natürlich nichts zur Sprache. Nichts von meinen Versuchen, die Sicherheitsbehörden auf eine wirksame Bekämpfung einzuschwören. Am 13. März 2000 rede ich mir vor allen, die in der inneren Sicherheit ein Wort mitzureden haben, noch einmal den Mund fransig, es ist umsonst. Nichts berichtet das Bundesamt von den Versuchen, in die Familien der Gesuchten einzudringen. Im meinem eher lapidaren Tagebuchstil klingt das so:

Mittwoch, 8. März 2000: Morgens am Esstisch. Zwei Nächte um die Ohren gehauen. Bereits Montagabend Treffen mit [...] bei einem Mexikaner, den man angeblich gesehen haben muss. Jedenfalls vertrug ich das Essen dort nicht. Hörte mir lange Geschichten an, auch so Grundsätzliches, warum Frauen Kinder kriegen. Ich blieb (hoffentlich) freundlich interessiert. In Wirklichkeit ging es um das Einschleusen in Jena, was ich ohne Holzhammer einzuträufeln versuchte. Die Reaktion war nicht ablehnend. Mir war total übel, als ich das Gespräch schließlich abbrach. Gestern Abend dann da capo.¹⁹³ Mein Magen spielte mit. Es wäre toll, wenn's klappt.

Man ahnt es schon, es wird nichts draus. Als ich glaube, soweit zu sein, bin ich nicht mehr im Amt. Entlassen. Doch wenn ich genau nachsehe, raffe ich mich im Mai 2000 zum letzten Mal zu einer erfolversprechenden Maßnahme auf:

Samstag, 6. Mai 2000: Morgens auf dem Balkon. Etwas kühl. ...

Heute Morgen bereits in der Behörde gewesen, um an der Einsatzbesprechung fürs Wochenende teilzunehmen. Es geht gegen die Bombenbastler zu Felde. Ich mag noch nicht glauben, dass wir irgendwelche Erfolge erzielen können. Es wäre einfach zu schön, um wahr zu sein. Doch selbst wenn es glücken sollte, wird die Hetze weitergehen, dass alles erst so spät erfolgt sei, was natürlich an der Unfähigkeit der Behörden liegt. Ähnlich ist auch bei den Ermittlungserfolgen hinsichtlich der versuchten Brandstiftung am jüdischen Gemeindezentrum berichtet worden. Immer nach dem Motto:

¹⁹³ Da capo, Begriff aus dem Lateinischen entlehnt, jetzt in der Musik gebräuchlich: „noch einmal“.

Wie schade, dass man die Typen schon nach drei Tagen hatte. Zum Glück war eine zweite Flasche auf dem Dach übersehen worden, sodass man ungerührt von großen Ermittlungsspannen phantasieren konnte.

In mir wird der Wunsch immer unabweisbarer, endlich von diesem Unsinn befreit zu werden. Es gibt einfach erfreulichere und lohnendere Themen, um die man sich kümmern kann. Der Zeitpunkt scheint mir recht nahe.

Gut vorausgesehen. Am 7. Juni 2000 fliege ich raus. Für die Bekämpfung des rechtsextremen Terrorismus hat niemand mehr das geringste Interesse. Alles ist anderweitig beschäftigt. Es geht darum, R. nachzuweisen, Straftaten begangen zu haben. Da bleibt für die Erledigung der gesetzlichen Aufgaben keine Zeit. Wie sagt mein Amtsnachfolger elf Jahre später vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages: Er kennt den Fall nur aus den Akten und kann aus eigener Erkenntnis nichts beisteuern. Elf Jahre Rechtsterrorismus: Durch Wegschauen erledigt. Immer nach dem Motto: Wer nichts tut, macht wenigstens keine Fehler.

„Parallelaktion“ Darf sich der Verfassungsschutz für Kultur interessieren?

Für 1999 ist das Europäische Kulturstadtjahr an die Stadt Weimar vergeben worden. Jahrelang vorher ist das bekannt. Es ist ein kulturelles Großereignis der Sonderklasse. Weimar liegt in Thüringen. Ich nehme die ganze Sache zwiefach zur Kenntnis, als Kulturfreund eher belustigt und dienstlich allenfalls am Rande, immer nach dem Motto: Noch ist nichts zu veranlassen. In der Tat: Zunächst sieht es nach gar nichts aus und schon gar nicht danach, dass ich ein Straßentheater ins Leben rufen werde. Denn der Anfang ist bestenfalls einer Weinlaune geschuldet. Im unzusammenhängenden Zeitraffer des Tagebuchs¹⁹⁴ sieht es wie folgt aus. Ich werde mit ein paar Zwischensätzen aushelfen müssen, sonst versteht man nicht, was vorgefallen ist.

Donnerstag, 13. August 1998; Im MDR-Eins-Radio-Thüringen spricht Ondra Fürnberg die Nachrichten. Tägliche

194 Die folgenden drei Notate sind aus dem „Journal einer Aktion“, das ich im Spätsommer 1999 begonnen, aber nicht beendet habe. Hier sollten die Ereignisse der „Parallelaktion“, also von der Idee bis zum Ende der Durchführung, in einer zur Veröffentlichung bestimmten Aufzeichnung zusammengefasst werden. Das „Journal“ blieb unerledigtes Stückwerk, es endet im Januar 1999. Ich habe diese Aufzeichnung hier deswegen benutzt, weil sie die Ereignisse aus größter zeitlicher Nähe schildert.

Routine; für die zugehörige Musik allerdings gilt dies aus geschmacklichen Gründen nicht. Ich zu CM: Hast du schon mal den Namen Ondra gehört? Sie: Das ist doch der Enkel von dem Fürnberg.¹⁹⁵ Ich finde die Antwort weder einleuchtend noch weiß ich, wer *der* Fürnberg ist.

Mit dem üblichen Gemisch aus Unglauben und Da-sieht-man-mal-wieder erfahre ich dann: Na, der mit dem Denkmal. Nach einigen Rückfragen dann die volle Wahrheit: Denkmal im Ilmpark und Dichter – „Die Partei hat immer recht“. Das Lied allerdings kenne ich von der CD, herausgegeben vom Deutschlandradio; darüber habe ich mich schon einmal halb totgelacht: „Denn wer kämpft für das Recht, der hat immer recht, die Partei, die Partei, die Partei.“¹⁹⁶ Müsste man mal am Denkmal singen ... Was es da wohl noch alles an seltsamen Gedenkortern gibt, in der Stadt der zu recht gestorbenen Dichter. Und das im Europäischen Kulturstadjtjahr oder wie immer das Monstrum heißen mag.

Abends mit Freunden darüber gelacht. Gespottet und an Robert Musils „Mann ohne Eigenschaften“ erinnert.¹⁹⁷ Den ersten Band des Buches aus dem Regal geholt und daraus zitiert: die „Parallellaktion“.¹⁹⁸ Man müsste doch. Geht nicht.

195 Louis Fürnberg (24. 5. 1909 Iglau/Mähren – 23. 6. 1957 Weimar), kommunistischer Parteidichter. 1928 Mitglied der deutschen Sektion der tschechoslowakischen KP. März 1939 misslungene Flucht nach Polen, sodann deutsche Haft. Nach der Freilassung Ende 1939 Flucht über Jugoslawien nach Palästina. 1946 Rückkehr nach Prag, dort Staats- und Parteifunktionär, 1949–1952 Kulturattaché an der Tschechoslowakischen Botschaft in Berlin. 1954 Übersiedlung in die DDR.

196 In diesem Stil geht es im Übrigen weiter:

„... Wer das Leben beleidigt,
Ist dumm oder schlecht.
Wer die Menschheit verteidigt,
Hat immer recht.
So, aus Leninschem Geist,
Wächst, von Stalin geschweift,
Die Partei – die Partei – die Partei.“

197 Dr. Robert (Ritter von) Musil (6. 11. 1880 Klagenfurt – 15. 4. 1942 Genf), österreichischer Schriftsteller. 1891–1901 nach Abbruch der Offiziersausbildung Maschinenbaustudium an der Technischen Hochschule Brunn, mit dem Ingenieurdiplom abgeschlossen. 1903–1908 Philosophiestudium in Berlin, mit der Promotion abgeschlossen. Im Ersten Weltkrieg k. u. k. Landsturmmoffizier an der italienischen Front. In den 1920er Jahren in Wien. 1931–1933 in Berlin, Arbeit am Hauptwerk „Mann ohne Eigenschaften“, dessen erster Band 1932 bei Rowohlt erscheint. 1933 Rückkehr nach Österreich, Musils Werke werden in Deutschland 1938 verboten. August 1938 Flucht über Norditalien nach Zürich, 1939 weiter nach Genf. Dort Weiterarbeit am Hauptwerk unter ärmlichsten Verhältnissen. Stirbt an den Folgen einer Syphilis.

198 Es geht in Musils Roman um eine Persiflage der Vorbereitungen auf die im selben Jahr (1918) zu erwartenden Thronjubiläen von Wilhelm II. (Deutschland/Preußen) und Franz Joseph II. (Österreich-Ungarn). Eine österreichische private Gruppe versucht

Doch. So ist beim Wein die Idee zur „Parallelaktion“ entstanden: Jeden Tag eine Aktion. Ja, ja, der Geist des Weines. Dabei wächst in Weimar gar keiner.

Dabei bleibt es und nichts hätte sich an diesem „Dabei bleibt's“ geändert, wenn, ja wenn der Dienstbetrieb mich nicht bohrend gemahnt hätte, mich um den Programmablauf des Kulturstadtjahrs zu kümmern. Ein Fall für den Verfassungsschutz? Weiß Gott nicht, aber eventuell für die Kundschaft, die überall mitmacht, wo es etwas auf ihre Art zu feiern gibt – und sei es, dass der Bundespräsident etwas öffentlich mitzuteilen hat, wie man gleich sehen wird.

Montag, 31. August 1998: Aus dem Urlaub zurück, finde ich in der Küche neben veralteten Veranstaltungshinweisen einen Notizzettel mit einigen Namen vor, die mir nichts mehr sagen. Morgendlicher Blitzdurchgang durch die liegengebliebenen Zeitungen. Mehrfach fällt mein Blick auf einen gefönten Herrn. Einmal sitzt er mit dem Kulturminister Gerd Schuchardt auf einem Sofa. Ich blättere zurück, weil ich das Bild irgendwie lustig finde mit diesen beiden nicht zusammenpassenden Männern, und lese also, dass es sich um den Generalbeauftragten handelt. Donnerwetter was für ein Titel. Das also ist der General von Weimar. Ein General mit Sofa.

Im Büro frage ich, ob jemand das Programm vom Kulturstadtjahr Weimar 99 hat. Sage den Mitarbeitern mit urlaubsmilder Stimme, man möge sich tummeln, da ich Überraschungen der Kundschaft nicht schätze. Sie wird sich an



„Sie hat uns alles gegeben/Sonne und Wind und sie geizte nie/da wo sie ist, ist das Leben/was wir sind, sind wir durch sie“: Der Parteidichter Louis Fűrberg blickt zukunftsweisend durch die Bäume und wird ohne seinen Willen zum Vater der satirischen „Parallelaktion“ in Weimar.

unter grotesken Umständen, das befürchtete offizielle deutsche, lautstarke Auftrumpfen durch eine eigene Initiative, die „Parallelaktion“, zu konterkarieren.

Terminen des Klassenfeindes orientieren. Erhalte nach einigen Ratlosigkeiten die Auskunft, dass es kein Programm in der Behörde gibt, weil es überhaupt keines gibt.

Mittwoch, 9. September 1998: Frozzele gemäßigt mit dem Buchenwald-Gedenkstättenleiter Volkhard Knigge über die Presseberichterstattung zu den „Sieben für Weimar“. Das ist eine Initiative der sieben führenden staatlichen Kulturanbieter, die ein gemeinsames Programm in der zutreffenden Absicht aufgelegt haben, dass man ohne Planungsvorlauf kein Kulturjahrangebot auf die Beine kriegt. Hierfür werden sie öffentlich abgemahnt. Wo kommen wir denn da hin, wenn hier jeder ein Programm macht. Die Mini-Affäre weist in ihrer Peinlichkeit darauf hin, dass es immer noch kein Programm für Weimar 99 gibt; der General schweigt.

Dienstag, 17. November 1998: Auf dem Weg zum Verwaltungsgericht komme ich im morgendlichen Weimar an einem frisch eröffneten staatlichen Devotionalienhandel vorbei. Der Dichturfürst mit Innenbeleuchtung in Pastell. Und, ich traue meinen Augen kaum, im Schaufenster ein großer Stapel mit Programmen, das Stück zu 9,85 [D-Mark]. Finde ich zwar etwas übertrieben, aber was soll's. Rasch hinein und ein Stück vom Stapel gegriffen.

Auf dem Weg zur Kasse erstes Blättern. Heiliger Bimbam. Das Buch mit dem dicken Weimar-Emblem vorn darauf ist völlig leer. Nur weiße Seiten. Das nächste Exemplar auch. Ein Drittes ebenso. Also doch kein Fehldruck? Ich frage sicherheitshalber an der Kasse nach. Ja, das Buch ist absichtlich leer; es ist eine Notiz-Kladde. Ich sage, ich dachte, das wäre das Programm. Kopfschütteln und ein Lächeln der Marke „Schon-wieder-ein-ortsfremder-Idiot“.

Auf dem Rückweg in die Weimar-Information geschaut und im strengen Ton darauf hingewiesen worden, dass ich eine Übernachtung buchen könne, über das Programm allerdings nur ein paar patzige Bemerkungen einkassiert, sodann aber einen Veranstaltungsplan aus Bad Berka mitgenommen (Bad Berka 99). Sollte das die Kulturhauptstadt sein?

Soweit die Eintragungen. Der Ton in der Behörde wird mittlerweile rauer, als ich aufgefordert werde, einen Beitrag zur Sicherheitslage des Bundespräsidentenbesuchs im Goethe-Nationalmuseum abzugeben. Bei dieser Gelegenheit höre ich zum ersten Mal, dass dieses Ereignis überhaupt

stattfinden soll. Rufe bei der Stadt Weimar an. Dort will man mir nichts sagen, weil die Weisung erteilt ist, die Sache nicht an die große Glocke zu hängen. Große Glocke? Sind diese Leute bei Trost? Ich bleibe höflich.

Rufe dann im Bundespräsidialamt bei meiner alten BMI-Kollegin Dorothea Bickenbach an. Die ist zwar jetzt für Orden verantwortlich, aber sie wird sich kümmern. Und tut es. Heraus kommt eine ganz unglaubliche Geschichte: Ja, die Anfrage beim Bundespräsidenten, das neugestaltete Goethe-Nationalmuseum am Frauenplan wieder zu eröffnen, ist schon älteren Datums, und ja, der Bundespräsident kommt und er kommt gern zum damit verbundenen Start des Kulturstadtjahrs. Ich höre ein Zögern aus ihrer Stimme. „Und?“, sage ich. Sie: „Ja, wir warten noch.“ Warten? Ja, auf die Unterlagen über die Neugestaltung des Museums, *des* Museums, des *National* museums. Der Bundespräsident will zur Sache etwas sagen.

Um es vorweg zu sagen: Da kann er lange warten, der Bundespräsident. Er wird diese Unterlagen nicht erhalten, stattdessen eine umständliche Erklärung, dass und warum das Ausstellungskonzept nicht fertig geworden sei. Mit einem Wort: Es wird im Februar 1999 keine Wiedereröffnung des Goethe-Nationalmuseums geben. Doch das kulturelle amtliche Mittelmaß der Präsidenten, Direktoren und anderen titelschweren Kultusbeamten der Museen- und Museenstadt weiß einen Ausweg. Der Bundespräsident möge ruhig kommen. Die Cafeteria des Goethehauses sei termingerecht fertig geworden. Die möge er eröffnen. Er sagt ab, nein genauer: er lässt absagen. Dieses sicherheitsrelevante Ereignis ist also vom Tisch, aber es gibt Fälle, auf die der Begriff Fremdschämen zugeschnitten ist. Dieser hier ist für mich so einer. Ich schäme mich in Grund und Boden. Zum Trost erhalte ich eine Einladung zum Sommerfest des Bundespräsidenten im Schloss Bellevue.

Nachsatz: Irgendwann einmal wird das Museumskonzept fertig. Da gibt es kein Kulturstadtjahr mehr. Das ist längst Geschichte. Dafür ist es ein wunderbares Konzept und es wird in die Tat umgesetzt. Endlich wird man unser aller Goethe verstehen. So was kann gar nicht lange genug reifen. Das Ganze hat nur einen winzigen Haken und der ist dummerweise messbar: Der einstige Besucherstrom am Musenort verkümmert zum Rinnsaal. Eine Erklärung muss her und ist auch schnell bei der Hand: Liegt nicht am Konzept und seiner Umsetzung, sondern am Desinteresse der Besucher. So ist das also: Die Leute sind zu blöd. Und wird jemand hierfür zur Verantwortung gezogen? Wenigstens nicht erneut im Amte bestätigt? Keineswegs. Stattdessen wird die Anna-Amalia-Bibliothek abgefackelt, als mit dem Nutzungsbeginn der millionenschweren neuen Magazine eine Inventur unabweisbar auf der Agenda steht. Aber da besteht auf keinen Fall irgendein Zusammenhang. Wir wollen jetzt mal nach vorne sehen, sagen die Verantwortlichen des Desasters und

werben in der Presse und dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) tränenreich um Spenden.

Nein, man muss wirklich nicht, und vor allem ich muss das nicht: im Kulturstadtjahr der Stadt Weimar ein ironisches Straßentheater veranstalten. Und das aus einem einzigen Grund: Es gibt kein Programm, also mache ich selbst eins. An 99 Tagen des Jahres 99 an 99 Gedenkortern der Stadt, und sei es unter den Namen von Straßenschildern, an die Namenspender erinnern. Am 1. April wird es um 18:18 Uhr an der Andersenstraße beginnen und am 8. Juli 1999 um 18:18 Uhr auf dem Zeppelinplatz beendet sein. Was soll's. Es wird eine bunte Kuriositätenschau und eine Art Insidertipp mit über 200 Mitwirkenden und Tausenden von Zuschauern.

Darf ein Behördenchef, zumal einer Sicherheitsbehörde, so etwas erfinden, zu allem Überfluss auch noch mitmachen? Hat der sonst nichts zu tun? Er hat, und zwar reichlich. So ist es denn das alte Lied vom Schuster und seinem Leisten und auch vom Neid. Selbstredend ist es so, dass mein Job bei Bedarf eine Rund-um-die-Uhr-Tätigkeit ist. Würde ich in meiner raren Freizeit fernsehen oder Goldfische züchten, wäre es genehm, nur unauffällig muss es sein. Selbstredend ist es nicht so, dass ich an allen diesen Veranstaltungen, die ich bei der Planung übers Knie breche, dabei sein kann. Das Gegenteil trifft zu, wenn auch zu meinem Bedauern. So verpasse ich viele der mir bislang nur theoretisch bekannten Mitmacher, wie den Autor und Fernsehgewaltigen Peter Merseburger¹⁹⁹, der an den ersten Nachkriegsministerpräsidenten Hermann Brill²⁰⁰ erinnert: „Kein Schild für Brill“ (die Stadt Weimar wird alsbald für Abhilfe sorgen). Schade, dass ich nicht dabei bin, aber nicht zu ändern. Mein Diensttagebuch weist aus, dass ich an diesem Tag in Sachen Jagd auf die Bombenbauer von Jena unterwegs bin.

Auch anderes geht mir durch die Lappen. Eine Tanzkompanie unternimmt Halsbrecherisches auf einem Hochhausgerüst in der Salvatore-Allende-Straße. Hier erscheint die uniformierte Polizei, herbeigerufen von braven Anwohnern, die einen Massenselbstmord wittern. Etliches ist auch dezidiert politisch, wie der Auftritt vor der ehemaligen Sauckel-Villa in der Windmühlenstraße. Ganze Trauben von Neugierigen sind erschienen, auch zwei junge Herren mit weißen Hemden und schwarzen Stiefeln. Als sie direkt angesprochen werden, verziehen sie sich diskret.

199 Peter Merseburger (* 9. 5. 1928 Zeitz), Journalist, Schriftsteller.

200 Dr. Hermann Louis Brill (8. 2. 1895 Gräfenroda – 22. 6. 1959 Wiesbaden), SPD-Politiker. 1920–1933 Mitglied des Thüringer Landtags für die USPD, später SPD. Während der NS-Herrschaft wegen Hochverrats zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Mai 1945 von der US-Militärbesatzung zum Regierungspräsidenten von Thüringen ernannt, im Juli von der nachrückenden sowjetischen Besatzungsmacht wieder abgesetzt. 1946–1949 Chef der hessischen Staatskanzlei.

Rosa Luxemburgs Festnahme in Weimar wird aus dem Staub des Staatsarchivs befreit. „Ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten“, rezitiert die Ersatz-Rosa aus dem Gerichtsprotokoll. Wie gesagt, vieles kriege ich im Original nicht mit, der Dienst lässt es nicht zu. Nur zwei Termine, bei denen ich selbst als Darsteller auftreten werde, schaufle ich mir rücksichtslos frei. Davon sogleich mehr.



„Kein Schild für Brill“, doch leider ohne mich: Peter Merseburger auf dem Weimarer Platz der Demokratie während der „Parallektion“ 1999. An dem Abend, so lese ich in meinem Tagebuch, war ich in Sachen Bombenbastler aus Jena unterwegs.

Ludendorff, Rathenau und Co. Wie man in die Zeitung kommt und warum Wikipedia gern in den Spiegel sieht

Während der „Parallektion“ bin ich selbst in Weimar zweimal aufgetreten. Einmal zum Rathenau-Termin auf dem Rathenau-Platz und einmal zum Ludendorff-Termin auf der Nicht-mehr-Ludendorffstraße. Rathenau²⁰¹ und Ludendorff²⁰², mit diesen beiden am Ende der Kaiser-

201 Dr. Walther Rathenau (29. 9. 1867 Berlin–24. 6. 1922 Berlin, ermordet), Industrieller, Politiker. Erbe des AEG-Gründers Emil Rathenau. Selbst erfolgreich als Unternehmer tätig. Im Ersten Weltkrieg an prominenter Stelle mit der Organisation der deutschen Kriegswirtschaft befasst. Nach Kriegsende Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). 31. 1. 1922 Reichsaußenminister; von Mitgliedern der rechtsextremen Organisation Consul als sogenannter Erfüllungspolitiker ermordet.

202 Erich Ludendorff (9. 4. 1865 Kruszewnia/Reg.bez. Posen – 20. 12. 1937 München), Berufsoffizier, zuletzt General der Infanterie. Im Ersten Weltkrieg zunächst an der Ostfront an prominenter Stelle tätig, dann August 1916–September 1918 als Erster Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung zu einer diktatorenähnlichen Stellung

zeit und bei Beginn der Republik so bedeutenden Figuren, habe ich mich Jahre zuvor intensiv beschäftigt. Beide boten neben dem unmittelbaren, dem praktischen Tun in der Politik reiches Anschauungsmaterial für ein Wirken in einem wenig fassbaren Feld, das man vielleicht am besten als Einflussnahme auf den Zeitgeist beschreiben könnte.

Ludendorffs Einfluss auf den Zeitgeist war der größere. Er, ein militärischer Verlierer des Ersten Weltkrieges, schrieb gleich nach seiner Flucht aus dem revolutionsgeschüttelten Deutschland einen prallen Memoirenband, der bereits 1919 auf den deutschen Markt kam: „Meine Kriegserinnerungen“. Mit diesem Buch begann die fatale Dolchstoßlegende in deutsche Hirne einzusickern, die Mär von der an und für sich ungeschlagenen deutschen Armee, der fatalerweise die wankende Heimat in den Rücken gefallen sei. Dagegen war kein Kraut gewachsen. Da halfen keine sozialdemokratischen Aufklärungsbemühungen und keine parlamentarischen Untersuchungsgremien. Diese Legende nahm ihren Lauf und half, den Weg in den Zweiten Weltkrieg zu bahnen.

Erstaunlicherweise ist mein Ludendorff-Bild durch zwei marxistische Autoren, an die man hier weniger denken mag, mitgeprägt worden, nämlich durch Zweig und Rosenberg. Zweig ist Arnold Zweig²⁰³ und das eher kuriose Buch, das ich meine, ist der „Streit um den Sergeanten Grischa“. Hier tritt ein Ludendorff auf, den man bei der Lektüre plastisch vor Augen sieht. Ja, und Rosenberg ist Arthur Rosenberg.²⁰⁴ Arthur und nicht Alfred – ganz im Gegenteil, möchte ich fast hinzufügen. Ich notiere in mein Tagebuch:

Sonntag, 13. Juli 1997: Abends auf dem Küchenbalkon. Nebenan wird gebrüllt und ein Schwarm von Mauerseglern dreht schreiend seine Runden. Meine Güte, wie kann man nur so entsetzlich pöbeln (nicht die Mauersegler). Und ich dachte, ich könnte hier ein wenig die Abendstille, ohne Baustellenradau, genießen. Leider geht das nicht.

gelangt. Flieht im November 1918 aus Berlin nach Schweden, wo er seine Memoiren verfasst. Im November 1923 am misslungenen Putsch von Adolf Hitler in München an führender Stelle beteiligt. Sodann zusammen mit seiner zweiten Frau Oberhaupt eines Zirkels von Verschwörungspanthasten.

203 Arnold Zweig (10. 11. 1887 Glogau/Schlesien – 26. 11. 1968 Ost-Berlin), Schriftsteller. Während der Weimarer Republik einer der Erfolgsschriftsteller. 1933 aus Deutschland geflohen, 1934–1948 in Palästina. Sodann Übersiedlung nach Ost-Berlin.

204 Dr. Arthur Rosenberg (19. 12. 1889 Berlin – 7. 2. 1943 New York), KPD-Politiker. Nach dem Abitur Studium der Archäologie und älteren Geschichte, 1911 Promotion, 1913 Habilitation in Berlin. 1918 Mitglied der USPD, 1920 der KPD, für diese 1924–1928 Mitglied des Reichstags. 1933 Flucht aus Deutschland über die Schweiz und England in die USA.

Den Band von A. Rosenberg über die Entstehung der Weimarer Republik heute Morgen in weiten Teilen gelesen, er behandelt in sehr nüchternen Entwicklungsschritten die Politik des Ersten Weltkriegs, seine Einschätzung des Kaisers und von Ludendorff. Den Systembruch habe ich in ganz ähnlicher Weise gesehen, als ich am Manuskript von Drei-Niederlagen saß. Der unfähige Monarch und der unversehens ins Amt gelangte Diktator. Das Ganze aufbauend auf dem Systemfehler der Bismarck'schen Reichsverfassung. Erstaunlich sind die wenig „linken“ Auffassungen in der Schilderung, was ich anders erwartet hatte, zumal der Autor eines der führenden Mitglieder der KPD bis 1928 war, um sich sodann der SPD zuzuwenden. Mehr weiß ich über ihn im Moment nicht, außer den spärlichen biografischen Hinweisen in dem Buch. Das Ganze ist als eva-Taschenbuch erschienen, einem Verlag, der sich selbst als „links“ sieht. Dementsprechend sieht auch das übrige Verlagsprogramm aus. War auf die Rosenberg-Ausgabe gestoßen, als ich in dem Verlagsprogramm blätterte, der dem Rot-schlägt-Grün-Buch beilag, welches im Rotbuch-Verlag erschienen ist.

Unbegreiflicherweise hat sich das Drehbuch des Ludendorff-Termins erhalten. Die Schülerin und nachmalige Schauspielerinnen Elisabeth Heckel macht die Anmoderation. Sie spricht einen nüchternen Text über Erich Ludendorff, den ich verfasst habe. Danach komme ich selbst dran, in einen grauen preußischen Militärmantel gehüllt, mit einer deutschen runden Soldatenbrille, der sogenannte Schießbrille, auf der Nase und auf dem Kopf eine preußische Pickelhaube mit Feldüberzug; alles Requisiten, ausgeliehen bei einem Preußenfan. Ich stelle den preußischen Generalstäbler Max Hoffmann²⁰⁵ dar, Ludendorffs einstigen Untergebenen und scharfen Kritiker. Auf meiner Linken thront das Pferd, die Handspielpuppe, von der schon die Rede war. Es ist das einzige Mal, dass ich sie bei einem öffentlichen Auftritt benutze:

205 Maximilian (Max) Hoffmann (25. 1. 1869 Homberg an der Efze – 8. 7. 1927 Bad Reichenhall), preußischer Offizier, zuletzt Generalmajor. Vor dem Ersten Weltkrieg Offizier im Großen Generalstab; offizieller Militärbeobachter im Russisch-Japanischen Krieg 1904/05. Ab August 1914 als Oberstleutnant 1. Generalstabsoffizier (Ia) der 8. Armee (Ostfront). Weitere Generalstabsverwendungen an der Ostfront, zuletzt (ab August 1916 – Ende 1918) Chef des Generalstabs von Oberost; in diesen Funktionen der strategische Kopf des deutschen Ostheeres und Hauptinitiator des Friedens von Brest-Litowsk. Ende 1918 in den Ruhestand verabschiedet. In den 1920er Jahren Teilnehmer bzw. Inspirator zweifelhafter geheimdienstlicher Unternehmungen.

Auftritt Hoffmann
(Helmut Roewer), Vor-
stellung des Personals

Hoffmann: Hoffmann! Max Hoffmann, preußischer Generalmajor. Sie sehen mich auf dem Foto hier. Es wurde während der Schlacht von Tannenberg aufgenommen. Vorn am Scherenfernrohr steht Hindenburg, hinter ihm Ludendorff. Und der hier mit der Brille, das bin ich.

Ludendorff lehnt es strikt ab, hier zu Ihnen zu sprechen. Er hat am 10. Mai in der Zeitung gelesen, dass es sich bei Ihrer Aktion um kommunistische Umtriebe handelt. Für sowas steht er nicht zur Verfügung. Er ist allenfalls bereit, den Kapitän Erhardt und seine Leute auf diese Veranstaltung schießen zu lassen.

Mich hingegen stören Sie nicht durch Ihren Auftrieb. Ich habe die Dinge immer gelassener gesehen als Ludendorff. Seine Frauen sind in diesem Punkt übrigens auch anderer Meinung.

Hier auf dem Foto sehen Sie Ludendorff mitten im Krieg, in voller Kriegsbemalung sozusagen. Hier links, das ist seine erste Frau, Margarethe Ludendorff. Die Dame rechts ist Mathilde Ludendorff, seine zweite Frau.

Auftritt Margarethe,
mit dem Strohhut

Und hier sind die Damen im Original:

Margarethe Ludendorff, sie war mit Erich von 1909 bis 1926 verheiratet.

Frau Ludendorff wechselt den Hut, jetzt ist es der gelbe

Und das hier ist Mathilde; sie war längere Zeit Ludendorffs Freundin und heiratete ihn nach seiner Scheidung im Jahre 1926.

Hoffmann: Und das hier ist mein Pferd Albert.

Pferd (mit affektierter französischer Betonung): Albeeer bitte.

Das Militärpferd
(Handspielpuppe, die
während des gesamten
Hoffmann-Auftritts
von diesem auf der
linken Hand geführt
wird.)

Hoffmann will weitersprechen, wird aber mehrfach vom Pferd unterbrochen, das sichtlich mit den Zuschauern flirtet.

Pferd: Das preußische Militärpferd zerfällt in drei Teile: den Kopf, den Rumpf und den Schweif. (Zu einer Zuschauerin gewendet:) Wiederholen Sie mal.

(Das Pferd mischt sich mit Sprüchen dieser Art im Verlauf der Veranstaltung noch öfter ein).

Und so weiter ... Soviel zu dem, was an diesem Abend auf der Ernst-Thälmann-Straße, vormals Ludendorffstraße, wirklich passiert. Die Zuschauer sind erheitert, es wird viel gelacht. Ein solcher Sachverhalt ist nichts wert. Jedenfalls dann nicht, wenn einer sich berufen sieht, einer der Großen des investigativen Journalismus zu werden. Hinter dem Monsterbegriff steckt eine Sucht. Die Sucht heißt, andere Leute in die Pfanne zu hauen. Dazu benötigt man Fakten, die man recherchieren muss. Findet man keine, erfindet man sie. In meinem Fall heißt der In-

investigator Steffen Winter und er erdichtet in einer „Spiegel“-Geschichte über mich, ich sei als Ludendorff aufgetreten, um dem Leser zu suggerieren, ich sei ein Größenwahnsinniger, ein größenwahnsinniger Steuerverschwender zudem, dem man endlich das Handwerk gelegt hat.

Ich bin zu faul, um gegen diesen diffamierenden Unsinn gerichtlich vorzugehen. Vielleicht ist das ein Fehler, denn die Ludendorff-Geschichte wird zum festen Bestandteil im Repertoire von Leuten, die über mich Geschichten erfinden. Als ich halb neugierig, halb ärgerlich der Wikipedia-Redaktion mitteile, dass der Eintrag über mich falsch ist, und Drehbuch und elektronische Aufzeichnung des Abends über mich anbiete, entscheiden die Wächter des einäugigen Objektivismus, dass dem Zitat des „Spiegel“ und einem Wikipedia-Denunzianten mit dem Decknamen „Feliks“ der Vorzug einzuräumen sei. „Feliks“ – diesen Decknamen hat er offenbar von dem Tscheka-Gründer Feliks Dsershinskij²⁰⁶ abgeleitet – ist ein würdiger Namenspatron. Der falsche Eintrag bleibt also. Bleibt nur noch die Frage: Wer bezahlt eigentlich den Denunzianten mit Namen Feliks?

Nun möchte ich dem Journalisten Steffen Winter kein Unrecht tun, indem ich behaupte, er habe die Ludendorff-Geschichte wirklich erfunden. Es soll dies lediglich ein Synonym dafür sein, dass ich die Falschmeldung, unter seinem Namen verbreitet, zum ersten Mal lese. Kann ja auch sein, dass ihm jemand diesen Bären aufgebunden hat und er zu begriffsstutzig war, den wirklichen Sachverhalt zu recherchieren. Besonders schwierig stelle ich mir die Recherche nicht vor, es waren ja genügend viele Zuschauer anwesend. Und ein Ludendorff mit runder Schießbrille – einfach undenkbar. Aber das braucht einer der Großen des investigativen Journalismus nicht zu wissen. Beim „Spiegel“ schon gar nicht.

Anders der Rathenau-Termin. Bei ihm trete ich in der Tat als Rathenau in Erscheinung.

Ich wurde in meinem 55. Lebensjahr ermordet; das ist jetzt 77 Jahre her. Ich bin nur mit langen Zähnen nach Weimar gekommen, um hier auf dem nach mir benannten Platz über das Verbrechen zu berichten.

Schon der Name der Veranstaltung, die „Parallelaktion“, hat mich erheblich gestört. Ich sehe hierin einen deutlichen Stich der Organisatoren gegen meine Person. Es war der

206 Feliks Edmundowitsch Dsershinskij (auch zahlreiche andere Schreibweisen des Nachnamens) (11. 9. [30. 8.] 1877 – 20. 7. 1926), polnischer Adliger, sowjetischer Multifunktionär. 1918 bis zu seinem Tode erster Vorsitzender der sowjetischen Geheimpolizei Tscheka, später GPU; verantwortlich für Massenmorde während des Russischen Bürgerkrieges und auch danach.

österreichische Taugenichts Robert Musil, der bald nach meinem Tode mit der Niederschrift seines Romans „Der Mann ohne Eigenschaften“ begann. Dieser Roman handelt von nichts anderem als der „Parallelaktion“ und eine der Figuren, die in ihm karikiert werden, bin ich. Er gibt mir den Namen Arnheim und bezeichnet mich ironisch als Großschriftsteller. Dies allein hätte bereits genügt, meinen Auftritt hier zu verweigern, doch die Organisatoren der Aktion haben mir versichert, dass kein Weimarer diesen Roman kennt.



Und so weiter ... Soweit ich weiß, hat keiner unserer öffentlichen Tugendwächter an dieser Anmaßung Anstoß genommen. Der Termin endet mit den Pistolenschüssen auf den Außenminister. Fast kommt es zum Eklat, weil die brave Polizei, die echte, mir zu Hilfe eilen will. So erhält der todernste Termin so etwas wie einen heiteren Schlussakkord.

Über meinem Schreibtisch hängt seit vielen Jahren das Portrait von Walther Rathenau. Es erinnert mich jeden Morgen daran, dass die Dinge komplizierter sind, als sie zunächst erscheinen.

Gedanken über einen politischen Mord: Mein Auftritt in der Rolle des Walther Rathenau auf dem Rathenauplatz in Weimar. Als die (Schreck-) Schüsse fallen, greift die Polizei ein.

Wahlen 1999

Warum die CDU trotzdem gewählt wird

Im September 1999 stehen nach einer fünfjährigen Legislaturperiode in Thüringen wieder Wahlen an. Wie diese ausgehen werden, deutet sich schon bald an: Die SPD jedenfalls wird einen schweren Stand haben. Der Grund hierfür: Beim Bund wurde im Herbst zuvor die Regierung Kohl abgeräumt. Es war wohl überfällig. Das allüberall bejubelte Reformbündnis Rot-Grün nimmt seinen Lauf.

Doch der Begriff „Lauf“ erweist sich als verfehlt. Richtigerweise muss man sagen: Rot-Grün stolpert los. Ich notiere in einer merkwürdigen Stimmungslage, die zwischen Berufsstress und Manöverbeobachtung pendelt:

Donnerstag, 18. März 1999: Eine Ewigkeit nichts mehr eingetragen. Wie üblich fällt das mit einer Zeit äußerster Anspannung und sich überschlagender Ereignisse zusammen. Das lag an Hochspannungsphasen, die dienstlich diktiert wurden.

Aufregungen wegen der Kurden, die überall Tanz machten, nachdem der [türkische Geheimdienst] MIT den PKK-Chef Öcalan aus Kenia in die Türkei entführt hatte. An etlichen Stellen außerhalb des Landes Thüringen schwere Krawalle. Beim Eindringen in die Israelische Vertretung in Berlin wurden drei Kurden erschossen, ein vierter verstarb später.

Die Bundesrepublik ist zur Zeit ein einziges Kasperlespiel mit den Komödianten aus SPD und Grünen. Eine sinnlose Steuerreform soll morgen im Bundesrat durchgesetzt werden, damit sie zum 1. April in Kraft treten kann. Das alles abseits jeder ökonomischen Vernunft. Die Bundesratsentscheidung wird nur möglich, weil die noch im Amt befindliche, aber vom Wähler längst abgewählte rot-grüne hessische Regierung im Bundesrat zustimmen will, was rechtlich zwar zulässig ist, aber ein grober Akt demokratischer Unkultur. Einer der Hauptkasper des Bundestheaters, der Finanzminister und SPD-Vorsitzende Lafontaine, ist letzte Woche zurückgetreten, d. h., er ist einfach aus Bonn unter Zurücklassen eines Briefes abgehauen. Abenteuerlich und stillos, zumal es in einer Phase der deutschen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union geschehen ist.

Die Deutschen machen sich tatsächlich lächerlich am laufenden Band. Erst Kanzler Schröder durch flapsige, unnütz behelnde Bemerkungen, der Finanzminister bis zu seinem Abgang fortlaufend, der Umweltminister durch einen großmäulig angekündigten und später widerrufenen Atomausstieg und der Außenminister durch seine Forderung an die NATO, auf das atomare Erstschnagpotential, was immer dies sein mag, zu verzichten. Die anderen Außenminister hielten dies nicht einmal für wert zu diskutieren, geschweige denn auf eine ordentliche Tagesordnung zu setzen. So geht die Truppe ihren Weg.



für Volkes Stimme bei den Landtagswahlen 1999 in Thüringen. Die CDU erringt wegen der unklaren Haltung der SPD die absolute Mehrheit. Die drei Kandidaten an der Laterne (von oben nach unten) sind mir aus anderen Gründen wohlbekannt: am Telefon, als Justizminister und als Auskunftsperson im Fall M.

Hier im Lande ist das Siegesgeschrei der SPD, vor allem ihres Vorsitzenden, merklich leiser geworden. Insbesondere nach der irren Wahlschlappe von Rot-Grün in Hessen. Natürlich lagen wieder alle Forschungsinstitute mit ihren Prognosen um Meilen daneben. Der dortige CDU-Chef Koch, auf den niemand einen Heller gewettet hätte, setzte sich souverän an die Spitze, nachdem er eine landauf, landab bekrittelte Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit in Hessen ins Laufen gebracht hatte. Jetzt tun alle Leute in der SPD so, als habe das eigentlich nie jemand ernsthaft ins Auge gefasst. Was natürlich dreist gelogen ist.

Was ich freudlos notiere, fällt auch anderen Leuten auf. Dieses Maulheldentum, dem dann Lächerlichkeiten auf den Fuß folgen. Diese Großspurigkeiten von Rot-Grün in der gnadenlosen Maske der Reformpädagogik, deren Ziel es angeblich ist, die Menschen umzuformen. Das kann in Thüringen nichts bringen. Formung des „neuen Menschen“, das hatten die Leute hier schon vierzig Jahre lang. Der Erfolg waren Plattenbauten. Dann kamen Einheit und Arbeitslosigkeit. Jetzt auch noch der Weg in die Doppelstaatsbürgerschaft. Darauf hat hier niemand große Lust. Die Bilder randalierender Kurden tun ein Übriges. Da können die

Gutmenschen allüberall gebetsmühlenhaft reden, dass über 90 Prozent der hier lebenden Ausländer sich rechtstreu verhalten. Wer hat das errechnet? Es sind Sprüche über die Köpfe hinweg und das wird Folgen haben.

Die CDU kann vor Kraft kaum gehen. Das einzige,

Die Stimme, die Gerechtigkeit und einer von uns: Auswahlkriterien

was sie fürchten muss, ist ein Einzug der Rechtsradikalen in den Landtag. Dann wird es zur knappen absoluten Mehrheit keineswegs reichen, die sich in den Wahlprognosen abzuzeichnen beginnt. Wahlstrategisch müsste die SPD eigentlich das Gegenteil wollen, aber diesen Zynismus vermögen deren Vorleute nicht aufzubringen. Hoffe ich wenigstens.

In dieser Ausgangslage bekomme ich mit, wie die beiden Nochkoalitionäre CDU und SPD auf die Informationspolitik meines Amtes einzuwirken beginnen. Hierzu nochmals meine Tagebuchnotiz von Ende August 1999, diesmal die letzten Sätze:

Montag, 23. August 1999: ... Freitagmittag mit [dem Leiter der Staatskanzlei] Krapp zusammengetroffen, um die Fälle ... zu besprechen. ... Unterhalte mich anschließend noch eine gute Stunde mit ihm über Gott und die Welt und den Wahlausgang. Er ist ziemlich zuversichtlich, es in drei Wochen wieder zu schaffen, sprach aber auch von seiner persönlichen parteiinternen Wahlniederlage bei der Wahlkreisvergabe der CDU in Ilmenau. Er sei den Leuten zu direkt, meinte er. Wir lachten ein bisschen darüber, dass er mich Mittwochmorgen anrief, um mir den Wunsch Vogels zu übermitteln, mich in Sachen DVU²⁰⁷ zurückzuhalten, während mich nachmittags der Wunsch von [Innenminister] Dewes erteilte, die Sache öffentlichkeitswirksam weiter zu betreiben.

Wieder finde ich es auffällig, wie ich die komplizierten Fälle in einem Atemzug mit anderen Dingen und eher beiläufig erwähne. Nun gut, ich fühle mich zur Zeit der Notiz in keinerlei Erklärungszwang für etwas, was ich ohnedies den ganzen Tag im Kopf mit mir herumtrage. Im Gegensatz dazu mein Aufschreibbedürfnis zu Ordre und Contre-ordre von Vogel und Dewes, die DVU betreffend. Diese, die Deutsche Volksunion, ist eine rechtsextreme Partei, die diesmal zur Landtagswahl antritt.

Das Amt berichtet hierüber dem üblichen Empfängerkreis unter Nennung von Personen und Aktivitäten. Man kann es noch heute in der Monatsberichterstattung nachlesen. Joachim Werneburg, der diese Berichte schreibt, hat mich gut verstanden: Es sind mitleidlos karge Daten. Die thüringische Presse sieht das anders. Sie macht aus der Kandidatur dieser Partei eine Art öffentlichen Notstand. Ich halte das für kostenlose Reklame. Die Rechtsextremen erfinden die Reizthemen nicht. Sie erhalten sie frei Haus von der alltäglichen Politik geliefert. Erfolg haben sie nur, wenn diese Politik über Volkes Köpfe hinwegschwebt.

207 Deutsche Volksunion, rechtsextreme Partei, die 1999 in Thüringen erfolglos zur Landtagswahl antrat.

Diese Auffassung wird in der in Deutschland veröffentlichten Meinung nicht geliebt. Wer wie ich solche Sentenzen in die öffentliche Debatte einfütert, wird der Verharmlosung bezichtigt. Von dort ist der Schritt zum Sympathisanten nicht weit – und von dem geht es schnurstracks zum Mittäter. Ein einfacher Mechanismus, der unter dem Banner der Meinungsfreiheit entfaltet wird. Das Wort als Waffe. Das hat im Land der Dichter und Denker eine ehrwürdige Tradition. Für die Wenigerbegabten ist das Bild als Waffe hinzugekommen. Wenn dieses Bild aus Steuermitteln und anderen öffentlichen Zwangsabgaben finanziert wird, finde ich die Dinge zum Kotzen.

Ich habe auf die Heimsuchung Thüringens durch sog. Rechtsextremismus-Experten bereits hingewiesen. Sie pflegen sich in ihren Produkten gern großspurig mit den Behörden zu vergleichen, denen sie sich um Meilen überlegen sehen, was sie sodann dem darüber erschauernden Publikum mitzuteilen wissen. Der Unterschied könnte kaum krasser sein: Während die Sicherheitsbehörden Bilder dieses Mobs anfertigen, um ihn bekämpfen zu können, machen die Experten diese Bilder, um damit Geld zu verdienen, das zuvor beim Publikum zwangseingezogen wurde.

Einen solchen Fall habe ich beispielsweise in mein Tagebuch aus diesem Wahljahr notiert:

Dienstag, 6. April 1999: Morgens in der Behördenleiterbesprechung wartet [der Leiter des polizeilichen Einsatzreferats] Göbel mit einer Überraschung auf: Nach der misslungenen NPD-Demo in Weimar am Samstag ist die [NPD-]Vorsitzende Ortlepp bei der Polizei erschienen und hat mitgeteilt, dass man nur deswegen nach WE gekommen sei, weil der Fernsehjournalist Rainer Fromm dort habe drehen wollen.

Im Kapitel Hassliebe habe ich bereits einiges über diese Art der Berichterstattung geschrieben. An dieser Stelle sei hinzugefügt, dass die NPD-Vorsitzende nach der Auffassung des Experten selbstredend lügt, und der Experte setzt dies gegenüber der Betreffenden zivilgerichtlich durch. Sie darf nicht behaupten, er habe ... und so weiter. Hieraus folgt messerscharf, wenn man so will, dass die NPD-Frau ihre Behauptung bei der Polizei anlasslos erfunden hat. Um was zu erreichen? Ja was? Das bleibt kein Rätsel, zumindest für mich und auch andere, die sich von Berufswegen mit der NPD beschäftigen.²⁰⁸

208 Im „Monat im Amt“ heißt es hierzu unter dem 4. April 1999: „Schon wieder Weimar. Diesmal geht es um den angemeldeten Infostand der NPD. Erneuter Ärger mit den Autonomen aus der Gerberstraße. Ein Feuerlöscher wird als Waffe benutzt. Zum Schluss kommt Erstaunliches zu Tage: Die Vorsitzende der NPD Grit Ortlepp gibt bei der

Manch einer der Mitarbeiter rund um Petra Höhn²⁰⁹ wird grimmiger Ohrenzeuge von abgehörten Telefonaten der Presse mit den überwachten Exponenten der rechts-extremen Szene, wo Termine miteinander abgestimmt werden. „Viel Erfolg, Herr Brandt“, sagt eine überregionale Pressedame bei einem solchen Anlass zu einem Agenten des Landesamtes, der zudem ein NPD-Funktionär ist. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass ihre frohen Wünsche sich auf die Tätigkeit dieses Mannes als Spitzel in der Szene beziehen.

Alle Pressereklame für die Rechtsextremen nutzt nichts, sie kommen in Thüringen nicht in den Landtag, die CDU erhält die absolute Mehrheit der Sitze. Auf dem Weg dorthin beobachte ich den Wahlkampf der Volksparteien. Wer jetzt aufgeregt mit den Flügeln schlägt und sich ereifert, dass wieder einmal der Verfassungsschutz seine Grenzen überschreitet, sei höflich erinnert, dass der Chef dieser Behörde auch ein Wähler ist, einer unter Zigtausend, so wie andere Bürger auch. Ich notiere:

Freitag, 10. September 1999: Die Woche ist irgendwie vorbeigegangen. ... Mittwoch ... Viertel nach sieben auf den Wenigemarkt [in Erfurt], wo die SPD ihre Abschlusskundgebung zum Wahlkampf veranstaltete. Es tönte Richard Dewes, laut und etwas zusammenhanglos; [die MDR-Reporterin] Uta Thofern sagte mir am Tag darauf, dass dies eine kämpferische Rede gewesen sei. Mir fiel nur auf, dass der dabeistehende Gerhard Schröder unablässig auf die Uhr sah und im nicht zu zahlreichen Publikum um mich herum ungezählte bissige



ZDF und NPD – oder: Wer holt wen nach Weimar 1999? Als die Polizei in die Aktionen eingreift, notiert sie die ärgerliche Bemerkung der örtlichen Parteivorsitzenden, man sei zusammengelassen, um sich vom Extremismusexperten Fromm filmen zu lassen. Der untersagt der Dame zivilrechtlich, Verursacher des Auszugs gewesen zu sein.

Polizei zu Protokoll, dass der Termin allein auf Wunsch des Fernsehjournalisten Rainer Fromm zustande gekommen sei.“; vgl. Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz: Nachrichtendienst 4/99, S. 4; auch a. a. O., S. 14.

²⁰⁹ Petra Höhn, Verwaltungsjuristin, Regierungsdirektorin. Seit 1994 im Dienst des Landes Thüringen, davon 1994–2001 Referatsleiterin im Landesamt für Verfassungsschutz als Justiziarin und Verantwortliche für die Brief-, Post- und Telefonkontrolle (G 10). Sodann andere Verwendungen.

Bemerkungen gemacht wurden. Nach Dewes sprach zu allem Überfluss Regine Hildebrandt aus Brandenburg, laut, schnell und zusammenhanglos, was zumindest einigen Leuten gut zu gefallen scheint. Auf viele wirkt sie eher wie ein Kasper; auf mich auch. Während sie sprach, fiel mir auf, dass sie sich an den Namen von Dewes nicht erinnern konnte, was sie zwei- oder dreimal mit „der da“ umschrieb. Es ist schon bezeichnend, dass man so eine Frau zu Wort kommen lässt, die soeben als eine der Spitzenfiguren eine saftige Wahlniederlage für die SPD eingefahren hat und zudem als deutliche Befürworterin einer SPD-PDS-Koalition in die Öffentlichkeit getreten ist. Nun gut, nach ihr trat der seit Tagen angekündigte Bundeskanzler ans Mikrofon. Der fiel dadurch auf, dass er tatsächlich, wie man es aus der verkürzten Medienberichterstattung kennt, unablässig Worthülsen ohne erkennbaren Zusammenhang absondert; laut und in keinen irgendwie zusammenhängenden Satzgebilden, zudem in einem denkbar schlampigen [...] Deutsch. Die Anzugjacke hoch oben zugeknöpft, sperrte sie regelmäßig unten auseinander, wenn er, was er häufig macht, wild mit den Armen gestikuliert, und zwar mit jenen falschen Gesten, die man aus der Rednerschule für den angehenden Parteifunktionär zu erkennen können glaubt. Auffällig waren auch hier wieder die Namensunsicherheiten, indem er Regine Hildebrandt mit Christine anredete, was diese lautstark korrigierte, wobei sie ihn kurzzeitig vom Mikrofon verdrängte. Die Presse berichtete tags darauf von 2000 Zuschauern. Mag sein, mag aber auch erheblich weniger gewesen sein. Lustiger Effekt: bekam eine Broschüre über die Thüringer SPD in die Hände gedrückt. Darinnen ein Foto mit Dewes und Oskar Lafontaine und der Bildunterschrift: „Männer und Frauen für die SPD“. ...

Nachmittags weitere Aufräumarbeiten ziemlich lustlos im Büro unternommen, denn eines scheint mir mehr als klar, dass, wenn es nur irgendwie reicht, SPD und PDS zu einer rot-roten Koalition in Thüringen antreten werden. Der Wahlverlierer vom letzten Wochenende, der Ministerpräsident Stolpe, wurde heute Morgen in den Nachrichten zitiert, die Chancen für ein Bündnis mit der PDS oder der CDU stünden fünfzig zu fünfzig.

Durch Diskussionen mit MDR-Reportern weiß ich, dass diese gehalten sind, das rot-rote Schreckgespenst an die Wand zu malen. Auf meine vorsichtigen Rückfragen, ob es denn ihre Aufgabe sei, CDU-Wahlkampf

zu machen, erhalte ich ziemlich unverblümete Antworten. Ich mache mir wenig Illusionen für mein persönliches Schicksal bei solchen Wahlperspektiven. Ich notiere, dass ich bei Rot-Rot sofort rausfliegen werde und bei einer schwarzen Alleinregierung mit demselben Ergebnis zu rechnen habe. Ich handle nach dieser Erkenntnis und räume mein Büro auf. Dann kommt das Wahlwochenende, an dem ich nach Berlin ausweiche, um gegen Abend wieder in Erfurt einzutrudeln. Ich notiere:

Montag, 13. September 1999: Nun ist sie also rum, die Landtagswahl in Thüringen. Sie hat mit einem Desaster für die SPD geendet. Sie ist um 11 Prozent zurückgefallen. Das bedeutet unter dem Strich einen Rückgang von 29 auf 18 Mandate. Einige bekannte Gesichter werden im Landtag nicht mehr zu sehen sein. Die CDU hat einen gewaltigen Zuwachs von 42 auf 51 Prozent zu verzeichnen, die PDS hat von 17 auf 21 Prozent zugelegt und damit die SPD als zweitstärkste Kraft abgelöst. Die Wahlbeteiligung lag knapp unter 60 Prozent. Die CDU [ist] nun also mit einer bequemen absoluten Mehrheit im Landtag; das mag was werden in der Zukunft. So ganz wohl ist hierbei, außer einigen fanatischen Christdemokraten, niemandem. Gestern Abend war ich ab Viertel vor sechs an den Orten des Geschehens. Zunächst im Landtag in diversen Wahlstudios, die nahezu überquollen von Reportern. In der Tat ist es so, dass diese provinziellen Wahlen als Ereignis stilisiert werden, die sie bundespolitisch gesehen gar nicht sind. So aber werden Schlagzeilen produziert, ohne es eigentlich zu sein.

Bezeichnend war dann, wie sich die flegelhafte Meute der Fotografen und Kameraleute auf [den SPD-Vorsitzenden und Innenminister] Dewes stürzte, als der gegen halb sieben ins SPD-Zelt hinter dem Landtag kam. Mittlerweile war ich vom Landtag dorthin gepilgert, weil nach der ersten Prognose und dann der ersten Hochrechnung für mich die Luft aus der Wahl völlig raus war, zumal klar war, dass die CDU einer sicheren absoluten Mehrheit entgegenging, was bei Werten von um die 50 Prozent nicht mehr zweifelhaft sein konnte.

Im SPD-Zelt war die Stimmung noch unterhalb des Nullpunktes. Es mögen 100 bis 200 Leute da gewesen sein. Das Bier war lauwarm und kostete Geld. Ein großes Plakat mit SPD-Logo im Zelt klappte von selbst zusammen, worauf sich natürlich die Meute der Journalisten stürzte. Dann also der Auftritt von Dewes, mit hochrotem Kopf und ziemlich fassungslosem Gesichtsausdruck, umringt von einer Repor-

tertraube. Dann eine Rede, der übliche Dank an die Genossinnen und Genossen und die Wählerinnen und Wähler und die Freundinnen und Freunde und so weiter. Alles ziemlich bekannte Kürzel und die bis zum Erbrechen durchdeklinierten Weiblich-Männlich-Floskeln. Immer, wenn ich so etwas höre, achte ich nicht mehr auf den Text, sondern nur noch darauf, ob bei diesem selbstauferlegten Sprachdilemma ein Fehler unterläuft – und siehe, dieser passiert regelmäßig, wo so ein Satz und eine Aussage mit „wir“ verbunden wird, also „wir Sozialdemokraten“, das klingt doch irgendwie falsch, aber „wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“, das ist einfach lächerlich und zeigt das ganze Ausmaß der Konfusion. Jedenfalls habe ich das Ende der Rede und vor allem die frenetisch klatschenden Genossen nicht mehr ausgehalten und bin aus dem Zelt geflohen. Zuvor hatte ich noch mit Pohl²¹⁰, mit Weyh²¹¹, mit Genzel und Fr. Heppt²¹² gesprochen. Letztere, die Jungstaatssekretärin aus dem Wissenschaftsministerium, sieht nunmehr einem 30-jährigen vorgezogenen Ruhestand entgegen. Sie wirkte einigermaßen gefasst. Für Weyh, Genzel und Pohl galt dies weniger. Pohl schimpfte auf Dewes wie ein Rohrspatz. Ich erlaube mir den Hinweis, hierfür das falsche Publikum zu sein. Diese Diskussion gehört in die SPD, wo man sich gestern und heute den Tag über in offiziellen Verlautbarungen darauf hinauszureden versuchte, dass die verfehlte Bundespolitik der Auslöser der Wahlniederlage sei. Das scheint mir [aber] nur die halbe Wahrheit zu umreißen, und viele Leute, die man fragt, sehen dies auch anders. Sie wollten Dewes und damit die SPD nicht wählen, deren Spitzenkandidat bis zum letzten Tag eine rot-rote Koalition als Möglichkeit in den Raum gestellt hatte. So wählten viele, die das sonst nicht getan hätten, nolens volens CDU. Laut Infratest heute im Deutschlandradio wanderten so 65 000 Wähler von der SPD zur CDU. Aus den absoluten

210 Günter Pohl (* 23. 6. 1938 Löwenberg), Dipl.-Handelslehrer, SPD-Politiker. 1962–1990 Lehrer. 1989 Eintritt in die SDP (ab 14. 1. 1990 = SPD). 1990–2004 Mitglied des Thüringer Landtags. In den 1990er Jahren bis 2011 auch kommunalpolitischer Mandatsträger.

211 Kurt Weyh (* 29. 9. 1952 Tannroda/Ilm), Dipl.-Ing., SPD-Politiker. 1990–1999 Mitglied des Thüringer Landtags. In den 1990er Jahren und darüber hinaus selbständiger Unternehmer und Kommunalpolitiker.

212 Martina Heppt, Verwaltungsjuristin, Rechtsanwältin. In den 1990er Jahren als Juristin in der Landesverwaltung von Thüringen, 1999 Staatssekretärin im Wissenschaftsministerium. Sodann Rechtsanwältin und zudem Steuerberaterin, zunächst in Erfurt; seit 2006 Mitgesellschafterin einer Anwaltskanzlei in Dresden.

Wählerzahlen ergibt sich das nicht so ohne Weiteres, aber auszuschließen ist es keineswegs.

Von der SPD gingen wir in den Hopfenberg, wo die CDU feierte. Und dieser Begriff stimmt, wen sollte es wundern. Freibier und Bratwurst für alle. Na ja. ... Etwas störend waren sie schon, all die aufgeblasenen Gestalten, Dutzende von Möchtegernministern und -staatssekretären. Sprach einen kurzen Moment mit Gnauck²¹³, dem Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, der von Vogel in das Wahlkampfteam der CDU aufgenommen worden war und als potenzieller Innenminister gehandelt wurde. Er bestätigte mir, dass er dies anstrebe und auch für realistisch halte. Heute in den Zeitungen wird behauptet, er sei auch möglicherweise als Justizminister oder Staatsminister in der Staatskanzlei vorgesehen. Wie auch immer, ob Vogel Krapp abschießen, abschieben oder hochloben will, habe ich bislang noch nicht herausfinden können. Sah ihn gestern nur flüchtig, doch er telefonierte und hatte die Augen nach innen gewendet. Werde ihn wegen der Wahlwette anrufen oder auch nicht, zumal ich gewonnen habe. Aber schlecht wäre es schon, da er mir irgendwie als verlässlicher Ansprechpartner in der Staatskanzlei erschienen ist. So etwas kann nie schaden, zumal meine Erfahrungen mit den hiesigen Innenministern nicht als durchgehend beglückend gelten können. Nun wird der jetzige verschwinden und eine neue Garnitur, diesmal von der CDU, wird das Sagen haben. Einen Moment wird unsicher sein, ob nicht irgendein verdienter Mensch auf einen hochdotierten Posten geschoben werden muss, der dann im Notfall meiner sein kann. ...

Vom Hopfenberg dann in die Eislebener Straße zur PDS. Da stand im Innenhof ein Zelt von gewaltigen Dimensionen mit hochgeklappten Seiten, so wie eine Auto-Scooter-Arena. Darinnen bzw. an den Rändern gegen hundert Personen. Alles eher in einem bescheidenen DDR-Charme. Natürlich trotz Mandatsgewinnen der Traum ausgeträumt von der Regierungsbeteiligung, ausgeträumt der Traum von der flächendeckenden Regierungsmitverantwortung in der ehemaligen

213 Jürgen Gnauck (* 27. 3. 1958 Trier), Rechtsanwalt, CDU-Politiker. Nach dem 2. Juristischen Staatsexamen 1988 Anstellung beim Städte- und Gemeindebund Rheinland-Pfalz, 1990 nach Thüringen abgeordnet. 1991–1999 Geschäftsführer des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes. 1999–2003 Minister in der Staatskanzlei. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes. Sodann Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Energiekonzerns EON.

DDR, für deren Bevölkerung die PDS der Interessenwahrer zu sein vorgibt. In Sachsen-Anhalt begann es mit der Duldung der SPD, was schon in der zweiten Legislaturperiode so praktiziert wird. Die Steigerung war dann die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, die letzten Herbst zustande kam, als die dortige CDU in den Strudel der Bundestagswahl geriet. In Brandenburg, letztes Wochenende nach dem Absturz der SPD, ist eine Koalition nach wie vor rechnerisch möglich, allerdings hat sich der Landesausschuss der SPD wohl mit deutlicher Mehrheit am Freitagabend für Koalitionsgespräche mit der CDU ausgesprochen. Diese Deutlichkeit überrascht, nachdem sich Frau Hildebrandt, das angebliche „Gewissen des Ostens“, klar für die PDS ausgesprochen hat und auch Stolpe alles zuzutrauen ist, was dem persönlichen Machterhalt bequem ist. Dann also sollte Thüringen kommen. Diese Seifenblase ist gestern Abend geplatzt.

Aus und vorbei. Das „Wahlvolk“ hat gesprochen; auch, ohne es zu ahnen, über mein weiteres Schicksal. Was für ein merkwürdiger Vorgang, wenn man das Gewicht der eigenen Stimme bedenkt. Für sich betrachtet, ist sie nichts. Frei nach Elias Canetti: Auf die Masse kommt es an. Spätnachts mache ich im Kreise anderer Wähler zynische Witze über die unterschiedlichen Voraussetzungen, die nötig sind, um ein Segelboot und das Staatsschiff steuern zu können.

Ende der Fahnenstange Wie sich eine Alleinregierung etabliert

Die letzten acht Monate meines Dienstes als Verfassungsschutzchef in Thüringen sind schnell beschrieben. Sie waren wie ein Déjà-vu der Anfangszeit. Der warme Atem christdemokratischer Doppelmoral wehte mich wieder aus der Nähe an. Ein Minister, der von Tuten und Blasen keine Ahnung hatte, und ein Heer von kleinen Schergen, die den Hofstaat neu bestückten.

Aber es gab auch Unterschiede. In meiner Behörde sammelte sich die CDU-Betriebskampfgruppe, um mich loszuwerden. Kunstvoll hatten sich diese „Kollegen“ bereits ausgerechnet, was mein Rauswurf für wunderbare Aufstiegsmöglichkeiten auslösen würde; einer konnte auf die Stelle des nächsten steigen: einer würde Chef, einer Vize und ein dritter Referatsleiter. „Kamineffekt“ nennt man das im Beamtendeutsch. Ungeniert sprachen sie von „hessischer Lösung“. Dahinter verbarg sich für den Eingeweihten eine Intrige, durch die mein Kollege im Hessischen

Landesamt für Verfassungsschutz, Hartmut Ferse²¹⁴, im Frühjahr 1999 nach der dortigen, für die CDU überraschend gewonnenen Wahl abgeräumt worden war. In meinem Tagebuch liest sich das so:

Freitag, 24. September 1999: Abends auf dem Balkon. Jetzt gegen sechs geht fast die Sonne hinter den gegenüberliegenden Häusern unter.

Der Tag verlief ohne besondere Ereignisse. Einige Telefonate, einige Ärgernisse über den lieben Kollegen H., der wieder einmal nicht anwesend war. Er versucht jetzt, eine große Verschwörung zusammenzubasteln. Hessische Lösung. Ich bin es irgendwie satt, mich mit derartigem Gelumpe herumzürgern.

Was nun kommt, ist eine Kombination von Ereignissen, die alle einzeln genommen nicht viel wert sind. Da ist das Disziplinarverfahren, das ich gegen den Beamten H. einleite, der nur noch sporadisch im Dienst erscheint, weil ihm die Anreise aus Westdeutschland zu mühsam wird, der aber die angebliche Anwesenheit in Thüringen weiterhin munter und auch gleich mehrfach abrechnet; so jedenfalls lautet der Verdacht, den mir der Ermittlungsführer Frank Ebert von der Landesadvokatur vorträgt. Der Delinquent versucht dann, verständlich genug, seinen Kopf zu retten, indem er den neuen Innenminister darauf hinweist, dass der Amtschef unfähig ist. Kurz darauf werden wie von Geisterhand Operationen und Quellen des Amtes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus öffentlich verbrannt. Die stets dankbare Sensationspresse greift das auf. Es sind dieselben Experten, die Jahre später, als das Desaster der Bombenbauer von Jena offenbar wird, behaupten werden, das Amt habe nichts Gescheites unternommen, um die Leute dingfest zu machen. Ihren eigenen Anteil hieran vergessen sie diskret.

Gut, ich will nicht verschweigen, dass sich nicht alle Journalisten an diesem miesen Spiel beteiligen. In der „Thüringer Allgemeinen“ erscheint ein Artikel über meinen Mitarbeiter, nachdem er sich dort wohl ohne Erfolg angedient hat. Der Artikel ist ironisch mit „Der Halbtagsagent“ überschrieben.

Um dieses Loch zu stopfen, tue ich, was üblich ist: Ich werfe den mutmaßlichen Geheimnisverräter aus dem Amt und erstatte Strafanzeige gegen ihn. Der zuständige Leitende Staatsanwalt trifft sich mit mir und verspricht, unverzüglich exekutiv einzuschreiten. Tage später ver-

214 Hartmut Ferse, Verwaltungsjurist. 1983–April 1999 Direktor des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz, vorübergehend in den einstweiligen Ruhestand versetzt, sodann Oberstaatsanwalt bei der Staatsadvokatur in Wiesbaden.

gisst er die guten Vorsätze, denn mittlerweile bin ich selbst entlassen. Elegant vollzieht er seine Wende. Aufgebrachten Kollegen aus dem Amt erklärt er mit hochwichtiger Miene, es läge keine Anzeige vor. Als sie ihm die Durchschrift zeigen, tippt er mit spitzem Finger auf den Betreff des Schreibens und sagt: „Hier fehlt das Wort Anzeige.“ Als es einer von ihnen reinschreibt, ignoriert er das vornehm. In einem Rechtsstaat würde man wohl von Strafvereitelung im Amt sprechen, doch wir sind hier in Thüringen.

Wie ich schon sagte: Das alles wären überschaubare Wellen, doch auch in der Landesregierung sind die Ereignisse fortgeschritten. Die neue alte Riege spielt das Spiel: Wir haben jetzt allein das Sagen. Da müssen nicht nur die üblichen Verdächtigen aus den Leitungsbüros und Pressestellen weichen, sondern jetzt geht es ans Eingemachte. Dabei fängt es wie gewohnt eher harmlos an:

Dienstag, 5. Oktober 1999: Spätabends am Esstisch. Ein seltsamer Tag liegt hinter mir. Vormittags die völlig entbehrliche Behördenleiterbesprechung. Anschließend Geplauder über beliebige dienstliche Dinge und Personalien, die mich noch nie sonderlich interessiert haben: Der neue Innenminister schart seinen Hofstab um sich, wie zu erwarten, alles Außenstehende und Laien zugleich. Das lässt wenig Professionelles für die Bestellung eines Staatssekretärs erwarten.

Und weiter:

Sonntag, 14. November 1999: ... Freitagmorgen stellte Köckert im Innenministerium den neuen Innenstaatssekretär vor. Das ist Manfred Speck²¹⁵, der bis zum vorigen Jahr Abteilungsleiter für innenpolitische Grundsatzfragen im BMI war. ... Flüchtig kennen gelernt hatte ich ihn, glaube ich, mal 1990, als ich im Herbst im Kanzleramt herumstolperte; er war, wenn ich mich recht erinnere, Büroleiter von Seiters.²¹⁶

215 Manfred Speck (* 10. 4. 1946 Neuss), Verwaltungsbeamter, Verbandsfunktionär. Ende der 1980er Jahre Leiter des Ministerbüros von Kanzleramtschef Rudolf Seiters im Bundeskanzleramt. 1991–1998 Leiter der Abteilung Innenpolitische Grundsatzfragen im BMI. Nach der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand für wenige Wochen 1999/2000 Staatssekretär im Thüringer Innenministerium. Sodann Sportfunktionär.

216 Rudolf Seiters (* 13. 10. 1937 Osnabrück), Jurist, CDU-Politiker. 1958 Eintritt in die CDU. 1968 nach dem 2. Juristischen Staatsexamen Eintritt in die Landesverwaltung von Niedersachsen. 1969–2002 Mitglied des Bundestages, zugleich April 1989–November 1991 Chef des Bundeskanzleramts, November 1991–Juli 1993 Bundesminister des Innern (in dieser Zeit mein Vorgesetzter). Ab 2002 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes.

Summa summarum also eine ganz hübsche Karriere. Köckert deutete mehr als nur an, dass die Auswahl ein Kompromiss zwischen Vogel und ihm sei. ...

Freitagmorgen auch die Entscheidung von Köckert, ca. 30 Führungspositionen der Polizei umzubesetzen, was am Montag in Kraft treten soll. Mittags sollte bereits alles nicht mehr wahr sein.

Es mag für den ungeübten Leser harmlos klingen, doch es ist in der polizeilichen Praxis ein Sicherheits-Gau. Was am 15. November 1999 beginnt und in den nächsten Monaten fortgesetzt wird, ist die bis zum Umfallen betriebene Umbesetzung der polizeilichen Führungsstellen. Das beginnt im Ministerium: Der Staatssekretär alsbald wieder abgeräumt. Der Polizeiabteilungsleiter in den Eisbärenkeller versetzt und durch einen Mann aus dem BMI ersetzt, Klaus-Jürgen Reimer.²¹⁷ Der wird bald zwangsweise ins Statistische Landesamt strafversetzt; als er verstirbt, wird die Stelle vorübergehend unbesetzt gelassen. Der polizeiliche Einsatzleiter Göbel wird weggesetzt, er gehört angeblich der falschen Partei an; er wird durch einen Berufsanfänger ersetzt – ein abenteuerliches Tun für diese zentrale Schaltstelle des polizeilichen Handelns. Weitere Referatsleiter aus der Polizeiabteilung werden abgeschoben. Der Leiter des LKA abserviert; ein Nachfolger aus Bayern geholt und alsbald abserviert. Die Leiter der Polizeidirektionen weggesetzt, abserviert oder beurlaubt. Weitere Führungsfunktionen umbesetzt oder unbesetzt gelassen. In der Polizei herrscht das nackte Chaos. So geraten selbst kleinste Polizeilagen zum Desaster. Von der geordneten Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz ganz zu schweigen. Ich merke, wie ich immer weniger bereit bin, mich diesem Regime



Kein Staatssekretär, nirgends – oder: Kurzstreckler und Schwergewicht. Der neue Innenstaatssekretär Manfred Speck (links) erscheint nur sporadisch auf der Erfurter Bildfläche und wird dann durch eine CDU-Seilschaft weggemobbt. Der Mann rechts neben ihm ist der Boxer Henry Maske, auf den ich hier nicht verzichten wollte. Wenigstens er ist ein Profi.

²¹⁷ Klaus-Jürgen Reimer (?1947–?22. 5. 2002 Erfurt), Verwaltungsjurist, zuletzt Ministerialdirigent. In den 1980er Jahren Referent im Bundesinnenministerium, sodann daselbst Referatsleiter in der Polizeiabteilung. April 2000 Versetzung nach Thüringen und Ernennung zum Polizeiabteilungsleiter im Innenministerium. Ins Landesamt für Statistik abgeordnet, dort verstorben.

gutwillig zu beugen. Kurz darauf werden die ZEX (vgl. S. 217) aus meinem Amt entfernt und das Amt selbst aus der Fachaufsicht der Polizeiabteilung. Ich kommentiere das in meinem Tagebuch mit nur einem Satz: „Wer kommt nur auf solche Ideen?“ Im Übrigen notiere ich schwer frustriert:

Freitag, 7. Januar 2000: Eine ätzende Woche, eine Arbeitswoche liegt hinter mir. Einige wenige Eindrücke werden bleiben. An ein Hineindämmern ins neue Jahr. Sowas hat es in meinem Leben noch nicht gegeben.

Und dann also wieder die Normalität. Sie sieht so aus, dass fast alle Mitarbeiter in Urlaub oder krank sind, sodass das Amt ganz still daliegt. Versuche jetzt mit Gewalt, den Fall H. abzuräumen. Ob das gut geht? Ich bezweifle es fast. Aber ich habe das Gefühl, keine andere Wahl zu haben. Ob es wirklich so ist, weiß ich nicht genau. Ich merke jetzt oft, wie gleichgültig mir alles ist. Ich habe keine Lust mehr, mich für diese Leute abzuquälen, mir den Tag vermiesen zu lassen, sodass ich abends fix und fertig bin.

In den wenigen freien Tagen habe ich wieder Leute herumlaufen sehen, die den Eindruck machten, den Tag mit freiem Herumlaufen zu verbringen. Das geht also auch. Welchem Ziel strebe ich noch nach und warum quäle ich mich so schandbar? Ich könnte morgens im Bett liegenbleiben, irgendwann aufstehen, mir Tee machen und ein gutes Buch lesen. Ich könnte mich wieder aufs Schreiben konzentrieren oder es auch bleiben lassen – ganz nach Belieben. Stattdessen muss ich mich mit Gelichter befassen, die Farbbeutel auf das Innenministerium werfen und später eine Brandflasche. Nix passiert, aber alles in heller Aufregung. Wieder einmal wird mir klar, wie dürftig unsere Kenntnisse über die einschlägige Szene sind. Führte Mittwoch ein Gespräch mit [dem Mitarbeiter] B[...], wo sich wieder bestätigte, dass die einschlägigen Vorgesetzten [es folgen die Namen] alles Denkbare unternehmen, um nichts zu unternehmen. „Wir müssen mal abwarten“ ist die Standardformulierung von allen beiden. Ich kann es nicht mehr hören und bemerke, wie ich nur mühsam aggressive Anwandlungen unterdrücken kann. Aber das hilft nichts. Ärgerlich ist, dass der neue Minister mich zu Fernsehstatements „vors Loch“ schickt. Man nimmt die Chaoten einfach zu wichtig und dann muss ich auch noch mein Gesicht vorzeigen. Gut für mich ist das mit Sicherheit nicht.

Der Abstand zwischen Minister und Amtschef wird fast unüberbrückbar. Für mich ist es nicht mehr zu übersehen und für ihn kein Erfolg:

Samstag, 4. März 2000: ... Letzte Woche dann wieder die öden Angriffe aus Presse, Politik und Gewerkschaften wegen der am vergangenen Samstag in Erfurt abgelaufenen Nazi-Demonstration. Was soll's. Ich bemerke, dass der Abstand zum neuen Innenminister immer größer wird. Freitag hat er öffentlich sein Extremismusbekämpfungskonzept erläutert, ohne mich zu beteiligen. Das ist nicht weiter tragisch, nur zeigt es, dass er mich da heraushalten zu können glaubt. Im Ergebnis war gestern Nachmittag nichts Besonderes im Radio zu hören. Im Gegenteil: Statt Köckert tönte gestern der Experte Fromm im Radio herum.

Und weiter:

Mittwoch, 21. März 2000: Abends am Esstisch. Ziemlich k.o. und ärgerlich. Böser Tag mit üblem Auftritt beim Innenminister Köckert. Was für ein seltsames Nicht-Verhältnis mit diesem unklaren Mann. Vielleicht ist es auch nur die Enttäuschung, weil der Start irgendwie etwas Besseres versprach. Ich sehe ihn noch kurz nach seiner Ernennung auf dem Thüringentag im Oktober vor mir. Da war er erfreut und entspannt; mittlerweile kenne ich ihn nur noch in Eile, in Papieren blättern, nachdem er mir Fragen gestellt hat. Heute habe ich, besonders langsam sprechend, irgendwelchen Unsinn formuliert, der mir gerade durch den Kopf ging. Er kriegte es nicht mit.

Dieser Mann folgt Einflüsterungen. Das muss ein schwieriges Geschäft sein, so ganz ohne Ahnung auf Einflüsterer angewiesen zu sein. Heute macht er mir Vorhaltungen, der Ministerpräsident habe ihn angegangen, weil dieser ausgerechnet von Frank Spieth, dem DGB-Vorsitzenden, angesprochen worden sei. Natürlich ging es in übelster Form gegen mich zu Felde.

Erstaunlich finde ich aus meiner heutigen Sicht, dass ich mich in meinen Notaten nicht drastischer über den neuen Minister geäußert habe, über seine Laienhaftigkeit und die Anmaßung, Vorgänge zu würdigen, die in seiner Predigerausbildung mit Sicherheit nicht vorgekommen waren. Nur ein einziges Mal gewann der Zorn die Oberhand über meinen Verstand, als ich an meinem endgültigen Entlassungstag, nach dem Grund

gefragt, antwortete, ein Bundesligaspieler hätte in dieser Kreisklassenmannschaft nur gestört.

Noch aber bin ich im Dienst. Neu und ärgerlich ist für mich, dass dieser CDU-Mann Bündnisse mit Leuten schmiedet, die früher nicht mal bis an die Schwelle des Büros gekommen wären.

In diesem Durcheinander wirkt es beinahe wie ein Befreiungsschlag, als ich in einen Verkehrsunfall verwickelt werde. Ich fliege vom Rad und muss ins Krankenhaus transportiert werden. Nur mühsam gewinne ich wieder einen klaren Blick und setze mich mit einem zugeschwollenen Auge und verquollenem Kiefer, der das Sprechen verhindert, auf einen vierzehntägigen Genesungsurlaub nach Italien ab. Mein buntscheckiges Gesicht und die Augenklappe wirken in Palermo auf spezielle Weise: Ehrfürchtig öffnen mir junge Männer die Ladentüren.

Dienstag, 25. April 2000: Nachmittags auf dem Hotelbett. Es ist der Tag der Befreiung; diese Erkenntnis verdanke ich einem freundlichen Italiener, der mich vor der Haustür ansprach; einfach, um ein wenig zu schwatzen.

Doch die Freude währt nur kurz. Ich werde nach Erfurt zurückbeordert, weil irgendein junger Nazi eine Brandflasche auf die Synagoge geschleudert hat. Angestiftet durch meinen Vertreter hat sich der neue Minister aus dem Fenster gelehnt und Linkschaoten für den Anschlag verantwortlich gemacht. Ich greife mir an den immer noch schmerzenden Kopf. Die Wahrheit zeigt sich bereits nach zwei Tagen. Es waren Nazis. Ich notiere resigniert:

Mittwoch, 3. Mai 2000: Abends auf dem Balkon. Ein ganz beknackter Tag liegt hinter mir. Nachmittags erst G10-Kommission²¹⁸, dann Landtagsdebatte zur Verurteilung des Anschlags auf die jüdische Synagoge in Erfurt. Großes Gerede um die Einigkeit aller Demokraten. Hinterher noch Vorwürfe von Köckert einkassiert, dass ich das Amt nicht aus den Schlagzeilen bringe.

Ich nehme diese Dinge nur noch stoisch zur Kenntnis. Ein Minister, der ernsthaft glaubt, dass ein Brandanschlag auf eine Synagoge mit Vorwürfen an den Verfassungsschutzchef, der sich mehr als tausend Kilometer entfernt aufhält, politisch bearbeitet werden kann, hat seine Loyalität aufgekündigt. Es sucht nur noch nach dem Entlassungsgrund.

²¹⁸ G10-Kommission = Landtagsgremium, das über Abhörmaßnahmen des Amtes Beschluss fasst.

Freudlos notiere ich, dass es sich im Übrigen fast ausschließlich um Auseinandersetzungen innerhalb der CDU handelt, die auf Kosten des Landes und ohne jede Rücksicht auf dessen Sicherheit ausgetragen werden. Spitzenbeamte werden zu Schachfiguren in diesem abgekarteten Spiel. Wieder einmal ist es der Abgeordnete Böck, der mir die Dinge, vielleicht ohne es mit dieser Zielrichtung zu wollen, nahebringt. Ich notiere:

Donnerstag, 11. Mai 2000: Abends auf dem Balkon. Noch immer habe ich mich nicht daran gewöhnt, die Jahreszahl mit einer 20 zu beginnen. Bin mal gespannt, wann es der Fall sein wird. Jetzt, wo ich das aufschreibe, weiß ich zugleich, dass dies, wenn es denn irgendwann einmal Routine geworden ist, von mir nicht mehr bemerkt werden wird, weil es dann Routine ist. Das sind seltsame Gedanken.

Der Tag wurde wieder sehr warm, was vor allem für die Zeit ab Mittag in meinem Büro gilt. Schon vormittags fielen mir einmal kurz die Augen zu, als ich versuchte, mich auf ein Buch der Landeszentrale für politische Bildung zu konzentrieren, was sich mit dem sperrigen Thema des Antifaschismus auseinandersetzt. ...

Gestern unsinniger Tag. ... Ab mittags dann G10 und PKK bei mir im Amt. Köckert trudelte auch irgendwann ein, beklagte sich hinterher bei mir, dass dies die einzige nachgeordnete Behörde sei, in die er nicht ohne Weiteres hineinkäme. Irgendwie war er ärgerlich, musste aber selber darüber lachen.

Einige interessante Gespräche mit Böck, der wirklich der einzige denkende Mensch in dieser Runde ist und die Besichtigung des Amtes höchst überflüssig fand – man kann es begreifen. Er machte höchst abfällige Bemerkungen über Vogel, dem er unterstellte, dass die schlechte Presse über Köckert von diesem veranlasst werde, und äußerte sich in diesem Zusammenhang mehr als abfällig über H[...], den Chefredakteur der TLZ; einem [...]Blatt, das noch nicht einmal eine Auflage von 40 000 Stück erreicht, wie er sagte. Mag sein, dass er recht hat.

Warum ich trotzdem in genau diesen Tagen zum letzten Rundschlag gegen die abgetauchten Bombenbauer von Jena aushole und mir Nächte und Wochenenden um die Ohren haue, mögen die Götter wissen.

Schild und Schwert der Partei

Wie ich zum Chef eines Parteigeheimdienstes umfunktioniert werden soll

Das Ministerium für Staatssicherheit war „Schild und Schwert der Partei“. Sein Wappen bringt es zum Ausdruck und die Tschekisten sind stolz darauf. Sie handeln parteilich. Sie dienen nicht ihrem Volk, sondern der Partei der Arbeiterklasse, der SED. Als ich den Ausdruck „parteilich“ in der DDR zum ersten Mal mitbekomme, glaube ich zunächst an einen Hörfehler. Doch es stimmt. Parteilich heißt das Wort und es hat dortzulande keinerlei Unwert. Im Westen spricht man von parteiisch und alles rümpft die Nase.

Nun bin ich im Jahre 2000 seit vielen Jahren im Staatsdienst, über sechs davon als Chef einer Verfassungsschutzbehörde. In dieser Zeit habe ich einige Situationen erlebt, in denen mir Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Handelns kamen, in anderen Fällen musste ich solches Handeln ausdrücklich untersuchen. Meist war es keine Freude. Oft habe ich Personalentscheidungen erlebt, die sozusagen das Parteibuch auf der Stirn trugen, doch niemals Weisungen, eine ganze Behörde in den Parteibetrieb einzuspannen. Am 17. Mai 2000 lerne ich dazu. Ich notiere ins Tagebuch:

Mittwoch, 17. Mai 2000: Abends am Esstisch. Soeben aus dem Landtag zurück, ... Traf mit [Innenminister] Köckert zusammen, der mir irgendeinen abwegigen Namensauftrag mit angeblichem MfS-Hintergrund erteilte. Mein Anliegen war es hingegen, das Gespräch mit dem Intriganten H[...]²¹⁹ von der TLZ zu erörtern. Er reagierte wie gewohnt, praktisch gar nicht.

Was hier kurz und bündig und in aller Unschuld protokolliert wird, sollte sich bald zum wirklichen Skandal neben all den Skandalchen, die ich erlebt habe, auswachsen. Nebenbei ist es wohl der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Alles was später noch kommt, ist lediglich vorgeschoben.

219 Hans H[...] (1948-), Journalist. Seit 1991 Chefredakteur der Thüringischen Landeszeitung, einem Blatt, das dem WAZ-Konzern gehört. Auffällig karg sind die weitergehenden Lebenslaufangaben zu H. in der verlagsoffiziellen Vita des WAZ-Konzerns; diskret sind insofern auch die Angaben in den mir vorliegenden Büchern „Villen in Weimar“, für die H. als Herausgeber firmiert.

Es handelte sich um zwei Namen, die Köckert mir zur Überprüfung weiterreicht: Schneider²²⁰ und Peikow²²¹. Er schreibt sie, da ich im Krach der Landtagskantine den Namen Peikow nicht verstehe, auf einen Notizzettel: „Schneider Peiko“. Dass es sich hierbei um zwei Politiker im Kommunalwahlkampf der Stadt Blankenhain handelt, ahne ich zu diesem Zeitpunkt nicht. Den Vorgang der Auftragserteilung fixiere ich am folgenden Morgen in einem Aktenvermerk und leite den Auftrag im Amt weiter.²²² Nach kurzer Frist werde ich von den Mitarbeitern Koch und Braunschweig in meinem Dienstzimmer aufgesucht und darüber informiert, dass Braunschweig den Vorgang bereits kennt, weil er von einem örtlichen CDU-Funktionär, mit dem er bekannt ist, auf diese Leute angesprochen wurde; es handle sich hier vermutlich um eine illegale Wahlkampfaktion der örtlichen CDU. Ohne zu zögern, greife ich zum Telefon und es kommt zu einer scharfen telefonischen Auseinandersetzung mit Innenminister Köckert, die ich in meinen Terminkalender eintrage.

Er bestreitet den Vorgang später vor einem Untersuchungsausschuss. Zunächst sagt er, dass er sich am 17. Mai 2000 nicht mit mir in der Landtagskantine getroffen habe.²²³ Weil andere uns gesehen haben, lässt er das später fallen. Nunmehr bestreitet er die Auftragserteilung. Doch die punktgenaue Befragung des Nachrichtendienstlichen Informationssystems (NADIS) lässt kaum einen Zweifel zu. Jetzt bestreitet er, mit mir am Folgetag telefoniert zu haben. Als dummerweise ein Telefonprotokoll der Telefonanlage des Amtes mit den einschlägigen Telefonnummern und der einschlägigen Zeit auftaucht, bestreitet er das Thema. Es könnte ja auch irgendjemand im Büro des Ministers mit irgendjemandem im Büro des Präsidenten telefoniert haben – folgert der Untersuchungsausschuss.

Der Untersuchungsausschuss lässt mit seiner CDU-Mehrheit nichts unversucht, die Ermittlung der Abläufe durch Abstimmungen zu ver-

220 Eckard Schneider, Lokalpolitiker. In den 1990er Jahren (mit einer Unterbrechung) bis heute Mitglied des Stadtrats von Blankenhain. Seit 1994 Bürgermeister. Schneider wird, nachdem er im Mai 2000 die Wahl gegen den CDU-Herausforderer haushoch gewinnt, wegen angeblicher disziplinarer Verfehlungen vom Dienst suspendiert und auf diese Weise an der Ausübung der Dienstgeschäfte in der folgenden Wahlperiode bis 2006 gehindert. Eine disziplinäre Anschuldungsschrift wird erst 2009 an das Verwaltungsgericht übersandt.

221 Roland Peikow, Lehrer, Kommunalpolitiker. In den 1990er Jahren bis heute Mitglied des Stadtrats von Blankenhain für die Unabhängige Wählerinitiative, Ende der 1990er Jahre zugleich ehrenamtlicher Beigeordneter. Schulleiter der Regelschule von Blankenhain.

222 Eine schwer lesbare Kopie davon ist vermutlich abgebildet in: TA vom 24. 8. 2001, S. 3.

223 TA vom 31. 8. 2001, S. 1, 3.

hindern.²²⁴ Als ich zu dessen Vorsitzenden Böck sage, hier gelte offensichtlich der Grundsatz „Mehrheit vor Wahrheit“ überhört er das. Oder deuten seine Lachfalten in eine andere Richtung? Jedenfalls finde ich hinterher nichts von dieser giftigen Bemerkung im Wortprotokoll. Muss ja auch nicht.

Und so geht die Sache erwartungsgemäß aus wie das Hornberger Schießen. Mit einer Einschränkung: Die Staatsanwaltschaft eröffnet ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen mich „wegen Falschaussage vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss“. Irgendwann stellt sie die Sache, diesmal ohne Pressemitteilung, ein, und zwar nach § 70 Absatz 2 der Strafprozessordnung: Der gegen mich erhobene Vorwurf der Falschaussage war unzutreffend. Dann müsste nach den Gesetzen der Logik ein anderer gelogen haben. Also ein Strafverfahren gegen einen Lügner? Davon ist mir nichts bekannt.

Jahre gehen ins Land. Im Januar 2012 wird ein einschlägiges Besprechungsprotokoll zwischen Köckert und mir bei einer Durchsuchung seines Hauses gefunden. Angeblich hat ja der Versuch, die beiden Lokalpolitiker im Wahlkampf zu beschädigen, nie stattgefunden. Vermutlich habe ich das erfunden, alle mir verfügbaren Unterlagen gefälscht, technische Einrichtungen, auf die ich keinen Zugriff hatte, manipuliert und mutwillig einen integeren Mann in die Pfanne gehauen.

Dennoch: Dieser integere Mann verliert im Herbst 2002 tatsächlich sein Ministeramt. Er sagt im Landtag den denkwürdigen Satz: „Hiermit trete ich vom Amt des Innenministeriums zurück.“ Meine Schuld? So unken die Parteistrategen. Doch sie haben wie üblich Unrecht. Der ehrliche Mann hat sich selbst abgeschossen. Wieder ist es eine Aktion mit Hilfe des Verfassungsschutzes, dem ich zu diesem Zeitpunkt schon seit über einem Jahr nicht mehr angehöre.

Diese Aktion spielte sich wie folgt ab: Bei den parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Akrobatenkunststücke des Innenministers steht die Anhörung des Amtsvorgängers auf dem Terminplan.²²⁵ Da wird mit gutem Grund Unrat erwartet. Doch wie von Zauberhand taucht am Vorabend von dessen Anhörung bei der Zeitung „Freies Wort“ eine Daten-CD auf, aus der die Behauptung destilliert wird, Amtsvorgänger Dewes habe mit meiner Unterstützung während unserer gemeinsamen Amtszeit Bürgerinitiativen ausspähen lassen.²²⁶ Das wäre, wenn es so wäre, in der Tat skandalös. Aber es ist eine Lüge, die sich aus den übli-

224 Untersuchungsausschuss 3/3 des Thüringer Landtags, Beschluss vom 6. 9. 2001, Drucksache 3/1801: Einsatz des Landesamtes für Verfassungsschutz zur Informationsgewinnung über Kandidatinnen und Kandidaten für Kommunalwahlen durch den Thüringer Innenminister.

225 DDP vom 6. 2. 2006 mit Interviewäußerung von Richard Dewes.

226 TA vom 15. 6. 2001, S. 1.

chen Elementen speist. Tatsächlich handelt es sich um einen Bericht des Amtes, der den Versuch bestimmter Extremisten, die eine Bürgerinitiative zu unterwandern trachteten, zum Gegenstand hat, womit sich diese Extremisten ein legales Dach schaffen wollten; mit anderen Worten: es handelt sich hier um einen Routinevorgang.

Doch an Fakten ist wie üblich niemand interessiert – auch nicht die SPD, die vor allem in ihren internen Querelen nach der verlorenen Wahl gefangen ist. Erst allmählich fragt sich der eine oder andere, wie denn das „Freie Wort“ überhaupt an die Daten-CD gekommen ist. Schnell ist das Gerücht geboren: der R. war's. Es wird pflichtschuldigst nachgebetet. Also es muss wohl wie folgt gelaufen sein: Als ich höre, ich halte mich übrigens in dieser Zeit in Italien auf, dass der frühere Innenminister vor einen Ausschuss in Thüringen geladen werden soll, wo er über seinen Amtsnachfolger, der mich entlassen hat, etwas Negatives zu sagen beabsichtigt, beschließe ich, das zu verhindern, eile mit einer Sondermaschine der Flugbereitschaft der Bundeswehr von Catania ins nachtschlafende Erfurt, dringe ins friedlich ruhende Landesamt ein, öffne mit einem mir unbekanntem Code den Zugang zum Zentralserver, verschaffe mir die zweite, diesmal berechtigte Person, die notwendig ist, um Datenmengen dieses Servers auf eine CD zu ziehen, hinterlasse auf diese Art untilgbare Spuren in der Rechenanlage des Amtes, nehme anschließend die Kopie in meine behandschuhte Rechte und stecke sie beim Korrespondenten des „Freien Wortes“ in den Briefkasten.

Der Leser winkt ab und lacht, er sagt, ich möge diesen Bären einem anderen aufbinden. Da hat er die Rechnung ohne die thüringische Landesregierung und die von ihr angeleitete Staatsanwaltschaft gemacht. Denn natürlich wird genau dieser Verdacht öffentlich ausgestreut. Der Minister Köckert behauptet es noch am Tage seines Rücktritts und die Staatsanwälte Heinz und Lehmann befragen mich in einer Weise, die mich annehmen lässt, dass sie mir diese Sache mit aller Gewalt unterjubeln wollen. Dabei ist der Kreis der Beteiligten für diesen skandalösen Datenklau klein. Zwei Mitarbeiter des Amtes erhalten die Weisung aus dem Innenministerium, die Daten zu beschaffen, die Daten-CD geht ins Ministerbüro und von dort an die Presse. Der Pressesprecher Andreas Kamroth wird angeklagt und freigesprochen.²²⁷ Ihm ist nicht mit Sicherheit nachzuweisen, dass er die CD transportiert hat. In einem Rechtsstaat würde jetzt der Minister angeklagt; mit einem Freigesprochenen als Zeugen. Nicht so in Thüringen. Der Rechtsstaat ist hier zum Parteistaat geworden.

²²⁷ Osterländer Volkszeitung vom 15. und 16. 2. 2006, Ostthüringer Zeitung vom 15. 2. 2006, TA vom 15. 2. 2006.

Der Leser wird sagen: Gut, das war der Versuch, eine Wahl illegal zu beeinflussen. Ein Einzelfall, dem sich ein Behördenleiter in den Weg stellte. Doch leider bin ich versucht, Vergleiche anzustellen. Zwölf Jahre sind ins Land gegangen. Wieder stehen Bürgermeisterwahlen in Thüringen an. Da durchsucht die Staatsanwaltschaft Erfurt die Amtsräume des Eisenacher Rathauses. Die Vorwürfe klingen diffus, aber nach Unregelmäßigkeiten: Bestechlichkeit und Untreue und andere vage Dinge, die in dem Zusammenhang stets genannt werden.

Doch eines ist bei aller Unklarheit klar: Der Oberbürgermeister ist in der SPD und er verliert in der jetzt folgenden Wahl am Sonntag, dem 6. Mai 2012, sein Amt. Er schafft es nicht einmal bis in die Stichwahl. So weit, so gut. Doch dann geht etwas schief. In der Stichwahl gewinnt nicht, wie allgemein angesagt und in der Presse gehorsam verlautbart, der CDU-Kandidat, sondern die Konkurrentin der Linken. Das ist ein Betriebsunfall, der umso schwerer wiegt, als zum Bestechlichkeitsvorwurf häufig auch ein Bestechender gehört.

Im speziellen Fall soll der ehemalige Innenminister Köckert eine solche Rolle gespielt haben. Also findet bei ihm eine Durchsuchung statt, sozusagen aus paritätischen Gründen. Das stellt sich aus Sicht der Parteistrategen als Fehler heraus, denn es kommt zu einer Panne. Die ermittelnden Polizeibeamten finden bei dieser Gelegenheit nämlich stapelweise Unterlagen aus dem Innenministerium, von der Polizei und dem Verfassungsschutz, und zwar auch Unterlagen, die keinesfalls aus Köckerts Amtszeit als Minister stammen können. Die Staatsanwaltschaft winkt ab, doch die Polizisten bestehen auf dem Fund. So kommt an die Sonne, dass es in der Polizei ein Warnsystem für „verdiente Unionsfreunde“ gibt, von dem mindestens Köckert bereits einmal profitiert hat, als es um eine gegen ihn gerichtete Ermittlungshandlung der Polizei ging. Thüringen, ein Rechtsstaat? Erlaubt ist, was den Unionsfreunden nützlich ist.

Ein zusammenhangloser Einzelfall? Nicht in Thüringen. Bürgermeister anderer Kommunen können ein Lied davon singen, etwa in Gotha, wo es ein SPD-Mann zum ersten Mann im Rathaus gebracht hatte. Die Liste lässt sich fast beliebig verlängern. Zur Not kann man auch anders die Notbremse ziehen. Wie wäre es mit der arbeitsrechtlichen fristlosen Kündigung, um dem Gegenkandidaten, der im öffentlichen Dienst seine Brötchen verdient, die Erwerbsbasis zu entziehen? Gibt's nicht? Doch, es ist so etwas wie eine CDU-Routine. Man forsche einmal im Saale-Holzland-Kreis und in der Stadt Ronneburg nach.²²⁸

228 Zu den entsprechenden Kündigungsfällen vgl. z. B. TA vom 3. 5. 2012.

Der letzte Akt

Wie ich meiner Entlassung entgegenreise

Am 7. Juni 2000 werde ich vom Dienst suspendiert. Ich habe, so lautet die Begründung, zugelassen, dass die Behörde während meiner Dienstzeit einen bekannten Neonazi als V-Mann geführt hat. Eine Suspendierung ist eine beamtenrechtlich relevante Maßnahme, die nur zulässig ist, wenn der Dienstherr die Durchführung eines förmlichen Disziplinarverfahrens vorhat, dass in den auf die Suspendierung folgenden drei Monaten eröffnet werden muss. Soweit das Recht. Es wird, wie ich lernen muss, in Thüringen außer Kraft gesetzt werden.

Selbstverständlich ist es so, dass sich in meiner Erinnerung die Fakten dieser Entlassung vor den Ablauf des Geschehens dieser letzten Wochen meines Dienstes schieben. Manches, ja vieles, was sich in Wirklichkeit abgespielt hat und was ich seinerzeit für wichtig hielt, wird hierdurch beiseite gedrängt. Wenig hilfreich ist auch meine Empörung darüber, dass ich für etwas gemäßregelt werden soll, was man unschwer durch einen Blick in das Verfassungsschutzgesetz klären kann, nämlich den Auftrag der Behörde, die Naziszenarie durch Quellen auszuforschen. All die Biedermänner, die sich jetzt zu Wort melden, reizen mich bis zur Weißglut. Doch am wenigsten Verständnis habe ich für den Schulterchluss, den die etablierte, angeblich konservative Politik, die in Thüringen allein das Sagen hat, mit Leuten sucht und findet, die zu den erbitterten Feinden dieses Staates gehören. Das sind Koalitionen, für die ich nichts als Abscheu empfinde.

Sie widern mich an, diese selbstzufriedenen, selbstgerechten Charaktermasken in diesen Magazinsendungen, die der Bürger durch Zwangsabgaben finanzieren muss. Diese Typen mit dem Biedermanngehebe und den Gesichtern von Leichenbestattern, die nur ein Ziel verfolgen: Leute öffentlich fertig zu machen. Als mir das 1999/2000 zum ersten Mal widerfährt, werde ich aufmerksam. In dem folgenden Jahrzehnt mehren sich die Fälle. Es trifft stets Leute, deren Verbrechen es ist, dass sie eine nicht konforme Meinung äußern. Im November/Dezember 2011 erleide ich dann ein Da capo. Es ist eine Wiederholung der Schlammschlacht von 1999/2000.

Wenn ich die Aufzeichnungen meiner drei letzten Dienstmonate einer kritischen Befragung unterziehe, ergibt sich ein merkwürdig zwiespältiges Bild. Hier schreibt einer, der genau weiß, dass ihn eine Riege, für die er in seinem Ärger nur noch Mafia-Vergleiche findet, über die Klinge springen lassen will, aber noch nicht genau weiß, wann und wie. Hier sind Leute an der politischen Macht, denen das Wohl des Landes völlig gleichgültig ist, weil sie mit ihren internen Intrigen mehr als ausgelastet sind.

Aus dem Spiegel meiner Aufzeichnungen sieht mir einer entgegen, der über die mutwillige Zerstörung der Polizeistrukturen fassungslos ist und der dennoch hofft, sich in Routinen zu retten. Ich versuche, durch Schwerpunktsetzung in der Arbeit dem Frust entgegenzuwirken. Ich biete dem neuen Innenminister an, sich an dieser Schwerpunktsetzung zu beteiligen und sich auf diese Weise in der inneren Sicherheit einen Namen zu machen. Ihn interessiert das nicht. Er blättert in Papieren und hört mir nicht einmal zu, wenn wir uns treffen.

Was ich ihm vorschlage, ist so simpel, dass selbst er es eigentlich verstehen müsste, meine ich. Es ist vergebens. Mein Plan ist nämlich, dass er durch einen plötzlichen Schlag gegen rechts die Diskussion bestimmt. Erstens erwartet das niemand, am wenigsten die Kundschaft selbst, und zweitens würde dies im Frühsommer 2000 einen durchschlagenden Erfolg versprechen.

Die rechtsextreme Szene in Thüringen steckt in der Umstrukturierung. Sie schafft sich legale Arme für ihre illegalen Aktionen. Hierzu dient die Instrumentalisierung der NPD, in die Funktionäre des Thüringer Heimatschutzes einsickern, um sie sodann zu dominieren. Diesen Mob kann man bis zur Funktionsunfähigkeit treffen, nämlich durch ein Vereinsverbot des Thüringer Heimatschutzes, das von einer schlagartigen Polizeiaktion begleitet wird.

Da ich meine Pappenheimer in der Thüringer Innenverwaltung kenne, gebe ich Weisung, das Verbot minutiös vorzubereiten. Stefan Schäfer und seine Truppe machen Überstunden. Wir bereiten Kataloge vor, wonach bei den fälligen Durchsuchungen speziell gesucht werden soll, denn wir wollen vor allem die Kommunikationsstrukturen und die Finanzierung des Mobs treffen. Wir wollen auch endlich herausfinden, ob und wie die Verbindung der abgetauchten Bombenbauer nach Thüringen hinein funktioniert. Im Frühsommer soll die Aktion steigen, alle Vorarbeiten sind auf Seiten des Amtes getroffen.

Fast melancholisch betrachte ich heute die Ergebnisse dieser Tag- und Nachtarbeit und stelle mir einen winzigen Moment vor, dass der Schlag, wie von mir geplant, durchgeführt worden wäre. Wir würden heute über andere Themen diskutieren, aber über eines mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht: Wie die späteren Mordtaten des Trios von Jena hätten verhindert werden können. Die Antwort heißt: Eben so, wie ich es geplant hatte.

Im Frühjahr 2000 versuche ich den Frust über den unfähigen Minister runterzuschlucken. Ich versuche, durch die Hintertür zum Ziel zu gelangen – mit Verbündeten. Die sitzen in der Polizei. Doch dann kommt auch dort die Ernüchterung: Als ich mich mit dem Leiter der Polizeidirektion Jena wie gewohnt treffen will, um mich mit ihm abzustimmen, ist der nicht zu finden. Er ist abgelöst worden. Als ich ihn in Erfurt sehe, sagt

mir Schnaubert, dass man ihn, den 58-Jährigen, mit der hanebüchenden Begründung weggesetzt hat, er müsse erst einmal Erfahrung sammeln. „In zwei Jahren ist für mich Sense“, sagt er ohne das gewohnte Lachen. In Wirklichkeit ist Schnaubert ausgebootet worden, weil ihm ein persönlicher Makel anhaftet: Seine Frau ist in der SPD.

Der wöchentliche Kontakt zum polizeilichen Einsatzleiter reißt ebenfalls plötzlich ab. Wolfgang Göbel ist in der Versenkung verschwunden. Er soll jetzt Erfahrungen im Polizeiverwaltungsamt sammeln. Was mag der äußerst erfahrene Kriminalist dort jetzt machen? Socken zählen? Ich frage ihn nicht. Der Staatssekretär ist nicht mehr zu sprechen, ich erfahre nicht einmal, ob er überhaupt noch im Dienst ist. Keiner weiß das. Der Polizeiabteilungsleiter ist abgelöst; er bildet eine Einmannstabstelle, an die ich Personal abgeben muss. Sein Nachfolger ist der mir seit zwanzig Jahren wohlvertraute Klaus-Jürgen Reimer, der wie ich aus dem Bundesinnenministerium stammt. Er sagt mir nach wenigen Tagen auf



Falsche Nähe: Der Einsatzleiter der Polizei, Wolfgang Göbel (links, hier auf einem Bild mit dem vorhergehenden Innenminister Richard Dewes), wird Anfang 2000 Knall auf Fall abserviert, um einem ungeübten Newcomer und Christ-

demokraten Platz zu machen. Auch LKA-Chef Egon Luthardt (rechtes Bild) muss einem parteipolitisch genehmen Mann weichen. Göbel und Luthardt sind zwei von Dutzenden, die ihren gewohnten Job einbüßen; die Polizeiführung versinkt im Chaos.

seinem Posten, er habe keine Zeit, sich mit Fragen der Extremismusbekämpfung zu befassen. Er komme an den Minister nicht heran, eine Riege von Beratern blockiere dies. „Berater?“, frage ich irritiert, „du bist hier der oberste Polizeiberater.“ Er winkt ab. Ich rate ihm, klare Verhältnisse zu schaffen oder wieder zu verschwinden. Er entscheidet sich fürs Bleiben. Kurze Zeit später wird er zwangsversetzt, und zwar ins Statistische Landesamt. Was für eine entehrende Ohrfeige für diesen Sicherheitsfachmann. Kurz darauf ist er tot. Für Fremdverschulden liege kein Anhalt vor, lässt sich das vorgesetzte Ministerium zitieren. Hatte das eigentlich jemand behauptet?

Als ich versuche, den Minister auf die Chancen des Vorgehens gegen die Rechtsextremen hinzuweisen, hört er nicht einmal zu. Ich soll das erst einmal abstimmen. Aber mit wem? Das verrät er mir nicht. Zurecht, denn es gibt niemanden. Das Thema innere Sicherheit ruht. Es ist durch einen Geisterfahrer aus einem Dorf bei Eisenach aus den Angeln gehoben worden. Noch einmal raffte ich mich auf: Ich schreibe dem Ministerpräsidenten einen Brief. Er wird selbstredend nicht beantwortet. Der Mann sagt zwölf Jahre später, von mir habe er nur Sachen gelesen, die er aus der Presse bereits kannte. Das stand in der Presse? Ist mir gar nicht aufgefallen.

Alles das habe ich über die Jahre verdrängt. Es spielt in meinem Leben keine Rolle mehr. Die Anfeindungen, die meiner Entlassung folgen, haben alles andere überlagert. Es kommt alles erst wieder an die Oberfläche, als ich im November 2011 bezichtigt werde, am Bombentrio von Jena einen maßgeblichen Anteil zu tragen. Durch was auch immer. So genau sagt es keiner. Was für ein infamer Vorwurf.

Wenn ich in den alten Unterlagen blättere, sehe ich, wie Zweifel und sture Überzeugung in mir ringen, dass wir die Typen endlich finden. Ich sehe, wie ich es nicht wahrhaben will, dass diese Leute nicht endlich abgeräumt werden. Es sind Aktionisten, die ich für gefährlich halte. Noch im Mai 2000 laufen im Amt die Bemühungen auf vollen Touren. Ein Schlag aus mehreren Ecken soll es werden: Verbot des Thüringer Heimatschutzes, öffentliche Fahndung und Eindringen in die Familien.

Am 23. Mai 2000 mache ich einen weiteren Versuch, es wird mein letzter sein. Ich lege dem Innenminister eine von Stefan Schäfer und seinen Leuten vorbereitete Aktionsliste vor, in dem minutiös die Personen, die Anschriften und die Finanzierungsquellen genannt sind. Man muss nur noch zugreifen.

Am 7. Juni 2000 ist das vorbei. Ich entnehme den letzten Akt meinem Tagebuch:

Mittwoch, 21. Juni 2000: Morgens im Wohnzimmer. Mehrfach aufgeschoben, wende ich mich jetzt wieder meinen Aufzeichnungen zu. Auch heute Morgen muss ich mich dazu zwingen. Was lange von mir erwartet wurde, ist vorletzte Woche eingetreten: mein Rausschmiss aus dem Amt des Verfassungsschutzchefs.

Die Affäre spitzte sich wie gewohnt zu, nachdem die Denunzianten von „Kennzeichen D“ die Geschichte vom Spitzel D. auf den Markt brachten. Dieser Ball wurde von der Presse begierig aufgenommen. Er wurde, da niemand mehr an Stellungnahmen interessiert war, eine Woche lang gespielt. Federführend war die „Blöd-Zeitung“. In der Nacht

von Dienstag auf Mittwoch, 6. und 7. Juni, ließ ich mir die D.-Akten von [dem Mitarbeiter] Schäfer nach Hause bringen, danach war mir deutlich, wie der Zusammenhang einer eineinhalbjährigen intensiven Informationsbeziehung vom März 96 bis August 97 war. Er brachte in der Zeit einige gute Geschichten, aber auch unheimlich viel Mist, sodass er abgeklemmt wurde. Mittwochabend dann der Roth-F[...] -Film in der üblichen Qualität: Bilder aus Passau vom NPD-Treffen, ein bramarbasierender D., Empörungssätze von Friedman und vom SPD-Vorsitzenden Matschie. Dewes, den man auch hatte bringen wollen, hat den Autoren wohl nichts in ihrem Sinne gesagt, also blieb er weg. Dann ich kurz im Bild mit zwei verstümmelten Sätzen, aufgenommen einmal in Jena im Januar 99 und einmal im ZDF.

Ich sah mir die Sendung nolens volens an, da der neue Staatssekretär angekündigt hatte, mit mir darüber reden zu wollen. Kurz vor zwölf [24 Uhr] rief er an und bestellte mich ins Ministerium; die Aussprache dauerte gut zwei Stunden. Sie war darauf angelegt, mich auf belastende Dinge festzulegen. Da er mir zur Eröffnung des Gesprächs mitteilte, ich solle an der für den kommenden Tag anberaumten Sitzung der PKK nicht teilnehmen, sondern mich „bereithalten“, war für mich klar, dass am nächsten Tag mein dienstliches Ende bevorstand. ...

Am Morgen des 8. Juni (Donnerstag) habe ich dann rein mechanisch gehandelt. Nach einem kurzen Besuch im Amt bin ich dann zu [Staatssekretär] Brügggen vorgeladen worden, der mich zusammen mit [dem Zentralabteilungsleiter des Ministeriums] Gatzweiler in seinem Amtszimmer empfing. Die Herren redeten ziemlich drumherum und konnten sich nicht dazu durchringen, welche dienstliche Maßnahme sie verkünden sollten; sie beließen es dabei, mir mitzuteilen, dass dies eine Anhörung sei. Sie würden allerdings Wert darauf legen, dass ich mich nicht mehr im Haus LfV aufhalten solle.

Als bald kam man auf Abwicklungsfragen zu sprechen. Ich wies noch einmal darauf hin, dass ich die Übertragung der Dienstgeschäfte auf N[...] für problematisch hielte, und begründete dies damit, dass er ... aus eben diesem Grund von mir aus operativen Details rausgehalten worden sei, die ich mit anderen Mitarbeitern unmittelbar erledigt hätte. ... Jedenfalls wurde keinerlei Regelung getroffen, wie mit Quellen sachen in Zukunft zu verfahren sei. Verwunderung rief auch hervor, dass ich darauf bestand, dass meine Beschaf-

fungskasse abgerechnet werde. Sie konnten oder wollten sich nicht vorstellen, dass in meinem Panzerschrank größere Geldsummen lagern könnten. ... Zum Schluss hielt Brüggemich noch mal zurück und sagte mir unter vier Augen, er sei von meiner Professionalität beeindruckt. Was immer das nun heißen sollte; vermutlich wollte er mich nur ruhigstellen.

In der Zwischenzeit verkündete der Minister der Presse meine Ablösung, nachdem er die Sache D. öffentlich verteidigt hatte, was naturgemäß zu gespaltenen Reaktionen führte. Die gesamte Kommunistenpresse, an der Spitze das „Freie Wort“, verbarg ihre Hämee nicht und feierte den Sieg, ebenso die „Blöd-Zeitung“, über die die Ablösung bereits zwei Tage lang verbreitet worden war und die Donnerstagsmorgen ein Interview mit Köckert über den Skandalpräsidenten gebracht hatte.

Nach dem Gespräch mit Brüggem und Gatzweiler fuhr ich ins Amt zurück, wo ich, nunmehr unter der Aufsicht von Stenz, meine Klamotten packe, wenigstens einige davon. Gegen eins gehe ich zum letzten Mal die Treppe herunter, begleitet von einigen, die zur eigens angesetzten Dienstversammlung traben, an der ich nicht mehr teilnehmen werde.

Ich hatte mir in letzter Zeit schon öfter ausgemalt, wie das wohl sein müsste, abgelöst und als Abschaum beim Verlassen des Amtes beargwöhnt zu werden. Ja, so kann es gehen. Um halb zwei bin ich zu Hause und mein Dienst in Thüringen ist beendet. Den Nachmittag verschlafe ich fest.

Notwendiges Nachwort

Warum die Aufklärung gescheitert ist

Am 15. Dezember 2011 stirbt der englische Journalist und Buchautor Christopher Hitchens. Als ich vor Jahren eine Rezension über sein Buch „Der Herr ist kein Hirte“ schreibe, weiß ich über den Autor nicht viel. Ich habe mich, einer alten Gewohnheit folgend, ausschließlich mit dem Text des Buches beschäftigt. Ich schreibe:

Das Buch ist eine Philippika gegen die Religionen der Gegenwart, vor allem die Eingottreligionen, das Christentum, das Judentum und der Islam. Hitchens Hauptthesen: Die Religionen sind rückschrittlich, weil sie die simpelsten Erkenntnisse der Naturwissenschaften zu leugnen suchen; sie sind menschenverachtend, da sie die Gläubigen zwingen wollen,

ein menschenwürdiges Dasein gegen unwürdige Unterwerfungsrituale einzutauschen; sie sind unerträglich, weil sie widersprüchlich und denkfeindlich sind. Hitchens spürt den jeweiligen Ursprüngen der Religionen nach, zeigt die frechen Fremdanleihen auf, die bei den Kanonisierungen gemacht wurden und nimmt eine vernichtende Musterung der gängigen Gottesbeweise vor. Er knöpft sich die Tabus vor, die nur zu häufig sexuellen Inhalts sind, und zeichnet die extreme Frauenfeindlichkeit der Religionen nach. Hitchens kommt immer wieder zu dem Ergebnis, dass dies alles von Menschen erdacht ist. Von Gottes Herrlichkeit also keine Spur.

Hitchens voraussehbares Sterben wird 2011 monatelang medial begleitet, wie es so schön auf Neudeutsch heißt. Hinter diesem Journalistenschwulst verbirgt sich der Sachverhalt, dass Berufene und Unberufene in einem sich steigerndem Crescendo ihr „Schwöre ab“ in die elektronische Scheinwelt hineingeifern. Er stirbt, ohne dem Atheismus abgeschworen zu haben. Er bleibt dabei: Es gibt keinen Gott und schreibt, dass es hierfür keinen besseren Beweis gebe als den Hass seiner Kritiker.

Wohl wahr, doch was hat das mit mir und meinen autobiografischen Notizen zu tun? Sie handeln nicht von Gott. Warum sollten sie auch? Doch sie handeln von Menschen, die für sich in Anspruch nehmen, an Gott zu glauben, und die diesen Glauben in ihrem Parteinamen mit sich herumführen. Als ich mit dem Jenaer Journalisten und Filmemacher Reyk Seela²²⁹ 1999 über dessen Erfahrungen in seinen ersten Stunden als gerade gewählter Abgeordneter des Thüringer Landtags spreche, wundert der sich, dass er als Erstes in der neu konstituierten Landtagsfraktion nach seiner religiösen Zugehörigkeit befragt wird. Das jedenfalls notiere ich belustigt in mein Tagebuch.

Anderes kommt hinzu. Damit will ich den Leser nicht unnützlich langweilen. Doch dass sich der thüringische CDU-Spitzenmann namens Dieter Althaus nach den über ihn verbreiteten Medienberichten öffentlich Gedanken darüber macht, ob gegen Lehrer einzuschreiten sei, die den Biologieunterricht nicht auf der biblischen Schöpfungsgeschichte aufbauen, will ich wenigstens erwähnt haben. Und auch dies: Als mir wenig später einer seiner Parteifreunde den Umstand, dass dieser Mann eine Frau auf der Skipiste zu Tode rast, mit dem Hinweis zu erläutern versucht, dass dies Gottes Wille gewesen sei, erscheint mir das im gewissen

229 Reyk Seela (* 14. 9. 1964 Rodewisch), Historiker, Filmemacher, CDU-Politiker. 1983–1988 Studium in Woronesch am Don. Sodann Tätigkeit an der Universität Jena. 1983 Eintritt in die CDU. 1999–2009 Mitglied des Thüringer Landtags. Seit 2010 Geschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung von Thüringen.

Sinne konsequent, wenn ich auch Mühe habe, den Hinter-der-Hand-Flüsterer nicht zu ohrfeigen.

Mit mir hat das alles wenig zu tun, sieht man davon ab, dass ich mit dieser Clique von Scheinheiligen aneinandergeraten bin. Ich habe sie beim Heucheln ertappt und beim Geschäftemachen.²³⁰ Die Geschäftstätigkeit war nur zu häufig nicht gesetzeskonform. Doch das war nicht der eigentliche Grund für die steigende Wut, gegen mich vorzugehen. Es war die völlig richtige Erkenntnis, dass ich einfach nicht dazu gehörte. Niemand konnte mir mit den üblichen Dingen drohen: Ich habe mich nicht an der Ausplünderung des Ostens beteiligt. Es war illegal, das wussten alle, doch ich sagte, dass dies unanständig sei. Das schmerzt, wenn man das Banner der Rechtschaffenheit trägt. Es belastet das schlechte Gewissen, selbst wenn es durch wöchentliches Beichten zum Guten hin reanimiert wird.

Werde endlich konkret, höre ich mir zurufen. Nun gut: In einem der zahlreichen Verfahren, die gegen mich nach meinem Rauswurf losgetreten werden, äußert sich ein ehemaliger Staatssekretär als Zeuge mit entwaffnender Offenheit. Er sagt, alle seien sich einig gewesen, dass R. politisch nicht zu ihnen passe, doch der Ministerpräsident habe die Weisung erteilt, dass etwas gegen ihn gefunden werden müsse.

So nehmen die Dinge ihren Lauf. Ein Ex-Staatssekretär namens Gasser, der jetzt den Anwalt gibt, wird gegen einen fünfstelligen D-Mark-Betrag beauftragt, einen „Bericht“ über mich zu erstellen. Er befragt ehemalige Mitarbeiter von mir, denen er Vertraulichkeit zusichert. Hinterher teilt er sie konsequent in zwei Gruppen. Es sind unterm Strich solche, die Negatives über mich zu Gehör bringen, und solche, die das nicht tun. Die Letztgenannten, also die Nichtbelaster, werden vom Dienstherrn als gefährlich eingestuft und fliegen, soweit sie in Vorgesetztenfunktion sind, samt und sonders aus der Behörde. Es ist praktisch der gesamte Führungsapparat des Amtes, mehr als ein Dutzend Personen. Soweit sie sich gerichtlich zur Wehr setzen, bekommen sie zwar Recht, doch es nutzt nichts. Die christliche Landesregierung hat den Rechtsstaat außer Kraft gesetzt. Die Betroffenen erhalten am Tag der Urteilsverkündung die aufgehobenen Verwaltungsentscheidungen mit neuem Datum versehen aufs Neue. Ihnen wird gesagt, dass sie damit rechnen dürfen, dass dies so weitergeht, bis sie im Ruhestand sind.

Gegen mich selbst wird ein Disziplinarverfahren eröffnet, dessen Begründung aus einem einzigen Satz besteht: „Sie haben in Ihrer Dienstzeit als Präsident des Landesamtes gegen Dienstvorschriften verstoßen.“ In der Tat ein Witz, aber ein schlechter. Als ich mich hierzu äußern soll,

²³⁰ Wie heißt es doch im Römerbrief, 3,10 so schön: „Da ist keiner, der gerecht ist, auch nicht einer.“

wird mir die gesetzlich vorgeschriebene Akteneinsicht mit dem Hinweis verwehrt, es handle sich hier um Verschlussachen, für die ich nicht mehr die notwendige Ermächtigung besitze. Zugleich wird Strafanzeige gegen mich erstattet. Die Vorwürfe sind happig: Unterschlagung und anderes: Hunderttausende in die eigene Tasche gewirtschaftet. Weil ... Ja und dann verließen sie ihn, denn es gilt den peinlichen Tatbestand zu verschleiern, dass alles zehnmal auf den Kopf gestellt wurde und beim besten Willen kein Geld fehlt. Es ist jede Ausgabe kleinlich nachgewiesen.

Jetzt muss umgesattelt werden. Das wissen auch die Staatsanwälte Heinz und Lehmann (sie heißen wirklich so). Sie müssen sich also etwas einfallen lassen und das tun sie. Zuvor muss die Strafanzeige des Innenministeriums aus den Akten heraus. In einem Rechtsstaat wird dergleichen als Urkundenfälschung bestraft. Doch Rechtsstaat in Thüringen – das ist ein Witz, über den in der Gerichtskantine gelacht werden darf. Nunmehr wird ein Zeitungsartikel in die Akte geheftet, aus dem sich der berühmte Anfangsverdacht ergeben soll: R. habe, so kann man es später in der Anklageschrift nachlesen, Geld ausgegeben, obwohl er dies überhaupt nicht durfte. Man reibt sich die Augen. Er durfte kein Geld ausgeben? Die Behörde hat, während ich sie leite, einen eigenen Etat, der jährlich vom Parlament beschlossen und mir sodann zur Bewirtschaftung zugewiesen wird. Über dieses Geld durfte der Behördenleiter nicht verfügen? Wer denn sonst? Das verschweigen die Herren Staatsanwälte Heinz und Lehmann in ihrer Anklageschrift. Sie hoffen darauf, dass dies dem Landgericht Erfurt nicht auffällt. Sie haben Recht. Die Richter Strunk und Andrees lassen die Anklage zu. Mit der Frage, ob diese nicht schlüssig sein könnte, wie der Jurist sagen würde, halten sie sich gar nicht erst auf. Dafür werden sie in der öffentlichen Berichterstattung über den Prozess jahrelang gelobt. Denn, in der Tat, es dauert Jahre, dieses Trauerspiel, das jetzt auf Kosten des Steuerzahlers inszeniert wird.

Als die Hauptverhandlung zum ersten Mal beginnt, gibt es von mir keinerlei Stellungnahme zu den Vorwürfen. Muss ja auch nicht, wird der rechtskundige Leser einwenden. Aber die Herren Staatsanwälte Heinz und Lehmann haben nicht einmal den Versuch unternommen, mich anzuhören, wie es das Gesetz vorschreibt. Rechtliches Gehör? Papperlapapp, schwachsinnige Vorschrift. Einer der Richter wird eine gleichlautende Stellungnahme in einer dienstlichen Erklärung fixieren: Er kennt diesen Grundsatz, fühlt sich aber nicht daran gebunden.

So nimmt der aberwitzige Prozess seinen Lauf. Doch halt, er muss erst einmal unterbrochen werden, weil der Angeklagte keine Aussagegenehmigung seines Dienstherrn besitzt. Die wird nach einigem Hin und her erteilt und gleich wieder eingeschränkt. Bloß nichts Geheimes. Doch darum geht es in der Anklageschrift ausschließlich. Fünfzig ätzende Ver-

handlungstage sitze ich diesen Leuten gegenüber, denen ich wenigstens dies bescheinigen darf: Sie geben sich redlich Mühe, mir eine Straftat nachzuweisen. Heute wundere ich mich, dass ich nicht häufiger giftig geworden bin. Zum Beispiel, als meine ehemalige Sekretärin befragt wird, ob ihr nicht auch aufgefallen sei, dass ich rechtswidrig gehandelt hätte. Sie sagt, sie sei keine Juristin und hätte die Behörde nicht geleitet. Oder als der Lokalbesitzer des „La Petite France“ gefragt wird, was ich denn so geredet hätte, als ich mit anderen am Tisch seines Lokals saß. Er sagt, dass es nicht zu seinen Gepflogenheiten gehöre, seine Gäste zu belauschen. Und: Ja, der Wein auf der Rechnung zeuge von ausgesuchtem Geschmack. Und: Nein, den Angeklagten habe er niemals betrunken gesehen. Oder die Kassiererin der Landeshauptkasse: Ob sie das Geld auch ausgezahlt hätte, wenn sie gewusst hätte, dass es für Straftaten des Angeklagten gebraucht werde. „Welche Straftaten?“, fragt sie und ergänzt, den Versuch, sie zu unterbrechen, ignorierend, dass sie gegenüber dem Amt keinerlei sachliches Prüfungsrecht gehabt habe. Es war durch eine Dienstvorschrift des Finanzministers ausgeschlossen.

Was soll man sagen, als der Prüfer des Landesrechnungshofs, Rettinger heißt der Mann, den ich noch nie vorher gesehen habe, bezeugt, dass seine Mittelprüfung ergeben habe, dass ich nach seiner Auffassung alles rechtmäßig verwendet hätte. Und: Nein, einen Prüfbericht seines Hauses gäbe es, trotz anderslautender Behauptung der Staatsanwälte Heinz und Lehmann, was diese auch genau wüssten, nicht. Und: Ja, eine Unregelmäßigkeit habe er in der Buchführung eines anderen Beamten festgestellt, dort sei nach meinem Ausscheiden aus dem Dienst eine Zahlung in die Akten hineinfigiert worden. Und: Ja, das sei der Staatsanwaltschaft bekannt. Die Sache sei aus politischen Gründen, es handelte sich um einen verdienstvollen Parteifreund, nicht weiter verfolgt worden. Macht ja auch nichts, da es lediglich um die Unterschlagung von 60 000 D-Mark ging.

Was soll man denken, als ich während dieses Verfahrens durch Bedienstete des Innenministeriums zivilrechtlich gezwungen werden soll, ihre Namen im Strafverfahren nicht zu nennen. Ist unzulässig, sagt der Jurist, doch das Landgericht Erfurt ist hier ganz anderer Auffassung. So wird gegen mich auf den unterschiedlichen Ebenen gleich vielfach prozessiert. Das Landesverwaltungsamt eröffnet ein Bußgeldverfahren gegen mich, weil durch meine Aussagen vor Gericht nachgewiesen sei, dass ich datenschutzwidrig zu Hause eine Datensammlung angelegt habe. Ist Nonsense; mag sein, doch zumindest hat das Ganze nun ein Aktenzeichen. Natürlich wird zugleich ein Schadensersatzprozess gegen mich losgetreten. Das Gericht, so das Innenministerium, soll feststellen, dass ich gegen geltendes Recht verstoßen habe. „Ist prozessual unzulässig!“, höre ich rufen. Stimmt, aber trotzdem wird Jahr und Tag gegen

mich prozessiert. Die Klage wird abgewiesen, doch wen juckt das, es gibt noch weitere Gerichtsinstanzen.

Jahr und Tag, genau von Juni 2000 bis heute, wird auf diese Weise meine kostbare Lebenszeit verschwendet. Im Frühjahr 2008 geht der wackere Vorsitzende des Landgerichts in den überfälligen Ruhestand. Ich behalte ihn nur dadurch in Erinnerung, weil dieser sichtlich übergeordnete Mensch eine bekleckerte Robe trug und er nach meiner Erinnerung nur einmal aus seiner Lethargie erwachte, nämlich als er mit einem Weinhändler die Qualität seines Angebots diskutierte.

Die ganze Zeit ist verplempert und vertan. Wenn auch nur eine Minute lang die leiseste Chance bestanden hätte, mir eine Straftat nachzuweisen, diese Richter hätten sie nach meinem Eindruck ergriffen und mich hurtig verurteilt. Nun also soll die ganze Sache von vorne begonnen werden. Keiner hat Lust dazu, doch wie das Gesicht wahren? Indem man dem Angeklagten anbietet, die Sache einzustellen. 54 Anklagepunkte werden kommentarlos als erledigt abgehakt. Da ging es laut Anklage um solche „Belanglosigkeiten“ wie fortgesetzte schwere Unterschlagung, fortgesetzte schwere Untreue, Betrug, Diebstahl und was sonst noch so möglich ist im Recht der Eigentums- und Vermögensdelikte. Es blieben die Anklagepunkte eins bis sechs. Hier sei Geld aus einem falschen Haushaltstitel entnommen worden. Das Geld hätte nur aus dem Titel „Für Zwecke des Verfassungsschutzes“ und nicht aus dem Werkvertragstitel des Amtes genommen werden dürfen. Das ist ein Streit um des Kaisers Bart, mit dem ich den Leser nicht langweilen will, denn natürlich wird er fragen wollen, ob denn das Amt auch andere Aufgaben hatte als den Verfassungsschutz. Die Antwort lautet nein. Und dennoch erteile ich dem Einstellungsangebot meine Zustimmung. 3000 Euro wandern von meinem Konto auf das einer mildtätigen Stiftung. Ich habe keine Lust, eine einzige weitere Minute meines Lebens auf der Anklagebank zu vertrödeln, geschweige denn weitere Jahre. Ende gut, alles gut? Nein, für die gewerbsmäßigen Denunzianten bleibe ich der korrupte Straftäter. Wer sich überzeugen will, mag nur mal in den Wikipedia-Eintrag über mich stöbern.

Auch dies: Noch heute hält der Staatsanwalt Heinz beträchtliche Teile des in meiner Weimarer Wohnung im September 2001 beschlagnahmten Gutes zurück. Ich stimme dem Leser zu, der sagt, das sei strafbar. Doch wir sind hierzulande nicht in einem Rechtsstaat.

Im November 2011 haben die christdemokratischen Seilschaften dann die bislang die letzte Gelegenheit, gegen mich zu Felde zu ziehen. Es ist der böswillige und bössartige Verdacht, ich könnte an der Mordserie des mutmaßlichen Jenaer Verbrechertrios einen schuldhaften Anteil haben. Die gesamte Republik steht Kopf. Jeder erfindet noch etwas hinzu. Warum wehre ich mich nicht? Was für eine naive Frage. Unsere Republik



*Licht und Schatten am Arbeitsplatz:
An meinem Weimarer Schreibtisch
blickt Walther Rathenau ernst und
streng auf mich herab, während das
Leonardo-Plakat schon dort hängt,
bevor ich auf der venezischen Piazza
mein Schreibquartier beziehe.*

hat sich in den letzten zwanzig
Jahren schleichend gewandelt.
Sie ist in einen medialen Denun-
ziantenstall verwandelt worden.

Kommerzielle Medien und das Internet bestimmen die Debatte. Und die Politik? Dem damaligen Bundespräsidenten bin ich dankbar, dass er mich im Dezember 2011 aus den Schlagzeilen verdrängt.

Die Aufklärung, das ist ein großes, ein schillerndes Wort. Für mich hat sie einmal einen klar umrissenen Inhalt gehabt. Sie handelte von klugen Griechen und gebildeten Römern, deren Wirken darauf abzielte, das menschliche Denken vom Aberglauben zu befreien. In diesen Reigen gehört für mich Epikur, den christliche Eiferer zwei Jahrtausende lang zu diffamieren suchten.

Ich bin sicher: Die Aufklärung, sie ist gescheitert.

Auswahlbibliografie der benutzen Literatur und sonstiger Quellen

a) Amtliche Drucksachen

- Bundesministerium der Justiz (Hg.): Bundesgesetzblatt Teil I.
Bundesministerium der Justiz (Hg.): Bundesgesetzblatt Teil II.
Bundesminister der Verteidigung (Hg.): Weißbuch 1985. Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr. Bonn o. J. [1985].
Bundesnachrichtendienst: DDR. Namen und Funktionen. O. O. [Pullach] 1987.
Bundesverfassungsgericht: Beschluss im Vorlageverfahren betreffend die Strafbarkeit der DDR-Spionage vom 15. 5. 1995, Az. 2 BvL 19/91, 2 BvR 1206, 1584/91 und 2601/93. Amtliche Entscheidungssammlung. Bd. 92, S. 277–365.
Deutscher Bundestag: Plenarprotokolle.
Deutscher Bundestag: Protokolle des Innenausschusses.
Deutscher Bundestag: Drucksachen.
Ministerrat der DDR: Gesetzblatt Teil I.
Klaus Stern/Bruno Schmidt-Bleibtreu (Hg.): Einigungsvertrag und Wahlvertrag mit Vertragsgesetzen, Begründungen, Erläuterungen und Materialien. Verträge und Rechtsakte zur Deutschen Einheit, Band 2. München 1990.
Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch 1993. Erfurt 1994.
Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz: Nachrichtendienst [Monatsbericht]. Erfurt 1998 ff.
Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz: Pressespiegel. Erfurt 1995–2000.
Thüringer Landtag: Plenarprotokolle.

b) Akten

- Bundesbeauftragter für die Stasiunterlagen: Diverse Akten und Aktenkopien (im Einzelnen in den Fußnoten nachgewiesen).
Bundesamt für Verfassungsschutz Abteilung IV: Struktur der HVA des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Stand: Ende 1989. Köln 1991.
Bundesamt für Verfassungsschutz: Chronologie der Erkenntnisse und Maßnahmen nach Abtauchen der Mitglieder der terroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) 1998–2001. Stand: 23. Januar 2012.
Bundesgerichtshof: Strafsache gegen Karl Wienand wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit, Az. 3 StR 114/97.
Ministerium für Staatssicherheit: Gehaltsliste für 1989/90 [Ausdruck.: April 1990; Kopie im Besitz des Verfassers].
Ministerium für Staatssicherheit: Dienstheitenschlüssel. Version 2.0. o. O., o. J., pag. 69 Blatt.
Oberlandesgericht Düsseldorf: Urteil in der Strafsache gegen Markus Wolf vom 6. 12. 1993, Az. IV 40/92 (8/92 VS-Geheim). Düsseldorf 1994.
Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz: Einsicht in die Personendaten des Abgeordneten Bodo Ramelow, Az. 10–244-S-205.710.

c) Benutzte Periodika

- Tageszeitungen: Frankfurter Allgemeine, Neues Deutschland, Thüringer Allgemeine.
Geschichtswerkstatt Jena (Hg.): Gerbergasse 18. Forum für Geschichte und Kultur. [Zeitschrift. Vierteljährlich]. Jena 1996 ff.
PIT – Polizei in Thüringen. Zeitschrift des Thüringer Innenministeriums für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Thüringer Polizei (zweimonatlich). Erfurt 1997 ff.

d) Autobiografien, Erlebnisberichte pp.

- Wiktor Botschkarew: 60 let w GRU [60 Jahre mit der GRU]. Moskwa 2004.
Andreas Dornheim/Stephan Schnitzler (Hg.): Thüringen 1989/90. Akteure des Umbruchs berichten. Erfurt 1995.

- Timothy Garton Ash: Die Akte Romeo. Persönliche Geschichte. Aus dem Englischen von Udo Rennert. Frankfurt am Main 1999.
- Roland Geipel: Wir waren in Gera tatsächlich spät dran, aber nicht zu spät (Interview mit Andreas Dornheim), in: Dornheim u. a.: Thüringen 1989/90, S. 305–315.
- Werner Großmann: Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärung aus Sicht ihres letzten Chefs. 2. Aufl. Berlin 2001.
- Christopher Hitchens: The Hitch. Geständnisse eines Unbeugsamen. München 2011.
- Iwan N[ikolajewitsch] Kusmin: Schest ossennich let. Berlin 1985–1991. [Sechs herbstliche Jahre]. Moskwa 1999, passim.
- Irina Liebmann: Letzten Sommer in Deutschland. Eine romantische Reise. Köln 1997.
- Erich Ludendorff: Meine Kriegerinnerungen. Berlin 1919.
- N. N. [ehemaliger Offizier des MfS]: Aufzeichnungen aus meinem Leben. Oder der Versuch, etwas Licht in die jüngste Vergangenheit der deutschen Geschichte zu bringen, d. h. die Wahrheit über die DDR und das MfS. O. O., o. J. [Erfurt 1997]. [54 Bl., z. T. paginiert. Kopie im Besitz des Verfassers].
- Günter Platzdasch: Schwierigkeiten beim Landesverrat im geteilten Deutschland, in: Claus-M. Wolfschlag (Hg.): Bye-bye '68 ... Renegaten der Linken, APO-Abweichler und allerlei Querdenker berichten. Graz/Stuttgart 1998, S. 49–70.
- Anatoli Rybakow: Roman der Erinnerung. Memoiren. Aus dem Russischen von Renate und Thomas Reschke. Berlin 2001.
- Josef Schwarz: Bis zum bitteren Ende. Schkeuditz 1994.
- Hansjoachim Tiedge: Der Überläufer. Eine Lebensbeichte. Berlin 1998.
- Herbert Wehner: Zeugnis. Persönliche Notizen 1929–1942. 2. Aufl. Bergisch-Gladbach 1985.
- Markus Wolf: Die Troika. 3. Aufl. Düsseldorf 1989.
- Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. 3. Aufl. München 1999.

e) Literatur

- Fritz-Achim Baumann/Helmut Rannacher/Helmut Roewer (Hg.): In guter Verfassung. Erfurter Beiträge zum Verfassungsschutz. Erfurt 1997; dies.: In guter Verfassung II. Erfurter Beiträge zum Verfassungsschutz. Erfurt 1998; dies.: In guter Verfassung III. Erfurter Beiträge zum Verfassungsschutz. Erfurt 1999.
- Gerhard Besier: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung. München 1993; ders.: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom „Dritten Weg“. Berlin/Frankfurt am Main 1995; ders.: Der SED-Staat und die Kirche 1983–1991. Höhenflug und Absturz. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
- Ulrich Bleckwehl: Die SPD und die Deutsche Frage von 1945–1990 unter besonderer Berücksichtigung des Vereinigungsprozesses 1989/90. Universität Bremen, Examensarbeit. Bremen 1994 [n. v.; pag. Ms., 136 S., Kopie im Besitz des Verfassers].
- Bürgerkomitee des Landes Thüringen (Hg.): Im Interesse des guten Verhältnisses I. Die Zusammenarbeit der örtlichen Staatsorgane mit dem MfS bei der Realisierung von Maßnahmen, die zum weiteren Differenzierungs-, Zersetzungs- und Verunsicherungsprozess innerhalb der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen beitragen. Suhl o. J. [ca. 1995]; dass.: Agonie und Auflösung des MfS. Streiflichter aus dem ehemaligen Bezirk Erfurt. Beitrag: Eberhard Stein. Suhl o. J. [ca. 1995].
- Bürgerkomitee Leipzig zur Auflösung des MfS/AfNS (Hg.): Stasi intern. Macht und Banalität. 2. Aufl. Leipzig 1992.
- Wjatscheslaw Daschtschew: Moskaus Griff nach der Weltmacht. Die bitteren Früchte hegemonialer Politik. Hamburg/Berlin/Bonn 2002.
- Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste (Hg.): Politisches Geschehen 1990. Chronik der wichtigsten Ereignisse 1. 12. 1989–3. 12. 1990. Materialien Nr. 113. Bonn 1990.
- Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). 9 Bände in 18 Teilbänden. Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995.
- Deutsches Historisches Museum (Hg.): Chronik 1986. www.dhm.de/lemo/html/1986/ [Abruf: 1. 3. 2006].
- Christian von Ditfurth: Ostalgie oder linke Alternative. Meine Reise durch die PDS. Köln 1998.
- Andreas Dornheim: Das MfS in Thüringen während der Wende 1989/90. Thüringer Blätter zur

- Landeskunde. Erfurt 1995; ders.: Politischer Umbruch in Erfurt 1989/90. Weimar/Köln/Wien 1995; ders.: Der Demokratisierungsprozess in Thüringen 1989. Thüringer Blätter zur Landeskunde. Erfurt 1997.
- Hans-Joachim Föllner: Genosse Alzheimer. Abwiegeln, verzerren, totschweigen: Das „Freie Wort“ in Suhl, FAZ vom 26. 6. 1998; ders.: Ein „Spatz“ pffft und „Ulla“ weiß von nichts. Der Mitteldeutsche Rundfunk und seine Stasi-Mitarbeiter. Gerbergasse 18, Nr. 19, S. 14–15; ders.: Herzlich willkommen im Stasi-Stad'l. Der MDR und der lange Schatten der Vergangenheit. Gerbergasse 18, Nr. 20, S. 2–5.
- Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999.
- Hans Frank: Die Westgruppe der Truppen (WTG); in: Klaus Naumann: NVA, S. 331–350.
- Rainer Fromm: Rechtsextremismus in Thüringen. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung. Erfurt 1992.
- Louis Fürnberg: Ein Lesebuch für unsere Zeit. 6. Aufl. Berlin/Weimar 1981.
- Thilo Gabelmann: Thälmann ist niemals gefallen? Eine Legende stirbt. Berlin 1996.
- Timothy Garton Ash: In Europe's Name. Germany and the Divided Continent. London 1993; ders.: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent. Aus den Englischen von Yvonne Badal. München/Wien 1993.
- Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (Hg.): Enteignung der Ostdeutschen. Weißbuch. Unfrieden in Deutschland 6. Schkeuditz/Berlin 1999.
- Winfried Glöde: Was macht eigentlich Martin Kirchner?; in: Monika Zimmermann: Was macht eigentlich?, S. 128–130.
- Michail Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt. [Ost-]Berlin 1987; ders.: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt. Erweiterte Taschenbuchausgabe. München 1989.
- Leonid Gosman: Von den Schrecken der Freiheit. Die Russen – ein Psychogramm. Aus dem Russischen von Tina Delavre. Berlin 1993.
- Michael Hanfeld: Die Stasi fand viele nützliche Idioten. Gespräch mit dem ehemaligen DDR-Korrespondenten [Hans-Jürgen] Hanfeld zur Stasi-Studie der ARD. FAZ vom 22. 7. 2004, S. 36.
- Christopher Hitchens: Der Herr ist kein Hirte. Wie Religion die Welt vergiftet. 2. Aufl. München 2007.
- Klaus Höpcke: Probe für das Leben. Literatur in einem Leseland. Halle 1982.
- Hubertus Knabe: Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien. München 2001.
- Gerhard Lingelbach: Eduard Rosenthal (1859–1926). Rechtsgelehrter und „Vater“ der Thüringer Verfassung von 1920/21. Weimar/Jena 2006.
- Erich Loest: Nikolaikirche. Roman. Leipzig 1995.
- Wladimir Lota: Alta protiv Barbarossa. Kak byli dobyty swedenija o podrotobke germanii k napadeniju na SSSR. [Alta gegen Barbarossa]. Moskwa 2005.
- Werner Maibaum: Geschichte der Deutschlandpolitik. Bonn 1998.
- Bernhard Marquardt: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB; in: Deutscher Bundestag: Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte in Folgen der SED-Diktatur, Bd. VIII, S. 297–361.
- Peter Marx: Das MfS und die Journalisten; in: Fritz-Achim Baumann u. a.: In guter Verfassung III, S. 163–170.
- mdv transparent: Wir sind das Volk. Teil 1. September/Oktober 1989. Halle November 1989.
- Helmut Müller-Enbergs: Der Fall Rudolf Herrstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni. Berlin 1991; ders.: Geras Aufklärercheckisten; in: Fritz-Achim Baumann u. a.: In guter Verfassung III, S. 211–235.
- Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann: Wer war wer in der DDR? Ein biografisches Lexikon. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2000.
- Robert Musil: Der Mann ohne Eigenschaften. Roman. 2 Bde. Reinbek bei Hamburg 1987.
- Klaus Naumann (Hg.): NVA. Anspruch und Wirklichkeit nach ausgewählten Dokumenten. 2. Aufl. Hamburg/Berlin/Bonn 1996.
- Ehrhart Neubert: Ein politischer Zweikampf in Deutschland. Die CDU im Visier der Stasi. Freiburg/Basel/Wien 2002.
- Lutz Niethammer (Hg.): Der „gesäuberte Antifaschismus“. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Eingeleitet von Karin Hartewig und Lutz Niethammer. Berlin 1994.
- O. Verf.: Ehrlich, treu, zuverlässig. Der Spiegel vom 10. 12. 1990, S. 30–38.

- O. Verf.: Lothar de Maizière. Aus: Internetlexikon. www.ilexikon.com/Lothar_de_Maiziere.html [Abruf: 30. 3. 2006].
- O. Verf. [Klaus Grotefend/Norbert Jung/Helmut Roewer] (Hg.): Öffentliche Sicherheit als Aufgabe. Festschrift für Gerhard Heuer [zum 65. Geburtstag]. Bonn 1991.
- Günter Platzdasch/Rainer Fromm: Die sogenannte Internationale Gesellschaft für Menschenrechte. Wiesbaden 1990.
- Norbert Podewin (Hg.): Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West). Reprint der Ausgabe 1968 (3. Auflage). Mit einer kritischen Würdigung und einem Gespräch mit dem Leiter der damaligen Arbeitsgruppe Gerhard Dengler. Berlin o. J.
- Nikolai Poljanski: Rote Diplomatie. Gespräche mit Urs Graf. Zürich 1988.
- Thomas Purschke: Verstehe noch einer die Welt der Suhler. Die Staatssicherheit und das „Freie Wort“. Gerbergasse, Nr. 22, S. 21–23.
- Arthur Rosenberg: Die Entstehung der Weimarer Republik. Hamburg 1991.
- Roland Sassning: Thälmann, Wehner, Kattner, Mielke. Schwierige Wahrheiten. Utopie kreativ Heft 114 [Berlin April 2000], S. 362–375; ders.: Thälmann, Dünow, Wehner, Mewis. Bilder mit Radierungen. Vom Kippenberger-Apparat zum IM-System Mielkes. Utopie kreativ Heft 115/116 [Berlin Mai/Juni 2000], S. 558–583.
- Manfred Schell/Werner Kalinka: Stasi und kein Ende. Die Personen und Fakten. Frankfurt am Main/Berlin 1991, S. 264 f.
- Landolf Scherzer: Der Letzte. Berlin 2002.
- Joachim Schlaack: Der Stasi-Auflöser. Paderborn 1997.
- Matthias Schlegel: Was macht eigentlich Lothar de Maizière; in: Monika Zimmerman: Was macht eigentlich, S. 171–177.
- Ute Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei. Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994. Opladen 1997.
- Jan Schönfelder: Aufstieg und Fall des Josef Duchac. mdr.de/thueringen-journal/archiv/139840.html [Abruf: 30. 3. 2006].
- Ilse Spittmann: Die DDR unter Honecker. Köln 1990.
- Eberhard Stein: Sorgt dafür, dass sie die Mehrheit nicht hinter sich bringen. MfS und SED im Bezirk Erfurt. Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5. Berlin 1999.
- Willi Steul (Hg.): Genosse Journalist. Eine Sendereihe im Deutschlandradio Berlin. Mainz 1996.
- Thüringer Landtag (Hg.): Handbuch. 1. Wahlperiode. Weimar 1991; ders.: Handbuch. 2. Wahlperiode. Erfurt 1994.
- Hermann Weber: Kleine Geschichte der DDR. 2. ergänzte Aufl. Köln 1988.
- Harald Wessel: Frühstück im Hotel Okjabskaja. Oktober 1989: Honecker stürzt und ein letzter Besuch in Moskau. FAZ vom 23. 5. 1998, S. 6.
- Stefan Wogawa: Die Akte Ramelow. Ein Abgeordneter im Visier der Geheimdienste. Berlin 2007.
- Jürgen Wüst: Menschenrechtsarbeit im Zwielficht. Zwischen Staatssicherheit und Antifaschismus. Bonn 1999.
- Monika Zimmermann (Hg.): Was macht eigentlich ...? 100 DDR-Prominente heute. Berlin 1994.
- Arnold Zweig: Streit um den Sergeanten Grischa. Roman. Leipzig 1975.

f) Sonstiges

- Klaus und Karin Büttner, Weimar: Mündliche Auskünfte zum Ende der DDR.
- Martina Heppt, Dresden: Schriftliche Auskunft zu Lebenslaufangaben.
- Matthias Huth, Weimar: Hinweise und Auskünfte zu seinen Recherchen zur politischen Entwicklung in Thüringen.
- Rainer Karlsch, Berlin: Schriftliche Hinweise zur Quellenlage, das Ende des Atomwaffenbaus in Thüringen betreffend.
- Manfred Kittlaus, Berlin: Mündliche Auskünfte über die Tätigkeit bei der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV).
- Joachim Lampe, Karlsruhe: Anmerkungen und Hinweise über den Umgang der Bundesanwaltschaft mit der Stasi-Akten-Behörde.
- Gerhard Lingelbach, Jena: Anmerkungen und Hinweise zur thüringischen Geschichte, insbesondere die Zusammenhänge zwischen den Zeiss-Werken und der späteren deutschen Sozialgesetzgebung.

- Lothar de Maizière, Berlin: Interview mit dem Verfasser anlässlich der Auflösung der Unabhängigen Kommission Parteivermögen in Berlin.
- Günter Pohl, Leimbach: Schriftliche Auskunft zu Lebenslaufangaben.
- Andreas Postel, Erfurt: Anmerkungen und Hinweise zu seinen Recherchen, den Rechtsextremismus in Ostdeutschland betreffend.
- Bodo Ramelow, Erfurt: Mündliche und schriftliche Auskünfte, das Vorgehen des Verfassungsschutzes gegen ihn betreffend, sowie über seine Recherchen zum thüringischen CDU-Filz.
- Günter Schabowski, Berlin: Interviews mit dem Autor über seine Rolle beim Ende der DDR.
- Wolfgang Seiffert, Wendgraben: Interview mit dem Autor über den Funktionsapparat der SED und das Ende der DDR.
- Matthias Uhl, Moskau: Schriftliche Hinweise zu Archivfunden und russischen Literaturrecherchen.
- Krisztián Ungváry, Budapest: Anmerkungen und Hinweise zu seinen Forschungen über Herrschaftsstrukturen in einer Diktatur.
- Manfred Wilke, Berlin: Mündliche und schriftliche Auskünfte zu den Forschungsergebnissen des Forschungsverbunds SED-Staat an der FU Berlin.
- Uwe Zeigerer, Erfurt: Auskünfte zum Ausweisungsverfahren aus der DDR und zur Praxis der Notaufnahme in der Bundesrepublik.
- Auskünfte und Hinweise von früheren Kollegen aus dem Bundesministerium des Innern, der Polizei und den Nachrichtendiensten sowie aus der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen.
- Nicht zuletzt: In den letzten Jahren habe ich mehrere Bücher zur Geschichte der Geheimdienste geschrieben, nämlich:
- Lexikon der Geheimdienste. München 2003 [zusammen mit Stefan Schäfer und Matthias Uhl]
 - Skrupellos. Die Machenschaften der Geheimdienste in Deutschland und Russland 1914–1941. Leipzig 2004
 - Im Visier der Geheimdienste. Deutschland und Russland im Kalten Krieg. Bergisch Gladbach 2008
 - Die Rote Kapelle und andere Geheimdienstmysterien. Deutsche und russische Geheimdienste im Zweiten Weltkrieg. Graz 2010.
- Auf den Fundus dieser Werke habe ich mehrfach zurückgegriffen. Dergleichen im Einzelnen zu zitieren, hielt ich für entbehrlich. Der Leser findet umfangreiche Quellenangaben in den genannten Büchern.

Abkürzungen und Anmerkung zur Transliteration

a. a. O.	am angegebenen Ort
APO	Außerparlamentarische Opposition
Bd.	Band
BKA	Bundeskriminalamt
Bl.	Blatt
BMI	Bundesministerium des Innern
BND	Bundesnachrichtendienst
BSI	Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
CD	Compact Disk
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Volksrepublik
dass.	dasselbe
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DVU	Deutsche Volkunion
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung, Tageszeitung
FDJ	Freie Deutsche Jugend, Jugendorganisation der DDR

GRU	Glawnoje raswedywatelnoje uprawlenije (= Hauptverwaltung für Aufklärung), Spionageorganisation der Roten Armee, ab 1992 der russischen Armee
Hg.	Herausgeber
IGFM	Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
JVA	Justizvollzugsanstalt (neudeutsch für Gefängnis)
KGB	Komitet Gosudarstwenoj Besopastnosti (= Komitee für Staatssicherheit), 1954–1992 Staatssicherheitsbehörde der UdSSR
LKA	Landeskriminalamt
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MIT	Millî İstihbarat Teşkilâtı (Nationaler Nachrichtendienst), türkischer Geheimdienst
N. N.	Nomen nescio (den Namen weiß ich nicht)
NADIS	Nachrichtendienstliches Informationssystem
ND	Neues Deutschland, Tageszeitung, bis 1990 Zentralorgan der SED
NKWD	Narodnyj Komissariat Wnutrennich Del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten), 1934–1943 als oberste Behörde auch für die Staatssicherheit der Sowjetunion zuständig
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Partei Deutschlands
NVA	Nationale Volksarmee
o. J.	ohne Jahresangabe
o. O.	ohne Ortsangabe
O. Verf.	ohne Verfasserangabe
OibE	Offizier im besonderen Einsatz (des MfS)
OLG	Oberlandesgericht
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
S.	Seite
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschland
TA	Thüringer Allgemeine, Tageszeitung der WAZ-Gruppe, zuvor bis 1990 „Das Volk“, Zeitung der SED-Bezirksleitung Erfurt
TLZ	Thüringische Landeszeitung, Tageszeitung der WAZ-Gruppe
UKPV	Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 1917–1922 Abspaltung der SPD
Vopo	Volkspolizei
W. E.	Wichtiges Ereignis
ZA	Zentralarchiv (des BStU)
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (des MfS)

Anmerkung zur Transliteration aus dem Kyrillischen: Ich habe die sogenannte Duden-Umschrift verwendet. Auf die Wiedergabe der Zeichen ъ und ѣ habe ich verzichtet.

Namenverzeichnis

- Abbe, Ernst Karl 197
Alt, Franz 191
Apel, Erich 202 f.
Ash, Timothy Garton 91
Aust, Stefan 191
- Beckstein, Günther 49
Bennewitz, Klaus-Dieter 98, 100 f.
Bergmann-Pohl, Sabine 112
Bermen, Rolf-Rüdiger 19, 54, 78, 84,
93 f., 100, 153, 158, 173
Bley, Andreas 145, 152 f.
Böck, Willibald 97 f., 107, 118,
120–122, 222, 253, 256
Bohn, Jürgen 169
Böhnhardt, Uwe 213, 216
Braun, Otto 202
Braun, Wernher v. 203
Breitscheid, Rudolf 76
Brill, Hermann Louis 230 f.
Büchner, Matthias 169
Buntenbach, Annelie 194
- Cozacu, Ioan („Nel“) 84, 138, 185
- D., Thomas 185–188, 206 f., 209,
213, 218, 262, 264
Daschitschew, Wjatscheslaw I. 142 f.
Dewes, Richard 34, 36, 54 f., 57–61,
63, 70, 73, 92, 121, 158, 162–164,
166, 168 f., 172 f., 175–180, 182,
184, 192, 194, 208, 217 f., 221, 239,
241–244, 256, 261, 263
Dimitrijew, Michail 136
Dinter, Artur 66 f.
Dsershinskij, Feliks E. 235
Duchač, Josef 106 f., 117–120
- Ebert, Frank 42, 51, 247
Ebert, Friedrich 191
Ehrich, Uwe 118
Ellenberger, Irene 73
Epikur 270
- F., Sandra 188
F., Volker 188
Fellner, Hermann 25
Ferse, Hartmut 247
Forster, Gerhard 48
Frank, Benno 127, 129 f.
Franz Joseph I., Kaiser von Österreich
65, 226
Frisch, Max 189
Frisch, Peter 221
Fröbel, Friedrich 191
Fromm, Rainer 209, 240 f.
Fuchs, Christian 17
Fuchs, Wolfgang-Christian 43, 51
Fürnberg, Louis 226 f.
Fürnberg, Ondra 225
- Gabelmann, Thilo 76 f.
Gatzweiler, Peter 263 f.
Gauck, Joachim 131, 145, 152 f., 167
Gauder, Hartwig 124
Germer, Volkhard 71
Glass, Philip 152
Globke, Hans 115
Gnauck, Jürgen 245
Göbel, Wolfgang 51, 55, 175, 240,
249, 261
Goetz, John 17
Gorbatschow, Michail 128, 133 f.,
137, 198
Grotefend, Klaus 114
- Hager, Kurt 134 f.
Hahnemann, Roland 194 f.
Hartewig, Karin 70
Hasse, Edgar 114
Heckel, Elisabeth 233
Heidelberg, Wolfgang 53 f., 59
Heppt, Martina 244
Herrnstadt, Rudolf 88 f.
Heuer, Gerhard 21–23, 25 f., 38,
44 f., 50, 63
Hitler, Adolf 66 f., 232

- Hoffmann, Maximilian 233 f.
Höhn, Petra 241
Honecker, Erich 89, 134 f., 137
Hutt, Thomas 123
- Jung, Norbert 114
- Kästner, Erich 33
Kirchner, Martin 98–102, 104–106
Klein, Heiner 34–36
Klepatskij, Lew 136
Knigge, Volkhard 75, 77, 145, 228
Koch, Horstmar 124 f., 127, 131,
149, 151, 155, 159, 175–177, 179,
207, 210, 215, 223, 255
Koch, Roland 238
Köckert, Christian 223, 248 f., 251–
254, 255–258, 264
Koeppen, Arndt 107
Kohl, Helmut 96, 112–114, 117, 134,
170, 236
Koslikin, Viktor 136
Krämer, Peter 57–62, 175, 179
Kranz, Uwe 51, 55, 72, 171–173,
175–178
Krapp, Michael 156–159, 239, 245
Krause, Günter 112
Kretschmer, Otto 57
Kuhn, Dieter 207
Kusmin, Iwan N. 142 f.
- Lafontaine, Oskar 237, 242
Lehnert, Gregor 158, 218 f.
Lieberknecht, Christine 106 f., 118 f.
Lippert, Michael 19, 24 f., 45, 50, 57
Loest, Erich 86 f., 89
Lübke, Heinrich 203 f.
Ludendorff, Erich 231–235
Luthardt, Egon 162–164, 214 f., 261
- M. (Agent) 125–132, 144–147, 151,
156–159, 238
M. (Auswerteleiter) 28, 169
Mader, Adolf 150
Mader, Julius 150 f.
Maizière, Lothar de 102, 106,
112–115, 118
Marquardt, Bernhard 141
- Maske, Henry 249
Meister Eckhart (Eckhart von Hoch-
heim) 85, 93
Merseburger, Peter 230 f.
Mielke, Erich 141, 150
Moreau, Patrick 49
Müller, Gottfried 102, 104, 106
Mundlos, Uwe 213
Musil, Robert 226, 236
- Napoleon I., Kaiser von Frank-
reich 190
Niethammer, Lutz 70, 75
Nizetas, Nikon (Deckname von ▶
Alfred Redl) 65
- Öcalan, Abdullah 237
Ortleb, Rainer 112, 115
Ortlepp, Grit 240
Otto, Norbert 117
- P., Jochen 96
Papen, Franz v. 202
Peikow, Rudolf 225
Pelny, Stefan 25
Perkins, Anthony 93, 95 f.
Platzdasch, Günter 210 f.
Pohl, Günter 244
- Ramelow, Bodo 49
Rathenau, Walter 231, 236, 270
Redl, Alfred 62, 65
Reimer, Klaus-Jürgen 249, 261
Richter, Edelbert 103, 116, 170
Rosenberg, Arthur 232 f.
Rosendorfer, Herbert 107
Rosenthal, Eduard 197
Ruge, Manfred 26
- S. (Personalratsvorsitzender) 16, 25
Saitz, Hermann 155 f.
Sassning, Roland 75
Sauckel, Fritz 67, 230
Schäfer, Gerhard 15 f.
Schäfer, Stefan 216, 221, 260, 262
Schäuble, Wolfgang 22, 52
Schebarschin, Leonid W. 141
Schiller, Friedrich v. 68, 189, 196

- Schnaubert, Wolfgang 193, 219 f.,
261
Schneider, Eckard 255
Schneider, Romy 144
Schuchardt, Gerd 54, 56 f., 168 f.,
227
Schulze, Peter 118
Schuster, Franz 24, 43 f., 49, 57,
122 f., 230
Seela, Reyk 265
Seidel, Thomas A. 169
Seiters, Rudolf 248
Seydlitz, Wilhelm v. 190
Siegel, Michael 116, 169
Sippel, Stefan 45, 164, 176, 215
Späth, Lothar 197 f.
Speck, Manfred 248 f.
Spieth, Frank 170, 251
Spranger, Karl-Dieter 25
- Tell, Wilhelm 189
Thälmann, Ernst 74–77
Tiedge, Hansjoachim 15, 24 f.
Tschäpe, Beate 213
- Ulbricht, Walter 88 f., 102, 137
- V., Antje 73
van Laak, Claudia 180, 218
Vogel, Bernhard 106, 116, 120, 122,
124, 158, 178, 239, 245, 249, 253
- Walther, Hansjoachim 112, 115
Werneburg, Joachim 92, 208, 239
Weyh, Kurt 244
Wien, Gerhard 169
Winkler, Harm 28, 96
Winter, Steffen 235
Wogawa, Stefan 49
Wolf, Markus 103, 128
Wolfram, Lothar 153
Wolle, Katja 167
Wolle, Stefan 167
Wüst, Jürgen 211
- Zeh, Klaus 119
Zeigerer, Uwe 15
Zeiss, Carl 197
Zimmer, Gabriele 169
Zimmermann, Friedrich 25
Zweig, Arnold 232

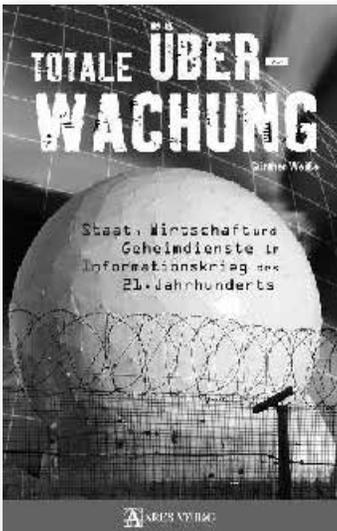
Aus unserem Programm



ISBN 978-3-902475-85-5
472 Seiten, S/W-Abbildungen,
Hardcover



ISBN 978-3-902475-64-0
512 Seiten, 12 Seiten Bildteil,
Hardcover



ISBN 978-3-902475-88-6
296 Seiten, S/W-Abbildungen,
Hardcover



ISBN 978-3-902475-34-3
216 Seiten, zahlr. S/W-Abbil-
dungen, Hardcover

ARES VERLAG